



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

97. Sitzung

6. Wahlperiode

Donnerstag, 2. Juli 2015, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt

Fragestunde	Jochen Schulte, SPD 7, 15, 24
– Drucksache 6/4132 – 3	Minister Christian Pegel 9
	Helmut Holter, DIE LINKE 13, 15
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 3	Dietmar Eifler, CDU 17
Minister Dr. Till Backhaus 3	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 18
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .. 3, 4	David Petereit, NPD 21
Minister Christian Pegel 3	Susann Wippermann, SPD 22
Henning Foerster, DIE LINKE 4	B e s c h l u s s 24
Minister Mathias Brodtkorb 4	
Udo Pastörs, NPD 4, 5, 6	Antwort der Landesregierung auf die
Michael Andrejewski, NPD 5	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
Minister Lorenz Caffier 5, 6	gemäß § 63 Absatz 4 GO LT
Tino Müller, NPD 5, 6	20 Jahre Verfassung des Landes
David Petereit, NPD 6	Mecklenburg-Vorpommern
	– Drucksache 6/3870 – 24
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU	
Innovationen, Wachstum und Beschäftigung	Helmut Holter, DIE LINKE 25, 52
durch eine leistungsfähige Breitbandinfra-	Ministerin Uta-Maria Kuder 28
struktur in Mecklenburg-Vorpommern	Heinz Müller, SPD 30, 57
– Drucksache 6/4101 – 7	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 37
Änderungsantrag der Fraktion	Minister Harry Glawe 39
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Minister Mathias Brodtkorb 43
– Drucksache 6/4147 – 7	Michael Andrejewski, NPD 45
	Andreas Texter, CDU 46
	Barbara Borchardt, DIE LINKE 48
	Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 51
	Simone Oldenburg, DIE LINKE 52
	Vincent Kokert, CDU 54

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
**Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen
des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee
in Hamburg vom 19. bis 21. April 2015**

– Drucksache 6/4106 – 57

Beate Schlupp, CDU 57

B e s c h l u s s 59

Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
**Landesweites Konzept zur bedarfsgerechten
Befeuern von Windparks erarbeiten**

– Drucksache 6/4089 – 59

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 59, 60, 69

Lorenz Caffier, CDU 60

Rudolf Borchert, SPD 61

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 64

Minister Christian Pegel 65

Jürgen Seidel, CDU 68

David Petereit, NPD 69

B e s c h l u s s 71

Antrag der Fraktion der NPD
**Grenzen dicht für Kriminelle –
Schengen Abkommen aussetzen und
stationäre Grenzkontrollen wieder einführen!**

– Drucksache 6/4108 – 71

Tino Müller, NPD 71, 75

Peter Ritter, DIE LINKE 72

B e s c h l u s s 76

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
**Eckwerte der Hochschulentwicklung
2016 bis 2020**

– Drucksache 6/4104 – 76

Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD

– Drucksache 6/4152 – 76

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 6/4153 – 76

Susann Wippermann, SPD 76, 86

Simone Oldenburg, DIE LINKE 77

Egbert Liskow, CDU 80

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 80, 85, 86, 87

Minister Mathias Brodkorb 83, 85, 86, 87

B e s c h l u s s 88

Antrag der Fraktionen DIE LINKE
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Volkentscheid – kurze Wege zum Wahllokal

– Drucksache 6/4095 – 89

Barbara Borchardt, DIE LINKE 89, 96

Minister Lorenz Caffier 90

Marc Reinhardt, CDU 92

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 93

Stefanie Drese, SPD 95

Tino Müller, NPD 95

B e s c h l u s s 98

Antrag der Fraktion der NPD

Finanziellen Aderlass unserer

Heimat beenden – Ausgabengerechte

Ausstattung der Kommunen sichern

– Drucksache 6/4109 – 98

Udo Pastörs, NPD 98, 102

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 100

B e s c h l u s s 104

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Polizeihunde nicht mehr auf

Demonstrationen einsetzen

– Drucksache 6/4093 – 104

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 104

Minister Lorenz Caffier 107

Heinz Müller, SPD 109

Peter Ritter, DIE LINKE 111

Michael Silkeit, CDU 112

Tino Müller, NPD 116

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 117

B e s c h l u s s 120

Nächste Sitzung

Freitag, 3. Juli 2015 120

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 97. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/4132 vor.

Fragestunde
– Drucksache 6/4132 –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Und dazu bitte ich die Abgeordnete Frau Jutta Gerkan, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 1** zu stellen.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Minister Dr. Till Backhaus: Guten Morgen!

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

1. Ist beziehungsweise war der Schweine haltende Betrieb in 19249 Jessenitz, Lanker Weg, eine Bioschweinemastanlage und, wenn ja, welche Betriebsnummer beziehungsweise welche Ökokennstellenummer besitzt beziehungsweise besaß er?

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Gerkan! Die Betriebsstätte in Jessenitz war und ist keine Bioschweinemastanlage. Aus diesem Grund war die Betriebsstätte bislang auch nicht im Kontrollverfahren und hat dementsprechend keine Nummer.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Minister.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Und dazu bitte ich den Abgeordneten Herrn Johann-Georg Jaeger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Fragen 2 und 3** zu stellen. Bitte schön, Herr Jaeger.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

2. Wie gestaltet sich das weitere Verfahren zum Integrierten Landesverkehrsplan von der im Verkehrsausschuss im Januar 2015 angekündigten Ressortanhörung bis zur Veröffentlichung?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Jaeger, guten Morgen! Das weitere Verfahren zum Integrierten Landesverkehrsplan gestaltet sich wie folgt: zunächst Feinabstimmung und, sagen wir

mal, Detailtuning des Planentwurfes im Haus. Danach wird eine Ressortanhörung erfolgen. Es wird dann eine erste Kabinettsbefassung geben, die darauf zielt, den Entwurf für die Verbandsanhörung und für die Öffentlichkeitsbeteiligung freizugeben. Wir gehen davon aus, dass wir dann bereits die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Onlinebeteiligungsform durchführen, dass auch die ein bisschen mehr Zeit in Anspruch nimmt. Parallel ist Verbandsanhörung, die aber etwas ganz Formales ist, und es wird dazu schon parallel, wie im Energieausschuss, ich glaube, im April mal miteinander erörtert, dass wir einen entsprechenden ersten Entwurf dem Energieausschuss zuleiten, dass wir da auch schon früh in einen politischen Austausch miteinander eintreten können und es zu einer abschließenden Kabinettsbefassung kommt, die ich aber zurzeit am wenigsten konkretisieren könnte, weil sie an diese etwas längeren Diskussionsprozesse anschließen müsste. Danach würden wir veröffentlichen, gedruckt und online, und dem Landtag das ganz formal als Drucksache zuleiten. Das vorher wäre ja auch so eine Form von besonderer Beteiligung.

Sie werden jetzt insbesondere noch mal die Frage stellen, ganz genau, wann mit welchem Datum. Die Antwort wird die gleiche sein wie in der Vergangenheit: im laufenden Jahr. Geben Sie mir die Chance, selbst zu lesen! Ich finde, bei gewissen politischen Dingen sollte ein Minister nicht nur abzeichnen, was andere an Ideen haben, sondern selbst auch reinschauen. Und offen eingestanden habe ich insbesondere im Bereich Breitband und bei manchen Energiethemen in den vergangenen Monaten versucht, relativ viel eigene Kraft zu investieren, sodass manche Dinge nicht in der Geschwindigkeit vorangegangen sind, wie ich sie eigentlich gern vorangetrieben hätte.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

Ich würde dann zur nächsten Frage kommen:

3. Plant das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, die Fahrzeugförderung im Land, zum Beispiel die Busförderung, zukünftig an klimapolitisch sinnvolle Kriterien wie eine hohe Umweltfreundlichkeit durch die Verwendung alternativer Antriebssysteme wie elektro- oder hybridbetriebene Fahrzeugtypen zu binden, oder bleibt die Fahrzeugförderung wie bisher ohne derartige Vorgabenbindung?

Minister Christian Pegel: Bis 31.12.2017 kann auf der Grundlage der aktuell geltenden ÖPNV-Neubeschaffungsrichtlinie die Neuanschaffung von Bussen für Zwecke des ÖPNV gefördert werden, also ohnehin nur bis Ende 2017 läuft die aktuelle Richtlinie. Dann läuft diese Richtlinie ganz planmäßig aus und über eine Verlängerung und die dabei zu klärenden rechtlichen und strukturellen Fragen ist noch nicht abschließend entschieden. Da hängen auch eine Menge EU-rechtlich spannender Fragen dran, die man vorher absichten muss. Der Fördersatz aktuell beträgt 75 Prozent und für die sogenannten alternativen Antriebe sieht die Richtlinie bereits jetzt eine Förderung bis zu 85 Prozent vor, um genau so einen Anreiz zu setzen, um dann entsprechend klimafreundlichere Fahrzeuge anzuschaffen.

Darüber hinausgehend würden wir aber in dieser kurzen Restlaufzeit zurzeit nicht mehr an der Richtlinie drehen,

sondern deren formelles Zuendelaufen voranschreiten lassen, zumal, wenn Sie jetzt da rangehen, müssten Sie die anderen Fragen natürlich auch alle mit abprüfen. Und dann hätten wir wieder ein sehr langwieriges Verfahren, was uns wenig Hilfe bringt.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich bedanke mich.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird in Vertretung die Fragen beantworten. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Guten Morgen, Herr Minister!

4. Wie beurteilt die Landesregierung den Umlaufbeschluss der 92. ASMK, der die Ausweitung der täglichen Arbeitszeit an bis zu drei Wochentagen auf bis zu 12 Stunden im Schaustellergewerbe, in der Landwirtschaft und im Hotel- und Gaststättengewerbe vorsieht, vor dem Hintergrund der bereits jetzt schwierigen, vielfach als unattraktiv empfundenen Arbeitsbedingungen und den Befürchtungen der Gewerkschaft NGG, dass hierdurch der Feststellung von massiven Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz im Zusammenhang mit den anstehenden Mindestlohnkontrollen entgegengewirkt werden soll?

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Abgeordneter Foerster! Ich darf die Antwort der Ministerin verlesen: Der Beschluss ist auf fachlicher Ebene zwischen den Ländern abgestimmt worden und orientiert sich fachlich und rechtlich am Vertretbaren. Der in Bezug genommene Kriterienkatalog soll die Arbeitsbedingungen in einem zuträglichen Rahmen halten. Dies setzt allerdings voraus, dass die Bewilligungen eben nur im Einzelfall unter besonderen Umständen erteilt werden.

Henning Foerster, DIE LINKE: Danke.

Dann die nächste Frage:

5. Was ist ursächlich dafür, dass verschiedene Träger, deren Projektanträge durch die ESF-Regionalbeiräte bereits zu Jahresbeginn 2015 positiv votiert wurden, bislang keine Zuwendungsbescheide erhalten haben?

Minister Mathias Brodtkorb: Mit dem Wechsel der ESF-Förderperiode erfolgt auch ein Systemwechsel bei den Fördermodalitäten zahlreicher Richtlinien, insbesondere bei der Förderung von Integrationsprojekten und Familiencoaches. Um in der beginnenden ESF-Periode erhebliche Verwaltungsvereinfachungen für Träger und Bewilligungsbehörden zu ermöglichen, wurde die Förderung von der bis dahin üblichen Spitzabrechnung umgestellt auf ein System verschiedener Pauschalen. Die damit verbundenen gravierenden Veränderungen sind von so grundlegender Art, dass die erforderliche Ressortabstimmung mit dem Finanzministerium und dem Landesrechnungshof besonders aufwendig war.

Darüber hinaus liegen einige Gründe für die Verzögerung der Bescheiderstellung in der für alle Seiten neuartigen Kofinanzierungsstruktur zahlreicher Projekte. So verzögerte sich die Bewilligung auch durch die Änderung von Anträgen im Ergebnis von Prüfungen des jeweiligen kofinanzierenden Partners. Trotz dieser besonderen Effekte der Systemumstellung von einem System der Landes- und ESF-Förderung auf ein Kofinanzierungssystem wurden auf diesem Wege seit Beginn des Jahres nicht nur ESF-Mittel in Höhe von 2,7 Millionen Euro gebunden, sondern eben auch Kofinanzierungen in Höhe von 1,8 Millionen Euro, und das ist aus Sicht des Sozialministeriums beachtlich, da diese Mittel in vielen Fällen zusätzlich eingebracht werden.

Henning Foerster, DIE LINKE: Ich hätte eine Nachfrage: Ist Ihnen bewusst, dass bei den großen Zeiträumen zwischen dem positiven Voting in den Regionalbeiräten und dem Eingang der Zahlungen teilweise mehrere 10.000 Euro auflaufen können, die dann vom Träger vorfinanziert werden müssen?

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrter Abgeordneter Foerster, ja, das ist richtig, das kann passieren, aber diese Vorfinanzierung wird dann nach meiner Kenntnis durch die entsprechende Bewilligung auch nachfinanziert.

Henning Foerster, DIE LINKE: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Fragen 6 und 7** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Brodtkorb!

6. Wie viele unbesetzte Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsplätze, für die keine bevorrechtigten Arbeitnehmer verfügbar sind, stehen wie vielen Asylbewerbern mit Arbeitserlaubnis gegenüber?

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrter Herr Pastörs, zu beiden Fragen kann ich Folgendes antworten: Auf Anfrage des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales teilte die Bundesagentur für Arbeit mit, dass zu den genannten Fragen keine Daten zur Verfügung stehen.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Ist Ihnen bekannt, ob in Zukunft solche Daten erhoben werden, weil es doch von großem Interesse des Landes sein kann, das zu erfahren?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wen interessiert das denn?)

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrter Abgeordneter Pastörs, ob die Bundesagentur für Arbeit solche Daten in Zukunft erhebt, ist mir nicht bekannt.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich für die Antwort.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe nun auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

8. Sind nach Kenntnis der Landesregierung im Zusammenhang mit der von der Polizei am 8. Mai 2015 in Pasewalk aufgelösten, nicht angemeldeten Versammlung unter Beteiligung der Bürgermeisterin Nachtweih Ermittlungen aufgenommen worden?

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen! Ja, zu dem Sachverhalt sind polizeiliche Ermittlungen aufgenommen worden.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Ist Ihnen bekannt, ob Strafanzeigen gestellt wurden in dem Zusammenhang?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, der Vorgang ist durch die KPI der Staatsanwaltschaft in Neubrandenburg zugegangen, in deren Entscheidungshoheit das jetzt liegt. Deswegen kann ich dazu keine weiteren Ausführungen machen.

Michael Andrejewski, NPD: Nächste Frage:

9. In welchem Ausmaß beabsichtigt die Landesregierung, sogenannte Integrationslotsen zu finanzieren?

Minister Lorenz Caffier: Ende letzten Jahres erklärte sich der Bund bereit, Länder und Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 jeweils in Höhe von 500 Millionen Euro zu entlasten. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind zum Ausgleich von Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung sowie Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern bestimmt.

Mecklenburg-Vorpommern erhält von diesen Mitteln im Jahr 2015 und im Jahr 2016 jeweils 4,8 Millionen Euro. Auf Grundlage der auf dem Spitzentreffen zwischen dem Land und der kommunalen Ebene am 16. Februar getroffenen Vereinbarung hat der FAG-Beirat entschieden, dass von den 4,8 Millionen Euro 800.000 Euro zu gleichen Teilen an die Landkreise und die kreisfreien Städte verteilt werden, um diese zur Finanzierung mindestens eines Integrationslotsen pro Kreis beziehungsweise kreisfreier Stadt einsetzen zu können. Die restliche Summe von 4 Millionen Euro wird belastungsorientiert zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgeteilt, und zwar für das Jahr 2015 anhand der vom Land zugewiesenen Asylbewerber im Zeitraum vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015 und für das Jahr 2016 anhand der vom Land zugewiesenen Asylbewerber im Zeitraum vom Juli 2015 bis Juni, also Ende Juni 2016. Die Auszahlung der Mittel soll jeweils jetzt im Juli erfolgen.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Die Kreise und kreisfreien Städte können also selbst entscheiden, wie viel sie von den zugewiesenen Mitteln für Integrationslotsen ausgeben wollen?

Minister Lorenz Caffier: Das ist korrekt. Sie können mindestens einen Integrationslotsen einstellen oder darüber finanzieren, korrekter gesagt.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Caffier! Diese 4,8 Millionen, Frage dazu: Inwieweit ist geplant vonseiten des Landes, hier auch zu berücksichtigen, dass bis zu 28 unterschiedliche Sprachen gesprochen werden zurzeit hier im Land ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, Sie haben die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, die nicht unterteilt werden darf.

Udo Pastörs, NPD: Inwieweit ist es organisatorisch sichergestellt, dass auch möglichst breit und zu welchen Kosten diese Integration auf sprachlicher Ebene gewährleistet ist?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter, es ist korrekt, dass das Land den Kommunen die Aufwendungen für die Asylbewerberunterbringung und -versorgung in Gänze, also zu 100 Prozent finanziert. Die zusätzlichen Mittel, über die wir reden, die in der Aufteilung, wie hier gerade vorgetragen, vereinbart worden sind, dienen auch den Kommunen, um hier Möglichkeiten zusätzlicher Sprachausbildung, in welcher Sprache auch immer, mit anbieten zu können beziehungsweise dafür Sprachführer oder Sprachdolmetscher zu beschäftigen.

Udo Pastörs, NPD: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage, Herr Minister, Frau Präsidentin?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Nee, nee, nee, so läuft das hier nicht, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Gestatten Sie das nicht, nein?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich gestatte jetzt keine weitere Zusatzfrage.

Udo Pastörs, NPD: Das habe ich mir gedacht.

Ich danke Ihnen trotzdem, Herr Caffier.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Frage 10** zu stellen.

(Der Abgeordnete Tino Müller spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Moment! Moment, das Mikro.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

10. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, die während des diesjährigen Festivals „Fusion“ in Lärz registriert wurden?

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Beim Musikfestival „Fusion“ 2015 führte das Polizeirevier Röbel mit Unterstützungskräften umfangreiche polizeiliche Maßnahmen durch. Hierzu haben auch umfangreiche Verkehrskontrollen gehört, die bis zum gestrigen Abend, weil die Abreise da sehr langfristig erfolgt, durchgeführt worden sind, sodass mir Ergebnisse in Gänze über die Kontrollen bisher noch nicht vorliegen.

Tino Müller, NPD: Wenn die vorliegen, können Sie die dann schriftlich nachreichen?

Minister Lorenz Caffier: Das kann ich gern tun.

Tino Müller, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD, die **Fragen 11 und 12** zu stellen.

David Petereit, NPD: Guten Morgen!

11. Für welche Orte Mecklenburg-Vorpommerns und dort in welchen Ortsteilen sind künftig Sammelunterkünfte für Asylbewerber und/oder Asylanten mit welchen Kapazitäten vorgesehen und wann sollen diese von wem in Betrieb genommen werden?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Petereit, wie bereits in der 95. Plenarsitzung des Landtages und in der vorhergehenden Landtagssitzung und in der vorhergehenden Landtagssitzung aufgeführt auf die gleiche Frage, gibt es in den Kommunen des Landes angesichts der anhaltend starken Asylbewerberzugänge verschiedene Überlegungen, neue Gemeinschaftsunterkünfte zu eröffnen. Sie können ja regelmäßig in den Zeitungen nachlesen, wo Gespräche vor Ort und auch Besichtigungen stattfinden. Die künftige Nutzung potenzieller Objekte befindet sich jedoch derzeit noch in der Prüfung. Dazu gibt es generell keine neuen Entscheidungen. Derzeit gibt es keine Entscheidungen über die Eröffnung weiterer Gemeinschaftsunterkünfte, aber es haben durchaus eine Reihe von Lokalterminen in den letzten Wochen stattgefunden.

David Petereit, NPD: Eine Nachfrage: Zu welchem Ergebnis führte die Vor-Ort-Besichtigung durch Sie in der ehemaligen Artilleriekaserne Eggesin/Karpin?

Minister Lorenz Caffier: Die Besichtigung der Kaserne ist nicht durch mich erfolgt, sondern durch Mitarbeiter des Landkreises als auch durch Mitarbeiter meines Hauses und des Landesamtes. Eine abschließende Bewertung dieser Liegenschaft in Gänze ist noch nicht vorgenommen worden.

David Petereit, NPD: Und in welchen Ortschaften gab es ähnliche Vor-Ort-Termine?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Steht jeden Tag in der Zeitung.)

Minister Lorenz Caffier: Mindestens in jedem Landkreis dieses Landes und in den kreisfreien Städten und damit in den Gemeinden, die Möglichkeiten haben und Liegenschaften anbieten beziehungsweise dezentral Wohnungen zur Verfügung stellen wollen, weil es selbstverständlich ist, dass wir auch dafür Sorge tragen müssen, dass der angebotene Wohnraum beziehungsweise die Unterkünfte den Anforderungen, die an Asylbewerberleistungen gestellt werden, nachkommen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Herrn Pastörs. Bitte.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön, Frau Präsidentin!

Gehörte zu diesen Terminen, zu diesen Orten, auch der Ort Lübbthen?

Minister Lorenz Caffier: Das kann ich jetzt nicht hundertprozentig bejahen oder verneinen, kann Ihnen das aber gern nachreichen.

Udo Pastörs, NPD: Bitte reichen Sie das schriftlich nach. Ich danke Ihnen, Herr Minister.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich sage Ihnen das noch mal, Sie haben das weder zu kommentieren noch zu bewerten. Beachten Sie bitte die Geschäftsordnung!

Es gibt eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Tino Müller.

Tino Müller, NPD: Herr Minister! Wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen, ob die Artilleriekaserne in Eggesin/Karpin als Asylunterkunft geeignet ist?

Minister Lorenz Caffier: Noch in diesem Monat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da könnt
ihr euch schon mal vorbereiten. –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Petereit dazu.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
Peter Ritter, DIE LINKE,
Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Herr Petereit, bitte.

David Petereit, NPD:

12. Wie war der Ablauf der Geschehnisse für den Rettungseinsatz in der Nacht vom 19. zum 20. Juni in der sogenannten Villa Kunterbündnis in Güstrow und welche Gründe lagen diesem zugrunde?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Petereit, da Sie Ihrer Frage keine Jahreszahl zugeordnet haben, kann ich Ihnen die Frage nicht beantworten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
der SPD – Stefan Köster, NPD:
Ist das peinlich, Herr Minister! –
Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

David Petereit, NPD: Es ist natürlich dieses Jahr gemeint.

Minister Lorenz Caffier: Wie bitte?

David Petereit, NPD: Meine Nachfrage: Ihnen als Innenminister des Landes war also nicht klar, dass, wenn dort keine Jahreszahl steht, dieses Jahr gemeint sein könnte?

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Minister Lorenz Caffier: Sie müssen mir hier nicht Rätselfragen stellen. Sie haben eine Frage gestellt, in der Sie keine Jahreszahl aufgeführt haben. Wenn Sie das

Jahr 2015 meinen, dann gibt es in dem Sachverhalt in Güstrow in der Tat einen Polizei- und Feuerwehreinsatz zur Beseitigung einer konkreten Gefahr für Leib und Leben einer Person.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Weitere Details zu dem Einsatz werde ich aus datenschutzrechtlichen Gründen hier nicht ausführen oder kann ich hier aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht ausführen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er doch schon längst veröffentlicht, der Herr Petereit. Das hat er doch schon längst veröffentlicht.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Damit erübrigen sich auch weitere Nachfragen. Meine Herren, nehmen Sie Platz!

Vielen Dank, Herr Minister.

Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Innovationen, Wachstum und Beschäftigung durch eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 6/4101. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4147 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Innovationen, Wachstum und Beschäftigung durch eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 6/4101 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/4147 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jochen Schulte für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Gespräche an der Regierungsbank)

Moment! Ich bitte den Abgeordneten und den Minister, die Angelegenheiten draußen zu besprechen, nicht während der Debatte.

Bitte schön, Herr Schulte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott! Seit wann ist das denn so?)

Ich erteile dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Herrn Dr. Nieszery einen Ordnungsruf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte? Wofür?)

Dafür,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wofür?)

dass Sie die Entscheidung des Präsidiums hier eben kommentiert haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich glaubs jetzt nicht, oder? Was ist das denn?! Das ist ja unglaublich! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Der Abgeordnete Dr. Norbert Nieszery verlässt den Plenarsaal. – Heiterkeit und Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Beleidigte Leberwurst. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Sylvia, gut so!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion beziehungsweise die Koalitionsfraktionen haben sich angesichts der immer wieder in den Medien in den letzten Wochen und Monaten auftauchenden Befürchtung, dass hier bei uns in diesem Land der Ausbau einer vernünftigen, angemessenen digitalen Kommunikationsstruktur in den ländlichen Räumen nicht so stattfinden kann oder so stattfinden wird, dazu entschlossen, Ihnen den heutigen Antrag vorzulegen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in der heutigen Welt über die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsbereiches sprechen, dann ist eine isolierte Betrachtung einzelner Größen, einzelner Faktoren nicht ausreichend. Auch wenn sich in der Oberflächendiskussion heute der Fokus alleine häufig auf das Niveau der Lohnkosten, bedauerlicherweise auch immer noch in unserem Land, reduziert ...

Ich würde auch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie doch mal bitten, Sie hören ja nun vielleicht ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Saalfeld, vielleicht sind Sie ja in der Lage, jetzt mal nicht zu reden, denn ich habe ohnehin stimmliche Schwierigkeiten, hier meine Rede zu halten, wie Sie vielleicht mitbekommen, und es ist ziemlich unkollegial, wie Sie sich verhalten. Von den Kollegen von der NPD erwarte ich da nichts anderes, aber von Ihnen hätte ich eigentlich ein anderes Verhalten erwartet.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich werde Sie bei Gelegenheit selbst darauf hinweisen.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie ich bereits ausgeführt habe, ist es immer noch so, dass in der oberflächlichen Diskussion der Fokus allein auf das Niveau der Lohnkosten reduziert wird. Der eigentlich entscheidende Punkt ist allerdings tatsächlich das Zusammenspiel zwischen Lohnkosten einerseits und Produktivität andererseits.

(allgemeine Unruhe – Der Abgeordnete Jochen Schulte wendet sich an das Präsidium.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment, bitte.

Herr Schulte! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist gestern schon deutlich geworden, dass

der Abgeordnete krankheitsbedingt Probleme mit der Stimme hat. Ich würde darum bitten,

(Tino Müller, NPD: Ich würde darum bitten,
eine Schweigeminute einzulegen. –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

dass wir der Debatte jetzt hier folgen. Die Redner danach haben dann die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Ich bitte einfach, das ist eine Frage der Fairness, dass man jemandem, der stimmlich eingeschränkt ist, hier die Gelegenheit gibt, trotzdem seinen Vortrag entsprechend halten zu können.

Bitte schön.

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Und da sie ja – und damit meine ich jetzt meine Fraktion und die von ihr getragene Landesregierung – die Zukunft dieses Landes nicht in möglichst niedrigen Löhnen für die Beschäftigten sehen, muss die Produktivität eben entsprechend hoch sein, um die Wettbewerbsfähigkeit und damit Wachstum und Beschäftigung in unserem Land nicht nur zu sichern, sondern auszubauen.

Wettbewerbsfähigkeit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, setzt aber neben entsprechend qualifiziertem Fachpersonal vor allem eines voraus: eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur. Hierzu gehört neben der Verkehrs- und Energieinfrastruktur heutzutage auch eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur. Vor dem Hintergrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung des Lebens und der Wirtschaft ist eine auskömmliche Kommunikationsinfrastruktur wesentlich für die weitere Leistungsfähigkeit und die Entwicklung unseres Landes und seiner Wirtschaft.

Dabei stellt sich die Situation in Mecklenburg-Vorpommern durchaus unterschiedlich dar. Es ist wie so häufig im Leben, es ist nicht nur alles schwarz oder weiß und auch bei uns im Land ist es halt nicht so, dass überall alles hervorragend ist beziehungsweise überall alles grottenschlecht. Tatsache ist vielmehr, dass in Mecklenburg-Vorpommern über alle Bandbreitenklassen eine bessere Verfügbarkeit in den städtischen Gemeindeprägungen und damit in den größeren Zentren dieses Landes vorhanden ist, als dies beispielsweise im Durchschnitt Deutschlands gegeben ist. Gleichzeitig ist festzustellen, dass vor allem in den ländlichen Gebieten – und die sind rein flächenmäßig nun mal die großen Teile unseres Landes – dagegen gerade bei der Breitbandversorgung mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Die Herausforderungen, die sich für unser Land beim Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur ergeben, sind damit eben auch Spiegelbild seiner ausgeprägten ländlichen Struktur.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dies bedeutet, dass wir einerseits davon ausgehen können, dass in den begrenzt vorhandenen städtischen Verdichtungsräumen unseres Landes sich auch zukünftig die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Kommunikationsinfrastruktur aller Voraussicht nach im Wettbewerb der Anbieter ohne größeres Eingreifen des Staates entwickeln wird. Andererseits bedeutet das aber auch, dass in den ländlich geprägten Teilen unseres Landes weder der dort vorhandenen Wirtschaft noch der Bevölkerung ohne finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand in abseh-

barer Zeit eine adäquate Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen wird.

Meine Damen und Herren, wie vielen von Ihnen ja entweder aus den Medien oder aus den verschiedensten Veranstaltungen, in denen der Energie- und Infrastrukturminister unseres Landes in der letzten Zeit informiert hat, bekannt sein dürfte, wissen wir, dass sich die Kosten für den Ausbau und Betrieb einer flächendeckenden Breitbandversorgung von mindestens 50 Megabit pro Sekunde in unserem Land auf in der Spitze bis zu 2,3 Milliarden Euro in den nächsten Jahren aufsummieren werden. Ich glaube, keiner in diesem Land, der politisch ernst genommen werden will, wird ernsthaft behaupten wollen, dass dieses Land in der Lage sein wird, eine solche finanzielle Herausforderung alleine aus eigenen Mitteln zu stemmen.

Letztendlich kann es aber auch nicht Aufgabe eines einzelnen Bundeslandes sein, eine solche Herausforderung zu lösen. Deswegen ist es gut, dass sich der Bund in seiner gesamtstaatlichen Verantwortung in einem ersten Schritt – und das sage ich ausdrücklich so – dazu bekannt hat, rund 1,8 Milliarden Euro bundesweit für den Ausbau einer entsprechenden Breitbandinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

1,8 Milliarden Euro, meine Damen und Herren, sind eine Menge Geld. Aber 1,8 Milliarden Euro sind nicht so viel, dass man keine Schwerpunkte bei der Mittelverwendung setzen müsste. Dass der Bund dabei seinen Schwerpunkt gerade auf ländliche, strukturschwache, dünn besiedelte Regionen gelegt hat, erweckt – und dies ist durchaus nicht zynisch gemeint – den Eindruck, als ob er weite Teile unseres Landes quasi als Muster, als Blaupause bei der Ausarbeitung seiner Fördervoraussetzungen verwandt hätte.

Wir sollten daher im Umkehrschluss, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, keinesfalls aus unserem Land heraus eine Diskussion beginnen, die die Frage aufwirft, ob diese Regionen, die jetzt aufgrund ihrer strukturellen Schwächen in den Genuss der Infrastrukturförderung kommen können, gerade diejenigen wären, die ohnehin keine Perspektive hätten, und die Mittel daher doch besser woanders ausgegeben werden sollten.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist jetzt aber nicht kollegial.)

Erstens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden wir die Rahmenbedingungen, die der Bund an dieser Stelle gesetzt hatte, ohnehin nicht ändern können.

Zweitens, sehr geehrte Damen und Herren, würden andere Bundesländer, während in diesem Land vielleicht solche Diskussionen betrieben würden, bereits die Fördermittel als lachende Dritte in Anspruch nehmen.

Und drittens: Wer von Ihnen kann heute definitiv ausschließen, dass nicht gerade der Aufbau einer modernen Kommunikationsinfrastruktur der Schub in dem einen oder anderen Teil unseres Landes sein wird, sein würde, den die betreffende Region benötigt?

Wofür wir Sorge tragen müssen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist vielmehr, dass eben dort, wo im Rahmen dieses Förderprogramms, dieser Förderprogramme die Möglichkeit besteht, eine moderne Infrastruktur, eine moderne Kommunikationsinfrastruktur aufzubauen, dieses

tatsächlich auch schnellstmöglich bei uns im Land in Angriff genommen wird. Und wir müssen dafür sorgen, dass dabei zwei weitere Punkte, die genauso wichtig sind, nicht aus den Augen verloren werden:

Wir müssen nicht nur bei der Errichtung, sondern auch für den anschließenden Betrieb darauf achten, dass die gefundene Lösung auf Dauer möglichst wirtschaftlich tragfähig ist. Ansonsten werden die Kommunen, die Unternehmen und die Menschen vor Ort hinterher vor einer Infrastruktur stehen, die zwar hundertprozentig ausgebaut ist, die sie aber auf Dauer nicht bezahlen können.

Und zweitens müssen wir von Beginn an daran denken, dass dort, wo im Rahmen eines anstehenden Glasfasernetzausbaus eben noch keine Schließung von Versorgungslücken erfolgen kann, zumindest für einen Übergangszeitraum technische Alternativen ermöglicht werden. Dabei ist es gerade in einem so dünn besiedelten Land wie Mecklenburg-Vorpommern wichtig, dass bestehende Möglichkeiten von beispielsweise Unternehmen und juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die über Einrichtungen verfügen, die zum Auf- und Ausbau von Breitbandinfrastruktur auch für die Öffentlichkeit genutzt werden können, tatsächlich genutzt werden. Gleiches gilt übrigens auch dort, auch wenn das Telekommunikationsgesetz diesbezüglich keine ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung geregelt hat, für entsprechende private Infrastruktur.

Am Ende des Tages, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird eben nicht entscheidend sein, welche technische oder rechtliche Alternative die Grundlage für eine Breitbandversorgung in unserem Land sein wird, wir werden wohl im Ergebnis alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen müssen und am Ende des Tages wird dann entscheidend sein für die Menschen in unserem Land, wie weit es uns tatsächlich gelungen ist, die bestehenden Versorgungslücken zumindest substanziell zu reduzieren.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank, Herr Kollege Saalfeld.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus müssen wir perspektivisch den Bund weiter in die Pflicht nehmen. Bei allem Respekt vor den erheblichen finanziellen Anstrengungen, die der Bund jetzt unternimmt, bleibt es dabei, dass dieses nur ein erster Schritt sein kann. Auch dem Bund muss bewusst sein, dass der Ausbau einer auskömmlichen, den Anforderungen der Zukunft gerecht werdenden Kommunikationsinfrastruktur eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, um bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse, aber auch wirtschaftliche Chancen gerade in strukturschwachen Räumen zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir als Land darauf achten, dass durch den Bund zur Verfügung gestellte Fördermittel nicht deswegen in Anspruch genommen werden können, weil hier im Land eine Kofinanzierung nicht ausreichend gesichert ist. Und darüber hinaus müssen die zur Verfügung stehenden EU-Strukturfondsmittel, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ergänzend für den Aufbau und Ausbau einer entsprechenden digitalen Infrastruktur sinnvoll genutzt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt an dieser Stelle – ich komme jetzt auch zum Ende, sehr

geehrte Frau Präsidentin –, ich möchte an dieser Stelle jetzt nicht auf die Einzelheiten des anstehenden Infrastrukturausbaus eingehen. Das wird die Kollegin Wippermann als netzpolitische Sprecherin meiner Fraktion tun, beziehungsweise gehe ich davon aus, dass der Minister das auch tun wird. Ich würde jetzt an sich noch zwei Sätze zum Änderungsantrag sagen wollen, aber ich glaube, auch das werde ich der Kollegin Wippermann angesichts der abgelaufenen Redezeit überlassen. – Ich bedanke mich zunächst erst mal für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dietmar Eifler, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir bedanken uns bei Ihnen für die Einbringung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich den Herren heute „Marscherleichterung“ ankündigen. Also Sie dürfen die Jacketts ablegen.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Oh, danke schön, Frau Präsidentin!)

Bitte keine Kommentare aus dem Präsidium.

(Minister Harry Glawe: Das war freundlich,
aber nicht hilfreich. – allgemeine Heiterkeit)

Konsequent, das gilt für alle.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat der Energieminister das Wort. Bitte, Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute vorliegende Antrag behandelt nach meiner tiefen Überzeugung eines der zentralsten Themen, das die bundesdeutsche Gesellschaft aktuell lösen muss, um für künftige Generationen wichtige und vor allem richtige Weichenstellungen zukunftsweisend vorzunehmen. Ich weiß auch, dass an einer solchen Stelle zunächst eigentlich ganz vielfältige Hinweise erfolgen müssten – wenn man der allgemeinen Philosophie von politischen Reden folgt –, wie bedeutungsvoll das Internet und das Breitband sowie die Digitalisierung für die Wirtschaft, die Gesellschaft und das Land sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass dies in diesem Hohen Hause vollkommen unstrittig ist, und würde mich daher auf die Feststellung beschränken wollen, dass die Breitbandversorgung eine der zentralsten Fragen sein wird, ob und in welchem Umfang unser Land auch in 15 oder 20 Jahren noch zukunftsfähig aufgestellt ist. Ich würde deshalb gern die heutige Gelegenheit nutzen, den aktuellen Stand unserer Arbeit in diesem Themenfeld vorzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bei dieser Arbeit unseren Schwerpunkt in den vergangenen Monaten nicht auf das Anfertigen dicker Papiere gelegt. Uns war klar, dass mit der Zusage des Bundes, dass

man kurzfristig im Sommer mit einem Förderprogramm beginnen will, jetzt alle Kräfte auf eine operative Umsetzung eines solchen Förderprogrammes auch in Mecklenburg-Vorpommern gerichtet werden müssen.

Deshalb bin ich im Übrigen auch außerordentlich dankbar, dass für die neue Aufgabe im Hause Kollegen aus dem Schwerpunktbereich des Vergaberechts und mit langjähriger Erfahrung in Förderbereichen sich dieser neuen Herausforderung annehmen mochten. Sie werden an dieser Stelle also vor allem Praktiker finden bei uns im Hause, die mit fundierter Vorbereitung dann zum richtigen Zeitpunkt in die konkrete Umsetzung eines solchen Programmes bei uns im Lande eintreten wollen. Alle, denen dies zu viel Praxis und zu wenig Theorie ist, bitte ich schlicht um Nachsicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einfach anfangen!)

Ich bin überzeugt, dass dieses Land praktischen Aufbau braucht und weniger Theorie.

Wenn ich nunmehr darlege, was in den vergangenen Monaten alles passiert ist, wird auch deutlich werden, dass für umfangreiche und bunte Papiere schlicht keine Zeit geblieben ist. Ich würde Ihre Aufmerksamkeit dabei zunächst auf die wichtigste Voraussetzung für die jetzt auch in Mecklenburg-Vorpommern real mögliche Ausbauchance richten wollen.

Der Bund hatte über viele Jahre zwar fleißig daran mitgewirkt, Ziele für kommende Breitbandversorgung in künftigen Jahren zu bestimmen und zu definieren, er hatte jedoch eine Untersetzung dieser Ziele durch entsprechende Förderprogramme bisher vor sich hergeschoben und von sich weggeschoben. Ich erinnere mich selbst noch an spannende Konferenzteilnahmen als Chef der Staatskanzlei, in denen das mehrfach und immer wieder – seitens aller Länder im Übrigen – gegenüber dem Bund kritisiert worden ist.

Mit der nunmehr sehr konsequenten Fördermittelinitiative des Bundes sind die ganz erheblichen Aufwände, die mit dem Breitbandausbau in den Ländern und Kommunen anstehen werden, erstmals realistisch machbar. Dabei bleibt jedoch ausdrücklich zu fordern, dass sich der Bund auch über 2018 hinaus und insbesondere über die bisher in Aussicht gestellten Haushaltsmittel hinaus engagiert. Anderenfalls wird vor allem in strukturschwachen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in unseren ostdeutschen Nachbarbundesländern der Ausbau finanziell nicht oder kaum machbar sein.

Mit der aktuellen Fördermittelbereitstellung des Bundes ist aber jetzt auch in Mecklenburg-Vorpommern erstmals realistisch ein Breitbandausbauprozess umsetzbar. Und genau auf diesen Förderbeginn warten wir deshalb und haben als Ministerium gemeinsam mit dem Breitbandkompetenzzentrum in den Kommunen in unserem Lande darauf zugearbeitet.

Da, das wissen Sie alle noch viel besser als ich, die Landeshaushaltsmittel außerordentlich knapp sind, haben wir unseren Blick vor allem darauf gerichtet, dass nach Möglichkeit mit jedem eingesetzten Landeseuro möglichst viel Bundesgeld umgesetzt werden kann. Angesichts der knappen Kassen des Landes und der Kommunen in unserem Land ist für ein eigenes, gesondertes Ausbauprogramm wenig Raum. Wir müssen vielmehr alles daran-

setzen, möglichst viel Landesgeld so einzusetzen, dass wir damit möglichst viel Bundesgeld hebeln können. Auch dies haben wir durchgängig im letzten halben Jahr im Blick gehabt, als wir in den letzten Monaten uns Stück für Stück auf diesen Moment vorbereitet haben.

Was ich Ihnen nunmehr vorstellen kann, ist leider noch kein abgeschlossenes Förderkonzept des Landes. Wir wollen uns nämlich am Ende möglichst nah an den Bundesförderungen orientieren, damit für die antragstellenden Kommunen unseres Landes nicht mehrere verschiedene Förderregime gelten, die die Projektumsetzung dann noch einmal deutlich erschweren würden.

Erlauben Sie mir zunächst aber einen kurzen Blick auf die aktuelle Versorgungssituation in Mecklenburg-Vorpommern. Auf das gesamte Land bezogen ist ausweislich eines Gutachtens des Bundesverkehrsministeriums, das der TÜV Rheinland angefertigt hat, immerhin knapp die Hälfte der Haushalte bereits jetzt in einer Weise angeschlossen, dass mindestens 50 Megabit pro Sekunde Übertragungsdatenrate bestehen. Deutschlandweit, das wird man der Vollständigkeit halber aber auch dazusagen müssen, ist dieser Anteil bereits bei 66 Prozent – wir knapp über 50, deutschlandweit 66 Prozent –, was den zusätzlichen Ausbaubedarf hier bei uns im Land deutlich beschreibt. Umgekehrt werden Sie in Sachsen-Anhalt unter 40 Prozent finden, die das bereits erreichen, und in Brandenburg sogar unter 38 Prozent. Mir ist vollkommen klar, dieser Blick nach außen hilft uns natürlich keineswegs, unseren Ausbau damit zu beschleunigen. Er hilft uns allerdings ein klein wenig, uns ein bisschen einzuordnen in die Gesamtsituation in Deutschland.

Unser problematischster Bereich dabei ist sicher der sogenannte ländliche Raum. Während im städtischen Raum knapp 90 Prozent der Haushalte bei uns im Bundesland bereits jetzt mindestens 50 Megabit pro Sekunde verzeichnen können, sind dies im halbstädtischen Raum nur etwas über die Hälfte und im ländlichen Raum unter 15 Prozent. An dieser Stelle sind dann die eben zitierten Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg jeweils einen Deut und in einem Fall sogar einen deutlichen Schluck besser als wir. Dies zeigt insbesondere, dass unser Hauptproblem, wie eben auch schon von Herrn Schulte deutlich dargestellt, im ländlichen Raum liegt, weshalb ich dem vorliegenden Antrag für den Schwerpunkt gerade in diesem Bereich außerordentlich dankbar bin.

Auf der Grundlage dieser bisher vorliegenden Gutachten, die der Bund hatte anfertigen lassen, haben wir den TÜV Rheinland gebeten, spezifisch für Mecklenburg-Vorpommern die Daten, die er bereits bundesweit erhoben hatte und auch gemeindescharf erhoben hatte, bis auf unsere Gemeindeebene für uns noch einmal herunterzubrechen und uns insbesondere Ausbaukosten gutachterlich aufzuarbeiten.

Wir haben dann noch ein zweites Gutachten zusammen mit dem Breitbandkompetenzzentrum des Landes beauftragt, wo wir zusätzlich erbeten haben, die sogenannte Wirtschaftlichkeitslücke zu ermitteln, denn die Ausbau- und Investitionskosten mögen zu einem Gutteil später im Betrieb gedeckt werden, sodass eventuell das, was wir beisteuern müssen als staatliche Subventionen, deutlich dahinter zurückbleiben kann. Die Begutachtung der Wirtschaftlichkeitslücke sollte also genau über dieses Gap, diese Lücke, die bleibt, Aufschluss geben.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle schon einen Satz vorweg: Die Ergebnisse sind hochgradig ernüchternd. Die Wirtschaftlichkeitslücke ist leider weitgehend identisch mit den Investkosten, zum Teil sogar noch geringfügig höher.

Wir haben den TÜV Rheinland darüber hinaus gebeten, uns eine Struktur vorzuschlagen, in der optimalerweise die Projekte entwickelt und dann zur Förderung angemeldet und letztlich auch technisch umgesetzt werden können. Das Breitbandkompetenzzentrum unseres Landes hatte zunächst deutlich größere Einheiten erwogen, als sie jetzt in Rede stehen. Bereits in der ersten vom Energieministerium Mecklenburg-Vorpommern im Januar 2015 durchgeführten Veranstaltung waren diese deutlich größeren Vorschläge engagiert aus der Branche des Landes heraus diskutiert worden. Wir haben deshalb gemeinsam mit dem Breitbandkompetenzzentrum noch einmal eine Alternative prüfen lassen.

Der TÜV Rheinland hat uns letztendlich 74 Projektgebiete vorgeschlagen, sodass verhältnismäßig kleinteilige Projekte entwickelt und dann zur Förderung angemeldet werden können, wobei – auch das will ich gern betonen – „kleinteilig“ hier relativ ist. Jedes dieser Projektgebiete enthält im Durchschnitt zwei bis drei Ämter unseres Landes. Sie wissen – allesamt sogar besser als ich –, dass ein Amt in unserem Land im Regelfall round about zwischen 8 und 15 Gemeinden hat. Das bedeutet, dass jedes dieser 74 Projektgebiete zwischen 30 und 45 Gemeinden umfasst.

Der TÜV Rheinland hat dann in seinen Betrachtungen jeweils zwei Szenarien auf diese 74 Projektgebiete hin durchleuchtet. Dafür müssen Sie bitte wissen – für die, die das schon kennen, bitte einfach weghören, für alle anderen hoffentlich trotzdem erhellend –, dass der Ausbau von Breitbandinfrastruktur verschiedene Ausbaugrade unterscheidet. Sie können das zukunftsfähige und besonders übertragungsstarke Glasfasernetz entweder bis an jede Gebäudewand legen, dann spricht man von FTTB. FTT steht für „Glasfaser bis zum“ (Fibre to the) und das B – jeweils im Englischen – steht dann für „Building“, also bis zur Hauswand.

Die Alternative ist, das Glasfasernetz nicht bis an jede Gebäudewand zu führen, sondern lediglich bis zu diesen grauen Verteilerkästen, die in jeder Stadt, in jedem Dorf an den Bordsteinkanten stehen, von denen aus die einzelnen Haushalte und Häuser versorgt werden. Da spricht man von FTT und dann C wie englisch „Curb“ (Bordsteinkante). Im letzteren Fall wird ab dem grauen Verteilerkasten, bis zu dem würde ja ebenfalls Glasfaserkabel gelegt werden, aber ab dem grauen Kasten bis zum jeweiligen Gebäude würde das alte und schon lange verbuddelte Telefonkupferkabel im Boden bleiben und für die Breitbandübertragung genutzt werden.

Das Problem am Kupferkabel ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es eine hohe Dämpfung auslöst, Sie also vorne viel reintun und hinten ab einer gewissen Distanz wenig rausbekommen. Ab einem Abstand von circa 300 Metern ist von einer Übertragungsrate von 50 Megabit pro Sekunde, dem Ausbauziel der Bundesregierung bis 2018, wenig bis gar nichts zu erreichen. Wenn die Distanz also größer als 300 Meter ist, ist durch die physikalische Dämpfung – die auch als physikalisches Gesetz unumgänglich ist – durch das Kupferkabel nur noch eine geringere Datenrate übertragbar und durchleitbar. Dies soll im Übrigen – das der Vollständig-

keit halber – durch das, was immer unter Vectoring diskutiert wird, ein wenig verlängert werden. Dann reden wir aber eben über 500 oder 600 Meter und auch nicht über eine Endloslösung.

Letztlich bleibt festzuhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass lediglich Glasfaserkabel auch in Zukunft eine beinahe nach oben hin unbeschränkte Ausbaumöglichkeit für die sich jährlich deutlich erhöhenden Durchschnittsdatenraten möglich macht. Wir wissen, dass 50 Megabit, 150, 200 in den nächsten Jahren sukzessive kommen werden.

Der TÜV Rheinland hat in seinem Gutachten für Mecklenburg-Vorpommern jedes dieser 74 Projektgebiete, jedes Amt, jede Gemeinde bis auf einzelne Straßenzüge und Gebäude runtergebrochen, die bereits vorhandene Infrastruktur angeschaut, also geguckt, wo ist schon Glasfaserkabel, und dann die Ausbaukosten bis an jede Gebäudewand konkret berechnet. Wenn der sogenannte FTTC-Ausbau – also lediglich Glasfaserkabel bis zu den grauen Verteilerkästen – gewählt würde, sind die Ausbaukosten auf den ersten Blick überschaubar, gemessen an den Zahlen, die sonst im Raum stehen.

Die Deutsche Telekom müsste nach diesem Gutachten für Glasfaserkabel bis an jeden grauen Kasten im Lande knapp 123 Millionen Euro ausgeben, ein anderer Anbieter – also nicht die Telekom, das sind ja Konkurrenten – müsste etwas über 400 Millionen Euro aufwenden. Ursache für diese Differenz zwischen Telekom und anderen ist, dass die Deutsche Telekom in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von sogenannten Leerrohren in den Boden eingebaut hat, sodass die Verlegung von Kabeln dann durch Durchschießen durch diese Leerrohre erfolgen kann und es damit deutlich günstiger wird. Hintergrund ist, dass insbesondere die Tiefbaukosten die Gesamtkosten des Ausbaus erheblich mitbestimmen, die machen circa 60 bis 70 Prozent der Ausbaukosten aus. Wenn ich also Leerrohre drin habe und die Kabel nur noch durchfädeln muss, bin ich wettbewerbsmäßig deutlich im Vorteil.

Hier war im Übrigen der TÜV Rheinland erstmalig erstaunt bei den Ergebnissen, die er erzielt hat. Er hat nämlich geguckt, wie viele Haushalte, wie viele Gebäude in Mecklenburg-Vorpommern wären denn mit mindestens 50 Megabit erschließbar, wenn wir alle grauen Kästen, die dieses Land hat, mit Glasfaserkabel versorgen. Damit würden wir lediglich unter 70 Prozent der Haushalte in unserem Lande überhaupt schon mit 50 Megabit anschließen. Das ist einer der mit Abstand schlechtesten Werte in Deutschland. Der TÜV Rheinland – noch mal – war an dieser Stelle sehr erstaunt. Bundesweit, haben die uns mitgeteilt, sei nach dem Anschluss aller grauen Verteilerkästen an das Glasfasernetz normalerweise schon eine Versorgung zwischen 80 und 90 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde sichergestellt. Dies hat zur Ursache, dass in unserem Flächenland viele Gebäude weit entfernt von den grauen Kästen liegen,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hat nichts mit jahrelang zu tun, sondern mit den lang gezogenen Gemeinden.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen relativ wenige graue Kästen, um Telefon und anderes anzubieten. Es ist eben nicht so, dass andere Länder schon viel weiter sind, sondern die haben viel mehr Häuser näher an den grauen Kästen dran. Die liegen deutlich häufiger nicht mehr als 300 Meter entfernt vom grauen Kasten.

Die Frage, die der TÜV Rheinland darüber hinaus beantworten musste, war: Was würden die restlichen über 30 Prozent, die dann immer noch unversorgt blieben, eigentlich kosten? Hier können Sie wieder zwei Kosten-szenarien trennen. Das eine ist, dass Sie im System konsequent bleiben und schlicht lauter neue graue Kästen in die Landschaft stellen und diese mit Glasfaser anschließen, aber danach die letzten 300 Meter das Kupferkabel nutzen, das bereits im Boden ist. Dafür müssten Sie bei uns im Land – zurzeit haben wir knapp 8.500 graue Kästen –, wenn Sie also für jeden Haushalt sicherstellen wollen, dass er nicht mehr als 300 Meter von einem grauen Kasten entfernt steht, 20.500 neue graue Verteilerkästen in die Landschaft stellen und die mit Glasfaserkabel anschließen, damit Sie die letzten knapp über 30 Prozent noch in dieser Technologie erschließen können.

Wenn Sie über 20.000 neue Verteilerkästen ins Land stellen und mit Glasfaser anschließen, sind die Kosten etwas über 1,2 Milliarden Euro. Hinzu kämen die eben genannten 120 beziehungsweise 400 Millionen, um die ersten 70 Prozent zu versorgen. Sie hätten dann aber immer noch ganz viel Kupferkabel zwischen den grauen Kästen, in den einzelnen Gebäuden und daneben. Wenn Sie stattdessen diese letzten knapp über 30 Prozent nicht mit über 20.000 neuen grauen Kästen anschließen und Kupfer im Boden lassen, sondern die gleich zukunftsfähig ausbauen, also unmittelbar, wenn Sie eh buddeln müssen, bis an jedes Gebäude heran mit Glasfaser gehen, würde der Ausbau nicht 1,2 Milliarden, wie eben genannt, kosten, sondern 1,5 Milliarden, wohlge-merkt nur für diese letzten 30 Prozent.

Die Differenz zwischen FTTC- und FTTB-Ausbau für diese letzten 30 Prozent sind immer noch – keine Frage – namhafte 300 Millionen Euro. Allerdings, wenn Sie das in Prozente umrechnen, sind das lediglich 20 Prozent Kostenunterschied. In anderen Ländern beträgt dieser Unterschied nach Auskunft des TÜV Rheinland in der Regel 300 bis 400 Prozent. Das zeigt, wie erheblich abweichend schlicht die Landesstruktur, die Besiedlungsstruktur in diesem Lande ist, sodass Sie völlig andere Daten kriegen.

Der TÜV hat sich im Übrigen als Alternative zu dem eben genannten FTTC-Ausbau, wo Sie bei den letzten 30 Prozent gucken mussten, was tue ich ergänzend, angeschaut, was würde passieren, wenn wir das alles beiseiteräumen und stattdessen 100 Prozent dieses Landes von Anfang an direkt mit Glasfaserkabel bis an jede Gebäudewand anschließen, also FTTB für das ganze Land. Dann betragen die Ausbaukosten knapp 2,3 Milliarden Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der TÜV hat sich aber nicht nur die Baukosten, sondern auch die Wirtschaftlichkeitslücke angeschaut. Bei der Wirtschaftlichkeitslücke beträgt – beim eben genannten FTTC-Ausbau – der Zuschussbedarf der Telekom etwas über 1,4 Milliarden Euro. Wenn Sie also alle grauen Kästen, die es schon gibt, anschließen, den Rest mit Kupfer lassen, und wenn Sie über 20.000 neue graue Kästen bau-

en, auch die alle mit Glasfaser versehen, aber auch da den Rest mit Kupfer belassen, dann kostet bei der Telekom der Zuschuss knapp 1,4 Milliarden, für einen Konkurrenz-anbieter, weil er eben diese Leerrohre für die bereits bestehenden grauen Kästen nicht hat, knapp 1,7 Milliarden Euro, den Sie als Subvention zahlen müssten, damit es für ihn wirtschaftlich vertretbar wird.

Diese Beträge liegen leicht über den jeweils errechneten originären Investitionskosten, weil selbst in der Betriebsphase zum Teil im ländlichen Raum noch dauerhafte Verluste erwartet werden. Wenn Sie den eben genannten wesentlich zukunftsfähigeren Ausbau von Glasfaser in 100 Prozent des Landes bis an jede Gebäudewand zugrunde legen – ich hatte da eben Investitionskosten von knapp 2,3 Milliarden Euro genannt –, wären Sie bei einer Wirtschaftlichkeitslücke eines alternativen Anbieters, eines Konkurrenten der Telekom, von etwas über 2 Milliarden Euro und der Telekom von knapp 2,2 Milliarden Euro. Diese Beträge, das stelle ich überhaupt nicht in Abrede, sind allesamt mehr als erheblich – ich zumindest muss mehrfach Nullen zählen, bevor ich mir sicher bin, sie richtig geschrieben zu haben – und ohne Fördermittel kaum beziehungsweise gar nicht zu schaffen.

Der Bund sieht deshalb ein Förderprogramm vor, das aber auch in der Sitzung des Bundes mit den Ländern vorgestern noch nicht abschließend durch den Bund skizziert werden konnte. Ziemlich fest scheint lediglich zu stehen, dass – anders als zunächst im Bundesverkehrsministerium noch vor drei Monaten vorgesehen – neben Gemeinden auch Zweckverbände und Kreise Antragsteller sein können. Besonders wir hatten Interesse daran, dass auch die Kreisebene organisieren kann, weil ich mir nicht vorstellen konnte, dass wir es irgendwie schaffen, in Projektgebieten 30 bis 45 Gemeinden zu einem schnellen gemeinsamen Antrag zu bewegen mit Gemeinderatsbeschlüssen und all den Dingen, die ich dann brauche.

Ein Wermutstropfen der geplanten Bundesförderung, so, wie sie bisher vorgeschlagen ist, ist aber, dass offenbar der Bund eine Förderquote von lediglich 50 Prozent anstrebt, das heißt Eigenkapital bei uns 50 Prozent. Das bedeutet dann, dass auf jeden Bundeseuro ein Euro aus Land und Kommunen als Kofinanzierung kommen müsste. Der Vorteil – auch das will ich gerne deutlich betonen – des Bundesprogramms ist aber, dass es keine Länderkontingentierung geben wird, die schlimmstenfalls zum Königsteiner Schlüssel, 2,02 Prozent, geführt hätte, sondern der Bund vielmehr seine knapp 1,7 bis 1,8 Milliarden Euro Förderprogramm in mehrere gleich große Zwei- bis Dreimonatsscheiben aufteilen wird, und Projekte können sich dann jeweils in diesem Zeitraum auf das zu vergebende Geld bewerben. Es werden die Projekte, die sich bewerben, mit einem Scoring-Modell bewertet und dabei gibt es voraussichtlich positive Punkte, beispielsweise für besonders dünne Besiedlung, für besonders schlechte wirtschaftliche Situationen, für eine besonders schlechte Steuerkraftzahl, für besonders nachhaltige Projekte.

All diese Punkte, die ich eben genannt habe, dürften dafür sprechen, dass Projekte aus unserem Bundesland mehrheitlich sehr weit oben auf einer solchen Scoring-Prioritätenliste stehen würden. Es wird dann jeweils in so einem Zeitabschnitt die Liste von oben nach unten abgearbeitet, bis das Geld, die Geldscheibe dieses Zeitabschnittes verbraucht ist. Wir haben also gute Chancen, eher oben zu stehen und regelmäßig zu den ersten Projekten zu gehören, die noch dabei sind.

Der Bund beabsichtigt allerdings auch, dieses Förderprogramm selbst umzusetzen. Damit ist eine mögliche Kofinanzierung des Landes nicht durch einen einheitlichen Bescheid des Landes mit vergabefähig, was möglich wäre, wenn der Bund den Ländern die Verwaltungsumsetzung überlassen hätte. Wir werden vielmehr darauf angewiesen sein, dass das Land einen eigenen zusätzlichen Bescheid erlässt, sofern und in dem Umfang, in dem es Kofinanzierung ermöglicht. Gerade aus diesem Grunde wird sich das Landesprogramm nach meiner Überzeugung möglichst nah am Bundesprogramm orientieren müssen, damit die Kommunen nicht mehrere, gegebenenfalls konkurrierende oder sogar divergierende Förderszenarien zu beachten haben.

Neben diesen Mitteln aus dem Förderprogramm des Bundesverkehrsministeriums von 1,7 bis 1,8 Milliarden stehen aus einem völlig anderen Förderprogramm des Bundes, nämlich dem Kommunalinvestitionsfonds, diesem 3,5-Milliarden-Programm der Bundesregierung, hier im Lande 50 Millionen Euro nach dem dankenswerten Beschluss des Koalitionsausschusses für den Breitbandausbau zur Verfügung.

Kleiner Haken, meine Damen und Herren: Diese Mittel sind leider nach den Bundesvorgaben nicht mit dem Programm des Bundesverkehrsministeriums, den eben genannten 1,7 bis 1,8 Milliarden, kombinierbar. Dies macht einen nicht unerheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, weil wir quasi reine 50-Millionen-Euro-Programmgebiete brauchen und reine 1,7-Milliarden-Programmfördergebiete. Darüber hinaus dürfen diese 50 Millionen Euro lediglich in sogenannte finanzschwache Gemeinden gegeben werden. All dies erschwert den Verwaltungsvollzug für uns noch einmal deutlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir im Sommer die endgültige Gestaltung des Bundesförderprogrammes kennenlernen werden. Danach wird es darum gehen, möglichst kurzfristig das Landesprogramm darauf auszurichten. Die Vorbereitungen hierfür laufen seit Januar. Wir haben hierüber mehrfach, zum Teil gemeinsam mit Bundesvertretern, so auch dem Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums Herrn Bomba, in öffentlichen Veranstaltungen hier im Lande informiert. Ich hätte mich im Übrigen gefreut, wenn die teilnehmenden Mitglieder dieses Hohen Hauses nicht zum Teil schon nach dem ersten Drittel der Veranstaltung gegangen wären. Dann hätten sie auch erfahren, dass und was die Landesregierung bereits an Überlegungen angestellt hat hinsichtlich eines Kofinanzierungsprogrammes des Landes. Der insoweit aufgeworfene Punkt im Ergänzungsantrag der GRÜNEN ist in diesen Veranstaltungen bereits umfänglich beantwortet und in Frage-Antwort-Diskussionen erörtert worden.

Aber noch einmal zur Verdeutlichung: Ich bin überzeugt, dass ein Landesförderprogramm sich möglichst nah an den Vorgaben des Bundesprogrammes orientieren muss. Divergierende Anforderungen in Bund und Ländern wären für einen schnellen und möglichst unbürokratischen Breitbandausbau durch die Kommunen unseres Landes mehr als hinderlich. Danach wird es vor allem darum gehen, hinreichende finanzielle Mittel des Landes und der Kommunen zu mobilisieren, um die Kofinanzierung sicherzustellen.

Natürlich wird es dabei um längerfristige Mobilisierung von Haushaltsmitteln gehen. Das Jahr 2018 ist dabei

eine erhebliche Herausforderung. Seriöse Betrachtungen für dieses Land werden eine nachhaltige Ausbaustrategie brauchen, die durchaus darüber hinausreichen kann, auch deshalb, weil allein die technische Umsetzung aufgrund der erheblichen Ausbaubedarfe mit der vorhandenen Zahl an planenden und ausführenden Unternehmen kaum bis dahin leistbar ist, meine Damen und Herren.

Ich bin auch überzeugt, dass die Menschen in unserem Land angesichts der schier unglaublich großen Finanzvolumen, die benötigt werden, es für vollkommen ausreichend halten und akzeptieren werden, wenn wir eine sichere Perspektive, gegebenenfalls sogar bis in die 20er-Jahre hinein, skizzieren können, wenn dann aber klar ist, wann und dass etwas bei ihnen passiert. Deshalb meine dringende Bitte: Lassen Sie uns nicht über 2018 und alles müsse sich darauf ausrichten reden, sondern lassen Sie uns darüber sprechen, woher das Geld kommt! Lassen Sie uns das Projekt vor allem nachhaltig machen! Lieber mehr Zeit, aber danach auch für die nächsten 20 bis 30 Jahre gemacht, und nicht schon wieder in 5 oder 6 Jahren hinfällig.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wichtig war und ist uns jedoch durchgängig gewesen, dass nach Möglichkeit schon bei der ersten Ausschreibung Projekte aus diesem Land dabei sein können. Deshalb haben wir im vergangenen halben Jahr stetig in Veranstaltungen, kleineren Besprechungen mit den kommunalen Vertretern versucht, uns möglichst gut gemeinsam darauf vorzubereiten.

Wir haben insbesondere – dankenswerterweise durch das Landwirtschafts- und Umweltministerium ermöglicht – auch weitere Verstärkungen des Breitbandkompetenzzentrums in den Blick genommen, damit auch von dort die erfolgreiche Arbeit als Dienstleister der Kommunen in dem jetzt wichtigen Prozess fortgesetzt werden kann. Ich möchte deshalb mit einem herzlichen Dank sowohl an die Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Breitbandkompetenzzentrum unseres Landes als auch in unserem Hause, den anderen Ministerien der Landesregierung und den Kommunen enden. Ich erlebe eine unglaublich positive Aufbruchstimmung mit ganz viel engagierter Arbeit und sehr viel Arbeitsstunden weit über den Durst hinaus bei all diesen Beteiligten. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank und ich wünsche uns gemeinsam eine kluge Hand und bestes Gelingen in den kommenden Jahren und uns jetzt eine erfolgreiche Debatte. Vielen Dank auch für den Hinweis.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die angemeldete Redezeit der Landesregierung um fünf Minuten überschritten wurde. Wir rechnen gerade aus, was dann für die Fraktionen herauskommt, aber Sie haben ja alle die Geschäftsordnung und können das auch nachvollziehen.

Ich rufe als Nächsten auf den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Herrn Holter. Bitte schön.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Minister, danke für Ihre Rede, aber eigentlich leben wir doch in einer verrückten Welt – gemeinsam, meine ich jetzt. Wir müssen eigentlich darüber reden, wie ändert sich unser Leben, wie ändert sich die Arbeitswelt, wie schaffen wir das, Industrie 4.0 auf den Weg zu bringen, und all diese Fragen, die damit zusammenhängen. Wir reden aber jetzt im Moment darüber, wie die infrastrukturellen Voraussetzungen in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland geschaffen werden können, um den internationalen Anschluss zu schaffen, um eben Industrie 4.0 und andere 4.0-Vorhaben auch durchzuführen. Das meinte ich eben mit der verrückten Welt.

Ich bin der SPD dankbar, dass sie diesen Antrag eingebracht hat, nicht für den Antrag zum Breitbandausbau, den finde ich nicht gut, den finde ich gar nicht gut, aber ich möchte mich bedanken, weil Sie in dem Antrag unsere Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen innerhalb des Landes aufgegriffen haben. Und ich freue mich, dass die linke Politik wirkt und linke Forderungen sich in dem Antrag der SPD niederschlagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das war es dann aber auch schon mit dem Lob während meiner Redezeit, die mir zur Verfügung steht,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

denn das, was Sie mit diesem Antrag abliefern, ist mehr als erschreckend. Es zeigt wieder einmal, wie weit die Koalition in ihrer Politik von der Realität entfernt ist. Sie rennen – wie ich das eben gerade zum Ausdruck gebracht habe – den Entwicklungen hinterher. Allgemeines Gerede, ohne dass Sie den Kern der Probleme wirklich benannt haben. Ich möchte das im Einzelnen darstellen, es wird sicherlich wehtun.

2013 haben CDU, CSU und SPD auf Bundesebene in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass 2018 in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit einer Datengeschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen soll.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Gut, das hatte Frau Merkel schon einmal angekündigt, nämlich irgendwann 2008, damit 2010/2011 diese Angebote vorliegen. Jetzt scheint ja die Bundesregierung Ernst machen zu wollen. Das haben wir eben von Herrn Minister Pegel noch mal gehört. Auch das scheint schwierig, darauf komme ich im Einzelnen noch zurück. Bereits heute wissen wir aber, dass drei Jahre vor diesem Datum das Ziel für Mecklenburg-Vorpommern nicht erreicht werden kann. Ich komme auf die Stelle zurück, die Herr Pegel angesprochen hat, wo ich ihn ausdrücklich auch unterstützen will.

Auch wenn die Bundesregierung nicht flächendeckend von 100 Prozent, sondern von etwa 95 Prozent Versorgungsgrad spricht, flächendeckend 50 Megabit pro Sekunde bis 2018 wird es nach meiner Einschätzung in Mecklenburg-Vorpommern nicht geben können, wird es einfach nicht geben können, weil die Bedingungen nicht dafür gegeben sind. Und da kann der Landtag die Digitale Agenda der Bundesregierung, Herr Schulte, begrüßen bis zum Gehtnichtmehr, aber an der Tatsache ändert sich nichts.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Auch kann der Landtag die Ziele der Bundesregierung tausendmal zur Kenntnis nehmen, begrüßen oder was auch immer mit ihnen machen, aber die Ausgangssituation wird sich dadurch weder verbessern, noch werden dadurch die Ziele erreicht. Also Sie sollten jetzt nicht den Menschen Sand in die Augen streuen, sondern es geht darum, Klartext zu sprechen, Tacheles. Flächendeckende 50 Megabit pro Sekunde wird es in Mecklenburg-Vorpommern, wenn alles gut geht – und da drücke ich die Daumen –, 2020 geben, und das ist schon, da sind wir uns sicherlich einig, ein sportliches Ziel.

Wie komme ich zu dieser Einschätzung? Minister Pegel hat das TÜV-Gutachten, also das Gutachten TÜV Rheinland, hier vorgetragen und ich will die Zahlen kurz wiederholen. Einen Förderbedarf von rund 2 Milliarden Euro hat der TÜV Rheinland ermittelt, 2 Milliarden für eine flächendeckende neue Infrastruktur mit Glasfaserleitungen bis an das Gebäude. Ich erspare mir jetzt die Details, was Sie im Einzelnen ja hier sehr anschaulich dargestellt haben. Diese Ausbauvariante ist nach dem jetzigen Stand der Technik die zukunftsfähigere, als mit Glasfaser an den Verteilerkasten zu gehen und dann mit Kupfer weiter an die Häuser.

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Breitbandausbau im Ländervergleich ein Sonderfall, und zwar im negativen wie im positiven Sinne. Zum einen sind die Kosten für den Breitbandausbau insgesamt deutlich höher als anderswo. Das hat eben was mit der Struktur unseres Landes zu tun. Minister Pegel ist darauf eingegangen. Allerdings zeigt sich, dass die Kosten zwischen der Basislösung und den Kosten beim Ausbau mit Glasfaser sich „nur“ um 20 Prozent unterscheiden. In anderen Bundesländern, das haben wir eben gerade schon mal gehört, sind diese Differenzen bei 300 bis 400 Prozent.

Ich plädiere für eine zukunftssichere und nachhaltige Lösung, sonst werden in den nächsten Jahren 1,5 Milliarden Euro investiert und 2025 fangen wir dann wieder von vorne an. Das wäre nicht nachhaltig, meine Damen und Herren. Und da glaube ich – und nach Ihrer Rede glaube ich das nicht nur, sondern ich bin davon überzeugt –, dass wir in dieser Frage mit Ihnen auf einer Wellenlänge sind: besser nachhaltig und sich ein Stück mehr Zeit nehmen als schnelle Lösungen, die dann in einigen Jahren wieder neue Investitionen erfordern.

Wie das Finanzministerium die ganze Geschichte sieht, Frau Polzin, erschließt sich mir noch nicht, aber wir werden sicherlich im Rahmen der Haushaltsdebatte dazu einiges hören. Es sollte lieber heute einmal richtig und mehr investiert werden, was am Ende billiger ist als heute ein dicker Batzen, morgen ein dicker Batzen und in fünf Jahren noch mal ein richtig dicker Batzen, sondern jetzt einmal richtig, damit dann auch diese Versorgung, dieses Angebot alle, die es wünschen, erreicht.

Diese Entscheidung muss die Regierung treffen und dann auch in den entsprechenden Förderrichtlinien abbilden. Ist also die Nachhaltigkeit beispielsweise bei der Kofinanzierung von Bundesmitteln ein Förderkriterium? Das ist eine Frage, die ich hier aufwerfen will, denn dies ist eine Frage, die in Ihrem Antrag absolut gar keine Rolle spielt, obwohl auch hier die Zeit für eine Entscheidung drängt.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Holter, Sie haben schon gehört, dass ich dazu gesprochen habe?!)

Schließlich müsste eine solche Entscheidung frühzeitig kommuniziert werden, damit die Antragsteller bei Fördermitteln wissen, welche Kriterien denn ganz konkret gelten. Bisher ist die Landesregierung noch gänzlich blank und weiß nicht, wie bei der Vergabe von Fördermitteln verfahren werden soll.

Mal ein kleiner Zwischenruf oder eine Zwischenbemerkung zur Rede des Ministers: Eigentlich ist es doch für den Antragsteller verrückt. Der Bund vergibt Fördermittel, das Land vergibt Fördermittel, dann können bestimmte Förderprogramme nicht miteinander kombiniert werden. Am Ende steht noch eine Kommune oder der Kreis als einzelner Antragsteller doch vor diesem Problem hilflos da und braucht also, ganz klar, wie in der Vergangenheit auch, Unterstützung. Besser wäre doch Förderung aus einer Hand, dass man dann tatsächlich ...

(Jochen Schulte, SPD:
Dafür sind wir nicht zuständig.)

Weiß ich ja, aber Sie richten sich ja mit Ihrem Antrag ...

Also, Herr Schulte hat gesagt, für die Zuhörer: Dafür ist er nicht zuständig oder die Koalition nicht zuständig. Das ist richtig. Aber der Punkt ist doch, dass der Antrag sich auch an den Bund richtet. Und deswegen, meine Damen und Herren, halte ich es für richtig und für notwendig, dass hier Klarheit herrscht, damit der Antragsteller, der ein solches Vorhaben umsetzen will, dann auch klar weiß, an wen er sich zu wenden hat.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Holter, ich glaube, Herr Schulte möchte eine Frage stellen. Würden Sie das zulassen?

Helmut Holter, DIE LINKE: Ich glaube das auch.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Wie?

(allgemeine Heiterkeit)

Würden Sie das zulassen? Hat er Ja gesagt?

(Minister Dr. Till Backhaus: Er glaubt das auch. Wir glauben alle.)

Er glaubt das auch, also ja.

Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Schulte, bitte.

Jochen Schulte, SPD: Ich glaube das nicht nur, ich weiß das sogar.

Herr Kollege Holter, gestatten Sie mir denn die Frage: Halten Sie es trotzdem für sinnvoll, dass das Land und die hier bestehenden Kommunen trotz des zugegebenen Maßes bestehenden, na ja, Verwaltungschaos will ich ja nicht sagen, aber der Problematik die bestehenden Fördermittel in Anspruch nehmen sollen? Oder ist Ihre Schlussfolgerung dann die, dass man warten soll, bis in zehn Jahren vielleicht diese Probleme, die Sie angesprochen haben, gelöst sind, aber die Fördermittel nicht mehr vorhanden?

Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, nein, nein, nein.

(Vincent Kokert, CDU: Das klingt so ein bisschen raus, das war auch mein Eindruck.)

Wie bitte?

(Vincent Kokert, CDU:
Das klingt so ein bisschen raus.)

Nein, das war ein falscher Eindruck. Also das, was zur Verfügung steht, sollten wir schon ausschöpfen. Und deswegen ist es notwendig, dass die Kommunen dabei beraten werden, all das, was im Angebot ist, so zu nutzen, dass der Ausbau erfolgen kann. Da sind wir uns vollkommen einig. Ich wollte bloß eine Situation beschreiben haben. Das ist vollkommen klar. Deswegen müssen die Kommunen und die anderen, die jetzt solche Formen realisieren wollen, entsprechend unterstützt werden. Denn, ich will das weiterführen, aus unserer Sicht sollten gerade die Kommunen oder kommunale Unternehmen ermutigt werden, den Ausbau der Infrastruktur in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Hier bietet sich die Möglichkeit, dass Kommunen oder kommunale Unternehmen als Anbieter von Infrastruktur auftreten oder gar auch als Leistungserbringer. Das hat den Vorteil, dass in Zukunft weniger Investitionen deutlich weniger öffentliche Mittel benötigen, weil die Mittel, die Einnahmen aus Verpachtung oder Betreibung, wiederum für Investitionen eingesetzt werden können. Doch erstens muss die Lösung politisch kommuniziert werden und zweitens muss den Kommunen oder den kommunalen Unternehmen der finanzielle Handlungsspielraum eingeräumt werden. Und da schließt sich die Frage noch mal an, die Herr Schulte gerade gestellt hat.

Deswegen ist bisher auch ungeklärt, ob und, wenn ja, wie viele Kofinanzierungsmittel der Kreis oder die einzelne Kommune aufbringen müssen. Es wäre richtiger gewesen, auch hier im Landtag diese Frage zu diskutieren und sich nicht nur wie im Antrag auf allgemeine Bekundungen zu beschränken.

Ich will etwas zum Punkt 3 des Antrages sagen. Dort heißt es sinngemäß, dass sich bei der Fördermittelvergabe auf die Schließung der Versorgungslücken im ländlichen Raum konzentriert werden soll und dass die Fördermittel eine möglichst große Hebelwirkung für private Investitionen entfalten sollen. Schauen wir uns einmal an, was der Bund nach aktuellem Stand vorhat. Damit lässt sich der Punkt 3 bestens bewerten. Der Bund wird ein Förderprogramm für den Breitbandausbau auflegen, was sich zu 50 Prozent aus den Einnahmen aus den Frequenzversteigerungen und 1,1 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket speisen wird. Wenn ich jetzt aber höre, dass aus dem Konjunkturpaket die Gelder dort nicht hineinfließen dürfen, dann haben wir schon wieder entsprechend weniger Mittel.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die eingereichten Förderanträge beziehungsweise Förderprojekte werden nach einem Scoring-Modell bewertet. Nach den Kriterien sollen vor allem ländliche Räume mit einem geringen Versorgungsgrad gefördert werden. Dabei spielen auch die strukturellen und wirtschaftlichen Faktoren in den Regionen eine Rolle. Noch steht nicht fest, ob der Bund die Projekte mit 50 oder 75 Prozent

fördert. Vielleicht weiß der Minister das jetzt anders. Er hat in seiner Rede von 50 Prozent gesprochen. Mag ja sein, dass es schon eine Entscheidung des Bundes gibt, das habe ich bis eben nicht gewusst. Klar ist aber, dass das Land und auch die Kreise und Kommunen die Mittel zur Kofinanzierung aufbringen müssen. Nach diesen Vergabeprinzipien werden also ohnehin nur Projekte finanziert, die den Ansprüchen Ihres Antragspunktes 3 entsprechen.

Die möglichst große Hebelwirkung, die die Landesregierung erzielen möchte, müssen Sie mir in Ihren Redebeiträgen bitte noch einmal erklären, denn das Verfahren läuft doch folgendermaßen: Es gibt ein Markterkundungsverfahren. Das heißt, es wird geprüft, erkundet, welche Anbieter in welcher Region es gibt und welche Pläne diese für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den nächsten Jahren haben. Noch einfacher gesagt: Wer baut hier bis 50 Megabit pro Sekunde aus, ohne dass es Fördermittel gibt? Im Anschluss wird ein Projekt ausgeschrieben. Auch wieder einfach gesagt heißt das: Wer braucht wie viel Geld, um in diesem Gebiet 50 Megabit pro Sekunde zu realisieren? Der billigste Anbieter gewinnt. Punkt.

Und jetzt kommen Sie mit einer möglichst großen Hebelwirkung auf private Investitionen. Es wird eine Hebelwirkung geben, weil die öffentlichen Gelder nicht die gesamten Investitionskosten, sondern die Wirtschaftlichkeitslücke abdecken werden. Aber beim Breitbandausbau bewegen wir uns nicht im normalen Marktgeschehen. Es herrscht hier ein klassisches Marktversagen. Was soll das also? Vielleicht liefern Sie mir noch eine gute Erklärung, damit ich das verstehe, was Sie denn hier mit diesem Antrag, mit diesem Punkt 3 ganz konkret wollen. Wenn nicht, ist Ihr Punkt 3 einfach nur überflüssig und teilweise auch Quatsch.

Besser wäre es gewesen, es hätte im Antrag gestanden, dass die Landesregierung ohne Wenn und Aber jeden Euro, der aus dem Bund kommt, kofinanziert. Das scheint mir innerhalb der Landesregierung noch nicht wirklich ausgefochten.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nämlich die spannende Frage, alles andere ist Technik. Die Frage ist, wie viel stellt das Land zur Verfügung, um diesen Breitbandausbau voranzutreiben.

Wo wir gerade beim Stichwort „Markterkundung“ sind: Das Markterkundungsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern hat am 15.06. – vor 14 Tagen – begonnen, rund zwei Wochen, bevor der Bund ursprünglich in die erste Runde gehen wollte, die sollte nämlich gestern, am 01.07., beginnen. Gestern lag aber noch keine Förderrichtlinie vor, wie wir eben auch noch mal vom Minister gehört haben.

„Welt online“ war zu entnehmen, dass diese Richtlinie nun im August kommen soll. Ich bin der Auffassung, dass es nicht wirklich schlecht für Mecklenburg-Vorpommern ist, dass der Bund hier nicht aus dem Knick kommt und seine ambitionierten Zusagen nicht einhält. So besteht die Möglichkeit, dass Ihr Ministerium, Herr Pegel, das Breitbandkompetenzzentrum, die Kreise und die Kommunen weiter an förderfähigen Projekten arbeiten. Vielleicht wird dann auch Ihre Notlösung, Herr Pegel, nicht

mehr notwendig sein. Diese sah ja vor, dass der Bund einlenkt und M-V Projekte, die noch nicht ausgeschrieben worden sind, auf der Grundlage des TÜV-Gutachtens einreichen kann, also ein Verfahren über vorläufige Bescheide. Ich habe noch keine Information, ob der Bund überhaupt bereit ist, sich darauf einzulassen.

Es gibt also noch eine ganze Menge zu tun, auch wenn sich die Förderrichtlinie des Bundes verspätet. An Arbeit mangelt es bis August definitiv nicht. Aber die Landesregierung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass der Zeitdruck hausgemacht ist.

Verstehen wir uns an dieser Stelle bitte richtig, meine Damen und Herren: Das ist weder eine Kritik am Breitbandkompetenzzentrum noch am Energieministerium im Einzelnen. Nein, den Mitarbeitern muss hier aus dem Landtag Dank ausgesprochen werden, den Mitarbeitern in diesem Kompetenzzentrum, aber auch Ihrem Ministerium, Herr Pegel, denn Sie haben ja im Januar diese Aufgabe übernommen. Kritik geht an die Regierung im Ganzen und insbesondere an den Ministerpräsidenten Erwin Sellering. Bis zum Anfang des Jahres war nicht klar, welches Ministerium überhaupt für das Thema Breitbandausbau zuständig ist. Wer soll den Hut aufhaben? Das Landwirtschaftsministerium, welches bisher den Ausbau in den ländlichen Räumen gefördert hat? Zu Recht. Das war auch in Ordnung so. Das Wirtschaftsministerium, das Anschlüsse für Gewerbegebiete gefördert hat? Oder eben das Infrastrukturministerium? Hier hat die Landesregierung einfach gepeppt. Und 2013 gab die Bundesregierung das Ziel im Koalitionsvertrag bekannt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Über ein Jahr lang hat es gedauert, bis feststand, wer denn nun unser Land Mecklenburg-Vorpommern ins digitale Zeitalter bringen soll. Sie im Einzelnen haben nicht geschlafen.

(Minister Dr. Till Backhaus:
Das ist schon mal gut.)

Das habe ich ja schon gesagt. Sie haben die Förderung in die ländlichen Räume geführt, das ist richtig.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hellwach wie immer.)

Auch Herr Glawe, Sie haben die Gewerbegebiete angeschlossen. Aber eine Gesamtstrategie, und damit meine ich jetzt gar nicht bunte Papiere, eine Gesamtstrategie hat doch gefehlt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Jeder hat seinen Teil gemacht. Insgesamt fehlte eben ein koinzidiertes, ein übereinstimmendes Vorgehen der Landesregierung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es hätte hier einer klaren Aussage und Ansage des Ministerpräsidenten bedurft, er hätte auf eine schnelle Entscheidung dringen müssen, wer mit welcher Mannschaft verantwortlich ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war ein Paukenschlag.)

Und dann hätten Sie nämlich, Herr Pegel, heute nicht mit Ihrer Mannschaft hinterherhetzen müssen, um den Anschluss zu bekommen.

Jetzt ist klar oder seit Anfang des Jahres ist klar, Sie sind zuständig, Herr Pegel, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Die Mannschaft musste zusammengesucht werden. Und Sie haben das dargestellt, was in den ersten sechs Monaten an Leistung gebracht wurde. Da kann ich nur den Hut ziehen, Respekt bezeugen. Ich finde, das ist eine herausragende Leistung, die im Energieministerium bisher geleistet wurde. Aber es war einfach zu spät und das haben wir gerade eben festgestellt.

Meine Damen und Herren, Sie fordern in Ihrem Antrag auch einen breiten Technologiemarkt. Das ist im Grunde in Ordnung. Oft wird damit angeregt, einzelne kleine Gemeinden mit wenigen Einwohnern per Funk ans Netz anzuschließen. Dabei dürfen Sie aber eines nicht vergessen: Gerade diesen Leuten wird von der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Abbau von Strukturen immer erklärt, dass es digitale Lösungen geben wird, die die Daseinsvorsorge sichern werden: Telemedizin, weil kein Arzt in der Nähe ist, digitale Einkaufsläden, weil der nächste Supermarkt 25 Kilometer entfernt ist, digitale Mobilitätsportale, weil es keinen ständigen Busfahrplan mehr gibt, und so weiter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kann man eigentlich schon digital wählen?)

Doch Funklösungen haben Grenzen, das kennen wir alle. Gerade zu bestimmten Tageszeiten, wenn sich eine halbe Gemeinde im Netz tummelt, bricht eben das Netz zusammen und dann bin ich ganz schnell wieder bei einem Megabit Durchschnittsgeschwindigkeit oder ich komme gleich gar nicht ins Netz. Daher braucht man dann nicht mehr über Telemedizin zu sprechen. Dazu braucht es eine flotte und stabile Leitung, weil da Daten durchs Netz geschickt werden, die eben mehr und größer sind als eine Word-Datei. Ich bitte, das immer zu bedenken.

Am Ende Ihres Antrags fordern Sie, Herr Schulte, und die Kollegen der CDU die Landesregierung noch auf, auf der Bundesebene aktiv zu werden. Also wenn wir das gemacht hätten, wäre wieder gesagt worden, das machen wir alles schon. Es läuft ja auch und es laufen viele Gespräche und Beratungen mit dem Bund. Der Minister ist darauf eingegangen. Zunächst ist es wieder einmal ein Allgemeinplatz zur Intensivierung der Zusammenarbeit. Geschenk! Unkonkreter geht es nicht.

Der zweite Punkt betrifft letztlich wieder den Kriterienkatalog des Bundes für das Scoring. Die Haltung der Landesregierung ist mir zumindest bekannt. Herr Minister Pegel hat sowohl öffentlich als auch im Energieausschuss darüber berichtet. Auch ist das Ministerium in allen Beratungen in Berlin dabei. Die Kollegen geben Anregungen und bringen die Landesinteressen zum Ausdruck. Was dieser Punkt also soll, weiß ich nicht. Ich benutze an dieser Stelle einmal Ihre Worte, meine Damen und Herren von der Koalition:

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Rückenwind.)

Die Landesregierung ist bereits viel weiter als Ihr Antrag. Insgesamt bretern Sie hier einen Antrag auf den Tisch,

der nichts bewirkt und der hinter den Entwicklungen hinterhersteht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Trotz alledem, meine Damen und Herren, müssen aus unserer Sicht die demokratischen Fraktionen beim Breitbandausbau an einem Strang ziehen. Die Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur ist zukunftsweisend für Mecklenburg-Vorpommern. Die entscheidende Frage wird sich in Zukunft nicht darum drehen, ob die Infrastruktur vorhanden ist, sondern was mit dieser Infrastruktur im Einzelnen gemacht wird. Dann reden wir über Themen wie Industrie 4.0, über die Sicherung der Daseinsvorsorge beispielsweise durch Telemedizin oder im Verkehrsbereich.

Eine leistungsfähige Breitbandversorgung ist bereits heute kein Standortvorteil mehr, sondern, wo keine Infrastruktur besteht für ein schnelles und leistungsfähiges Internet, gibt es Standortnachteile. Deswegen werden wir Ihrem Antrag zustimmen, um deutlich zu machen, dass wir diesen schnellen Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern wollen.

Wenn Sie wieder mit einem solchen Antrag kommen, dann bitte ich Sie, tatsächlich nicht mit allgemeinen Forderungen zu kommen, sondern konkrete Forderungen hier einzubringen. Wenn Sie die konkreten Forderungen haben wollen, dann besuchen Sie bitte unsere netzpolitische Konferenz am 7. Juli – nächste Woche – 13 Uhr im AMEDIA Hotel hier in Schwerin.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Dann werden Sie möglicherweise nicht nur die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen übernehmen in Ihre Anträge und Ihre Politik, sondern auch netzpolitische Forderungen der LINKEN. Denn es schadet ja ein Input der Linksfraktion nie für eine gute Politik der Koalition. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler von der CDU-Fraktion.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will auf den Einstieg in die Rede von Herrn Holter eingehen. Herr Holter, Sie haben gesagt, wir leben in einer verrückten Zeit. Verrückt? Weiß ich nicht. Verrückt bedeutet unkoordiniert, chaotisch. Vielleicht ist es besser, davon zu sprechen – und das trifft es besser –, dass wir in einer turbulenten Telekommunikationswelt angekommen sind.

Zehn Jahre zurückblickend, wer hätte denn daran geglaubt, dass wir mit kleinen Geräten hier mit dem Internet verbunden sind? Ich bin mir ganz sicher und gehe davon aus, dass jeder von uns heute Morgen sein Internet aufgemacht, die E-Mails abgelesen und vielleicht auch beantwortet hat, im Internet die eine oder andere Recherche gemacht hat. Das haben nicht nur wir gemacht, sondern Hunderttausende Menschen, die in der Wirtschaft tätig sind, die in öffentlichen Verwaltungen arbeiten, Institutionen arbeiten. Es ist inzwischen heute ein wichtiges Element in unserem Leben geworden. Wir sind – ja,

richtig – in einer Telekommunikationswelt angekommen. Selbst – und das wissen wir alle – wenn wir im Urlaub sind, Urlauber, die heute in Binz oder an der Müritz ihre Freizeit, ihren Urlaub verbringen, wollen und können auf das Internet nicht mehr verzichten. Insofern ist in der Tat ein Breitbandinternetanschluss kein Standortvorteil mehr, es ist ein harter Standortfaktor.

Laut den gesamten Reden, die bisher zu diesem Antrag – wo ich für sehr, sehr wichtig halte, dass der heute im Parlament debattiert wird – gehalten worden sind, stellt sich überhaupt nicht die Frage, und da stimmen wir demokratischen Fraktionen überein, dass das nicht infrage gestellt wird, dass der Ausbau notwendig und erforderlich ist. Die entscheidende Frage ist: Wie gewährleisten wir eine flächendeckende Breitbandversorgung in unserem Bundesland, damit wir alle zusammen, in welcher Branche auch immer, wettbewerbsfähig bleiben? Also es geht ganz konkret um die Finanzierung dieses Vorhabens.

Wenn der Minister sagt, dass wir einen Finanzbedarf für den flächendeckenden Ausbau des Breitbandes in unserem Land von circa 2,3 Milliarden und dabei noch eine Wirtschaftlichkeitslücke von 2 bis 2,2 Milliarden haben, dann macht das deutlich, welche Herausforderung an uns gestellt wird, hier Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, um das nachhaltig zu garantieren.

Und es ist richtig, nicht auf heute und morgen zu schauen. Um diese Technologie nachhaltig zu platzieren, ist es erforderlich, ein Stück Vorausschau zu halten, wobei das ganz, ganz schwierig ist. Wie ich eingangs sagte, wer hat denn im Jahr 2000 daran geglaubt, mit solchen kleinen Gerätschaften heute weltweit im Internet verbunden zu sein? Und welche Entwicklungen da noch vor uns liegen, können wir alle wahrscheinlich nur ahnen.

Deshalb, und das ist auch deutlich geworden aus der Rede des Ministers, widerspreche ich dem, dass hier gesagt wird, die Landesregierung hat da geschlafen. Auch wenn das über bestimmte Ressorts verteilt gewesen ist bis dahin, ist also dieser Zug nicht an Mecklenburg-Vorpommern vorbeigegangen. Die Landesregierung hat das nicht verschlafen. Ich weise einfach noch mal darauf hin, wie kompliziert und wie herausfordernd dieses Thema für uns alle ist.

Deshalb werbe ich auch noch mal um Zustimmung für diesen Antrag. Es geht um den flächendeckenden Ausbau des Breitbandes und da geht es ganz speziell darum, dass die Menschen in den ländlichen Räumen, durch die unser Bundesland geprägt ist, was landschaftlich wunderschön ist, einen gleichen Anspruch auf die Lebensbedingungen wie in den städtischen Bereichen, dem urbanen Raum, haben. Und deshalb ist es außerordentlich wichtig, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass wir in den nächsten Jahren – mit welcher Technologie auch immer, sei es der Kabelanschluss oder sei es ein Funkanschluss – für alle Branchen, die sich dort ansiedeln, und für die Privathaushalte eine flächendeckende Breitbandversorgung gewährleisten. Von daher bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 ist schon ein Teil gesagt worden. Es ist eigentlich selbsterklärend, dass wir dem Antrag nicht zustimmen können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Halleluja!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oha!)

Das unstreitig wichtige Thema Breitband ist SPD und CDU endlich auch einen eigenen Antrag hier im Landtag wert, und das nur knapp ein Jahr, nachdem der Antrag von uns GRÜNEN hier debattiert wurde. Aber na ja, möglicherweise verfahren SPD und CDU nach dem Bismarck'schen Motto: Wenn die digitale Revolution kommt, ziehe ich nach Mecklenburg-Vorpommern, denn da kommt das schnelle Internet erst 50 Jahre später.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist allerdings zwischenzeitlich auch eine ganze Menge passiert. Immerhin hat die Landesregierung nach fast einem Jahrzehnt Breitbandausbau – ich gehe da noch mal konkret drauf ein, was das eigentlich hieß –, schon mal die Zuständigkeiten geklärt und von ehemals vier Ministerien das Infrastrukturministerium federführend benannt. Infrastrukturminister Pegel, der jetzt zuständig ist, ist um seine Aufgabe wahrlich nicht zu beneiden. Er muss nämlich jetzt die Versäumnisse des vergangenen Jahrzehnts auslöffeln.

Noch Anfang des Jahres wollte sich Minister Backhaus dafür in der Presse feiern lassen, dass nun fast jeder Haushalt über einen Breitbandanschluss verfüge beziehungsweise verfügen kann. Das war ja eine echt dicke Meldung. Aber was stand wirklich dahinter? Breitband hieß für Herrn Backhaus zwei Megabit pro Sekunde,

(Minister Dr. Till Backhaus: Das war das Ziel der Bundesregierung, Herr Kollege.)

obwohl zu diesem Zeitpunkt die ganze Welt schon von mindestens 50 Megabit pro Sekunde sprach, um die notwendigen Datenmengen zukünftig beherrschen zu können.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das war das Ziel der Bundesregierung.)

Also unser Till Backhaus war der Hans im Glück, weil er in 22 Stunden einen Film herunterladen konnte.

Das ist das Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die hohen Ausbaukosten sind auch die Quittung dafür, dass die Landesregierung jahrelang den Breitbandausbau verschlafen hat. Wer jahrelang nur 5 Millionen Euro pro Jahr investiert, muss sich jetzt nicht wundern, dass die Ausbaurückstände so hoch sind.

Und natürlich ist es eine Mischung aus beidem, Herr Pegel, einerseits die schwierige ländliche Struktur unseres Landes, andererseits aber auch der fehlende Ausbau von Kabelverzweigerkästen, diesen KVZ, in der Region. Das führt natürlich dazu, dass jetzt mehr davon gesetzt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber anstatt dass der Infrastrukturminister nun ordentlich Rücken-

deckung von der Koalition bekommt für seine sehr schwierige Aufgabe, wird ihm hier von SPD und CDU wieder nur ein sehr unambitionierter Antrag vorgelegt. Herr Holter ist darauf schon eingegangen. Der Antrag enthält meines Erachtens neben Plattitüden und Selbstverständlichkeiten keine Ausbauziele, keine Zeiträume, keine Ausbauhorizonte, keine Aussagen zur Finanzierung durch das Land. Stattdessen wird von einigen Abgeordneten der Koalition schon einmal kolportiert, das schnelle Internet für jeden hier im Land sei unbezahlbar, weil es astronomische Summen seien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn vor 100 Jahren sich die Meinung durchgesetzt hätte, dass Elektrizität für jeden unbezahlbar sei, dann sähe es hier aber ganz anders aus, und zum Glück hat sich diese Meinung nicht durchgesetzt. Ich möchte aber diese Debatte, ob wir den Komplettausbau brauchen, schaffen oder angehen sollen, eigentlich hier für beendet erklären, denn gerade heute hat die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, dass jetzt auch die CDU einen Rechtsanspruch auf schnelles Surfen haben will, auf schnelles Internet. Damit ist sie die letzte Fraktion im Bundestag, die dieses Ziel fordert, also dass man, wie bei der Post auch, egal wo man wohnt, einen Rechtsanspruch darauf hat, dass die Post zugestellt wird, dass man jetzt auch einen Rechtsanspruch haben soll, dass man bis zur Haustür mit schnellem Internet – und zwar wirklich schnellem Internet, 50 Megabit pro Sekunde – versorgt wird. Das heißt, die Debatte ist damit beendet, ob wir einen vollständigen Ausbau brauchen oder nicht, es wird irgendwann gesetzliche Pflicht sein.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die SPD, die GRÜNEN, die LINKEN haben diesen Rechtsanspruch schon früher gefordert, die CDU will es jetzt auch. Und dieser Rechtsanspruch soll – man höre und staune – innerhalb der nächsten beiden Jahre kommen. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist wirklich Druck im Kessel.

Was mich aber jetzt wirklich ärgert, ist, dass Sie von der Koalition uns heute einen reinen Schaufensterantrag zu diesem Thema vorlegen, der sich zum Kern des Problems ausschweigt, nämlich, wie wird der Breitbandausbau konkret finanziert und welchen Anteil ist das Land bereit zu tragen. Dazu gibt die Landesregierung nach wie vor keine Antwort. Und gerade darum wäre hier eine deutliche Absichtserklärung aus der Mitte des Landtages dringend geboten gewesen. Diese Chance lassen Sie heute jedoch ungenutzt verstreichen, nicht ein Wort dazu im Antrag. So muss der Ausbau des schnellen Internets bis 2018 natürlich scheitern. Ich weiß, es ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Mir würde möglicherweise persönlich auch 2020 reichen, aber auch das geht aus dem Antrag nicht hervor. Sie schweigen sich einfach darüber aus.

Meine Damen und Herren, das Beste an diesem Antrag ist noch der Titel „Innovationen, Wachstum und Beschäftigung durch eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern“. Der Titel klingt gut, aber vor allem weckte er – auch in mir – die Erwartungshaltung, dass jetzt SPD und CDU endlich ein paar Antworten und Lösungsvorschläge, wie sie das Land mit schnellem Internet versorgen wollen, präsentieren. Aber nach viel Prosa muss man feststellen: keine Antworten.

Meine Damen und Herren, das ist Schmalbandpolitik. Das hat mit Breitband nichts zu tun.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sehr schönes Bild, ja.)

Lassen Sie uns einen Blick auf einige der Forderungen werfen!

(Manfred Dachner, SPD:
Sie sind ein ganz Schlauer.)

Da heißt es in Ihrem Antrag, dass ...

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ja. Vielen Dank, Herr Ringguth.

Da heißt es in Ihrem Antrag, die Landesregierung werde aufgefordert,

(Heiterkeit und Zuruf von
Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

den Breitbandausbau voranzutreiben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Selbstverständlichkeit, das muss man doch nicht beantragen. Aber wahrscheinlich, so muss man das deuten, sollen wir einfach froh sein, dass die Landesregierung nicht aufgefordert wird, den Breitbandausbau zu blockieren.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Weiter heißt es in Ihrem Antrag, die Landesregierung werde aufgefordert, weiterhin konstruktiv mit allen Akteuren zusammenzuarbeiten. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, das muss man doch nicht beantragen. Oder haben die Regierungsfractionen den Verdacht, dass das bisher nicht geschehen ist?

(allgemeine Unruhe)

Und weiter heißt es im Antrag ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Saalfeld, bitte.

Ich bitte um Ruhe auf der Regierungsbank und auch im Plenum.

(Manfred Dachner, SPD:
Er soll mal nicht rumsülzen,
er soll mal konkret werden.)

Herr Saalfeld ist kaum zu verstehen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und Sie können jetzt weitersprechen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weiter heißt es in Ihrem Antrag, die Haushaltsmittel sollen „eine möglichst große Hebelwirkung auf private Investitionen haben“. Wie Herr Holter schon sagte: eine Selbstverständlichkeit.

Dann lesen wir im Antrag, die Landesregierung wird aufgefordert, sich „auf die Schließung der Versorgungslücken in ländlichen Regionen“ zu konzentrieren. Ja, meine Damen und Herren, wo denn sonst? In den Städten funktioniert es doch auch ohne Förderung, hoffentlich. Also auch das eine Selbstverständlichkeit.

(Susann Wippermann, SPD: Das stimmt nicht. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und auch die Forderung im Antrag, dass die Erlöse der Versteigerung der Funkfrequenzen für den Breitbandausbau eingesetzt werden sollen, ist doch schon längst von der Bundesregierung zugesichert. Das brauchen wir nicht hier noch mal zu beschließen.

(Manfred Dachner, SPD: Dann können wir es ja sein lassen.)

Der ganze Antrag der Koalition ist also eine Aneinanderreihung von Plattitüden. Es tut mir leid.

Und ich muss von einer kleinen Geschichte berichten.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Müssen nicht.)

Gestern hatte ich ein Abgeordnetengespräch mit dem Kollegen Renz, und da wurde er gefragt, warum werden denn von der Koalition so viele Anträge von der Opposition abgelehnt. Da hat er eine ganz interessante Argumentation aufgetischt, die habe ich so auch noch nicht gehört: Die Opposition sei zu schwach auf der Brust,

(Vincent Kokert, CDU: Da hat er recht.)

mit ihrem wenigen Personal qualitativ hochwertige Anträge vorzulegen –

(Vincent Kokert, CDU: Da hat er recht.)

im Vergleich zur Koalition und der Regierung,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist neu. Das ist neu.)

die den ganzen Staatsapparat mit ihren Ministerien im Hintergrund haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist aber eine sehr freie Interpretation.)

Da frage ich mich jetzt, wenn ich diesen Antrag sehe: Was haben Sie eigentlich mit Ihrem ganzen Personal gemacht? Haben Sie das irgendwie in den Urlaub geschickt gehabt? Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat die Opposition schon besser hinbekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Zurück zum Antrag. Zur Gretchenfrage des Breitbandausbaus fällt also kein einziges Wort:

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Wie soll der Breitbandausbau finanziert werden?

Und auch wenn Sie sagen, Herr Pegel, ich persönlich hätte länger auf Ihren Konferenzen verweilen sollen – ich kann Ihnen erstens sagen, einer unserer Referenten war immer anwesend, und zwar die ganze Zeit, sowohl bei dieser sehr schmalen Bomba-Konferenz in Rostock, wo ich dann etwas früher gehen musste,

(Jochen Schulte, SPD: Vielleicht sollte der mal im Landtag reden.)

weil ich einen Anschlusstermin hatte, als auch auf Ihrer Konferenz war er anwesend, und er war auch anwesend in der entsprechenden Ausschusssitzung. Also wir sind bestens informiert.

Und die Frage ist eben entgegen Ihrer Darstellung nicht beantwortet, was das Land bereit ist einzusetzen. Dass Sie erklärt haben, dass Sie bereit sind, sich an die Bundesförderung sozusagen anzuschließen, das ist natürlich eine Selbstverständlichkeit. Das war aber auch nicht Sinn unseres Änderungsantrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, also die Fragen, welchen Teil der Kosten das Land bereit ist zu tragen, welcher Teil der Kosten auf die Kommunen zukommt – auch hier finden wir nichts. Sie hätten sich wirklich einmal bekennen können in diesem Antrag.

Meine Damen und Herren, im Oktober 2014 währte sich im Übrigen Frau Wippermann – wir hören sie ja gleich noch mal – noch im Schnellzug, das waren ihre Worte, „im Schnellzug in Sachen Breitbandausbau“. Heute wie damals können und müssen wir allerdings feststellen, dass es dann tatsächlich doch eher eine Bummelbahn ist.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Es gab auch Bahnstreiks.)

Und ich möchte Ihnen auch kurz sagen, warum das so ist. Vor fast einem Jahr, also im August 2014, hat die Bundesregierung die Digitale Agenda beschlossen und dieses Ziel mit 50 Megabit ausgerufen. Im Oktober hatten wir dann den Antrag als GRÜNE, damit die Landesregierung eine Strategie für den Ausbau erarbeitet. Und da ging es uns auch nicht um viel Papier, sondern es ging uns um das strategische Aufstellen. Damals hieß es allerdings: Brauchen wir alles nicht, die Koalition habe alles im Griff. Das war das Signal, das Sie gesendet haben. Aber als wir dann im Dezember 2014 wissen wollten, wie es denn genau um die Breitbandversorgung hier im Land in den Landkreisen und Gemeinden aussieht, konnte uns die Landesregierung keine Antwort geben.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das muss man sich hier meines Erachtens erst mal vorstellen! Stattdessen mussten wir uns an unseren GRÜNEN-Bundestagabgeordneten Harald Terpe wenden, der dann die Bundesregierung befragt hat, wie es denn um die Versorgung hier im Land steht. Das muss man sich einmal vorstellen: Die Bundesregierung wusste also besser Bescheid als die Regierung hier in Schwerin, die eigentlich für dieses Land zuständig ist!

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im März wollten wir dann wissen, wie es eigentlich mit der Breitbandversorgung in den Schulen unseres Landes aussieht. Immerhin hatten wir ja hier im Landtag im Juli 2014 einen Antrag der Koalition zum E-Learning verabschiedet. Damals wurde zu Recht die Bedeutung des E-Learnings betont. Der Landtag hat auch erklärt, dass man diesen Bereich stärken müsse und man solle nun noch mal den Ausstattungsstand der Schulen prüfen.

(Manfred Dachner, SPD: Na, dann fragen Sie doch noch mal!)

Und da haben wir uns gedacht als GRÜNE, fragen wir doch mal nach einer gewissen Zeit nach, was denn passiert ist.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Die Landesregierung konnte jedoch nur mit den Achseln zucken. Wahrscheinlich hätte ich auch wieder lieber in Berlin nachfragen müssen,

(Manfred Dachner, SPD: Ja, fragen Sie mal!)

wie es denn um die Schulen hier im Land bestellt ist.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun, noch mal einige Monate später, liegt uns der nächste Haltepunkt dieser Bummelfahrt vor, nämlich der heute präsentierte Antrag von SPD und CDU. Doch anstatt jetzt auf den Schnellzug zu wechseln, vertun Sie die Chance. Meines Erachtens hat die Koalition sich damit als Bremsklotz in Sachen digitaler Wandel und Innovation dargestellt. Sie sind meines Erachtens eine Koalition der Ambitionslosigkeit.

Ich wünschte mir, dass Sie die politische Hartnäckigkeit und Entschlossenheit, die Sie bei der Gerichtsstrukturreform so an den Tag legen, auch mal beim Breitbandausbau beweisen. Sie sind Klassenbester, wenn es darum geht, dieses Land zurückzubauen. Wenn es aber darum geht, innovative Chancen für die Zukunft aufzubauen, dann sind Sie stark versetzungsgefährdet. Also bekennen Sie sich! Wir haben den Änderungsantrag vorgelegt. Was ist Ihnen der Ausbau des schnellen Internets wert? Und da sind Sie hier und heute gefragt.

Im Übrigen möchte ich noch mal kurz einen Exkurs nach Bayern machen. Bayern hat ja auch große ländliche Räume und ähnlich gelagerte Probleme mit Landflucht und teilweise mit dem demografischen Wandel, sicherlich nicht ganz so stark wie wir, hat natürlich auch viel mehr Geld im Portemonnaie als wir. Aber was hat Bayern eigentlich beschlossen, um die ländlichen Regionen zu stärken? Die haben da ein 3-Säulen-Programm aufgelegt. Herr Waldmüller schaut mich ganz starr an. Ich glaube, Sie kennen es. Erstens sollen die ländlichen Regionen durch örtliche Schulen gestärkt werden, zweitens durch eine örtliche Krankenversorgung und drittens durch den Ausbau des Breitbandnetzes. Und ich glaube, daran könnte man sich vielleicht auch mal orientieren als Mecklenburg-Vorpommern. Ich halte das für drei ganz zentrale Punkte, um die ländlichen Regionen hier im Land zu stärken. Aber wir werden sehen, wie sich die Parteien hierzu im nächsten Doppelhaushalt und auch im nächsten Landtagswahlkampf positionieren.

Meine Damen und Herren, wir haben hier also einen Änderungsantrag vorgelegt, um das Land in Sachen schnellen Internets noch auf das richtige Gleis zu setzen. Auch die Digitale Agenda der Bundesregierung ist leider insgesamt eine Enttäuschung mit vielen Ankündigungen, allerdings ohne zu erklären, was denn nun konkret auf welcher Grundlage umgesetzt werden soll.

(Manfred Dachner, SPD: Rot! Rot!)

Ich komme zum Ende, danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine beschlossene Sache nochmals einzufordern, gehört zu den Grundübungen Ihrer Fraktionen. Kann man keine Taten vorweisen, wiederholt man die grundsätzliche Absicht und gibt sich kümmernd.

Erst auf der 76. Sitzung des Energieausschusses wurden der Stand der Entwicklung und die Perspektiven erläutert. Ganz klar war dort zu vernehmen, dass der Minister die Problematik auf seiner Liste hätte, man zunächst jedoch ein Gutachten abwarten wolle, um dann weiterzusehen. Wie wir gehört haben, ist das Gutachten inzwischen da. Unserer Fraktion liegt es nicht vor, ihr wird es wohl vorenthalten.

(Stefanie Drese, SPD: Datenbank. –
Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Abgesehen davon sollte man hier in Mecklenburg-Vorpommern einmal zur Kenntnis nehmen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kein
Weltnetzanschluss, die Kameraden. –
Rainer Albrecht, SPD: Sie müssen
noch trommeln.)

dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur nicht schneller vorantgeht,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

indem man das ständig fordert, was angeblich längst in Arbeit ist.

Mit Blick auf die Initiativen der Bundesregierung stellt sich dieses Thema ohnehin in einem ganz anderen Licht dar.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Da können Sie ruhig weiterlachen.

Bereits im Jahre 2008 posaunte nämlich Ihre Bundesregierung heraus, dass sie binnen zwölf Monaten diese Problematik lösen wolle. Und wie wir heute wissen, hat

das nicht geklappt. Aus den erst geforderten 50 Megabit wurde dann ganz schnell ein Megabit und dann wurde dies auch noch zum ehrgeizigen Ziel erklärt.

Halten wir also fest: Nicht mal die Bundesregierung ist in der Lage dazu, den Breitbandausbau wie geplant voranzutreiben. Und selbst, wenn es irgendwann mal hier in Mecklenburg-Vorpommern oder gar bundesweit gelingen sollte, die Versorgung flächendeckend mit 50 Megabit sicherzustellen, so ist diese Megabitzahl dann ohnehin wieder Schnee von gestern. Vergleicht man nämlich die Vorhaben der BRD-Regierung mit denen anderer Staaten, welche bereits von Gigabyte-Internet sprechen, erscheinen 50 Megabit mehr als lächerlich.

(Udo Pastörs, NPD:
Niederlande, zum Beispiel.)

Und genauso lächerlich erscheint uns der heutige Antrag von SPD und CDU. Übrigens, Ihre Bundestagsfraktionen, die Sie in dem Antrag loben, haben die Summe von 1 Milliarde Euro, die ursprünglich im Koalitionsvertrag für den Breitbandausbau vorgesehen war, kurzerhand gestrichen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, und zwar nicht, weil wir gegen den Ausbau des Breitbandinternets sind, sondern weil der vorliegende Antrag nichts zu dessen Ausbau beitragen wird. Er ist ein Schaufensterantrag, der allein zur Selbstbeweihräucherung Ihrer Parteien und Ihres Ministers gestellt wurde, was Sie auch an der Redezeit festmachen können. Er hat länger gesprochen als Sie zusammen.

Zum Schluss erlaube ich mir den Hinweis, dass es schon bemerkenswert ist, dass Sie binnen weniger Monate abermals das Breitbandinternet thematisieren, sich aber offenbar nicht darum scheren, dass uns eine flächendeckende Vergreisung unseres Volkes und damit eine Entlebung des ländlichen Raums bevorsteht.

(Jochen Schulte, SPD:
Vor allem bei Ihnen im Kopf.)

In Ihrer Antragsbegründung heißt es: „Gerade im dünnbesiedelten Flächenland“ sei eine „flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen eine der zentralen Fragen der Zukunftsfähigkeit ...“ Die zentralste Frage der Zukunftsfähigkeit jedoch, wie der Tod unseres Volkes, dessen Austausch im eigenen Land

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Heinz Müller, SPD: Ah! –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

zum Beispiel durch familienpolitische Maßnahmen verhindert werden könnte, die benennen Sie nicht, geschweige denn, dass Sie sich darum kümmern. Stattdessen ist Ihnen nämlich wichtig, Regenbogenfahren zu hissen,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Nandus und Wölfe zu schützen und jedermann ohne deutschen Pass zum Flüchtling mit Bleiberecht zu verklären. Das ist Politik gegen unser deutsches Volk. Auch mit einer flächendeckenden Breitbandversorgung wird der ländliche Raum unter Ihren Fahnen unvermindert ausbluten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wippermann von der SPD-Fraktion.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorwiegend möchte ich, dass das Gutachten des TÜV Rheinland natürlich in der Parlamentsdatenbank öffentlich abrufbar ist.

(Heinz Müller, SPD: Das können sie nicht bedienen.)

Also es ist nichts Geheimnisvolles dabei.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Herr Saalfeld, diese Häme, die Sie hier immer wieder ausstrahlen, wenn Sie über unsere Politik reden, also es ist kaum noch zu ertragen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es würde uns irgendwie weiterhelfen, wenn wir ganz sachlich,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sachlich diskutieren und gemeinsam – natürlich auch dieses Ziel vor Augen – durch das Land schreiten und nicht immer nur dieses Eingedresche. Also das macht mich zunächst ganz schön traurig.

(Zurufe von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte heute vor allen Dingen die Gelegenheit nutzen und dem Herrn Minister Christian Pegel dafür danken,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass er so engagiert und hoch motiviert das Thema Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern angepackt hat und zielstrebig mit gebotener Sachlichkeit verfolgt.

Warum stellt sich der Ausbau so schwierig dar? Meine Damen und Herren, die Herausforderung, ein ganzes Land mit einem Medium flächendeckend auszustatten, ist eine Mammutaufgabe. Und dieser Vergleich mit der Elektrifizierung, den mag ich ja überhaupt nicht erwähnen, denn Elektrifizierung ist einmal da und kann immer genutzt werden,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Elektrifizierung und Sowjetmacht, jaja. –
allgemeine Heiterkeit)

in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern mit seiner besonderen offenen Siedlungsstruktur noch viel mehr als in dicht besiedelten Ländern oder gar in Stadtstaaten.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Saalfeld, wir haben es hier mit einem Medium zu tun, das einer fortschreitenden Entwicklung unterliegt, falls Sie das noch nicht bemerkt haben.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, nein, nein.

Was heute noch up to date ist, kann in einigen Jahren schon als veraltet, überholt und inakzeptabel gelten.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Wenn wir also in dem für unsere Behörden und Verwaltungen gewohnten Planungszeitraum agieren, kann dies mitunter dazu führen, dass das, was ursprünglich als fortschrittlich geplant wurde, bei der Fertigstellung des Projektes schon wieder infrage gestellt werden muss.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Das muss beachtet werden. Da kann man nicht hopplahopp durchs Land reiten. Das geht einfach nicht. Die Datenvolumina, die über die Leitungen bewegt werden, steigen Jahr für Jahr kontinuierlich. Behauptet wird in einschlägigen Medien, dass sich alle zwei Jahre das Volumen verdoppelt. Big Data, Cloud Computing oder Smart-TV sind die gegenwärtigen Haupttreiber für Steigerungen im Daten-Traffic.

Belastbare digitale Infrastrukturen sind für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes genauso wichtig wie für die Kommunen, die Einwohnerinnen und Einwohnern schnelles Internet als Teil der Daseinsvorsorge anbieten müssen, um sie vor Ort zu halten. Was wir also brauchen, um zukunftsfähig zu bleiben, ist eine wohldurchdachte Strategie. Mit der Studie, die das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung in Auftrag gegeben hat, haben wir endlich belastbare Fakten und Zahlen an der Hand, die uns nun in die Lage versetzen, ein reales Bild über Bedarfe und Kosten abzubilden.

Die von mir persönlich bevorzugte Variante – und das ist interessanterweise die auch von Herrn Holter bevorzugte –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Tja.)

weil dies die zukunftssichere Variante wäre, lautet FTTB bei 100 Prozent Versorgung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Bei Durchführung würde nach den Berechnungen und Analysen das Ganze 2,3 Milliarden Euro Investitionskosten bedeuten. Hier sieht man, wo der Hase im Pfeffer liegt, denn die Telekommunikationsunternehmen werden nur Investitionen tätigen, wenn es sich für sie auch wirtschaftlich lohnt. Dies ist in den wenigsten Gebieten in Mecklenburg-Vorpommern der Fall, was sich auch an der vornehmen Zurückhaltung dieser Anbieter gerade im ländlichen Raum zeigt.

(Minister Dr. Till Backhaus: Genau.)

Dass wir in den kommenden Jahren sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, ist unstrittig. Das Land Meck-

lenburg-Vorpommern wird diese Summe nicht allein stemmen können. Der Minister hat es bereits erwähnt. Große Hoffnungen setze ich in die angekündigten Förderungen des Bundes. Demnächst gibt er einen Teil der Erlöse aus der Versteigerung der Funknetze für den Ausbau der Netze an die Länder weiter. Nach letzten Informationen soll es ein Scoring-Verfahren geben, welches ab August 2015 in mehreren Tranchen Mittel für den Breitbandausbau in besonders benachteiligten Gebieten technologieoffen bereitstellt. Das hört sich für Mecklenburg-Vorpommern doch richtig gut an.

Die Herausforderung wird sein, möglichst viele Gebiete mit den zu erlangenden Mitteln erschließen zu können. Dies kann nur gelingen, wenn dazu eine erfolgreiche ebenenübergreifende Abstimmung zwischen Land, Kommunen und dem Breitbandkompetenzzentrum M-V erfolgt. Lassen Sie uns gemeinsam diese Aufgabe annehmen! Ich denke, mit dem Herrn Minister Christian Pegel ist uns ein guter Mann zur Seite gestellt worden. Ich weiß in meiner Fraktion viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter an unserer Seite

(Rainer Albrecht, SPD: Das kann man ja mal erwähnen, ne?!)

und ich hoffe, dass wir diese Aufgabe gemeinsam mit unserem Koalitionspartner schnell, gut und zukunftsicher erledigen können.

Zu Ihrem Änderungsantrag, Herr Saalfeld, zur Nummer 1: Also man kann ja darüber streiten, ob wir es schaffen 2018 oder 2020. Mit Ihrer Häme,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Jetzt hören Sie aber auf!)

die Sie hier an den Tag legen, kann ich einfach nicht umgehen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das sagten Sie schon. –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Also nicht wegen des Inhalts, sondern
wegen der sogenannten Häme.)

Doch.

Wenn wir 2018 feststellen, dass wir es nicht geschafft haben, dann können Sie gerne noch mal einen Antrag schreiben

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

und dann können wir dem vielleicht auch zustimmen.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Dann sind die GRÜNEN ja nicht
mehr im Landtag, also machen
wir das außerparlamentarisch. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also was Sie jetzt in Ihrem ersten Teil des Antrages machen, ist ja nichts anderes als Glaskugelschauen,

(Glocke der Vizepräsidentin)

also Glaskugelschauen: Wir stellen jetzt schon fest, was 2018 passieren wird.

(Vincent Kokert, CDU: Der war gut.)

Das lehnen wir ab.

Zu Nummer 2: Da verlangen Sie ja konkrete Kofinanzierungszusagen, die wir zu diesem Zeitpunkt eigentlich auch noch nicht machen können, denn das genaue Ziel ist noch nicht klar, wie wir das Land erschließen wollen. Die Strategie ist noch nicht zu 100 Prozent in Sack und Tüten und auch die Förderkriterien des Bundes sind noch nicht da. Also wie wollen wir jetzt schon konkret die Zahl nennen, mit der sich das Land an der Kofinanzierung beteiligt?

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wie schaffen das
dann andere Bundesländer?)

Also wir werden diesen Änderungsantrag ablehnen. Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz zwei Anmerkungen noch zu den vorhergehenden Redebeiträgen.

Einmal zu den Ausführungen der NPD: Da stellt sich mir als Erstes und auch als Einziges die Frage: Wenn Idioten fliegen könnten, wäre dann hier im Landtag der Flughafen? – Das zum Thema Volkstod.

(Michael Andrejewski, NPD:
Da würden Sie dann landen.)

Und, sehr geehrter Herr Kollege Holter, Sie haben ...

(Stefan Köster, NPD: Haben Sie
das jetzt auf Ihre Fraktion bezogen,
Herr Schulte? – David Petereit, NPD:
Das weiß er selber nicht. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrter Kollege Holter, ich weiß gar nicht, warum ich mich über Ihren Redebeitrag hätte ärgern sollen. Ich fand Ihre Rede gut.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, ich auch.)

Da gab es ja auch inhaltlich erstaunlicherweise relativ wenige Differenzen zu dem, was die Kollegin Wippermann gesagt hat, was Herr Minister Pegel gesagt hat und was ich gesagt habe.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Bis ans Gebäude, na toll!)

Und dann erlauben Sie mir, vielleicht auch mal aus meiner Sicht Ihre Rede an der Stelle zusammenzufassen: Die Arbeit der Landesregierung ist gut. Der zuständige Infrastrukturminister wurde ausdrücklich gelobt, auch andere Mitglieder dieser Landesregierung. Dass die Ausgestaltung des Verwaltungsrahmens durch den Bund

etwas kompliziert ist, darüber sind wir uns auch einig, aber Sie haben selber betont, dass das Land darauf keinen Einfluss hat. Und das Ergebnis Ihres Redebeitrags ist: Gleichwohl müssen wir natürlich diesen Antrag kritisieren, aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Kritik darf doch nicht so weit gehen, dass wir hinterher dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Kollege Holter,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Weil wir
da anders sind als Sie, Herr Schulte.)

Herr Kollege Holter,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Weil wir Größe
zeigen und solchen Anträgen zustimmen. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Herr Kollege Holter, wenn Sie das in Zukunft auch so handhaben, dann wird das noch eine richtig gute Zusammenarbeit zwischen uns. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4147 zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Und die Gegenprobe. – Danke. Und Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4147 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und der Fraktion der NPD, bei keiner Stimmenthaltung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4101 zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Und die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Ja. Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU angenommen, bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU und der Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Das ist die Beratung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE gemäß § 63 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Landtages – 20 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Drucksache 6/3870.

**Antwort der Landesregierung auf die
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
gemäß § 63 Absatz 4 GO LT
20 Jahre Verfassung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 6/3870 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen

Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Einen Jubilar fragt man in der Regel nach seinem Befinden und wünscht ihm für die Zukunft alles erdenklich Gute. Dabei berufen sich die Gratulanten sehr gern auf all das, was dem Geburtstagskind in die Wiege gelegt wurde.

(Vincent Kokert, CDU: Zu den Vätern gehören Sie ja nicht.)

Wir feiern in diesem Jahr den 25. Geburtstag des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. In die Wiege unseres Landes hat die Bevölkerung nach langer und eingehender Diskussion per Volksentscheid die Landesverfassung gelegt. Zum 20. Jubiläum des Inkrafttretens am 15. November 2014 wollten wir von der Regierung wissen, wie diese das Befinden des Landes bewertet und was sie zu tun gedenkt, um Anspruch und Ziele der Verfassung zu erfüllen.

Anfang vergangenen Jahres haben wir deshalb die Große Anfrage zur Verfassung gestellt. Lange haben wir und die Öffentlichkeit auf die Antwort warten müssen. „Gut Ding will Weile haben“ sagt der Volksmund. Doch die Regierung bewies mit ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage das Gegenteil. Das Ergebnis der mehrmonatigen Arbeit ist sehr dürrig, sagt aber sehr viel über den Realitätsbezug und die Zukunftspläne dieser Regierung aus. Die Zahlen und Fakten in der Antwort sprechen ihre eigene Sprache.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

So stellt sich die Regierung selbst ein schlechtes Zeugnis aus. Kurz zusammengefasst kann ich Folgendes sagen: Großherzoglich ist diese Landesregierung weit vom Volk und dessen Lebensrealität entfernt. Sie hat keine Vorstellung, wie sich das Land in Zukunft aufstellen soll. Dazu später mehr.

(Vincent Kokert, CDU: Das steht alles in der Großen Anfrage? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie hätten, Herr Kokert, die Antwort mal lesen sollen.

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin schon bei den Fragen eingeschlafen.)

Die Wiedergründung unseres Landes war auch für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit der Gewissheit verbunden, dass in einer Landesverfassung Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Nordosten verbrieft und gelebt werden. Unterschiedliche Erwartungen an die Verfassung bestanden unter anderem darin, ob Staatsziele, die das Sozialstaatsprinzip verbindlich untermauern sollten, in die Verfassung aufgenommen werden sollen. Sie erinnern sich an die Forderungen, das Recht auf Arbeit und Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen. Diese und andere Forderungen waren Inhalt einer breit unterstützten Volksinitiative.

Sie erinnern sich auch, dass 1994 auf den Straßen und Plätzen in Mecklenburg-Vorpommern eine intensive und

teils hitzige Diskussion über unser rechtliches Fundament für den Bau des Hauses Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden hat. Meine Partei und meine Fraktion haben sich engagiert in die Erarbeitung und Diskussion des Verfassungsentwurfes eingebracht. Namentlich Arnold Schoenenburg und Andreas Bluhm werden zu den Vätern der Verfassung gezählt. Sie haben damals im Auftrag unserer Fraktion in der Verfassungskommission gearbeitet.

(Vincent Kokert, CDU: Gearbeitet ja und dagegengestimmt.)

Wie gesagt, wir wollten mehr in dieses Grundsatzdokument aufnehmen, und das war der Grund für unsere Enthaltung. Wir wollten eine beständige und zugleich lebendige Verfassung.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, seit ihrem Inkrafttreten haben die demokratischen Fraktionen gemeinsam die Landesverfassung vier Mal geändert. Herausheben möchte ich die Einfügung des Artikels 18a zur Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit. Bereits im April 1996 stellte die Fraktion der PDS auf Drucksache 2/1437 eine Große Anfrage mit dem Titel „Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern“. Aus der Antwort ging hervor, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern noch in der Findung begriffen ist und noch nicht alle Fragen abschließend beantwortet werden können.

Im Januar 2014, nur logisch konsequent, stellten wir nun unsere nächste Große Anfrage, die heute Gegenstand der Aussprache ist. In der Landesverfassung gibt es verbrieft Rechte des Parlaments. Natürlich verursachen Kleine und Große Anfragen der Regierung Arbeit. Natürlich ist ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss kein Kaffeekränzchen, sondern das schärfste Schwert der Opposition.

(Heinz Müller, SPD: Des Parlaments.)

All das passt nicht jedem und jeder, aber auch die Kritik aus der Koalition an unserer Großen Anfrage, Herr Müller, können wir gut aushalten.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Demokratie haben die Koalitionäre mit ihren Reaktionen geschadet. Da war herabwürdigend von „nutzlosen Papierbergen“ die Rede. Es handelt sich auch nicht um ein sinnloses Beschäftigungsprogramm für die Regierung, sondern um ein fundamentales Recht der Opposition.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist unbestritten.)

Insgesamt ist der Eindruck entstanden, dass wir mit der Großen Anfrage die Regierung stören. Vor allem die Antworten passen nicht ins Regierungsbild von der heilen Welt Mecklenburg-Vorpommern und dessen Hofstaat in Schwerin.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Mann, Mann, Mann!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Antwort auf die Große Anfrage im Detail kommen. Die Antworten waren oft wenig konkret, sehr dürrig oder geprägt von Ausflüchten.

(Vincent Kokert, CDU: Die Fragen waren noch viel schlimmer.)

Einige Fragen wurden gar nicht beantwortet. So bleibt die Landesregierung etwa auf die Frage nach der Zahl der Kinder, die in Mecklenburg-Vorpommern in Armut leben, eine Antwort schuldig. Mit den Antworten stellt sich die Landesregierung selbst das Zeugnis aus, den in Teilen des Landes herrschenden massiven Problemen hilflos und ohne Plan gegenüberzustehen. Sie macht die Augen fest zu und redet die Lage schön.

Meine Damen und Herren, der Schweizer Autor Peter F. Keller schrieb, Zitat: „Die Verfassung eines Landes gibt noch keine Auskunft über dessen Verfassung.“ Zitatende. Grundsätzlich können wir feststellen, dass sich unsere Verfassung bewährt hat. Und es ist maßgeblich das Verdienst der Menschen in diesem Land, dass sich vieles gut entwickelt hat. Aber dort, wo Licht ist, ist auch Schatten. Die Schere zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit klappt weit auseinander. Es ist höchste Zeit, diese zu schließen.

Für meine Fraktion ist die Landesverfassung das Handbuch der täglichen Arbeit. Und ich empfehle der Regierung und den Koalitionsfraktionen, die Verfassung des Öfteren zur Hand zu nehmen und ihr politisches Handeln daran zu messen. Verfassungsanspruch und -ziele sollten auch Ihr Maßstab sein.

(Vincent Kokert, CDU: Ist sie ja.)

Die Antworten der Landesregierung beschreiben mal mehr, mal weniger deutlich, was seit Jahren bekannt ist und was auch seit Jahren beklagt werden muss: In Mecklenburg-Vorpommern sind wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Teilen des Landes noch weit entfernt.

Es wird ein deutliches Gefälle zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen sichtbar. Dies schlägt sich beispielsweise in höherer Arbeitslosigkeit, geringerem Einkommen, mehr Krankheit und Armut sowie einer allgemeinen Strukturschwäche in den vorwiegend vorpommerschen Landesteilen nieder, wo die Menschen sogar früher sterben als in Mecklenburg.

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz fordert die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Wir sind der Überzeugung, dass dieser Anspruch auch innerhalb unseres Bundeslandes gelten muss. Wir plädieren dafür, in der Landesverfassung zu verankern, dass das Land darauf hinwirken soll, dass es in beiden Landesteilen, Mecklenburg und Vorpommern, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen gibt,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und zwar in den Städten und in den ländlichen Räumen.

(Vincent Kokert, CDU: Wie gut, dass das auch in der Verfassung steht.)

Das steht ja nicht in der Verfassung,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

deswegen soll es ja da rein, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich steht das in der Verfassung. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das steht nicht in der Verfassung.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung räumt ein, dass das Staatsziel eines hohen Beschäftigungsstandes noch nicht erreicht ist. Nicht nur, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2014 in Mecklenburg-Vorpommern fast fünf Prozent höher lag als im Bundesdurchschnitt, mit diesem Indikator wird auch das West-Ost-Gefälle innerhalb des Bundeslandes besonders deutlich. Dies dokumentieren die Arbeitslosenquote, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und das verfügbare Einkommen von Privathaushalten.

Hier muss gegengesteuert werden. Die Landesregierung darf dieser Entwicklung nicht länger tatenlos zusehen. Sie muss den Menschen in den betroffenen Regionen eine Perspektive schaffen. Perspektive heißt auch, die Menschen brauchen Arbeit, von der sie sich und ihre Familien ernähren können. Und sie brauchen Arbeit vor Ort, damit wir das Image „M-V – das Land der Pendler“ endlich verlieren.

Der Bereich Bildung nimmt in unserer Großen Anfrage einen breiten Raum ein. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und findet entsprechend Niederschlag in der Landesverfassung. Hier heißt es, Zitat: „Land, Gemeinden und Kreise sorgen für ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen. Es besteht allgemeine Schulpflicht.“ So weit das Zitat aus der Verfassung. Was wird denn nun in Mecklenburg-Vorpommern als ausreichend und vielfältig angesehen? Fakt ist doch, dass wir in Sachen Bildungspolitik das Schlusslicht in der Bundesrepublik sind. Oder meinen Sie wirklich, dass es ausreichend ist, dass etwa zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler keinen Schulabschluss machen?

(Torsten Renz, CDU: Das wissen Sie doch,
dass das eine statistische Sache ist.)

Aus unserer Sicht ist es ebenfalls nicht ausreichend, wenn die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten sowie der Abiturprüfungen und Prüfungen zur mittleren Reife unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Berufsausbildung muss auch in den ländlichen Räumen möglich sein. Auch kleine Berufsschulen sind lebensfähig. Das Gleiche gilt für die allgemeinbildenden Schulen. Besonders für die Grundschulen muss gelten: kurze Wege für kurze Beine. Ziel muss es doch sein, eine umfassende und chancengleiche Bildung an allen Orten des Landes zu ermöglichen. Ein solcher Anspruch, das ist allen klar, ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Ähnlich, meine Damen und Herren, sieht es bei dem Schutz der Kinder und Jugendlichen aus. Wenn die Landesregierung feststellt, ich zitiere aus der Antwort: „In Mecklenburg-Vorpommern besteht kein erhöhtes Armutsrisiko für Kinder, was die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe betrifft“ – Ende des Zitats –, dann frage ich mich, auf welchem Planeten die Landesregierung lebt.

(Zuruf vonseiten
der Fraktion DIE LINKE: Genau.)

Die Frage nach der Anzahl der Kinder in Armut wird gleich ganz ignoriert. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen jedoch, dass in Mecklenburg-Vorpommern jedes dritte Kind in Armut lebt, das heißt für diese Kinder oft nicht ausreichend Winterkleidung, das heißt für diese Kinder oft keine warme, gesunde Mahlzeit, das heißt für diese Kinder oft keine Teilnahme an Sport, Spiel und Kultur. Mit anderen Worten: Diese Kinder sind oft ausgegrenzt.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Die Landesregierung kann oder will nichts dazu sagen, da sie relevante Daten gar nicht erst erfasst. Dies gilt auch für Wohnraum oder Obdachlosigkeit,

(Regine Lück, DIE LINKE: Richtig.)

ganz nach dem Motto: „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genauso ist es.)

Das Problem ist nicht die Verfassung, sondern die Ignoranz gegenüber den realen Problemen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, das Gleiche müssen wir bei den Antworten zu den Fragen der kommunalen Selbstverwaltung feststellen. Die Gemeinden sind berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, in ihrem Gebiet alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

(Torsten Renz, CDU: Wann kommt denn der positive Teil?)

So weit, so gut. In der Realität führen die Leistungs- und Finanzschwäche der Gemeinden diese Regel ad absurdum.

Ich war bei beiden Veranstaltungen – 25. Geburtstag des Städte- und Gemeindetages und 25. Geburtstag des Landkreistages – dabei, und diejenigen, die von Ihnen dabei waren, werden genau diesen Realitätsbezug in diesen Veranstaltungen gehört haben und die Forderung der Kommunen nach einer besseren Finanzausstattung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:

Das ist ja ganz neu. –

Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Die Landesregierung versteckt sich bei der Beantwortung der Fragen hinter Zahlen und spricht lediglich nebulös von einem differenzierten Bild zur finanziellen Situation der Gemeinden und Kreise. Ich denke, jeder, der auf kommunaler Ebene aktiv ist, weiß, dass die Kommunen finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet sind. Man muss sogar sagen, der großen Mehrzahl geht es schlecht. Und es nützt dem Ertrinkenden gar nichts, wenn der Rettungsschwimmer vorbeikommt und sagt, ich muss erst die Wassertiefe und deine Körpergröße messen lassen, um dann festzustellen, ob du wirklich am Ertrinken bist.

Meine Damen und Herren, unsere Verfassung ist politisch und weltanschaulich neutral und sie sieht auch Instrumente der direkten Demokratie vor. Wir haben von Anfang an kritisiert, dass die Hürden für eine erfolgreiche direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger deutlich

zu hoch sind. Heute sind wir ein Stück weiter. Wir haben das Quorum für ein Volksbegehren von anfangs 140.000 auf aktuell 120.000 Wahlberechtigte abgesenkt und werden es demnächst weiter auf 100.000 absenken. Da sind wir auf einem guten Weg.

Die Bedeutung der Elemente der direkten Demokratie sind uns allen in der jüngsten Vergangenheit deutlich vor Augen geführt worden. Da ist eine Reihe von Volksinitiativen, die im Landtag mit Koalitionsmehrheit abgelehnt wurden. Kürzlich haben wir hier im Landtag das erste erfolgreiche Volksbegehren in Mecklenburg-Vorpommern behandelt, und zwar zur Ablehnung der Gerichtsstrukturreform. Die Koalitionsfraktionen haben bekanntermaßen dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens nicht zugestimmt. Deshalb wird es am 6. September zu einem Volksentscheid kommen, der über die Zukunft der Gerichtsstruktur entscheidet. Ein wirklich historisches Ereignis in Mecklenburg-Vorpommern! Das sind die Fakten. Wichtig ist mir aber, wie wir in Zukunft mit Initiativen aus der Mitte der Bevölkerung umgehen wollen. Ich bin überzeugt, dass mehr Mitsprache auch zu einer höheren Wahlbeteiligung führen wird.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

Meine Damen und Herren, insgesamt zeigen die Antworten der Regierung, dass landespolitisches Handeln dringend erforderlich ist. Das Land braucht ein Zukunftsprogramm für regionale Entwicklung, aus dem Initiativen und Innovationen vor Ort gefördert werden können. Doch was mussten wir am Dienstag dieser Woche zur Verteilung der LEADER-Mittel erfahren, die für die Förderung von Initiativen und Projekten in den ländlichen Räumen da sind? Ausgerechnet die Regionen im südöstlichen Landesteil, die von der Regierung bereits als besonders strukturschwach ausgemacht wurden, erhalten für die kommenden Jahre lediglich die Grundförderung. Es sind die Räume, die vom Landesentwicklungsminister als Räume erkannt wurden, in denen ein besonderer Handlungsbedarf besteht. Anstatt, dass sich alle Entscheidungsebenen nun gemeinsam überlegen, wie dieser Handlungsbedarf konkret mit Leben erfüllt werden kann, macht jeder in seinem Zuständigkeitsbereich weiter wie bisher. Wir haben das eben bei der Breitbanddiskussion wieder verfolgen können: Keiner schaut über den Teller und hat die Gesamtentwicklung im Blick.

Mit der Verteilung der LEADER-Mittel im Land droht sich das West-Ost-Gefälle weiter zu verfestigen. Diese Regionen sind etwa von der Überalterung besonders betroffen, haben wenig Arbeitsplätze, eine geringe Einwohnerdichte und unterdurchschnittliche Kaufkraft. Auch wenn die Auswahl der Zusatzförderung für bestimmte Projekte und Initiativen nach bestimmten Kriterien erfolgt ist, ist dies eine völlig falsche politische Entscheidung. Sie signalisiert den Menschen in den südöstlichen Landesteilen, ihr könnt euch anstrengen, wie ihr wollt, ihr kommt an die anderen Landesteile nie heran. Damit wächst die Gefahr, dass Menschen weiter demotiviert und demoralisiert werden und zunehmend den Anschluss verlieren.

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht von dem Staatsziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse verabschieden. Das sollte unser aller Anspruch sein. Deshalb braucht das Land ein Zukunftsprogramm für regionale Entwicklung. Teil dieses Zukunftsprogramms muss

die deutliche Aufstockung des Programms für die Beseitigung und Entwicklung devastierter Flächen und gewerblicher Brachen sein. Nicht genutzte, verunreinigte und überwucherte Flächen und zerfallende Gebäude stören nicht nur das Landschafts- und Ortsbild, die Gemeinden brauchen auch die Chance, diese entweder abzureißen oder sinnvoll zu nutzen.

Mittels eines „Regionalbudgets für Strukturentwicklung“ sollen Kommunen unterstützt werden, Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur zu ermöglichen. Es soll auf kommunaler Ebene bestimmt und entschieden werden, wofür die Mittel eingesetzt werden. Vor allem sollten die Mittel genutzt werden, um regionale Potenziale zu erschließen. Gestaltungskompetenzen in der Region fördern die Motivation, stärken das Wirgefühl und stiften Identität.

Kommunale Wohnungsunternehmen, insbesondere in ländlichen Räumen, brauchen über einen Struktur Anpassungsfonds Unterstützung, um sich zukunftsfähig aufzustellen und Schulden abzubauen. Aus unserer Sicht gehören dazu nicht nur der Abriss und Rückbau von leer stehenden Häusern, insbesondere müssen sich die Wohnungsunternehmen den zentralen Herausforderungen einer zunehmend alternden Gesellschaft stellen. Das heißt vor allem, dass die Wohnungen für ältere und alte Menschen attraktiv werden müssen. Die Wohnungen, die Häuser und das Wohnumfeld müssen altersgerecht und barrierefrei umgestaltet werden.

Die Angebote im Öffentlichen Personennahverkehr müssen deutlich verbessert werden. Gute öffentliche Verkehrsangebote sind nicht nur immens wichtig für die touristische Entwicklung und die Ansiedlung von Unternehmen, Mobilität ist die Lebensader der ländlichen Räume. Gerade die heimische Bevölkerung ist auf ein funktionierendes öffentliches Verkehrsangebot angewiesen, wenn sie etwa zum Arzt oder zum Einkaufen will.

Für die wirtschaftliche Entwicklung, für Innovationen und Investitionen, aber auch für Privathaushalte ist der Breitbandausbau unerlässlich. Wir haben das im vorangegangenen Tagesordnungspunkt intensiv debattiert. Schnelles Internet ist aus unserer Sicht Teil der Daseinsvorsorge. Der Zugang für jeden und jede muss unverzüglich gewährleistet werden.

Ja, Herr Saalfeld, da kann ich genau wie Sie zur Kenntnis nehmen, dass die CDU jetzt auch endlich zu dieser Erkenntnis gekommen ist und dass dieser Rechtsanspruch für jeden Bürger und jede Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt werden soll. Ich meine, Mecklenburg-Vorpommern muss an Tempo zulegen.

Meine Damen und Herren, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist öffentlich geförderte Beschäftigung erforderlich. Ich habe gestern die Debatte zu dem Antrag von meinem Kollegen Henning Foerster sehr wohl zur Kenntnis genommen. Ich kann mich nur darüber wundern, mit welchen Argumentationen über Jahre eine solche Forderung abgelehnt wird. Dabei geht es doch darum, dass die Menschen, die jahrelang arbeitslos sind und auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, Arbeit bekommen. Sie brauchen Arbeit, sie brauchen eine Perspektive. Es gibt viele Möglichkeiten, sich im Dorf, in der Gemeinde und in der Stadt einzubringen. Da kann jeder aus seinem Wahlkreis entsprechend berichten.

Meine Damen und Herren, die heutige Aussprache zur Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ist für uns ein Auftakt für viele weitere Diskussionen und Beratungen sowie die Suche nach praktikablen Lösungen. Für uns ergeben sich aus der Antwort zahlreiche Anknüpfungspunkte und Handlungsaufträge. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind ebenfalls aufgefordert, sich konstruktiv mit der Großen Anfrage, konkret mit der Antwort auf die Große Anfrage auseinanderzusetzen und im Interesse der Menschen in diesem Land aktiv zu werden. Denn, wie gesagt: „Die Verfassung eines Landes gibt noch keine Auskunft über dessen Verfassung.“ – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat jetzt die Justizministerin des Landes Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 20 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – da lassen Sie uns ruhig einmal kurz innehalten, um uns die Entwicklung und Bedeutung unserer Landesverfassung zu vergegenwärtigen.

Alle Landesverfassungen in der Bundesrepublik ergänzen das Grundgesetz bei der verfassungsrechtlichen Normierung des bundesstaatlichen Ganzen. Dabei hat die Verfassungsautonomie der Länder einen bundesverfassungsrechtlichen Rahmen, das heißt, die Länder sind in der Ausgestaltung ihrer Verfassung nur frei, soweit das Grundgesetz sie nicht bindet oder begrenzt. In diesem Rahmen sind die Landesverfassungen sichtbares Zeichen föderaler Vielfalt und tragen zur Identität, Individualität und Legitimation eines Landes bei.

Gleichzeitig fixiert die Landesverfassung den Konsens der verfassten Gemeinschaft über ihre gemeinsamen Grundüberzeugungen und die Art ihres Zusammenlebens. Dem Umstand, dass die Herstellung und Erhaltung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer Verfassung ist, wurde bei der Schaffung der Landesverfassung Rechnung getragen.

Im Interesse einer möglichst breiten Willensbildung gehörten der 1990 vom Landtag gebildeten Verfassungskommission neben elf Abgeordneten auch die Bürgerbewegungen, die Partei DIE GRÜNEN und externe Sachverständige an. In der 20-köpfigen Kommission hatten zwar die parlamentarischen Mitglieder eine knappe Mehrheit, was bei einer Verfassungskommission als Teil des Parlaments auch angemessen erscheint, die Abgeordneten der damaligen Regierungskoalition verfügten allerdings nicht über eine Mehrheit, was ebenso angemessen erscheint. Mit dieser Zusammensetzung unterschied sich diese Kommission von den Verfassungskommissionen anderer neuer Bundesländer, die überwiegend als reine Parlamentskommissionen gebildet wurden.

Der Wille zu einem gesellschaftlichen Grundkonsens wird auch durch das Verfahren zur Inkraftsetzung der Verfassung deutlich. Neben der Verabschiedung im Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit bedurfte es der Annahme durch die Bürgerinnen und Bürger des Landes, die in einem Verfassungsreferendum mit deutlicher Mehrheit ausgesprochen wurde.

In den Verfassungen der neuen Bundesländer und auch in unserer Landesverfassung spiegelt sich in besonderem Maße der Wunsch wider, an die friedliche Revolution im Herbst 1989 anzuknüpfen und nach den Erfahrungen der DDR-Vergangenheit einen Neuanfang freiheitlicher Verfassungsstaatlichkeit zu schaffen. Das wird in unserer Landesverfassung an verschiedenen Stellen deutlich. Mit der Erwähnung von Bürgerbewegungen neben den politischen Parteien in Artikel 3 Absatz 4 als Mitwirkende bei der politischen Willensbildung sollte erkennbar dem Anteil der Bürgerbewegung an der Entwicklung in der Endphase der DDR Rechnung getragen werden. Entsprechendes gilt für die Betonung plebiszitärer Elemente in Artikel 59 fortfolgenden.

Außerdem finden sich in unserer Landesverfassung Grundrechte, deren Verankerung wegen der Gewährleistung des Artikels 5 Absatz 3, der die Grundrechte des Grundgesetzes in die Landesverfassung transformiert, eigentlich nicht zwingend erforderlich gewesen wäre, deren Bedeutung aber durch die eigenständige Regelung unterstrichen werden sollte. Zu diesen freiheitlichen Gewährleistungen, die der Landesverfassungsgeber aufgrund der historischen Erfahrungen mit dem SED-Staat und der Abhör- und Überwachungspraxis des MfS ausdrücklich als besonderes Landesgrundrecht verankert hat,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

gehört das Recht auf Datenschutz in Artikel 6.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Wer lacht da, Frau Ministerin?)

Mit dem ebenfalls in Artikel 6 geregelten Recht auf Zugang zu Umweltinformationen

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

hat der Landesverfassungsgeber Konsequenzen daraus gezogen, dass in der DDR Umweltdaten Geheimsache waren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die eigenständige Ausformung von Artikel 7 – Freiheit von Kunst und Wissenschaft – unterstreicht die Bedeutung kultureller Grund- und Freiheitsrechte in einem für das Gemeinwesen besonders wichtigen Bereich.

Auch zur Aufnahme von Artikel 10 – Petitionsrecht – ist der Landesverfassungsgeber durch die Erfahrungen aus der DDR-Vergangenheit bewogen worden. Artikel 10 der Landesverfassung geht über die Gewährleistung des Artikels 17 Grundgesetz noch hinaus, indem er nicht nur einen Anspruch auf Bescheidung überhaupt in angemessener Frist vermittelt, sondern einen Anspruch auf begründeten Bescheid.

(Udo Pastörs, NPD:
Oh ja, ganz toll! Sehr gnädig.)

Meine Damen und Herren, diese Aufzählung ist nicht vollständig und das soll sie an dieser Stelle auch nicht sein, aber es erscheint mir doch sinnvoll, sich bei dieser Gelegenheit jedenfalls die Grundlage klarzumachen, auf der wir uns bewegen.

Die Landesverfassung ist bislang durch vier Änderungsgesetze geändert worden. Mit dem Ersten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 4. April 2000 wurde Artikel 72 Absatz 3 neu gefasst und enthält nunmehr das strikte Konnexitätsprinzip.

(Heinz Müller, SPD: Und das ist gut so.)

Mit dieser Bezeichnung können zwar Nichtfachleute häufig nicht so schrecklich viel anfangen, das Prinzip selbst allerdings leuchtet auch den juristischen Laien unmittelbar ein: Wer die Musik bestellt, bezahlt.

Gegenstände der Änderung vom 14. Juli 2006 waren unter anderem die Aufnahme des Tierschutzes, die Konkretisierung des Kinder- und Jugendschutzes, der Schutz von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen, die Verlängerung der Wahlperiode des Landtages von vier auf fünf Jahre und die Reduzierung des Quorums für ein Volksbegehren auf 120.000 Unterstützer.

Das Dritte Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 3. Dezember 2007 ist aus der Volksinitiative für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern hervorgegangen. Mit ihm wurde der Artikel 18a – Friedensverpflichtung und Gewaltfreiheit – eingefügt. Die mit dem Vierten Änderungsgesetz verkündete Änderung der Schuldenregel in Artikel 65 Absatz 2 tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Bereits am 16. Juli 2011 in Kraft getreten ist jedoch die mit dem Änderungsgesetz als Artikel 79a eingefügte Übergangsregelung für die Aufstellung der Haushalte, wonach seit dem Haushaltsjahr 2012 die Haushalte so aufzustellen sind, dass den künftigen Vorgaben entsprochen wird.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 56 Absatz 2 unserer Verfassung bedürfen verfassungsändernde Gesetze wie auch Änderungen des Grundgesetzes einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Parlaments. Das hat auch einen guten Sinn. Mit der Festlegung dieser erschwerten Voraussetzung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass eine Verfassung ihre spezifischen Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie vor allzu leichtfertigen Änderungen geschützt ist. Außerdem findet hier Berücksichtigung, dass die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns die Verfassungsgeber sind, die diese Landesverfassung gemäß Artikel 80 bestätigt haben. Ihre Entscheidung soll nicht bereits durch eine einfache Mehrheit des Landtages revidiert werden können.

Dass es in 20 Jahren erst vier Änderungsgesetze gegeben hat, belegt, dass der verfassungsändernde Gesetzgeber mit der Landesverfassung nicht leichtfertig umgegangen ist. Das ist gut so und sollte auch zukünftig so sein. Verfassungen ändert man nicht mit heißer Nadel beziehungsweise mit heißer Feder, möglicherweise noch ausgerichtet an Tagesaktualitäten.

Meine Damen und Herren, natürlich ist auch die jetzige Verfassung nicht in Stein gemeißelt und wird weitere Änderungen erfahren. Ich bin zuversichtlich, dass dies wie bisher mit Bedacht und ruhiger Hand geschieht. So wird unsere Landesverfassung auch weiterhin eine gute Grundlage für unser Land sein, von dem es in Artikel 5 Absatz 2 heißt: „Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist um des Menschen willen da; es hat die Würde aller in diesem Land lebenden oder sich hier aufhaltenden Menschen zu achten und zu schützen.“ – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Auf die
Lebenslage ist sie gar nicht eingegangen. –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für
die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Müller.

(Vincent Kokert, CDU: Guckt mal
euren Tagesordnungspunkt an,
was da drinstand! Sollen wir
in die Glaskugel gucken? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Beratung
der Antwort der Landesregierung. –
Vincent Kokert, CDU: Sollen wir auf
400 Fragen eingehen, oder was?)

Einen Moment, Herr Müller.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere
die beiden Herren, die diesen Disput pflegen, wenn es
weitergehen soll, würde ich darum bitten, das draußen
fortzusetzen. Ansonsten hat jetzt Herr Müller das Wort.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehr-
ten Damen und Herren! Herr Kollege Holter hat bei sei-
ner Aussprache – das ist es ja, es ist keine Einbringungs-
rede, aber faktisch ist es das ja – zu Beginn der Rede,
und das bietet sich an, auf die Entstehung der Verfas-
sung zurückgegriffen: die öffentliche Diskussion, die
Verfassungskommission, den Beschluss dieses Landta-
ges – das war natürlich der Landtag der 1. Wahlperiode –,
den Entwurf und schließlich das Referendum, in dem das
Volk von Mecklenburg-Vorpommern diese Verfassung in
Kraft gesetzt hat. Sie haben dabei, Herr Kollege Holter,
allerdings von der Enthaltung Ihrer Fraktion, damals noch
Linke, Linke/PDS, gesprochen ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: PDS war das.)

PDS, Entschuldigung, Linke Liste/PDS.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nee,
Linke Liste/PDS, das ist richtig.)

Linke Liste/PDS, so hieß die Fraktion.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

... und Sie haben den Kollegen Schoenenburg, den ich
zu Beginn meiner parlamentarischen Tätigkeit noch per-
sönlich kennenlernen durfte, als einen der Väter dieser
Verfassung bezeichnet.

(Vincent Kokert, CDU: Oh, der hat
aber dagegengestimmt, seh ich hier.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Genehmi-
gung der Präsidentin möchte ich Ihnen gerne aus dem
Protokoll der 78. Sitzung des Landtages der 1. Wahlperi-
ode vom 12. Mai 1993 zitieren. Es spricht für Linke Lis-
te/PDS Arnold Schoenenburg und er sagt, ich zitiere:
„Meine Damen und Herren, es bestand aus unserer Sicht
die Chance und Möglichkeit, aus der öffentlichen Verfas-
sungsdiskussion heraus ein modernes und bürgernahes
Staatsgrundgesetz zu schaffen. Diese Möglichkeit wurde
unzureichend genutzt, die Fraktion Linke Liste/PDS ist

bei aller Würdigung und Unterstützung einzelner Best-
immungen des Entwurfes nicht willens für eine Verfas-
sung zu stimmen, die letzten Endes nicht auf der Höhe
der Zeit steht und mit den Möglichkeiten und Chancen
einer fortschrittlichen Verfassungsentwicklung beschnit-
ten werden. Das heißt: Wir lehnen diese Verfassung
insgesamt ab.“ Zitatende.

(Vincent Kokert, CDU: Das hört sich
eher nach Stiefvater an als nach Vater.)

Das Protokoll vermerkt: „Beifall bei der LL/PDS“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, geben wir der
historischen Wahrheit die Ehre: Die Vorgänger der Frak-
tion DIE LINKE in diesem Hause, sie haben diese Ver-
fassung abgelehnt

(Vincent Kokert, CDU: Ja. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist richtig.)

und sie haben beim Referendum des Volkes die Empfeh-
lung ausgesprochen, dass man diese Verfassung ableh-
nen möge. Und sie haben – ich will die Worte des Kolle-
gen Schoenenburg hier nicht noch einmal zitieren, ich
mache das mal in meinen Worten – diese Verfassung als
eine Verfassung der verpassten Chancen bezeichnet. Er
lässt nur wenige gute Haare an dieser Verfassung,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Zu Recht.
Aber in der Verfassungskommission
hat er mitgearbeitet.)

und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist
doch Faktum.

Ja, ja natürlich hat er daran mitgearbeitet,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, und ganz aktiv. –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

aber ihn deswegen bereits als einen „Vater der Verfas-
sung“ zu bezeichnen, halte ich doch für sehr gewagt,
lieber Kollege Holter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
euphemistisch, will ich mal sagen.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, sei es, wie
es sei, heute verstehen sich die politischen Kinder – Kinder,
keine Enkel, noch nicht – als die politischen Kinder derjeni-
gen, die damals diese Verfassung nicht gewollt haben, und
als diejenigen, die jetzt anderen vorschreiben wollen, dass
sie sich auch bitte streng an diese Verfassung halten.

(Vincent Kokert, CDU: Ja. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich will hier keiner Fraktion das Recht auf Große Anfra-
gen absprechen, selbstverständlich nicht,

(Vincent Kokert, CDU: Auf keinen Fall.)

aber eins müssen Sie mir schon zugestehen, ein biss-
chen Geschmäcke hat das schon, finde ich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vom Neinsager zum Kontrolleur – es ist ein interessanter Weg.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Regine Lück, DIE LINKE)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem stimme ich mit dem Kollegen Holter und mit der Fraktion DIE LINKE überein: 20 Jahre Verfassung ist natürlich ein Anlass, diese Verfassung zu bewerten, Rückschau zu halten auf die letzten 20 Jahre und auch einen Ausblick zu geben auf die nächsten. Da halten wir diese Verfassung keineswegs für etwas Rückschrittliches und keineswegs für etwas, das Chancen abschneidet, sondern wir glauben – und das ist unsere feste Überzeugung –, dass sich diese Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den 20 Jahren ihres Bestehens außerordentlich bewährt hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Das habe ich gesagt.)

Hm!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja! Na ja!)

Ja, ja.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Verfassung enthält wie jede Verfassung natürlich einen organisatorischen Teil, einen staatsorganisatorischen Teil: Aufbau der Staatsorgane, Verhältnis zueinander, Wahlen und ähnliche Dinge. Ich denke, auch dieser Teil muss bewertet werden, indem man sagt, er hat sich außerordentlich bewährt. Die wenigen schwierigen Situationen staatsrechtlicher Art, die dieses Land zu bewältigen hatte – ich denke insbesondere an die Regierungskrise des Jahres 1996 –, ließen sich mit dem Instrumentarium dieser Verfassung sehr gut handhaben. Wir wollen und wir müssen diesen staatsorganisatorischen Teil unserer Verfassung behutsam weiterentwickeln. Wir müssen ihn an neue Situationen, an neue Herausforderungen anpassen. Wir haben das auch in der Vergangenheit getan.

Frau Justizministerin hat bei den Änderungen, die wir an der Verfassung vorgenommen haben, als Erstes – es war ja auch historisch die erste Änderung dieser Verfassung – die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips erwähnt. Für mich ganz persönlich – ich durfte das damals hier begründen für die SPD – war es eine besonders wichtige Änderung, nicht weil ich es begründet habe, sondern weil dies für die Finanzausstattung unserer Städte und Gemeinden von zentraler Bedeutung ist. Wir haben das damals hier einstimmig beschlossen.

(Vincent Kokert, CDU: Genau,
einstimmiger Beschluss.)

Das war sehr gut so und ich hätte es auch sehr gut gefunden, Herr Holter, wenn Sie dieses Konnexitätsprinzip, an dem Ihre Fraktion damals mitgewirkt hat, konstruktiv mitgewirkt hat, hier wenigstens einmal erwähnt hätten. Es wäre gut, weil das auch dazugehört, wenn wir über die Situation unserer Städte und Gemeinden reden. Hier haben wir einen ganz wichtigen Schritt für die Städte und Gemeinden getan.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Haben
wir doch einstimmig gemacht.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Verfassung enthält nicht nur einen staatsorganisatorischen Teil, sondern sie enthält – das ist nicht selbstverständlich, es ist nicht bei jeder Landesverfassung so – inhaltliche Vorgaben, insbesondere in Form von expliziten Staatszielen. Man kann sich natürlich die Frage stellen, ob das sinnvoll ist. Die niedersächsische Verfassung beispielsweise verzichtet auf derartige inhaltliche Vorgaben. Und manche kluge Kritiker halten solche Staatsziele für – das Wort findet man in der Literatur gelegentlich – Staatslyrik oder Staatsziellyrik.

Die Präsidentin unseres Landesverfassungsgerichts hat bei ihren Ausführungen zum 25-jährigen Bestehen des Landkreistages vor wenigen Tagen – wir haben neben-einandergesessen, Herr Holter – diese Kritik an solchen Staatszielen deutlich zurückgewiesen. Und ich finde, sie hat recht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Staatsziele sind etwas sehr Vernünftiges. Sie gehören in eine Verfassung, aber sie gehören so verstanden, dass dies nicht Ziele sind, die man irgendwann erreicht hat, und sagt, das war es, abgehakt, sondern es sind Staatsziele, wie etwa die Ziele: soziale Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt, Schaffung von Arbeitsplätzen. Das sind sozusagen dauerhafte Maxime des Regierungshandelns und in dieser Art und Weise sind sie richtig, wichtig und vernünftig.

Da ich von den kommunalen Verbänden spreche, Herr Holter, Sie haben es selbst erwähnt, beide hatten ihr 25-jähriges Bestehen: Beim Städte- und Gemeindetag hat Herr Dr. Dettmann – Sie konnten leider nicht mehr dabei sein, Sie hatten die Versammlung wegen eines anderen Termins verlassen – aus seiner Sicht, aus Sicht der Städte und Gemeinden auf etwas verwiesen, was ich sehr wichtig finde. Er hat nämlich die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden in den letzten 25 Jahren aus seiner Sicht angesprochen. Es hieß ja „25 Jahre Städte- und Gemeindetag“. Dr. Dettmann als Repräsentant der Städte und Gemeinden in diesem Land hat es sehr deutlich gemacht und es explizit gesagt, andere – gemeint waren diejenigen außerhalb unseres Bundeslandes – beneiden uns um die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden.

Ja, meine Damen und Herren, da kann man Herrn Dettmann nur zustimmen. Jeder von uns, der noch die Bilder unserer Städte und Gemeinden aus den frühen 90er-Jahren im Kopf hat

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und heute durch diese Städte und Gemeinden fährt, der kann gar nicht anders, als zu sagen, hier hat eine außerordentlich gute Entwicklung stattgefunden, hier haben sich teilweise Träume realisiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Auch in Vorpommern.)

Das gilt auch für Vorpommern, das gilt natürlich auch für Mecklenburg. Hier sind wir ausgesprochen erfolgreich gewesen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und wenn dies in einigen Regionen – dünne Besiedlung – manchmal ein bisschen schwierig ist,

(Regine Lück, DIE LINKE: Bisschen?!)

dann wissen wir das, und dann ist es realistisch, das zu sehen.

Aber ich will Ihnen auch zu dieser Frage, lieber Kollege Holter, nachtragen, was Herr Dettmann gesagt hat. Ich darf mit Genehmigung der Präsidentin zitieren: „Es setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass man die großen Entwicklungen nicht aufhalten kann. Denen, die glauben, man müsse die betroffenen Räume und Einrichtungen mit Kraft stabilisieren, sage ich, dass es nicht gelingen wird, alles Liebgewonnene zu konservieren. Wir wollen doch kein Heimatmuseum werden.“ Zitatende.

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Position des Vorsitzenden des Städte- und Gemeindetages. Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir uns dieser Position anschließen und sagen, ja, es gibt Entwicklungen, es gibt auch Entwicklungen, die wir nicht aufhalten können, die wir aber gestalten müssen, und ja, wir haben in den letzten 20 oder 25 Jahren sehr, sehr viel, sehr, sehr erfolgreich gestaltet. Das kann man, wenn man durch unsere Städte und Gemeinden geht, auch sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig,
Herr Müller. Es wäre auch schön, wenn die
Opposition das mal zur Kenntnis nimmt. –
Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein nächster Punkt, meine Damen und Herren, den ich zum Thema Verfassungswirklichkeit ansprechen möchte, ist das Thema „Arbeit und Arbeitsmarkt“. Ich glaube, ich muss hier nicht unsere Zeit verschwenden, indem ich auf die Bedeutung der Tatsache verweise, dass möglichst viele Menschen Arbeit haben, Arbeit, von der man auch leben kann, gute Arbeit. Aber zunächst einmal Arbeit insgesamt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch im Jahre 2005, also vor zehn Jahren, betrug die Arbeitslosenquote im Land Mecklenburg-Vorpommern 20,3 Prozent. Sie betrug 2014 im Durchschnitt nur noch 11,2 Prozent. Das heißt, innerhalb von neun Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit in diesem Land fast halbiert. Sie beträgt zurzeit – wir haben das vor wenigen Tagen den Medien entnommen – noch 9,6 Prozent. Das heißt, wir haben mehr als eine Halbierung der Arbeitslosigkeit innerhalb von zehn Jahren in diesem Land erreicht. Dies, lieber Kollege Holter, sollten Sie nicht kleinreden, sondern das sollten wir alle als einen Erfolg ansehen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Nun wird von den klugen Kritikern gerne gesagt, dass ein Teil des Erfolges auf die demografische Entwicklung zurückgeht. Ja, meine Damen und Herren, das stimmt. Das muss man auch realistischerweise sehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber die muss man auch gestalten.)

ein Teil geht auf die demografische Entwicklung zurück. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, dass dies eben

nur ein Teil ist und dass ein Teil dieser erfreulichen Entwicklung auf eine tatsächliche Entwicklung der Wirtschaft in unserem Lande zurückgeht. Das wäre nur die halbe Wahrheit, wenn man sagt, es ist die demografische Entwicklung. Nein, es ist auch eine positive Wirtschaftsentwicklung in unserem Land.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und wenn wir über Arbeitslosigkeit sprechen und über den dramatischen Rückgang der Arbeitslosigkeit, dann, Herr Holter, haben Sie, wie ich finde, sehr zu Recht angesprochen, dass es Problemgruppen gibt – ja, die gibt es –, allen voran die Gruppe der Langzeitarbeitslosen. Dazu kann ich nur sagen, dass auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Jahresvergleich um mehr als 4.300 zurückgegangen ist.

Nun wird jeder von Ihnen sagen, ja, aber es gibt noch sehr viele Langzeitarbeitslose. Auch das stimmt. Aber wenn wir eine realistische Betrachtung der Situation in unserem Land wollen, Herr Holter und liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, dürfen wir nicht immer nur das Problem sehen, sondern dann müssen wir auch sehen, dass große Schritte hin zur Lösung der Probleme getan worden sind, denn das ist für mich ebenso ein wichtiger Teil der Wirklichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und wenn Sie mir die Bemerkung erlauben: Wenn ich sehe, dass die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten und der den Schwerbehinderten gleichgestellten Menschen von 2003 12.700 auf 2012 17.500 angestiegen ist, dann gilt hier genau das Gleiche. Wir haben sehr viel erreicht und wir haben es geschafft. Ich finde das im Sinne von sozialer Gerechtigkeit außerordentlich wichtig, dass wir auch behinderten Menschen die Möglichkeit schaffen, von der Arbeit ihrer Hände und ihres Kopfes zu leben. Das ist ein großer, wichtiger Schritt.

Natürlich gibt es noch viele, bei denen wir dies erreichen müssen. Ich glaube, niemand sagt hier, es ist bereits alles in Ordnung, alle Probleme sind gelöst. Aber es sollte auch niemand sagen, wir bestehen nur noch aus Problemen und nur aus Schwierigkeiten. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben von den Problemen bereits sehr viele gelöst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr, sehr richtig.)

Wenn wir uns in die Wirtschaft begeben, Arbeit hat ja etwas mit Wirtschaft zu tun, dann möchte ich Ihnen einige wenige Zahlen sagen. Ich habe sie übrigens aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Sie können sie also dort nachlesen, insbesondere in der Antwort auf die Frage 48. Ich weiß nicht, ob sich Ihre Aussage, Herr Holter, dass die Antworten der Landesregierung so dürftig und so ausweichend seien, auch auf die Antwort auf diese Frage bezieht. Ich sehe dort, dass wir 1990 beim nominalen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gegenüber dem nominalen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der Bundesrepublik einen Stand von 38,9 Prozent hatten. Wir haben 2013 einen Stand von 68,4 Prozent. Und hier sage ich Ihnen wieder, natürlich sind 68,4 Prozent zu wenig, natürlich müssen wir auf 100 Prozent kommen.

Aber der Weg von 38 auf 68 Prozent ist ein Weg des Erfolges.

Wenn wir – auch das finden Sie in dieser Frage – die wirtschaftliche Eigenleistungsfähigkeit des Landes abfragen, dann finden Sie auch hier, dass sich die Eigenleistungsfähigkeit in Relation zur Eigenleistungsfähigkeit in Gesamtdeutschland massiv erhöht hat. Und wenn Sie auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen abheben, dann haben wir eine Produktivität von 78,8 Prozent, also eine Lücke zum gesamtdeutschen Niveau von 21 Prozent. Diese Lücke hat vor wenigen Jahren noch weit über 30 Prozent betragen. Auch hier haben wir einen realen Aufholprozess, der noch nicht am Ende ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Natürlich nicht.)

aber einen Aufholprozess, der klar und erkennbar ist

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und erfolgreich.)

und der sich in Zahlen deutlich ausdrückt.

(Beifall Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn wir uns das Verhältnis von Lohnkosten und Produktivität gegenüber der gesamtdeutschen Zahl angucken,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dann gab es hier vorher eine große Lücke in Relation zur gesamtdeutschen Zahl.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir reden das Land jedenfalls nicht schlecht.)

Die Produktivität war deutlich niedriger als die Löhne.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles richtig.)

Diese Lücke schließt sich und wir werden als Land zunehmend wirtschaftlich konkurrenzfähig mit Gesamtdeutschland.

Die Einkommensverhältnisse haben sich wesentlich verbessert, wenn man nicht nur Löhne nimmt, sondern auch andere Einkommen, insbesondere Renten. Ich könnte Sie hier mit Zahlen traktieren, ich will das nicht tun. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie doch mal die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE! Sie werden hier eine Fülle solcher Zahlen finden.

Auf das Thema Ausbildung, das mehrfach Gegenstand der Diskussion gewesen ist, will ich jetzt gar nicht eingehen. Noch vor wenigen Jahren hatten wir ein Verhältnis, dass auf einen Ausbildungsplatz viele, sehr viele junge Leute kamen, die einen Ausbildungsplatz gesucht haben. Heute hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Wir haben genau die umgekehrte Situation.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist das Verdienst der Regierung, oder was?)

Und ich sage Ihnen,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Helmut Holter, DIE LINKE)

ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das Problem der Zukunft wird nicht, zumindest nicht mehr vorrangig sein, dass wir Arbeitslose in Arbeit bringen – natürlich muss auch diese Aufgabe erfüllt werden –, aber das Hauptproblem der Zukunft wird sein, ob wir noch genügend Fachkräfte

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

für unsere Wirtschaft finden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Darauf müssen wir uns jetzt vorbereiten.)

Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir als Parlament dieses Problem erkennen und versuchen, hier anzusetzen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Es wird Zeit, dass Sie das erkennen.)

Und wenn Sie sagen, lieber Herr Kollege Holter,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

diese positiven Entwicklungen können Sie ja gar nicht bestreiten – die bestreiten Sie vernünftigerweise auch gar nicht –, und die Frage stellen, ja, ist denn das das Verdienst der Regierung – Sie haben in Ihrer Rede eine Reihe von negativen Punkten benannt

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hat er auch positive benannt?)

mit dem klaren Unterton, das sei die Schuld der Regierung, also alles, was negativ läuft, hat die Regierung zu verantworten, alles, was positiv läuft, läuft von alleine –:

(Helmut Holter, DIE LINKE:
So ist das im Leben, Herr Müller.)

Lieber Herr Holter, ich mache mir die Schuhe nicht mit der Kneifzange zu,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die Nummer glaubt Ihnen niemand.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wenn hier Vorpommern – die Medien haben ja gesagt, das wird Ihr großer Schwerpunkt, bei der Großen Anfrage waren über 400 Fragen, davon bezogen sich 3 auf Vorpommern –, wenn hier Vorpommern zum großen Schwerpunkt wird, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Drei
Fragen nur? Das ist ein bisschen wenig.)

ist das eigentlich noch die richtige Fragestellung? Gehört nicht zu Vorpommern auch Greifswald, eine Stadt, die sich ganz hervorragend entwickelt, nicht zuletzt dank der Universität?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Gehört zu Vorpommern nicht auch die Küstenlinie von Usedom? Fragen Sie mal, was da ein Quadratmeter

Boden kostet! Gehören zu Vorpommern nicht viele unserer touristischen Highlights? Und gehören zu Mecklenburg, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht auch die Griesegend oder manche Gegenden im Altkreis Mecklenburg-Strelitz oder Demmin?

Meine Damen und Herren, wir sollten uns vielleicht von alten Mustern lösen. Ich weiß, dass das schwerfällt, Herr Holter, aber wir sollten uns von alten Mustern lösen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das müssen Sie mir gerade vorwerfen! – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und nicht von der Differenz zwischen Mecklenburg und Vorpommern reden. Wir sollten davon reden, dass es in unserem Land besser entwickelte und weniger gut entwickelte Regionen gibt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wenn Sie meiner Rede zugehört hätten ... – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ihr LINKEN redet das Land schlecht, das ist es. – Helmut Holter, DIE LINKE: Wir wollen uns von alten Klischees lösen und genau darauf greift ihr wieder zurück.)

Wenn Sie wenigstens die Antwort, die Ihnen die Landesregierung auf diese drei Fragen gegeben hat, richtig zur Kenntnis genommen hätten, Herr Holter, dann hätten Sie aus dieser Antwort schon entnehmen können, dass diese Fragestellung, ist es denn Mecklenburg oder ist es denn Vorpommern, eigentlich gar nicht mehr zeitgemäß ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist so. Genau.)

Das ist eine Fragestellung, die der Realität gar nicht mehr angemessen ist, sondern es gibt in beiden Landesteilen richtig boomende, richtig krachende Regionen, und es gibt in beiden Landesteilen Regionen, in denen es noch sehr viele Strukturprobleme gibt

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

mit all den Problemen, die hintendran hängen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie meiner Rede nicht aufmerksam zugehört. Nein, leider nicht. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Vincent Kokert, CDU)

Wir müssen eine Politik entwickeln, wobei ich glaube, wir haben eine Politik, die darauf abhebt, eben diesen strukturschwachen Räumen zu helfen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau so, richtig.)

und dort die nötigen Infrastrukturinvestitionen zu unterstützen, damit wir hier eine entsprechende Entwicklung vorantreiben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Punkt kann ich Ihnen natürlich nicht

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ersparen.)

ersparen, klar. Das ist das Thema Staatsverschuldung. Hier will ich nicht einfach so sagen, wir haben viel erreicht, aber wir haben noch viel vor uns. Ich glaube, wenn Sie sich die Zahlen angucken – Fragen 378, 379 –, dann werden Sie feststellen, dass diese Zahlen die Geschichte unseres Landes widerspiegeln, die Geschichte unseres Landes, die aus einer sehr hohen Nettokreditaufnahme in den 90er-Jahren und zuletzt auch Anfang der 2000er-Jahre bestanden hat, und wo wir Gott sei Dank eine Entwicklung in diesem Land eingeleitet haben, die dazu geführt hat, dass wir im Jahre 2006 eine Nettokreditaufnahme von null haben, und wir bei dieser Nettokreditaufnahme null bis heute geblieben sind und es auch bleiben wollen.

(Thomas Krüger, SPD: Zehn Jahre fast.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das kann ich Ihnen nicht ersparen, Herr Holter: Diese Entwicklung hat ja ganz sicher mit vielem zu tun – Haushaltsgesetzgeber sind wir –, aber sie hat natürlich, und das wird niemand, der dieses Land kennt, bestreiten, mit dem Namen von zwei Frauen zu tun. Das sind Sigrid Keler und Heike Polzin. Ich glaube, das haben die sehr gut gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Kommunales, Herr Holter,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Heike!)

da könnte ich natürlich ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie hat dir zugelächelt. – Ministerin Heike Polzin: Aber erst nach Aufforderung. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich kann das zwar hinten nicht sehen, aber ich bin davon ausgegangen, dass die Finanzministerin mir zugelächelt hat.

Zum Thema Kommunales, lieber Herr Holter, wissen Sie, dass ich sehr viel dazu sagen könnte. Wir führen diese Diskussionen ja auch im Innenausschuss und ich glaube – das möchte ich der Kollegin und den Kollegen der Fraktion DIE LINKE im Innenausschuss absolut attestieren –, wir tun dies auf einem vernünftigen Niveau.

Aber wenn wir über Kommunalfinanzen reden, und Sie haben das getan und haben die schlechte Situation der Kommunen beklagt, warum erwähnen Sie nicht, wenn Sie über die Situation in diesem Land sprechen, dass wir hier zwischen der Landesregierung und den kommunalen Verbänden einen Vertrag geschlossen haben, wie wir mit dieser Situation umgehen wollen?

(Torsten Renz, CDU: Passt nicht in das Konzept.)

Wir haben das Problem gesehen und natürlich wissen wir, dass es – übrigens sehr unterschiedlich zwischen den einzelnen Kommunen und auch sehr unterschiedlich in den einzelnen Größenklassen – Probleme gibt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie wieder nicht zugehört, ich habe ein Bild gebraucht.)

Das wissen wir, deswegen machen wir doch eine solche Regelung.

Wir haben uns auf den Text des Gutachtauftrags mit den kommunalen Verbänden geeinigt und wir haben uns auf den Gutachter geeinigt, der die kommunale Finanzsituation untersuchen soll. Wir haben uns auch auf ein Verfahren geeinigt, wir haben uns darauf geeinigt, dass kommunale Vertreter den gesamten Gutachtenprozess begleiten werden. Wir erwarten im Jahre 2016 ein Gutachten, wie wir zukünftig die Finanzbeziehungen zwischen Land und kommunaler Ebene gestalten wollen und wie wir mit dem Geld innerhalb der kommunalen Ebene gestalten wollen.

Lieber Herr Holter, da frage ich Sie, was wollen Sie denn jetzt eigentlich noch?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, das weiß ich auch nicht. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir machen eine solche Untersuchung mit der kommunalen Ebene, um gemeinsam mit den Betroffenen dieses Problem zu lösen. Da kann ich sagen, mehr fällt mir im Moment eigentlich nicht so recht ein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Ich möchte aus Zeitgründen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht auf alle Probleme und auf alle Bereiche eingehen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir haben immer wieder die Gelegenheit, über die Themen zu diskutieren. Und Sie haben ja angekündigt, Herr Holter, Sie werden einzelne Fragen immer wieder hier aufgreifen. Aber wenn die von mir sehr geschätzte Kollegin Bernhardt das Thema Kinder anspricht, dann sage ich Ihnen einfach: Haben Sie die Zahlen von Birgit Hesse gestern hier gehört, wie sich die Zuweisungen des Landes für die Kindertagesstätten entwickelt haben?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Dazu habe ich genug gesagt, Herr Müller.)

Wenn wir innerhalb von zehn Jahren, von 2006 bis 2016, ...

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ja, ja, das tut weh.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

... wenn wir die Zahl von 2006 bis 2016 von 91 Millionen auf 207 Millionen erhöhen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wie viele Kinder haben wir mehr
in den Kindertagesstätten? 12.000.)

dann kann doch niemand sagen, wir kümmern uns nicht um die Kinder.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo leben wir denn hier überhaupt?

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Torsten Renz, CDU:
Das ist ja eine Verdoppelung. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist mehr als eine Verdoppelung.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Unterdurchschnittlich, Herr Müller, unterdurchschnittlich!
Dazu habe ich noch nichts gehört.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nicht alle Zahlen nennen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

und ich will nicht alle Bereiche in extenso hier beleuchten,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

nur eines – das werden Sie mir gestatten – liegt mir schon am Herzen, und vielleicht, liebe Kollegin Bernhardt, kommt da bei mir der alte Lehrer durch,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Huch! –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Oh ja, belehren Sie mich!)

aber es gab und gibt eine Diskussion darüber, wie viele Schulabbrecher wir in diesem Land haben, und ich sage Ihnen sehr deutlich,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Was hat das denn jetzt
mit den Kindern zu tun?)

jeder Schulabbrecher ist ein Schulabbrecher zu viel. Wir möchten, dass jeder Mensch eine vernünftige Schulausbildung macht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

und dann anschließend eine anständige Berufsausbildung durchlebt, damit er sein Leben vernünftig gestalten kann. Jeder Schulabbrecher ist einer zu viel.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Solange es noch welche gibt, haben wir als Politiker noch eine Aufgabe – nicht, dass ich falsch verstanden werde.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wir haben noch mehr Aufgaben.)

Aber wenn wir feststellen – das ist übrigens die Antwort auf Frage 162, Sie können das alles nachlesen –, dass wir im Jahre 2008, und das ist noch nicht lange her, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Quote von Schülerinnen und Schülern, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, von erschreckenden 15,8 Prozent gehabt haben, und sich diese Quote bis 2013, also innerhalb von fünf Jahren, von 15,8 auf 10,3 Prozent gesenkt hat, dann spreche ich von einem Erfolg, auch wenn 10,3 Prozent noch da sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zurufe von Simone Oldenburg, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Und wenn wir hier gelegentlich den Vorwurf hören, wir würden Ankündigungspolitik machen: Ja, Erwin Sellering hat 2008 in seiner Regierungserklärung angekündigt – damals lag die Quote bei knapp 16 Prozent –, dass er diese Quote bis 2020 halbieren wird. 2014, meine Damen und Herren – das ist die jüngste Zahl –, haben wir eine Schulabbrecherquote von 8,3 Prozent.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Oh, oh, oh, oh, oh!)

Das heißt, das, was Erwin Sellering 2008 für 2020 angekündigt hat,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

haben wir 2014 praktisch schon geschafft, bis auf kleine Prozentpunkte dahinter. Ich bin ganz sicher, dass wir in den nächsten Jahren bis 2020 hier weiterarbeiten werden, und dass wir diese riesige Aufgabe weiter mit Vehemenz angehen werden. Die bisherige Linie hat jedenfalls große Erfolge gebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf feststellen, in ganz vielen Feldern unseres Landes sind die Aufgaben noch nicht erfüllt. Es gibt noch viele Dinge, die wir lösen müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Klar.)

Aber wir sollten uns abgewöhnen, wir sollten uns wirklich abgewöhnen, hier immer nur das Schlechte zu sehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wer macht das denn, Herr Müller?)

Ich glaube nicht, dass dies am Ende einer vernünftigen Entwicklung dieses Landes dient. Wir wollen auch nicht alles schönreden und alles rosarot malen, natürlich nicht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Quatsch, das tun Sie.)

Ich sage doch, wir sehen die Probleme und es gibt sie, aber ich halte es für verwerflich, alles schwarzzumalen und eine Stimmung des Weltuntergangs zu verbreiten.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hilft uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr Richtig. –
Helmut Holter, DIE LINKE: Weltuntergang.)

Ich darf darauf verweisen: Wie sehen es die Menschen in diesem Land denn selber? Im Herbst 2014 – die Zahlen kennen Sie – gab es eine repräsentative Umfrage in Mecklenburg-Vorpommern über die Situation in diesem Land. Dort wurde von einem Meinungsforschungsinstitut repräsentativ gefragt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Die Frage hieß: Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern besteht in diesen Tagen 24 Jahre – wie gesagt, es war 2014 –, wenn Sie einmal zurückblicken, wie hat sich Meck-

lenburg-Vorpommern in den letzten 24 Jahren alles in allem entwickelt? Auf diese Frage antworteten 18 Prozent „sehr gut“ und 70 Prozent „eher gut“. Das heißt, wenn wir diese beiden Werte zusammenzählen – und ich glaube, das darf man –, sind 88 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass sich dieses Land gut oder sehr gut entwickelt hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hat es ja auch.)

Dem habe ich nichts hinzuzufügen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wenn dann noch die Frage gestellt wird, wie gut es sich in Mecklenburg-Vorpommern heute, alles in allem gesehen, leben lässt, dann sagen 36 Prozent „sehr gut“ und 54 Prozent „gut“. Das hat ganz sicher nicht nur etwas mit unserer schönen Natur zu tun, sondern auch mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der wir leben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so gesehen, und ich will das einfach mal so sagen, sind diese Entwicklungen „20 Jahre Verfassung Mecklenburg-Vorpommern“ eine Erfolgsstory.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Eine Story, ja.)

Dass die NPD darüber lacht, ist für mich nur eine Bestätigung.

(Michael Andrejewski, NPD:
Märchen sind auch Storys.)

Die Verfassung war dafür sicherlich eine wichtige Basis.

Aber ich darf noch einmal Dr. Dettmann zitieren, der sagt, ich zitiere: „Ich wünsche mir, dass wir nach 25 Jahren manche Verbitterung, manche eingefahrene Freund-Feind-Diskussion abschütteln.“

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

„Wir und auch unsere Bürger sollten uns und sich bewusst machen, was wir in den letzten 25 Jahren geleistet haben und was wir noch leisten können, wenn wir nur gemeinsam arbeiten.“ Zitatende.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vielleicht sollten Sie über diesen Satz von Reinhard Dettmann einmal nachdenken, lieber Kollege Holter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern, 20 Jahre Verfassung – etwas mehr, 21 – sind eine Erfolgsstory.

(Regine Lück, DIE LINKE: Es gab
auch noch andere interessante Zitate.)

Ich glaube, die Politik hat in diesen Jahren viel Positives getan, Positives auf der Basis der Verfassung. Aber ich glaube, entscheidend haben diese Aufgabe nicht wir Politikerinnen und Politiker bewältigt, sondern die Menschen in diesem Land. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Man kann sich, Herr Müller, vermutlich darüber, dass dieses Thema heute über die Große Anfrage der LINKEN-Fraktion hier eingebracht worden ist, und über die Frage, ob das ein Geschmäcke hat, streiten, diskutieren, das abwägen und vielleicht auch zu unterschiedlichen Auffassungen kommen.

Aber ich will an dieser Stelle einmal festhalten, die Tatsache, dass genau bei diesem Thema, welches die Möglichkeit bietet, einmal die letzten 20, vielleicht auch 25 Jahre zu reflektieren, die Grundlage eine Große Anfrage ist, ist, finde ich, ein ausgesprochen guter Auftakt und eine ausgesprochen sinnvolle politische Initiative. Denn ich glaube, dass es diesem Parlament guttut, sich intensiver mit diesem Thema zu befassen als in einer Feierstunde im Herbst des letzten Jahres, die ich als sehr positiv empfunden habe. Deshalb will ich an dieser Stelle als GRÜNER sagen: Herzlichen Dank an die Fraktion DIE LINKE, dass sie das zum Thema gemacht hat, sehr geehrte Damen und Herren.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist
schon mal eine wichtige
Aussage, Herr Suhr.)

Ja, Herr Kokert, wir kommen noch zu anderen Aussagen.

Ich komme jetzt noch mal zurück auf diese Feierstunde. Ich will einräumen, ich war angesichts der 500 Seiten Anfragen – Sie haben das als dünn bezeichnet, Herr Holter, ich würde das differenziert betrachten, es gibt eine ganze Reihe von Daten und Fakten, mit denen wir durchaus etwas anfangen können –

(Heinz Müller, SPD: Ich auch.)

auch ein bisschen ratlos bei der Frage, wie man so etwas in zehn, gut zehn Minuten Redezeit, die ich zur Verfügung habe, abarbeiten kann. Das ist gänzlich unmöglich, gänzlich unmöglich.

(Torsten Renz, CDU: Dann hätten
Sie mehr beantragen sollen.)

Aber ich habe mich erinnert gefühlt an die eben zitierte Feierstunde, die wir im Herbst des vergangenen Jahres hatten. Ich habe dem Kollegen Kokert nach dieser Feierstunde gesagt, wer mich dort besonders beeindruckt hat. Das war der Kollege Prachtl mit seiner Rede.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Er war einer der Festredner und er hat das getan, was Herr Holter jetzt auch versucht hat mit einem kleinen Wortspiel. Er hat nämlich den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zitiert,

(Udo Pastörs, NPD: Och!)

indem er gesagt hat: „Wenn wir eine bisher viel gelobte Landesverfassung haben, sind wir in einer guten Verfassung?“ Das war die Frage, die von Weizsäcker seinerzeit gestellt hat. Ich will an dieser Stelle für uns GRÜNE sagen, ja, ich finde grundsätzlich, dass dieses Land, was bestimmte Belange angeht, in einer guten Verfassung ist.

Ein Vierteljahrhundert, nachdem der Ruf „Wir sind das Volk“ auch durch die Straßen von Mecklenburg-Vorpommern hallte, um bessere Lebensbedingungen, politische Teilhabe und bürgerliche Freiheitsrechte zu erreichen, kann von einem politisch-kulturellen Ost-West-Gegensatz offensichtlich keine Rede mehr sein. Das ist nicht meine Einschätzung, sondern zu diesem Ergebnis kommt zumindest die Bundeszentrale für politische Bildung in einer umfassenden Studie. Es ist also tatsächlich zusammengewachsen, was zusammengehört, so, wie es Willy Brandt seinerzeit formuliert hat. Die Vorstellungen darüber, was eine gute Demokratie sei, nähern sich auch zwischen Ost und West an.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Ergebnisse der Studie zeigen, mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung scheint das Erbe des real existierenden Sozialismus in den Mentalitätsbeständen zu verblassen, so das Ergebnis der Studie. Ich empfinde es nicht nur als beruhigend, sondern freue mich, erleben zu dürfen, dass es allerspätestens in der Generation unserer Kinder keine Rolle mehr spielt, ob jemand in Ostdeutschland oder in Westdeutschland geboren ist. Das ist offensichtlich ein positiver Fingerzeig dafür, dass wir in einem guten Zustand sind, so, wie Richard von Weizsäcker es erfragt hat.

Ich bin allerdings auch davon überzeugt, dass wir demokratischen Fraktionen im Landtag eine große Verantwortung dafür haben, dass die Menschen in unserem Bundesland in deutlich umfassenderem Maße in demokratische Prozesse eingebunden werden müssen. Ich glaube, dass das viel mehr die Herausforderung der Zukunft ist als die Frage, die uns vielleicht in den letzten 20 Jahren beschäftigt hat, nämlich die Integration von Ost nach West und von West nach Ost.

Demokratie muss erfahrbar und erlebbar sein. Die Möglichkeiten, an demokratischen Entscheidungen teilhaben zu können, müssen auch von denjenigen als Chance verstanden und begriffen werden, die der Demokratie bisher mit Skepsis entgegengetreten sind. Die Verantwortung dafür liegt, das ist meine feste Überzeugung, zum großen Teil bei uns, bei den politisch Verantwortlichen, weil wir den Rahmen gestalten, wie das geschehen kann.

Rainer Prachtl ging seinerzeit bei seiner Festrede darauf ein, und ich möchte ihn mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren. Zitatbeginn: „Meinungsforscher weisen uns immer wieder darauf hin: ‚Die öffentliche Geringerschätzung der Politik untergräbt die Fundamente der Demokratie.‘ Das wird sichtbar – und das wissen Sie alle – an der großen Zahl der Nichtwähler, ich könnte noch ‚Protestwähler‘ hinzufügen, und an der geringen Zahl der Parteimitglieder der demokratischen Parteien in unserem Land, die ich mir wirklich viel, viel größer wünschte.“

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

„In Augsburg gibt es genauso viele Demokraten wie in ganz Mecklenburg-Vorpommern.“

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

„Viele Wähler sind abgekoppelt, weil sie davon ausgehen, dass sie ihre Lebenswirklichkeit nicht mehr wahrnehmen.“

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

„Dies kann auch durch einen wie auch immer gearteten Populismus“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„von ganz links oder ganz rechts Protestlust entfachen, die Extremisten, aber nicht der Demokratie nutzt.“

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Rainer Pracht hat aus meiner Sicht zutreffend beschrieben, wo der Ansatzpunkt gerade für uns und für die Politik ist.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Wir haben uns am gestrigen Tag anlässlich des anstehenden Volksentscheides schon mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt. Wir sollten diese mahnenden Worte ernst nehmen, denn wenn sich Menschen von der Politik abwenden, wenn sie die Chancen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die ihnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Verfassung unseres Landes bieten, weder ergreifen noch erkennen können, dann ist es vor allem auch unsere Aufgabe,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Wege zur gesellschaftlichen und demokratischen Teilhabe zu ebnen.

Da jetzt von der Fensterfront immerzu irgendwelche Zwischenrufe kommen: Ich finde, wir haben es in den letzten 20 Jahren wirklich gut hinbekommen, dass es einen Konsens zwischen den Demokraten gibt,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die sich gegen das wenden, was von der rechtsextremen Seite, auch in diesem Parlament, immer wieder vorgetragen wird.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Dazu gehört, dass wir mehr Mut haben sollten, jungen Menschen viel früher die Möglichkeit zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe einzuräumen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das wäre auch deshalb ein wichtiger Schritt, wenn wir hier noch mal über das Wahlalter mit 16 zur Landtags- und Bundestagswahl nachdenken. Dazu gehört, dass wir

mehr Mut zu direktdemokratischen Entscheidungen haben sollten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Menschen in unserem Land wollen mitgestalten und mitentscheiden. Das erfolgreiche Volksbegehren zur Gerichtsstrukturreform und die derzeit laufenden Bürgerbegehren zu den geplanten Theaterfusionen im Ostteil des Landes sind wichtige Indikatoren dafür, dass die Menschen sich einmischen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Menschen wollen sich einmischen, sie wollen mitgestalten. Es geht darum – und zwar völlig unabhängig von der Frage, ob uns das passt, was sie inhaltlich vertreten –, das ernst zu nehmen und die Möglichkeiten einzuräumen, dass sie das auch umfassend tun können. Wenn wir das nicht tun, wenn wir dies nicht ernst nehmen und die Möglichkeiten nicht einräumen, dann wird das zur Frustration und zur Abwendung von demokratischer Teilhabe führen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und genau das ist eine wesentliche Aufgabe, die wir alle zusammen in diesem Parlament haben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat der Kollege Müller vorhin zu einer ganzen Reihe von inhaltlichen Punkten Stellung genommen und Sie haben richtigerweise auch darauf Bezug genommen, dass unsere Verfassung anders als andere Landesverfassungen inhaltliche Ziele beschreibt. Ich halte das übrigens für richtig und gut,

(Heinz Müller, SPD: Ich auch.)

weil es einen Orientierungspunkt gibt, auch für die Arbeit hier im Parlament. Dass dabei ein Vertreter der die Landesregierung unterstützenden Fraktion eher das Positive herausarbeitet, kann ich nachvollziehen. Sie haben zumindest den Versuch der differenzierten Betrachtung gemacht,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber dass Sie dem Kollegen Holter vorwerfen, er hätte das nicht getan, das habe ich zumindest in diesem Beitrag nicht so verstanden. Ich will auch den Versuch einer differenzierten Betrachtung zu einigen Punkten, die Sie vorgetragen haben, machen,

(Heinz Müller, SPD: Einverstanden.)

wobei ich als Oppositionsvertreter, Herr Müller, glaube, dass ich mir herausnehmen kann, vielleicht eher die problematischen Punkte zu benennen.

Sie haben die Arbeitslosigkeit angesprochen. Ich glaube, jeder hier im Hause freut sich darüber, dass sich die Arbeitslosenzahlen so entwickelt haben, wie sie sich derzeit oder in den letzten Monaten und schon seit geraumer Zeit entwickeln.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die meisten freuen sich, die meisten tun aber auch was.)

Ja, ich freue mich aufrichtig darüber, lieber Kollege.

Ich freue mich aber überhaupt nicht darüber – und da hat Herr Müller ja die Zahl 4.000 genannt –, dass wir nach wie vor eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit haben, und dass es uns bei genau diesen 30.000 Menschen, die in unserem Land leben und die langzeitarbeitslos sind, nicht gelingt, sie gesellschaftlich – nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern gesellschaftlich – und auch politisch zu integrieren. Das ist ein Riesenproblem und da fehlen der Landesregierung im Augenblick die passenden Antworten, um das zu lösen. Die hat am gestrigen Tage auch Frau Hesse hier nicht gebracht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Bernhardt hat in dem Zusammenhang völlig recht,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was?)

man kann natürlich hergehen und sagen, gucken wir uns doch mal die problematische Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen an, die unter der Armutsgrenze leben. Wenn man da über ein Drittel redet, und das tun wir hier in diesem Land, dann kann man das nicht einfach abtun

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau. Richtig.)

und sagen, das reduziert sich ja irgendwie oder da hat man mehr Geld rein getan.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon das Problem als solches ist nicht gelöst und das muss hier benannt werden, sehr geehrte Damen und Herren.

Ähnlich ist es mit den Schulabbrecherquoten, die hat Herr Müller auch genannt. Sehr geehrte Damen und Herren, neun bis zehn Prozent Schulabbrecher sind nicht ein paar zu viel, sondern das ist eine Größenordnung, von der ich auch ableiten könnte, dass die Politik nicht in ausreichendem Maße das getan hat, was notwendig gewesen wäre, um diese Zahl zu reduzieren. Wir sind am Ende der Fahnenstange, am Ende der Tabelle im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Das sind die jungen Menschen, die darunter zu leiden haben, und das sind diejenigen, die keinen Schulabschluss haben, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wieder viele soziale Probleme mit sich bringen. Das ist eine Konsequenz, der wir uns stellen müssen. Das tun Sie nicht in ausreichendem Maße, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich will einen Punkt ansprechen, der für mich eigentlich weniger vom Inhalt her, sondern von der Frage des Stils ein Licht auf die Landesregierung wirft, welches, finde ich, durchaus Kritik vertragen kann. Ich habe vorhin gesagt, ich empfinde es als sehr, sehr positiv, dass ich im Ostteil des Landes viele Menschen erlebe, die ich vorher noch nie in irgendeinem politischen Kontext gesehen habe, die sich für die Theater und Orchester verwenden, dass sie ein Bürgerbegehren initiieren, dass sie Unterschriften sammeln, dass sie Menschen ansprechen, dass sie politisieren im besten Sinne des Wortes. Es mag all denen nicht passen, die auf Fusionskurs sind, aber es ist für mich ein hervorragendes Beispiel für demokratische Teilhabe. Und die bekommen in diesem Prozess der

Auseinandersetzung mit, dass sie nicht ernst genommen werden, weil es einen Bildungs- und Kulturminister gibt, der mit Druck, ja, mit Erpressung arbeitet.

(Heinz Müller, SPD: Oh!)

Das ist für meine Begriffe nicht akzeptabel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Ich habe genügend Punkte benannt, wo es Veränderungsbedarf gibt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat nun der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Landtagsabgeordnete! Das Thema „20 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ in Verbindung mit der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE ist nicht ungewöhnlich. In der Opposition ist es immer üblich, Große Anfragen zu stellen vor Wahlen. Das hat die CDU gemacht, das haben auch andere vor uns schon gemacht.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Das ist nicht das Entscheidende, sondern wichtig ist, glaube ich, dass man feststellen kann, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesrepublik Deutschland und die Kommunen nach der Wende einem tollen Aufholprozess gestellt haben. Wir haben es hier, wenn man es so wie in der Debatte vergleicht, mit zwei verschiedenen Sichten zu tun. Die CDU hat damals mit Helmut Kohl, ich glaube am 19. Dezember 1989, gesagt, es werden blühende Landschaften entstehen. Wer heute guckt, der kann sie sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wer aber jammern will auf hohem Niveau, der sieht sie natürlich nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das liegt
aber am Frühling, dass es blüht.)

Dazu gehört nach meiner Ansicht absolut DIE LINKE, denn Sie fahren wahrscheinlich mit verbundenen Augen durchs Land.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Das würde ich nie machen.)

Herr Ritter, Sie können ruhig zugeben, dass es so ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein! Nein! Ich habe
immer die Augen auf beim Autofahren. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir haben nach 1990 verschiedene Themen anpacken müssen. Der Strukturwandel

musste geschafft werden und wir mussten einen Umstieg von der Planwirtschaft einer pleite gegangenen DDR

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Jaja.)

zu einer sozialen Marktwirtschaft organisieren. Das hat alle gefordert:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

die Menschen in erster Linie, denn sie waren davon betroffen, die Unternehmen mussten neu aufgestellt werden, es mussten neue Strategien zur Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht werden.

(Stefan Köster, NPD:
Jawohl, Herr Glawe.)

Dazu gehörte zum Beispiel auch – ein erster Schritt – der Aufbau der Infrastruktur.

(Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Ohne Infrastruktur keine Entwicklung der Wirtschaft. Und falls Sie es vergessen haben, Herr Holter und DIE LINKE, Sie sind 1994 in den Wahlkampf gezogen gegen die A 20. Diese A 20 sollte nicht nach Vorpommern kommen.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so?!
Ohne Ausschreibung.)

Das haben Sie schon vergessen. Heute fordern Sie in besonderer Weise Hilfe für Vorpommern ein mit 50 Millionen. Das ist ja politisch richtig, aber ich kann Ihnen sagen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass wir allein in den letzten Jahren über 400 Millionen Euro in den Bereich Vorpommern als Investitionsvorhaben gesteuert haben in 182 Unternehmen, ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Hören Sie zu!

... in 182 Unternehmen in Vorpommern.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, es geht darum, als Politiker den Rahmen zu schaffen für den Maschinenbau, für die erneuerbaren Energien, für die Mobilität, die Gesundheitswirtschaft,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

das verarbeitende Gewerbe, die Ernährungswirtschaft und natürlich die Tourismuswirtschaft. Das sind Dinge, bei denen man, glaube ich, sagen kann, das ist weitestgehend eine Erfolgsgeschichte für Mecklenburg-Vorpommern.

Die Arbeitslosenzahlen lagen in den 90er-Jahren bei knapp 30 Prozent. Herr Holter, Sie als Arbeitsminister damals wussten ja, dass Sie auch dort Verantwortung tragen. Und Sie haben uns damals, vor gut zehn Jahren, nicht ganz, eine Arbeitslosenquote von knapp unter 20 Prozent übergeben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und welche haben wir
übernommen von euch? Ja?!)

Ja, genau.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja?!)

Wir haben ...

(Heiterkeit bei
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jaja.)

Jaja.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jaja, Herr Glawe.)

Jaja, ich habe gerade die Zahl genannt, Frau Borchardt. Wenn Sie zuhören würden, dann würden Sie es ja verstehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, über 20 Prozent. – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber da ist das immer nicht so toll bei Ihnen, ne?

Heute haben wir eine Arbeitslosigkeit von 9,6 Prozent,

(allgemeine Unruhe)

und ich glaube schon, dass diese Landesregierung sich damit sehen lassen kann.

(Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Wir haben sozialversicherungspflichtige Arbeitsfelder auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen, und zwar 50.000 mehr, als Sie es je hingekriegt haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Sie haben den ÖBS gefördert und haben eine Vermittlungsrate von zwei Prozent hinterlegt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Das sind fremde Federn.)

Sie haben eigentlich Geld verbrannt, denn die entscheidende Frage ist, Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Und das hat die CDU unter Führung von Jürgen Seidel

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ooh!)

und jetzt mit meiner bescheidenen Beteiligung

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

in den letzten Jahren geschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE)

Ja, die Lebensverhältnisse haben sich deutlich verbessert. Die Menschen leben mittlerweile gerne in Mecklenburg-Vorpommern. Ist Ihnen das entgangen?

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Auch die Frage ...

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Ja. Hören Sie doch mal zu!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Glawe, einen Moment! Einen Moment bitte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist wie auf einem CDU-Parteitag.)

Minister Harry Glawe: Auch die Frage zum Kita-Gesetz ...

(allgemeine Unruhe –
Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bitte?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Glawe, einen Moment bitte.

Minister Harry Glawe: Sie brauchen mir nicht zu helfen! Ich kann mich durchsetzen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich möchte dem so informierten Parlament mal mitteilen, dass der Minister als Minister spricht und als Minister kann ich ihm keinen Ordnungsruf erteilen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Oooh! –
Zuruf aus dem Plenum: Schade.)

Von daher ist es wahrscheinlich wirklich das Beste, dass Sie mir die Sitzungsführung überlassen und ich entscheide, mit welchen Maßnahmen ich hier arbeite und mit welchen nicht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Von daher möchte ich aber auch sagen, ich habe jetzt hier nicht unterbrochen, um dem Minister einen Ordnungsruf zu erteilen, sondern um dem Plenum zu signalisieren, dass ich nicht aus Spaß an der Freude mit der Glocke läute.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Die Lautstärke ist im Plenum so, dass der Redner auch bei voller Stimme nicht wirklich gut zu verstehen ist.

(Michael Andrejewski, NPD:
Der braucht kein Mikrofon.)

Von daher bitte ich beim Fortgang der Debatte, die Zwischenrufe so ...

(Unruhe und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Also ich weiß nicht, warum ich mir die Mühe gebe, Ihnen das freundlich zu erklären. Sie wissen, dass es auch anders geht. Ich versuche es jetzt noch mal: Ich möchte, dass wir diese Debatte geordnet und auch dem Thema angemessen beenden. Von daher ist jeder von Ihnen gefordert, seinen Beitrag zu leisten. Jetzt kann der Minister fortsetzen.

Minister Harry Glawe: Ja, meine Damen und Herren, vielleicht auch mal ein gutes Wort an die LINKEN:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Koplin, DIE LINKE: Oi! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sie haben ja das KiföG auf den Weg gebracht. Da haben Sie in besonderer Weise damals ...

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Nicht ohne Widerstand.)

Nicht gegen unseren Widerstand. Ich glaube, ich kann mich an Nachtsitzungen erinnern, Herr Koplin, da haben wir morgens um vier noch Gesetze gemacht und da waren wir nicht immer nur destruktiv.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nicht immer nur!)

Ja.

Aber ich will sagen, Sie haben ja in besonderer Weise bei der Frage der Armut auch von Kindern hier gesprochen. Wir haben es im KiföG verankert, dass eine Halbtagsbetreuung kostenlos für die Kinder angeboten wird, um Qualität und Quantität miteinander zu verbinden, um auch die Startchancen Schwächerer zu erhöhen, in besonderer Weise Teilhabe am Leben zu haben und später einen guten Schulstart hinzukriegen. Das will ich konstatieren, da haben Sie entscheidend mitgewirkt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, es war ja nicht alles schlecht.)

Das habe ich ja gesagt, Herr Ritter. Wir müssen Sie auch mal loben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das wollte
ich nur noch mal unterstreichen.)

Und Sie sind ja auch aus Vorpommern oder irgendwo.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, knapp, knapp.)

Knapp.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich auch so, dass wir die eine oder andere Förderung im Bereich der Tourismuswirtschaft gemacht haben. Ich will Ihnen nur mal etwas ins Gedächtnis rufen, was Sie vielleicht schon gar nicht mehr wissen. Ozeaneum? Das sagt Ihnen was. Das ist gefördert worden durch Bund und Land

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr schön.)

und bis heute einer der attraktiven Standorte, gerade als Maßnahme zur Saisonverlängerung am Markt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wunderbar.)

Naturerbe Zentrum Rügen? Das sagt Ihnen auch was.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Steigenberger Grandhotel Heringsdorf? Das sagt Ihnen was.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.)

Strelasund Golfpark?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber!)

Das sagt Ihnen auch was.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Also ich will nur sagen, das ist alles in Vorpommern, meine Damen und Herren. Und man könnte die Liste noch ...

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Nicht aufhören! – Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, ich habe noch Peenemünde, Bansin, Göhren, Born und

(Udo Pastörs, NPD: Die Werften.)

Rutschenturm auf Rügen in der Stadt Bergen.

Also man könnte das immer weiter fortsetzen, auch mit Wasserwanderrastplätzen, die sich in besonderer Weise in den letzten Jahren zu einer massiven Erfolgsstory entwickelt haben. Auch das „Haus des Gastes“ in Mönkebude soll hier mal erwähnt sein oder Peenemünde, Radwege auf Fischland und Darß. Und eine Zahl für die touristische Beliebtheit der Region: Immerhin 3,3 Millionen Urlauber waren allein im Jahr 2014 in den Regionen Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald.

(Vincent Kokert, CDU:
Na, das ist doch mal eine Zahl!)

Das sind doch, denke ich, Zahlen. Das sind Gäste und Übernachtungen – immerhin fast 15 Millionen. Das deutet darauf hin, dass Vorpommern in dem Bereich sogar vor Mecklenburg liegt. Auch die umgekehrten Vorzeichen gibt es.

Natürlich muss man weiter daran arbeiten, die Infrastruktur voranzubringen, dann natürlich Unternehmen neu anzusiedeln oder Erweiterungen von Unternehmen zu fördern. Wir haben allein im letzten Jahr insgesamt 1 Milliarde Investitionen ausgelöst, die sich in diesem Jahr am Arbeitsmarkt auswirken werden. Wir werden weitere 5.000,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

wir werden weitere 5.000 Arbeits...

(Unruhe bei Heinz Müller, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Ritter, hören Sie doch mal zu! Bei Arbeitsplätzen hören Sie immer weg.

... 5.000 Arbeitsplätze zusätzlich schaffen. Wir sind in dieser Frage, denke ich, weiter auf dem richtigen Weg.

Wir haben andererseits gerade auch für Vorpommern mit den Verhandlungen bei der EU und beim Bund in besonderer Weise im Rahmen der GRW Fördersätze von bis zu 40 Prozent für kleine Unternehmen gesichert für die nächsten sieben Jahre.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Das können Sie doch mal loben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich.)

Das fällt Ihnen gar nicht ein, oder Sie wissen es nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Meine Damen und Herren, auch Großunternehmen können oft mit bis zu 20 Prozent gefördert werden. Wir werden noch die eine oder andere Ansiedlung in diesem Jahr sicherstellen. Die eine haben Sie ja am Montag in Rostock, zumindest medial, mitbekommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
In Vorpommern.)

Kirov wird hier einen Windenergiestandort aufmachen. Und da Sie immer sagen, wenn wir nach Russland fahren, kommt nichts dabei raus,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das sagen wir nicht! Also wir nicht!)

das ist zum Beispiel ein Ergebnis, was Ihnen, glaube ich, eher untergegangen ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir
haben das nachhaltig unterstützt.)

Wir haben auch Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft abgeschlossen. Zum Beispiel haben die Fachhochschule Stralsund und die Fachhochschule Wismar in Sankt Petersburg mit den Universitäten und Fachhochschulen Verträge unterschrieben, die insgesamt wissenschaftliche Begleitung bringen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Andererseits machen wir auch einen Fachkräfteaustausch. Eine der entscheidenden Aufgaben für die nächsten Jahre ist es, dass wir die Botschaft rausgeben müssen, dass jeder junge Mensch, der hier eine Ausbildung haben möchte, sie auch bekommen kann.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dietmar Eifler, CDU: Richtig.)

Andererseits müssen wir uns darum kümmern, dass die Fachkräftesituation natürlich geregelt werden muss. Da sind auch die Unternehmen gefordert, denn viele Unternehmen stehen zur Übernahme an. Wir brauchen Nachfolger, da gibt es auch einige Förderprogramme.

Aber insgesamt glaube ich, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Wirtschaft mittlerweile deutlich besser aufgestellt sind und sagen können, wir sehen

blühende Landschaften, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich sage es noch mal: Wer die nicht sehen will, na ja,

(Zuruf vonseiten der Fraktion
der CDU: Der ist blind.)

der muss sich sozusagen die Binde von den Augen nehmen. Meine Damen und Herren, das war mein kurzer Beitrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat nun der Minister für Wissenschaft, Kultur und Bildung Herr Brodkorb – für Bildung, Wissenschaft und Kultur, natürlich, Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich eigentlich nur zu einem Punkt äußern, nämlich, wenn ich es richtig verstanden habe, zu dem Vorwurf oder zu der Behauptung, wir hätten in Mecklenburg-Vorpommern das schlechteste Schulsystem in Deutschland und wir wären Schlusslicht. Ich hoffe, dass ich das richtig interpretiert habe, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich habe
gesagt, wir sind das Schlusslicht, ja.)

Ja, dann haben wir das schlechteste Schulsystem.

Das Problem ist ja, wenn man 16 Länder hat ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das habe ich nicht
gesagt, Herr Brodkorb.)

Also ich würde es mal Arbeits...

Was heißt das denn? Na gut, wir können jetzt keinen Dialog machen. Schlusslicht müsste ja eigentlich bedeuten, wir sind die Schlechtesten.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Also sonst weiß ich nicht, was ein Schlusslicht ist.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Jetzt haben wir natürlich die Schwierigkeit, wenn man 16 Länder hat, ist immer einer der Schlechteste.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, selbst, wenn alle Länder innerhalb von zwei Jahren ihr Leistungsvermögen verdoppeln würden, wäre trotzdem irgendeiner der Letzte.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jetzt habe ich mich bloß gefragt: Wie misst man das eigentlich? Wenn wir uns mit Bildungsforschern aus dem Ministerium unterhalten, sagen die immer, wir haben gar nicht genug Daten, um solche Behauptungen aufstellen zu können. Das ist ja gerade das Dilemma: kein Zentralabitur, zu viel Unterschiedlichkeit zwischen den Ländern.

Es gibt gar keine Datensätze, die Ihre These hergeben. Es gibt gar keine wissenschaftlichen Befunde, die eine solche Schlussfolgerung rechtfertigen.

Da habe ich mir jetzt die Frage gestellt: Woran könnte man es denn messen? Herr Holter, ich bin auf drei Punkte gekommen. Wenn man keine wirklich wissenschaftlichen Befunde hat, um so eine These zu stützen, könnte man über die Ausstattung reden. Wie viel investieren wir in Schule? Was stellt der Staat bereit? Das misst man für gewöhnlich an der Schüler-Lehrer-Relation oder an der Klassengröße. Ich konzentriere mich jetzt mal auf die Klassengröße.

Die einzigen Daten, die wir im Moment im Bundesvergleich haben, kommen von der KMK aus dem Jahr 2013: Grundschule Mecklenburg-Vorpommern 19,6, bundesweit 20,7 – ohne Förderschule, Sek I 20,6, bundesweit 24,2, berufliche Schule Mecklenburg-Vorpommern 18,5, bundesweit 19,0. Mit anderen Worten: Bei der Ausstattung – und da hatten wir das 50-Millionen-Paket noch nicht – sind wir teilweise deutlich besser als der Bundesdurchschnitt, teilweise leicht besser als der Bundesdurchschnitt. Ein Ausstattungsproblem kann es offenbar nicht geben.

Dann könnte man die Frage diskutieren: Liegt es vielleicht bei den Lehrerentgelten? Sparen wir denn da?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, 65 Millionen.)

Da muss ich sagen, seit dem 50-Millionen-Paket ist ja bekannt, dass wir zu einer Spitzengruppe der Länder gehören, die alle ihre Sekundarstufenlehrer genauso bezahlen wie Gymnasiallehrer. Es gibt nur wenige Länder, die das tun. Ansonsten sind wir in der Beamtensoldung bei den Lehrern unter den ersten vier oder fünf Ländern deutschlandweit, und bei den Angestelltentarifen ist es deutschlandweit gleich. Also liegen wir auch da vorn. Die Ausstattung ist es nicht.

Dann könnte man das Leistungsniveau der Schüler heranziehen. Da gibt es in der Tat zwei aktuelle Studien, die man nehmen kann. Die sind beide vom IQB und nach meiner Kenntnis die einzigen wissenschaftlich verlässlichen und repräsentativen Studien von der Humboldt-Uni Berlin. Der Ländervergleich bei Grundschulen für 2011: Lesen: Platz von Mecklenburg-Vorpommern: 8, Mittelfeld, Hörverstehen: 8, Mittelfeld, Mathe: Platz 8, Mittelfeld. Das ist die Grundschule.

Dann gibt es einen zweiten repräsentativen Ländervergleich aus dem Jahr 2011, wiederum vom IQB zu Naturwissenschaften und Mathematik: Mathe: Platz 6, Bayern übrigens auf Platz 3, Biologie: Platz 5, Bayern auf Platz 8, Chemie: Platz 5, Bayern auf Platz 6, und Physik: Platz 5, Bayern auf Platz 6. Das heißt, in allen Leistungsstufen, die wir haben, liegen wir im mittleren Leistungsniveau der Schüler – entweder im Mittelfeld oder in der Spitzengruppe. Das sind die objektiven Befunde. Wir können also offenbar nicht das schlechteste Schulsystem dahin gehend haben, dass wir die schlechtesten Schülerleistungen haben. Das wäre aber vielleicht ein guter Indikator, um diese Frage zu beantworten.

Bleibt die dritte Möglichkeit. Wenn es also auch nicht das Leistungsniveau der Schüler ist, geht es eigentlich nur noch messbar bei den Absolventenquoten. Und das sind

zwei besonders interessante – darauf haben Sie abgehoben –: Abitur und die Schüler ohne Hauptschulabschluss. Ich weiß nicht, ob es sich herumgesprochen hat, aber im Abitur liegen wir ungefähr im Durchschnitt der Bundesrepublik und haben historisch die höchste Abiturientenquote aller Zeiten und gleichzeitig die höchste Durchfallerquote beim Abitur in ganz Deutschland.

Jetzt ist die Frage: Ist das Ausdruck von Qualität und von Leistungsanspruch im Gymnasium, dass auch Schüler durchfallen können, oder ist es ein Versagen des Staates, dass nicht jeder schon mit der Geburt das Abitur überreicht bekommt? Das ist jetzt die spannende Frage.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Und warum schleppt man die dann bis zur 12?)

Wenn Sie sich das angucken, dass das Leistungsniveau der Schüler eher gut ist und wir einen deutlichen Anstieg der Abiturientenquote der letzten Jahre haben, dann spricht doch viel für folgende Hypothese – das kann man übrigens heute in der FAZ auch nachlesen –,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist immer noch
Bundesdurchschnitt, Herr Brodkorb.)

dass heute sehr viel mehr leistungsschwächere Schüler aufs Gymnasium gehen als noch vor zehn Jahren und dass es, wenn man das Niveau der Abiturprüfung nicht absenken will, natürlich eine der Folgen ist, dass man wahrscheinlich auch ein paar mehr Durchfaller hat. Das ließe sich nur verhindern, indem man das Niveau bei der Abiturprüfung absenkt, und dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oder wie wäre es damit,
die individuelle Förderung zu stärken?)

Jetzt gibt es den nächsten Punkt.

Frau Berger, wie gesagt, das ist die Frage, ob Sie daran glauben, dass 100 Prozent einer Schülerpopulation Abitur machen können. Mit genug Förderung schafft es jeder – ich glaube es nicht. Sie können ja glauben, dass das geht. Ich glaube es nicht.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jetzt gibt es den dritten Punkt oder den unteren Punkt: Schüler ohne Hauptschulabschluss. Ich würde vielleicht versuchen, den Rahmen etwas zu weiten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es ist das Jahr 2013 und ich sage Ihnen mal, wie sich das in Deutschland verhält mit den Schülern ohne Berufsreife: Sachsen 9,5 Prozent – Sachsen ist übrigens sonst hinter Bayern immer das beste Land bei der Bildung –, Mecklenburg-Vorpommern 10,3, Brandenburg 8,0, Thüringen 7,6, Sachsen-Anhalt 9,7. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 5,7. Im Westen liegt die Quote von Schülern ohne Berufsreife also um 5 Prozent oder darunter, und im Osten bei 8, 9 oder 10 Prozent – in allen ostdeutschen Ländern. Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen Ost und West.

Wenn Sie das aber verbinden mit den Leistungsdaten, die ich eben referiert habe, kann es nichts mit Schüler-

leistung zu tun haben, weil unsere Schülerleistungen im Mittelfeld liegen. Sachsen ist übrigens in den ganzen naturwissenschaftlichen Fächern auf Platz 1 und hat trotzdem die höchste Quote der Schüler ohne Berufsreife.

Was wäre denn mit folgender Hypothese? Dafür gibt es, glaube ich, durchaus auch Befunde, die das nahelegen. Was wäre eigentlich, wenn das Anspruchsniveau unserer Schulen, unserer Prüfungen, ein höheres ist in ganz Ostdeutschland als in Westdeutschland und sich nur so diese Daten erklären lassen?

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber hallo!)

Sehr geehrte Frau Oldenburg, ein Anhaltspunkt dafür könnte sein – vielleicht nehmen Sie diese IQB-Studie aus dem Jahr 2012 zur Kenntnis –, dass in der repräsentativen Studie bundesweit geprüft wurde, wie viele Schüler die Mindeststandards in Mathematik nicht haben. Da kommt raus: In Sachsen sind es 1,3 Prozent, bei uns 2,8 und, nehmen wir mal Nordrhein-Westfalen, dort sind es 7,2 Prozent, die die Mindeststandards nicht erfüllen. Es gibt ein erhebliches Gefälle zwischen den Bundesländern.

Jetzt halten wir es doch einmal für möglich, dass die Abschlusstandards und die Berufsreife in Deutschland nicht gleich sind und das der Grund dafür ist, warum alle ostdeutschen Länder relativ hoch liegen. Bei uns sind die Ansprüche noch etwas anders als in Westdeutschland. Dann müssten wir ja die Quote – und das könnte man beliebig machen – einfach auf das westdeutsche Niveau absenken, indem wir es einfacher machen. Das geht innerhalb von einem Jahr oder vielleicht von zwei Jahren, das können Sie machen, da sind wir von 16 auf 5 Prozent runter, das ist gar kein Problem. Das hat diese Regierung nicht getan. Sie hat gesagt, sie arbeitet daran, ohne das Leistungsniveau infrage zu stellen, diese Quote Schritt für Schritt zu senken.

Ich nenne Ihnen mal ein paar Beispiele, woran man das festmachen kann, dass es wahrscheinlich richtig ist, was ich sage. Dann bin ich auch fertig. In Bayern, in Hessen, in Niedersachsen können Sie mit einer „Sechs“ auf dem Zeugnis in Mathematik die Berufsreife erwerben. Das geht in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr. Das ist in dieser Legislaturperiode geändert worden.

Insofern sind die ganzen Fragen oder die Behauptungen, die Sie, Herr Holter, aufgestellt haben, aus meiner Sicht sehr, sehr fragwürdig. Wir haben am Ende gar keine wirklich belastbaren Daten, um eine solche These zu plausibilisieren. Man kann ein bisschen was vermuten oder das machen, was ich jetzt versucht habe, aber am Ende kann man diese Frage nur beantworten, wenn man, und daran arbeitet die Koalition, bei Schulabschlüssen bundesweit zentrale Standards und zentrale Maßstäbe, zentrale Rahmenpläne, Stundentafeln und auch Bewertungskriterien hat.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das müssen wir gleich zentralisieren.)

Erst wenn wir das haben, wissen wir am Ende wirklich, wo unsere Schülerinnen und Schüler stehen. Aber alle Daten, die uns vorliegen, die wissenschaftlich belastbar sind, sprechen leider – was heißt leider, zum Glück – dafür, dass sich die Schulen von Mecklenburg-Vorpommern gut im Mittelfeld Deutschlands platzieren und alles andere als Schlusslicht sind.

(Andreas Butzki, SPD: So ist es.)

Und wenn wir in anderen Politikfeldern mit schwierigen sozialen Problemen, die wir auch im Lande haben, im Mittelfeld der Bundesrepublik Deutschland und manchmal sogar in der Spitzengruppe rangieren würden, dann, glaube ich, wären wir sehr, sehr froh. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst eine kurze Bemerkung zum Vortrag des Wirtschaftsministers: Wenn man eine Situationsanalyse vornimmt und die hört sich genauso an wie Eigenlob, und selbst das wildeste Eigenlob könnte nicht positiver scheinen als die Situationsanalyse, sollte man vielleicht doch ein bisschen nachdenklich werden. Eigentlich muss er was genommen haben, um so rosarot die Welt zu sehen, aber es gibt auch körpereigene Endorphine, sodass ich diesen Verdacht hier nicht aussprechen will.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Er scheint davon viele zu produzieren, aber wohl nicht nur er, sondern die ganze Landesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Er sollte sich vielleicht mal im Lande umsehen, aber bitte schön zum Thema! Die Große Anfrage der LINKEN klopft ja vor allem die in der Landesverfassung formulierten Staatsziele ab. Und die sind schlichtweg überflüssige Lyrik, die in einem Gesetzestext nichts zu suchen hat. Da muss man nicht im Verfassungsschutzbericht stehen, um diese Meinung zu vertreten. Herr Müller hat ja auch bemerkt, dass es eine Menge Juristen gibt, auch Politiker, die diese Meinung auch vertreten. Ich habe den Verdacht, dass viele von denen, die damals gegen die Landesverfassung gestimmt haben, 1994, diese Meinung vielleicht auch geteilt haben.

Es wurde ja so der Ton angeschlagen, gerade von der CDU, als ob das ganz schlimme Menschen gewesen wären, Agenten des Bösen, die es damals wagten dagegengestimmt, und dass man sich heute vor Scham unter dem Tisch verkriechen müsste, wenn man dagegengestimmt hätte. Aber ich weise darauf hin, dass eine starke Minderheit 1994 gegen die Landesverfassung gestimmt hat und in Rostock und Schwerin sogar die Mehrheit der Bürger. Die müssen ja irgendwelche Gründe gehabt haben, und ich finde, das sind nachvollziehbare Gründe, die ich auch teile und auf die ich kurz eingehen möchte.

Für eine Verfassung gilt das Gleiche wie für alle menschlichen Werke, man kann sie auch verpfuschen. Unnötige Wiederholungen in einem Gesetzestext sind Pfusch. In Artikel 5 Absatz 3 der Landesverfassung steht: „Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht.“

(Udo Pastörs, NPD: Das reicht.)

Damit ist bereits vieles gesagt, was überflüssigerweise wiedergekaut wird in einigen Vorschriften der Landesverfassung. Es bedarf keines Artikels 13 der Landesverfassung, die fordert: Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen. Das folgt nämlich aus Artikel 3 Grundgesetz.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Es bedarf keines Artikels 14 Landesverfassung, „Schutz der Kinder und Jugendlichen“. Das folgt aus Artikel 6 Grundgesetz, Schutz der Familie. Artikel 17a der Landesverfassung, „Schutz von alten Menschen und Menschen mit Behinderung“, folgt aus dem Sozialstaatsprinzip, das ist integraler Teil des Grundgesetzes. Man muss das nicht alles noch mal ausformulieren, nach dem Motto, es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist auch nicht erforderlich, Selbstverständlichkeiten von sich zu geben und Allgemeinplätze. Artikel 17 der Landesverfassung hat den Charakter eines Kinderweihnachtswunschzettels. Da heißt es: „Das Land trägt zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Es sichert im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts einen hohen Beschäftigungsstand.“ Na fein!

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla!)

Klingt ein wenig wie ein zweifelhaftes Arbeitgeberzeugnis: Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat er sich immer bemüht. Ist doch klar, dass eine Regierung das versucht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Das versucht jeder, auch Honecker damals, selbst in Nordkorea versuchen sie das, wenn auch mit wenig Erfolg. Was hat der Erwerbslose von Artikel 17 Landesverfassung? Gar nichts, der steht einfach nur da rum, es ist ein So-da-Artikel, der ist nur so da, und der Erwerbslose kann auf dieser Grundlage seinen Arbeitsplatz auch nicht einklagen. Das hilft ihm gar nichts, er kann das nur lesen und sagen, super, dass sie das Problem gesehen haben, auch wenn seit 20 Jahren, seit 25 Jahren trotzdem Massenarbeitslosigkeit herrscht.

(Udo Pastörs, NPD: Lyrik!)

Und auch das, was wir jetzt haben, würde ich immer noch als Massenarbeitslosigkeit bezeichnen.

Artikel 17a der Landesverfassung ist zudem nicht nur überflüssig, sondern nackter Hohn. Satz 1, da steht: „Land, Gemeinden und Kreise gewähren alten Menschen und Menschen mit Behinderung besonderen Schutz.“ Wie sieht es denn wirklich aus im Pflegebetrieb, zumindest in weiten Bereichen des Pflegebetriebs? Wer da hineingerät, wird ganz schnell seine Ersparnisse los und bis auf ein kleines Taschengeld auch seine Rente, selbst wenn es eine gute Rente ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn das nicht reicht, werden die Kinder abgezockt, indirekt sogar deren Ehepartner. Sieben Minuten für

Waschen, fünf Minuten für Füttern, so steht es doch in vielen Zeitplänen von Pflegekräften. Die pflegebedürftigen Menschen sind in vielen kommerziellen Pflegebetrieben nur noch Objekte der maschinenhaften Abläufe.

(Udo Pastörs, NPD: Renditeobjekte.)

Und das ist genau die Definition einer Verletzung der Menschenwürde. Wenn Menschen wie Objekte behandelt werden, nützt Artikel 17a gar nichts.

Würde die Landesregierung Artikel 18a Absatz 1 der Landesverfassung ernst nehmen, müsste sie in Mecklenburg-Vorpommern stationierte Bundeswehrsoldaten aktiv daran hindern, zu Kriegseinsätzen, etwa nach Afghanistan, aufzubrechen, denn da steht: „Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen ...“, und Soldaten, die nach Afghanistan aufbrechen, dienen wohl kaum dem äußeren Frieden. Das ist alles nett gesagt, aber es ist zu nichts verpflichtend, die Soldaten gehen trotzdem in den Krieg.

Das kommt davon, wenn man mehr in eine Verfassung hineinschreibt, als man halten kann. Dadurch bekommt sie den Charakter einer Reklamebroschüre.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Und auf offenkundige Werbeanpreisungen kann man sich vor Gericht nicht berufen, weil – so die Rechtsprechung – jedem klar sein muss, dass die nicht ernst gemeint sind. Ich bin der Auffassung, das Grundgesetz reicht. Ich sehe schon die Notwendigkeit einer Landesverfassung nicht, aber wenn man sie schon macht, soll man sie nicht vergurken und sie gestalten als eine unglückliche Mischung aus Grundgesetz und Werbebroschüre und Wunschzettel. Deswegen würde ich auch heute noch gegen die Landesverfassung stimmen, wenn heute noch mal eine Volksabstimmung wäre. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Texter.

Andreas Texter, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst habe ich beim Lesen des Tagesordnungspunktes und bei der Überschrift so ein bisschen überlegt, wo die erkennbare Botschaft ist, denn zunächst steht ja auf der Tagesordnung lediglich „Beratung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE gemäß § 63 Absatz 4 GO LT – 20 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“.

Die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE ist, wie schon erwähnt, über 550 Seiten stark und sie enthält alle möglichen Aspekte, beginnend mit dem Vertrag von Lissabon über die Lebenserwartung in Mecklenburg-Vorpommern, das Staatsangehörigkeitsrecht bis hin zum Thema Umgang mit Altschulden.

(Heinz Müller, SPD: Die Lebenserwartung ist stark gestiegen.)

Die Lebenserwartung ist stark gestiegen, das kann man ebenfalls nachlesen in der Großen Anfrage. Da sind auch die Vergleiche zu den anderen Bundesländern, also

Zahlen sind ausreichend vorhanden in der Antwort auf die Große Anfrage.

Ich glaube, der Fraktion DIE LINKE war bei der Einreichung der Großen Anfrage selbst nicht so ganz klar, in welche Richtung sie zielen wollte. Wenn man es sich hier einfach machen würde am Pult, würde man sagen, man referiert hier über 20 Jahre Verfassungsgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern, denn inhaltlich ist dem Tagesordnungspunkt ja nur diese Aussage zu entnehmen. Aber bei der Vorbereitung auf den Tagesordnungspunkt stellt man Recherchen an und spekuliert vielleicht auch ein wenig, worauf DIE LINKE hinauswill oder hinauswollte. Eine gewisse Hilfe bot dabei die Presse, denn eine Interpretation der Antwort auf die Große Anfrage hat Helmut Holter Ende April gegenüber dpa geäußert und diese Interpretation lautet kurzgefasst: Der östliche Landesteil ist abgehängt.

Ich als Vorpommer möchte natürlich insbesondere darauf Wert legen bei meinen Ausführungen und will mich darauf konzentrieren. Auch wenn der Wirtschaftsminister Harry Glawe in seinen Ausführungen hierzu ja schon eine ganze Menge gesagt hat, finde ich es dennoch wichtig, hierzu wirklich Stellung zu nehmen, insbesondere aus Sicht eines Vorpommern.

In der Antwort auf die Große Anfrage werden auch Fragen gestellt, zum Beispiel danach, wie ist in den Landesteilen der Bezug der Bürger zum jeweiligen Landesteil. Da ist festzustellen, dass sowohl in Vorpommern als auch im mecklenburgischen Teil die Menschen, die Bewohner sich stark identifizieren mit ihren Landesteilen. Es ist so, dass 77 Prozent aller Mecklenburger antworten, dass sie sich sehr stark mit Mecklenburg identifizieren, und auch in Vorpommern sind es 76 Prozent der Menschen, die diese Aussage treffen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und in Mecklenburg-Vorpommern?)

Man findet auch die Zahlen – ich will es nicht übertreiben mit Zahlen, Herr Müller hat das schon angedeutet, aber ich will das gern an der Stelle noch mal wiederholen –: In Mecklenburg sagen 89 Prozent der Menschen und in Vorpommern 87 Prozent der Menschen, unser Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit der Deutschen Einheit gut beziehungsweise sehr gut entwickelt. Dennoch besteht eine hohe Identität mit den Landesteilen. Das ist auch nicht vorwerfbar, beide Landesteile haben Stärken und haben Schwächen.

Also das ist ein erstaunlicher Befund angesichts der gewaltigen Streubreite der Großen Anfrage, aber zumindest kann man damit arbeiten, vor allen Dingen, wenn man sich den übrigen Teil der dpa-Meldung anschaut. Dort heißt es, allerdings stark zusammengefasst, die Menschen im Osten seien ärmer und länger arbeitslos, sie hätten weniger Perspektiven als in Westmecklenburg, und insbesondere Männer – und jetzt hören Sie zu –, Männer sterben früher.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das sind die Fakten.)

Ja, das sind die Fakten, das ist richtig, Herr Holter. Da haben Sie Recht, die Zahlen lügen ganz sicher nicht, das ist so. Aber es gibt auch Vergleiche in anderen Bundesländern, es gibt deutschlandweite Vergleiche, da werden sich immer Unterschiede finden.

Die Frage ist doch, ist das, ist diese Tatsache auf ein Versäumnis der Landesregierung zurückzuführen. Bei der Beantwortung dieser Frage wäre ich mit Schuldzuweisungen etwas vorsichtig, denn in jedem Bundesland gibt es wirtschaftlich stärkere und wirtschaftlich schwächere Gebiete. Betrachtet man Deutschland insgesamt, gibt es wirtschaftlich starke und wirtschaftlich schwache Länder. Und in jedem Landkreis, auch in östlichen Landesteilen, gibt es wirtschaftlich schwache und wirtschaftlich starke Gemeinden.

Und ich sage Ihnen, das wissen Sie auch, es gibt nicht nur ein Ost-West-Gefälle, sondern es gibt insbesondere auch ein Nord-Süd-Gefälle, und das auch, wenn man das in kleinen Regionen betrachtet. Wenn wir uns den Landkreis ehemals Nordvorpommern, jetzt Vorpommern-Rügen, ansehen, dann gibt es sehr, sehr starke Unterschiede, wenn man sich die Küstenbereiche ansieht oder wenn man 35 Kilometer ins Landesinnere fährt, zum Beispiel nach Franzburg, Richtenberg oder ähnliche Orte, dann wird man das feststellen. Genauso ist es, wenn man sich den Landkreis Vorpommern-Greifswald anguckt. Wenn man sich die Küstenregionen ansieht, dann ist das durchaus anders zu bewerten im touristischen Bereich, als wenn man sich Kerne anguckt, die weiter im Landesinneren liegen und beispielsweise in der Metallindustrie ihre Stärken aufweisen.

Also mit solchen Feststellungen beweist man nur eines, nämlich, dass nicht alle Körperschaften gleich gut beziehungsweise gleich schlecht sind. Ich glaube, nicht einmal die Fraktion DIE LINKE empfindet dies als grundsätzliches Problem. Ein grundsätzliches Problem würde dann bestehen, wenn man nachweisen könnte, dass ganze Gebiete aus politischen Gründen entweder mutwillig oder zumindest fahrlässig benachteiligt würden. Einen solchen Nachweis hat die Fraktion DIE LINKE nicht erbracht und er findet sich auch nicht in der Antwort auf die Große Anfrage.

Genau das Gegenteil ist der Fall. So erhalten Unternehmen im Landkreis Vorpommern-Greifswald oder überhaupt in Vorpommern noch immer höhere Fördersätze. Der Wirtschaftsminister ist darauf eingegangen. Es ist insbesondere auch sein Verdienst, dass diese Fördersätze auch für KMU im Schnitt um fünf Prozent höher liegen als in anderen Landkreisen. Das ist eine besondere Förderung, die insbesondere dem Osten hier zugutekommt.

Auch angesichts der großen Anstrengungen, die die Landesregierung und übrigens auch der Bund unternommen haben, um den Wissenschaftsstandort Greifswald voranzubringen, kann ich keine mutwillige Vernachlässigung des Ostens erkennen, ganz zu schweigen von der Werftenpolitik des Landes, die ganz klar auf den Erhalt von Standorten ausgerichtet ist. Und ich sage Ihnen, wir sind sehr, sehr froh, dass sich die Peene-Werft in Wolgast nach dem Übergang an die Firma Lürssen gut entwickelt hat und stabil ist. Darüber freuen wir uns sehr im Osten dieses Landes.

Meine Damen und Herren, man muss sicherlich sagen, wenn man sich den Osten des Landes anguckt – hier beispielhaft den Landkreis Vorpommern-Greifswald, in dem ich lebe –, gibt es auch Probleme, die sind durchaus hausgemacht.

(Heinz Müller, SPD: Wohl wahr!)

An aktuellen Beispielen mangelt es nicht und da ist es in der Tat so, dass die Arbeit der Landrätin Frau Dr. Syrbe im Landkreis Vorpommern-Greifswald, die seit vielen Jahren

dort Landrätin ist, auch im Landkreis Ostvorpommern vorher war, nicht gerade an vielen Stellen segensreich ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber sie wurde wiedergewählt, nicht, Herr Texter?!)

Natürlich ist der Landkreis strukturell schwach, aber auch hier gibt es massive Unterschiede. Warum ist es so, dass Vorpommern-Greifswald etwa doppelt so viel Geld ausgibt für Personal- und Sozialausgaben wie der Landkreis Nordwestmecklenburg?

(Vincent Kokert, CDU: Das fragen wir uns schon lange.)

Diese Frage muss man sich mal stellen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Diese Frage stellt sich auch der Kreistag und es gibt seit Jahren oder seit sehr, sehr langer Zeit keine Antwort auf viele Fragen, zum Beispiel nach einem Standortkonzept im Landkreis Vorpommern-Greifswald, wie sollen sich die Standorte der Kreisverwaltung an welchen Orten und wie weiterentwickeln, auch darauf wartet der Kreistag seit sehr, sehr langer Zeit.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auf die Eröffnungsbilanz, Kollege Liskow, wäre ich jetzt auch noch eingegangen, auf die warten wir schon seit Jahren

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Andere Kreise auch, Herr Texter.)

und es ist überhaupt noch gar nicht in Sicht, wann wir damit zu rechnen haben. Also es gibt eine ganze Reihe von Baustellen und da muss man ganz, ganz ehrlich sagen, Herr Holter, da trägt Ihre Partei beziehungsweise die Vertretung Ihrer Partei eine hohe Mitverantwortung.

(Zuruf vonseiten der Fraktion DIE LINKE: Unglaublich!)

Arbeitsmarktzahlen, meine Damen und Herren, sind bereits angesprochen worden. Ich will hier vielleicht noch mal vier Zahlen nennen, die Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern sind bereits genannt worden. Ich will mal ein paar Arbeitsmarktzahlen ganz aktuell vom Juni 2015 nennen, diese Zahlen stammen von der Bundesanstalt für Arbeit, und zwar für den Bereich der Jobcenter Vorpommern-Greifswald Nord und Vorpommern-Greifswald Süd. Das ist ganz konkret in unserer Gegend, in unserem Bereich, in Vorpommern. Dort haben sich im Bereich Jobcenter Vorpommern-Greifswald Nord die Arbeitslosenzahlen insgesamt zum Vormonat um 5,8 Prozent verbessert und zum Vorjahresmonat, also im Vergleich zu vor einem Jahr, sind die Arbeitslosenzahlen um 8,3 Prozent gesunken. Und auch in dem zugegebenermaßen noch schwächeren Bereich Vorpommern-Greifswald Süd, Jobcenterbereich, sind die Zahlen zum Vormonat um 5 Prozent Arbeitslosigkeit gesunken und zum Vorjahresmonat um 11,1 Prozent.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wer ist denn dort Landrätin, Herr Texter?)

Diese Zahlen gehören auch mal hierher. Das sind erfreuliche Zahlen und man kann daran sehen ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dank der Arbeit der Landrätin Barbara Syrbe.)

Na gut, okay, lassen wir mal so stehen. Das lassen wir jetzt mal so stehen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich wüsste jetzt nicht, was das damit ... Also gut.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wenn die Zahlen schlecht sind, sind immer wir schuld.)

Natürlich ist auch meine Fraktion, um mal das Thema zu wechseln, der Ansicht, dass die Landesregierung im östlichen Landesteil an der einen oder anderen Stelle etwas mehr Engagement zeigen könnte.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Bei aller Freude über das frisch sanierte Schloss Bothmer etwa dürfen die Schlösser, Gutshäuser und historischen Parkanlagen im vorpommerschen Landesteil nicht in Vergessenheit geraten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die aus öffentlichen Mitteln finanzierte Sanierung von Schloss Bothmer, Schloss Ludwigslust, Schloss Wiligrad und nicht zuletzt die Sanierung des Schweriner Schlosses, um nur einige Beispiele zu nennen, sind für unser Land kulturell natürlich von großer Bedeutung, selbstverständlich. Aber es ist daher nur schwer zu akzeptieren, dass sich das Land Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der Sanierung von Schlössern, Gutshäusern und historischen Parkanlagen im vorpommerschen Landesteil bislang sehr zurückgehalten hat. Wenn die Landesregierung etwa bei Schloss Ludwigsburg oder Schloss Divitz halb so viel Enthusiasmus erkennen ließe wie bei Schloss Bothmer, dann wäre schon viel erreicht.

Eins muss man aber an dieser Stelle auch ehrlich sagen: Wer heute Morgen die Pressemitteilungen gelesen hat, hat lesen können, dass der Landschaftspark zu Putbus eine großzügige Förderung vom Wirtschaftsministerium erhält in Höhe von 2,7 Millionen Euro. Das ist sehr hoch anzuerkennen. Die Stadt Putbus wird mit dieser Förderung in der Lage sein, den Park attraktiv zu gestalten. Dennoch – und das ist der kleine Wermutstropfen – muss man natürlich sagen, wenn das alles fertig ist, darf man die Stadt Putbus nicht alleinlassen mit der Unterhaltung und Pflege dieser wunderschönen Anlage.

Ich komme zum Schluss, kurze Zusammenfassung vielleicht so weit:

Es gibt keinerlei Hinweise darauf, erstens, dass die Landesregierung den östlichen Landesteil absichtlich oder zumindest fahrlässig vernachlässigt. Es steht natürlich der Fraktion DIE LINKE frei, etwas anderes zu behaupten.

Zweitens, in Vorpommern müssen natürlich die Hausaufgaben gemacht werden. Hier trägt auch DIE LINKE maßgeblich mit Verantwortung.

Und drittens, meine Fraktion würde sich über etwas mehr Engagement bei der Pflege unseres kulturellen Erbes

freuen. Dieser Appell richtet sich an die Landesregierung und auch an alle Fraktionen unseres Hohen Hauses.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Borchardt.

(Vincent Kokert, CDU: Na endlich! Dann muss sie nicht mehr von hinten schreien.)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erstens möchte ich feststellen, dass wir in Bezug auf den Redebeitrag der Landesregierung, hier in Person der Justizministerin, schon sehr enttäuscht sind.

(Vincent Kokert, CDU: Warum?)

1996 bei der Großen Anfrage und der Behandlung im Landtag hat der Ministerpräsident Seite hier das Wort ergriffen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Tja!)

hat in der Aussprache zur Großen Anfrage Rede und Antwort gestanden und hat die Schwerpunkte der Antwort dargestellt. Und ich hielt es für angemessen oder wir hielten es für angemessen, wenn die Landesregierung diesbezüglich in Person des Ministerpräsidenten oder seines Stellvertreters hier diese Anfrage gewürdigt hätte.

(Vincent Kokert, CDU: Es haben doch jetzt drei Minister gesprochen.)

Die Landesregierung war angemeldet mit der Justizministerin,

(Heinz Müller, SPD: Er ist entschuldigt nicht da.)

die hier lediglich,

(Heinz Müller, SPD: Er ist entschuldigt nicht da.)

lediglich einen historischen Ablauf zur Landesverfassung gebracht hat.

(Heinz Müller, SPD: Das ist ganz schlechter Stil.)

Das ist genau die Wahrheit, genau die Wahrheit. Und damit kritisiere ich nicht den Redebeitrag der Justizministerin, sondern die Bewertung der Landesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt. Das ist doch der Haken.

Das Zweite: Herr Glawe, große Rede gehalten, ich dachte, ich bin auf dem CDU-Landesparteitag, aber, ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber war doch schön, oder? War das schön?)

Das müssen Sie hier selber ausmachen.

... aber er hat auf einige Fragen ja hier noch mal eine Antwort versucht zu geben.

Warum hat die Fraktion DIE LINKE diese Große Anfrage gestellt? Ich denke, das lag in der Natur der Sache. 20 Jahre Landesverfassung, 25 Jahre Mecklenburg-Vorpommern, da ist es doch Zeit, Resümee zu ziehen und aufgrund von ganz konkreten Daten, die die Landesregierung vorlegen muss, mal zu sagen: Wo sind denn unsere Stärken? Wie ist es denn mit Verfassungsklarheit, Verfassungswahrheit? Wie schätzen wir denn die Weiterentwicklung des Landes ein? Wo sind die Defizite?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, wo sind die?)

Und warum Sie sich darüber mokieren, dass hier nur Kritik an der Landesregierung dargestellt wurde: Ich weiß nicht, was Sie für ein Selbstverständnis haben. Landesgesetzgeber ist dieser Landtag,

(Vincent Kokert, CDU: Na und?
Wer stellt das in Abrede?)

also die Hauptverantwortung in Richtung Entwicklung dieses Landes tragen wir gemeinsam.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, selbstverständlich.)

Davon haben Sie hier nicht ein Wort gesagt. Sie haben immer nur dargestellt, dass wir die Arbeit der Landesregierung kritisieren und kein Wort in Richtung positiv.

(Vincent Kokert, CDU: Ist Ihr gutes Recht.)

Nein, das ist ...

(Vincent Kokert, CDU:
Spricht Ihnen auch keiner ab.)

Noch mal, ...

Sie hören mir nicht zu.

(Vincent Kokert, CDU: Doch.)

Das ist ja immer Ihr Problem, Herr Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ja, ja, ja.)

noch mal:

(Andreas Butzki, SPD: Man sollte
nie nie und nie immer sagen.)

Die Verantwortung für die Entwicklung des Landes haben wir als Landesgesetzgeber in erster Linie und in der Ausführung die Exekutive, nämlich die Landesregierung. Bei dem, was vorgelegt wurde, müssen wir uns als Fraktionen die Frage stellen, wo müssen wir weiterhin bestimmte Prioritäten setzen und wo müssen wir vielleicht auch Gesetzgebungsänderungen machen und so weiter und so fort.

(Vincent Kokert, CDU: Da können
Sie auch mit sich selbst diskutieren,
da müssen wir nicht dran teilhaben.)

Sehen Sie, das ist Ihr nächstes Problem – ich denke, das hat auch Herr Prachtl auf der Feierstunde hier ganz deutlich gesagt –, nämlich die Einbeziehung der Opposition. Sie erklären uns hier permanent, wir sollen gefälligst konstruktive Vorschläge machen,

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

und wenn wir sie machen, sagen Sie wie eben gerade: Auf Sie brauchen wir gar nicht zu hören, Sie brauchen wir gar nicht, wir machen sowieso, was wir wollen.

(Vincent Kokert, CDU: Sie sollen
Ihren Fraktionsstreit intern austragen,
habe ich gesagt, Frau Borchardt.)

Das Zweite: Ich möchte hier noch mal richtigstellen –

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir haben keinen Fraktionsstreit.)

und ich denke, dass es auch zur Wahrheit gehört –, Dr. Arnold Schoenenburg und Andreas Bluhm haben in der Verfassungskommission gearbeitet,

(allgemeine Unruhe)

und wenn man sich die Arbeit und auch das Resümee,

(Vincent Kokert, CDU:
Sie haben dagegegengestimmt.)

auch das Resümee anguckt, dann, denke ich, haben sie einen erheblichen Anteil an der Formulierung dieser Landesverfassung.

(Heinz Müller, SPD: Sie haben
dafür geworben, sie abzulehnen. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja,
da haben Sie dagegegengestimmt.)

Das ist,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Da haben Sie dagegegengestimmt.
Was ist das jetzt für eine Pirouette?)

aber das ist doch auch das gute Recht der Opposition, wenn man sagt, warum haben wir denn dafür geworben.

(Heinz Müller, SPD: Ja, aber warum haben
Sie denn gearbeitet an der Verfassung,
wenn Sie dafür werben, sie abzulehnen?)

Herr Müller, bleiben Sie mal bei Laune! Ich habe jetzt im Moment das Mikrofon. Sie können ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
So viele Pirouetten kann keiner ab.)

Wieso sprechen Sie uns dann das Recht ab,

(Heinz Müller, SPD: Mein Gott!
Geschichtsklitterung bis zum Abwinken!)

eine Große Anfrage hier zu stellen zur Umsetzung der Landesverfassung? Das macht doch keinen Sinn! Außerdem haben Sie Herrn Holter überhaupt nicht zugehört. Genau auf den Punkt hat er ja in seiner Einleitung schon hingewiesen. Also wo ist das Problem?

(Andreas Butzki, SPD:
Wir haben keine Probleme.)

Warum haben Sie da so viel Zeit aufgewendet?

(Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Da wenden Sie doch viel mehr Zeit auf für die Probleme dieses Landes.

(Heinz Müller, SPD: Ich mag keine
Geschichtsklitterung, das ist alles. –
Gelächter bei Udo Pastörs, NPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Noch mal: Herr Holter hat in seiner Rede genau diese Punkte genannt, die Sie wieder nicht hören wollten, weil Ihr Ohr das einfach nicht hören will.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Selektive Wahrnehmung
nennt man das.)

Ich möchte auf ein paar Punkte auch noch mal inhaltlich eingehen: Konnexitätsprinzip, darüber sollten wir uns ...

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ja, Herr Müller, vielleicht können Sie doch mal was lernen.

Natürlich freuen wir uns über das Konnexitätsprinzip, aber wenn man sich das ganz genau anguckt, wie oft haben wir Diskussionen bei Änderungen von Gesetzen, na ja, können wir denn das machen, dann wirkt das Konnexitätsprinzip, oder wir verhandeln mit dem Städte- und Gemeindetag, Landkreistag.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Es macht es uns schwer. Also die Umsetzung alleine ist schwer hier in diesem Land. Und das ist auch gar nicht so groß der Punkt. Wenn man,

(Vincent Kokert, CDU: Na klar
müssen wir den Haushalt des
Landes im Blick behalten.)

wenn man der,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wenn man,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

wenn man der Präsidentin des Landesverfassungsgerichtes richtig zugehört hätte beim Landkreistag,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

dann ging es nämlich auch um die Frage, warum konzentrieren wir uns laufend darauf, dass die pflichtigen Aufgaben der Kommune bei der, ...

(Vincent Kokert, CDU: Ich höre zu,
Frau Borchardt. Reden Sie einfach weiter!)

bei der pflichtigen Aufgabe, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Borchardt, einen kleinen Moment mal!

Also es tut mir ja leid, aber in den vorderen Reihen fällt es besonders auf und es stört auch besonders. Von daher möchte ich doch die Herren in den vorderen Reihen darum bitten, wenn es denn wichtige Diskussionen gibt, sie nicht gerade in den vorderen Reihen so zu führen, dass der Redner dadurch gestört wird.

Jetzt können Sie weitermachen.

(Andreas Butzki, SPD: Die GRÜNEN
wieder. – Regine Lück, DIE LINKE:
Kommt mir sehr bekannt vor.)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: ... also dass die Präsidentin des Landesverfassungsgerichtes uns ermahnt, nicht immer nur sich darauf zu beziehen, dass die pflichtigen Aufgaben gerade so erfüllt werden, sondern auch die freiwilligen Aufgaben, und sie der Auffassung ist, die freiwilligen Aufgaben gehören doch zu unseren Staatszielen, das mache doch das Leben in diesem Land aus, ich bitte Sie, dann sollten wir gemeinsam darüber nachdenken, inwieweit – und das wissen wir ganz genau – sind denn die Kommunen überhaupt noch in der Lage, freiwillige Aufgaben zu leisten.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Was Vorpommern betrifft, da erinnere ich Sie nur an die Hilferufe Ihrer Parteikollegen von SPD und CDU an die Landesregierung, endlich was in Vorpommern zu machen.

(Vincent Kokert, CDU: Das hat der Wirtschaftsminister erörtert. Haben Sie nicht zugehört?)

Und ich will – zum Regionalfonds wird mein Fraktionsvorsitzender noch was sagen, weil ich glaube, das haben Sie überhaupt nicht verstanden, können Sie vielleicht auch nicht verstehen, weil Sie nicht zuhören wollen –,

(Vincent Kokert, CDU: Ach!)

ich will nur eins sagen zu Herrn Texter. Herr Texter, wissen Sie, auf der einen Seite sprechen Sie uns ab, Vorpommern und Mecklenburg-Vorpommern zu vergleichen,

(Andreas Butzki, SPD:
Das war doppelt gemoppelt.)

auf der anderen Seite vergleichen Sie die Landkreise dieses Landes. Also irgendwie müssen Sie sich mal entscheiden. Entweder vergleichen und vergleichbare Instrumente oder man kann alles nicht vergleichen. Also das ist ein bisschen hanebüchen.

(Vincent Kokert, CDU: Na, jetzt
nicht durcheinanderkommen! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Was die Identität in diesem Land betrifft, kann ich Ihnen nur sagen, ich bin oft auf Veranstaltungen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja,
da sind Sie nicht die Einzige.)

und da ist manchmal so ein Geschmäckle dabei, wo auch Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien sitzen, die sich dann als Vertreter des Ministeriums X aus Mecklenburg vorstellen, wo wir immer sagen müssen: Mecklenburg-Vorpommern, bitte.

(Andreas Butzki, SPD: Das haben wir aber noch nie gehört.)

Sie haben es noch nie gehört, ist mir klar, aber Sprache gehört zum Denken.

(Vincent Kokert, CDU: Auf welcher Veranstaltung sind Sie denn?)

Ich hoffe, dass wir gemeinsam diese Antwort der Landesregierung analysieren, um zu gucken, was wir gemeinsam auch für dieses Land tun können.

(Torsten Renz, CDU: Was ist überhaupt die Botschaft Ihres Redebeitrags?)

Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Berger.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Auch noch?! – Torsten Renz, CDU: Es geht um Inhalte.)

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank für die Vorschusslorbeeren, Herr Renz. Es geht jetzt um Inhalte der Bildungsminister.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bildungsminister hat ein paar Zahlen in die Debatte eingespeist, die ich natürlich nicht so ganz unkommentiert stehen lassen will.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Er meinte, dass wir, wenn wir uns die Bildungsstatistik anschauen, doch besser abschneiden als von der Fraktion DIE LINKE prophezeit. Ich will mal ein paar andere Zahlen hier in die Runde werfen, wohl wissend, dass Zahlen natürlich nicht alles sind und wir uns auch hier gegenseitig mit Zahlen befeuern können.

(Rainer Albrecht, SPD: Und das wieder schlechttreden.)

Aber was ganz wichtig ist, ist, dass wir definitiv eine Schulabbrecherzahl von 9 Prozent landesweit und im Übrigen einen Unterschied zwischen Vorpommern und Mecklenburg haben. Wir haben gerade die ganz aktuellen Schulabbrecherzahlen und Schulabschlusszahlen für den Landkreis Vorpommern-Greifswald bekommen. Dort liegen die Schulabbrecherzahlen bei 12,2 Prozent. Die Zahlen sind vom Montag. Das macht auch noch mal diesen Unterschied – landesweit 9 Prozent, besonderer Fokus Vorpommern: 12,2 Prozent – deutlich.

(Heinz Müller, SPD: Dann müssen die in Mecklenburg aber bei 5 Prozent liegen.)

Vielleicht ist es so. Ich sage Ihnen, wie die Zahlen ganz aktuell aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald sind, Herr Müller.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Die Schlüsse müssen Sie daraus ziehen.

(Manfred Dachner, SPD: Also lernen müssen die Schüler schon alleine.)

Wir haben rund 35 Prozent der Studierenden, die das Studium abbrechen. Zu den Schulabbrecherzahlen habe ich gesprochen. Damit hat Mecklenburg-Vorpommern den dritthöchsten Wert. Bundesweit liegt der Durchschnitt bei 24 Prozent.

20 Prozent der Schüler verlassen das Fachgymnasium ohne Abitur. Im Bundesdurchschnitt sind es 12 Prozent. 16 Prozent der Berufsschüler fallen durch die Abschlussprüfungen. Das ist bundesweit der zweithöchste Wert. Im Bundesdurchschnitt sind es 10 Prozent. Hinzu kommen noch einmal 16 Prozent der Auszubildenden, die ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig ablösen.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Diese Zahlen kommen nicht von ungefähr, denn wenn wir uns den Bildungsfinanzbericht des Bundesamtes für Statistik anschauen – wie gesagt, höchst offizielle Stelle –, dann können wir sehen, dass die Ausgaben in Mecklenburg-Vorpommern pro Schüler deutlich niedriger sind als im Bundesdurchschnitt. Die liegen hier bei 1.243 Euro. Selbst wenn wir uns den Bundesdurchschnitt nur der ostdeutschen Bundesländer angucken – ich will Mecklenburg-Vorpommern gar nicht mit Baden-Württemberg oder Bayern vergleichen –, sehen wir, dass dort 29 Euro pro Einwohner mehr ausgegeben werden als in Mecklenburg-Vorpommern.

(Heinz Müller, SPD: Pro Einwohner oder pro Schüler? Was ist denn jetzt interessant?)

Pro Einwohner!

(Heinz Müller, SPD: Ach so!)

Pro Einwohner!

Das heißt: Wollten wir den Bundesdurchschnitt erreichen, müssten wir noch mal locker 230 Millionen,

(Heinz Müller, SPD: Aber wie sehen denn die Zahlen pro Schüler aus?)

230 Millionen Euro obendrauf tun.

(Heinz Müller, SPD: Aber wie sehen denn die Zahlen pro Schüler aus? Das wäre doch spannend.)

Aber ich will diese konkrete Zahlendiskussion eigentlich gar nicht führen, weil Fakt ist, ...

(Vincent Kokert, CDU: Aber Sie haben sie doch angefangen.)

Nein, angefangen hat sie der Bildungsminister.

(Vincent Kokert, CDU: Aber der hat fundierte Zahlen. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

... weil Fakt ist, diese neuen ...

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bildungsfinanzbericht des Bundesamtes für Statistik ist keine solide Zahl, Herr Kokert.

Fakt ist, das sind Zahlen, mit denen wir uns nicht zufriedengeben können.

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt.)

Die Ursachen dafür liegen in fehlender individueller Förderung, die liegen in einer fehlenden Inklusion in Mecklenburg-Vorpommern.

(Vincent Kokert, CDU: Wir geben uns ja auch mit den Zahlen nicht zufrieden. –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das schien aber so.)

Vielleicht liegen sie auch an langen Schulwegen. Denn wenn ein Schüler morgens um fünf oder halb sechs aufsteht, um dann um sieben in der Schule zu sein oder um halb acht,

(Manfred Dachner, SPD: Genau.)

vielleicht liegt es dann auch an mangelnder Konzentration. In jedem Fall gibt es viel zu tun für unser Land

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

und darauf kommt es an.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Kollegin hat schon einiges von dem vorweggenommen, was ich sagen wollte. Der Beitrag vom Bildungsminister hat mich an unser beider Freund erinnert, und zwar an Karl Marx „Thesen über Feuerbach“:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU
und Udo Pastörs, NPD)

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Das ist, glaube ich, das Anliegen von allen demokratischen Parteien, die hier sitzen.

Es ist nicht so, dass das Bildungswesen in Mecklenburg-Vorpommern glänzt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das macht die Debatte
besonders wichtig.)

Es ist einfach so, der eine sucht sich die Zahlen raus, der andere vielleicht die, und die Wahrheit liegt in der Mitte.

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, Sie sind ja nicht die Mitte.)

Und die Mitte, da müssten dann auch SPD und CDU ehrlich sein.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn ich mich mit einer Schulabbrecherquote von 15 Prozent beschäftige, die es 2008 gegeben hat, habe ich mich immer gefragt: Warum werden vom Bildungsminister immer die 15 Prozent von 2008 genommen? Warum werden vom Ministerpräsidenten immer die 15 Prozent von 2008 genommen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bin auf die Suche gegangen. Natürlich hatten wir nur 2008 diese hohe Zahl der Schulabbrecher. 2007, 2006, 2005 und so weiter lag sie immer um die 10 Prozent.

(Helmut Holter, DIE LINKE, und
Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

Nun könnte ich auch ganz böse sein und sagen, mit Beginn der Regierung von CDU und SPD ist sie dann mal in die Höhe geschneilt,

(Vincent Kokert, CDU:
Wir regieren aber seit 2006.)

das ist aber nicht gerecht.

Wir können im Durchschnitt sagen, 10 Prozent Schulabbrecherzahlen hatten wir auch vor dem Jahr 2008 und dann schnellte das in die Höhe. Man muss ehrlich sein, wenn es darum geht, eine Zahl zu halbieren und damit den Schülerinnen und Schülern wirkliche Abschlüsse zu ermöglichen. Dazu zählt auch, dass Bewertungsmaßstäbe in Mecklenburg-Vorpommern gelten, die es derzeit Schülern, die schwächer sind, wesentlich leichter machen, versetzt zu werden. Da sollte man überlegen, ob diese Bewertungsmaßstäbe tatsächlich dazu führen, dass die Schüler nicht nur einen Schulabschluss bekommen, sondern dass sie dann auch berufsreif und ausbildungsreif sind. Wir dürfen uns hier nicht nur an irgendwelchen Zahlen und Fakten aufhalten, sondern hauptsächlich an Inhalten.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja, so ist das.)

Dazu gehört auch, dass wir die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation haben im Bereich der beruflichen Schulen, dass wir die geringsten finanziellen Mittel ausgeben im Bereich der beruflichen Schulen bundesweit und dass die Schülerinnen und Schüler in der 3. und 8. Klasse sehr gut schlecht lesen und schlecht schreiben können.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das muss inhaltlich geändert werden

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und darum sollte es uns hier allen gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es scheint Irritationen gegeben zu haben

in Bezug auf den Gegenstand der Aussprache. Aber wenn ich mir, Frau Präsidentin, anschau, was durch den Ältestenrat, das Präsidium, uns an die Hand gegeben wurde, heißt es: „Antwort auf die Große Anfrage, Tagesordnungspunkt 17 – Beratung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE“.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Das Thema heißt nicht „20 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern“.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Das war der Titel unserer Großen Anfrage. Da muss man einfach mal lesen, was im Einzelnen draufstand.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir haben alle ...

Lieber Herr Kokert,

(Vincent Kokert, CDU: Welches Thema sollen wir uns jetzt raussuchen, Herr Holter?)

lieber Herr Kokert,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, bitte!)

lieber Herr Kokert, jeder Redner und jede Rednerin

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

hat sich natürlich schwerpunktmäßig auf etwas vorbereitet. Das spreche ich jedem zu. Das hat Herr Müller gemacht, das habe ich gemacht,

(Vincent Kokert, CDU: In Ihrer Fraktion.
Das wissen wir aber doch nicht.)

das hat jeder gemacht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dass die zuständige Ministerin für die Verfassung die Verfassung würdigt, verstehe ich auch. Die anderen beiden haben sich provoziert gefühlt. Es war vollkommen richtig und in Ordnung, dass sie hier in die Bütt gegangen sind.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Das finde ich aner kennenswert.

(Heinz Müller, SPD: So?!)

Es war Ziel von Oppositionsarbeit, die Regierung herauszufordern.

(Vincent Kokert, CDU: Ja. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Hat geklappt, ja, in Ordnung. Und Sie haben Ihre Position vertreten.

(Heinz Müller, SPD, und
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und wo ist jetzt das Problem?)

Ich will das bloß feststellen. Ich will feststellen, Herr Müller, in Bezug auf Herrn Schoenenburg und Herrn Bluhm – das eine hat Frau Borchardt bereits gesagt –: Es gab während der Festveranstaltung „20 Jahre Verfassung“ einen Redner, und das war der ehemalige Landtagspräsident Herr Prachtl, der die Größe hatte, auch die Mitarbeit, das Engagement dieser beiden Männer in der Verfassungskommission zu würdigen. Kein anderer,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

kein anderer, auch die geschätzte Landtagspräsidentin nicht, haben dieses herausgehoben, auch die Ministerin nicht. Und das, meine ich, muss hier auch mal festgestellt werden.

Wir hatten 1994 den Volksentscheid und wir hatten – ich hatte das eingangs gesagt – eine hitzige Debatte, wir hatten eine intensive Debatte über die Verfassung.

(Zuruf vonseiten der Fraktion DIE LINKE:
Das war auch gut.)

Das war auch richtig so und das war auch wichtig so. Wir haben aufgerufen über eine Volkinitiative, weitere Dinge in diese Verfassung zu bringen: Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen und andere Dinge, wie Sie sich sicherlich erinnern. Natürlich war es am Ende so, dass der Volksentscheid ganz knapp zugunsten der Verfassung ausgegangen ist und somit die Verfassung angenommen wurde.

Und selbstverständlich, Herr Müller, das können Sie unterschwellig interpretieren, bin ich der Überzeugung, dass diejenigen, die an der Ausarbeitung der Verfassung mitgearbeitet haben, auch Väter und Mütter dieser Verfassung sind, egal, wie das Abstimmungsergebnis dann in der Landtagssitzung zu diesem Gegenstand im Einzelnen war.

Was aber interessant ist: Warum war 1994 eine hohe Beteiligung an dem Volksentscheid gegeben und warum gehen jetzt so wenige Menschen zur Wahl?

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine relevante Frage.)

Das ist doch die Frage, die wir uns stellen müssen.

Selbstverständlich, Herr Suhr, haben die einzelnen Redner hier gesagt, wir haben eine hohe Identifikation mit den Landesteilen und mit dem Land insgesamt – unstrittig. Das erkennen wir doch auch an. Und wenn Sie mir nicht selektiv, sondern im Komplex zugehört haben, habe ich genau das gewürdigt, dass es eine große Aufbauleistung der Menschen im Land war, dort, wo wir jetzt stehen. Man kann in einer Rede von 15/20 Minuten nicht alles im Einzelnen würdigen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Richtig, nur das Wesentliche.)

Selbstverständlich, Herr Minister Glawe, gibt es auch positive Entwicklungen insgesamt in Vorpommern. Selbstverständlich ist in Stralsund eine tolle Entwicklung zu verzeichnen. Selbstverständlich ist in der Küstenregion eine tolle Entwicklung zu verzeichnen. Aber, Herr Texter, war es nicht so, dass Uecker-Randow den größten Schuldenberg in den Neukreis Vorpommern-...–

(Beifall vonseiten der Fraktion
DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Greifswald!)

Greifswald, danke –, Vorpommern-Greifswald, eingebracht hat? Wie ist es denn mit den Altschulden? Wie verhalten sich diejenigen, die aus dem Kreis gekommen sind, jetzt? Das sind doch die Fragen.

Ich meine, man muss auf der einen Seite, das habe ich eingangs gesagt, das Licht würdigen, auf der anderen Seite aber auch den Schatten beurteilen. Wir müssen doch den Finger in die Wunde legen und deutlich sagen, was nicht funktioniert. Ist es nicht so, dass selbst der Oberbürgermeister von Stralsund mir gesagt hat, in Schwerin wisse man nicht mehr, was in Vorpommern los ist, dass die IHK zu Neubrandenburg sich umbenannt hat, um auf Vorpommern und das östliche Mecklenburg aufmerksam zu machen? Und Vorpommern, lieber Herr Müller, ist doch nur als Bild gemeint.

(Heinz Müller, SPD: Aha! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Na ja, Sie müssen schon differenziert lesen und zuhören, wenn ich über die ländlichen Gestaltungsräume von Herrn Pegel spreche, was wir übrigens mehrfach in diesem Landtag getan haben. Da gibt es natürlich Vorpommern an der Küste und es gibt das Vorpommern, was im Hinterland zu beurteilen ist. Natürlich gibt es das östliche Mecklenburg. Ich bin selbst gebürtig aus der Griesen Gegend und weiß, was in dieser Gegend los ist,

(Heinz Müller, SPD: Na bitte!)

selbstverständlich.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Aber die Frage ist doch: Lassen Sie als Koalition den Minister Pegel allein mit seinem ländlichen Gestaltungsräumen oder geben Sie ihm auch etwas an die Hand, damit seine Initiative ausgefüllt werden kann?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Deswegen haben wir doch ...

Sie haben nicht mit einem Ton Stellung genommen zu dem Regionalbudget, wo wir gesagt haben, Initiativen vor Ort sollen gefördert werden, wir wollen den Kommunen und Initiativen vor Ort Mittel an die Hand geben, damit diese Dinge umgesetzt werden können. Warum kommt die Bioenergiedorfinitiative nicht weiter voran? Weil Mittel fehlen vor Ort, um das tatsächlich zu unterstützen. Das sind doch die Fragen, die hier stehen.

Warum wird die „Neue Dorfmitte“, Herr Minister Backhaus, nicht weiterentwickelt? Warum werden nicht neue Wohnformen entwickelt? Warum werden nicht neue Mobilitätsformen gesucht und entwickelt? Weil das nötige Kleingeld fehlt. Das sind doch die Fragen, wo es um Initiativen geht vor Ort. Das wollen wir mit dem Regionalbudget. Warum reagieren Sie nicht auf die Forderung, dass das Programm zur Beseitigung der devastierten Flächen nun tatsächlich wieder angehoben wird? Es läuft dieses Jahr aus. Dazu müssen Sie sich doch mal verhalten. Das sind die Fragen, die stehen. Warum machen Sie bei den Berufsschulen eine Politik, die verhindert, dass junge Leute eine gute Berufsausbildung erreichen können? Ich habe bereits gesagt, auch die Berufsschulen in den ländlichen Räumen brauchen eine Chance und können gute Arbeit bieten.

Aber zum Bild von Mecklenburg-Vorpommern gehört doch auch, dass die Menschen abgewandert sind, dass es eine Deindustrialisierung gegeben hat. Die Menschen wollten die Freiheit, wollten die Demokratie und wollten die D-Mark, richtig.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Selbstverständlich. Ich habe gesagt, dass natürlich mit der Verfassung die Menschen genau diese Ansprüche Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben wollten.

Ich will noch einen Satz sagen: Ich bin der Überzeugung, man kann nicht schwarz-weiß malen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Schwarz-weiß malen, das haben Sie getan. Das habe ich in meiner ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, das sind Ihre Schemata, die Sie immer anwenden. Das sind aber Wahlkampfreden. Das können wir nächstes Jahr auf den Marktplätzen austragen,

(Vincent Kokert, CDU:
Ja, da treffen wir uns dann ja.)

aber doch nicht bei der Bewertung einer Großen Anfrage, wo es um die Entwicklung des Landes in der Zukunft geht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will vorweg sagen, dass ich diese Debatte sehr schätze, weil sie sehr lebhaft ist.

(Udo Pastörs, NPD: Hm!)

Ich finde, sie ist Teil einer gelebten parlamentarischen Demokratie.

Und ich finde auch, Herr Holter, das hätten Sie in Ihrer Rede ruhig anfänglich sagen können, den Vorwurf, den Sie uns gemacht haben, nämlich dass wir Sie nicht ernst nehmen, dass wir Ihre Große Anfrage nicht ernst nehmen, dass die Regierung nicht richtig darauf eingeht, den hätten Sie mindestens widerrufen können, weil da müssen Sie einfach anerkennen, dass hier mehrere Regierungsmitglieder in die Bütt gegangen sind.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Habe ich doch gesagt.)

Ja, dann können Sie das auch mal so sagen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das
habe ich doch gesagt, Herr Kokert. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dann können Sie auch mal sagen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich verstehe einfach nicht, warum Sie nicht verstehen, was ich sage.)

dass der Vorwurf, den Sie erst eingebracht haben, im Prinzip hinfällig ist.

Jetzt gucken Sie sich den Tagesordnungspunkt doch mal in Ruhe an! Was haben Sie beantragt? Für jeden, der vernünftig lesen kann, war es klar, dass Ihr Schwerpunkt auf 20 Jahre Verfassung Mecklenburg-Vorpommern liegt. Punkt!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, überhaupt nicht. Antwort der Landesregierung!)

Selbstverständlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Antwort der Landesregierung!)

Sie haben uns – das unterstelle ich Ihnen sogar, Herr Ritter –, Sie haben uns ganz bewusst,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Sie haben uns ganz bewusst im Ungewissen gelassen, welche Punkte Sie hier politisch thematisieren wollen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wie heißt denn die Große Anfrage?)

weil Sie natürlich davon ausgingen, dann kommen hier alle angelaufen mit ihren vorgeschriebenen Reden, und dann können wir hinterher nämlich behaupten, die sind auf unsere Punkte gar nicht eingegangen. Sie sind eines Besseren belehrt worden und deswegen haben Sie jetzt so viel Schaum vorm Mund. Das ist der tatsächliche Hintergrund, nichts anderes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: So eine platte Ausrede!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie fahren hier das, was Sie immer tun. Wenn Ihnen nichts mehr einfällt, fahren Sie einen Generalangriff auf die Landesregierung, auf die sie tragende Koalition.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig ist das.)

Sie fahren einen Generalangriff auf die Landesregierung, Sie verkennen alles, was in den letzten 25 Jahren passiert ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. – Helmut Holter, DIE LINKE: Nee, überhaupt nicht. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Doch! Sie haben immer die gleiche Strategie: Sie benennen zwei positive Sachen, die Ihnen wichtig sind, am besten, die sind noch unter Ihrer Beteiligung zustande gekommen, in Ihrer Regierungszeit, und dann nennen Sie einen großen Abwasch von 25 Punkten, die nach Ihrer Sicht in diesem Land eine völlige Katastrophe sind,

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sodass nach außen der Eindruck entstehe, Mecklenburg-Vorpommern ist eigentlich nur noch eine Wüstenei.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich sage Ihnen: Wir als Koalition sind stolz darauf, was die Menschen und wir gemeinschaftlich in den letzten 25 Jahren in diesem Land geschafft haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und das lassen wir uns von Ihnen auch nicht kleinreden.

Und da Sie sich ja als die Rächer von Vorpommern aufspielen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Rächer!)

will ich dazu auch noch das eine oder andere sagen. Ich darf wenigstens von mir sagen, ich wohne fast an der Grenze zu Vorpommern. Ich habe viele Vorpommern in meiner Fraktion und auch in der Landespartei diskutieren wir sehr aktiv zwischen den beiden gleichberechtigten Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern. Insofern wundere ich mich, dass DIE LINKE jetzt dieses Thema für sich entdeckt hat. Aber das steht ihr natürlich völlig frei, das auch hier zu thematisieren.

Nichtsdestotrotz wundere ich mich natürlich etwas, weil immer, wenn es darum geht, für Vorpommern eigene Mittel und Wege und auch Zukunft zu schaffen, ist es meistens DIE LINKE, die bei ihren Themen meint, dass sie das politisch nach außen thematisieren sollte. Ich nehme mal das Beispiel, weil mir das am besten gefällt, der Werft in Wolgast. Mit einer gigantischen Kraftanstrengung haben wir es geschafft, kurz vor der Insolvenz von Stralsund Wolgast herauszulösen, auf dem öffentlichen Markt zu platzieren und an einen sehr vernünftigen Investor zu verkaufen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das hat doch niemand infrage gestellt.)

Und dieser Investor ...

Doch,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

ich sage Ihnen gleich, wo Sie das infrage stellen, und zwar permanent und immer wieder.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wer denn?)

Dieser Investor hat sich weltweit auf die Strümpfe gemacht und hat versucht, für diesen Standort Wolgast Arbeit zu akquirieren.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Kriegsschiffe!)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die erste Meldung, die wir von den LINKEN gehört haben dazu, ich glaube, es war Peter Ritter, der gesagt hat, ah, das ist alles andere als eine hervorragende Nachricht für Wolgast, denn wir wollen im Prinzip niemanden, der Kriegs-

schiffe in Mecklenburg-Vorpommern baut. Das hat Frau Schwenke eben gleich noch mal wiederholt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, das ist auch richtig.)

Da sage ich Ihnen: Was für ein Unsinn! Es geht überhaupt nicht um Kriegsschiffe.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Was ist denn eine Fregatte?)

Es geht um Küstenschutzboote. Da ist das Aluminium fünf Millimeter dick. Fahren Sie selber hin und gucken sich das an!

(allgemeine Unruhe)

So dick ist jedes Freizeitschiff, das auf der Müritz fährt. Sie bedienen nur Ihre politische Klientel, wenn es Ihnen passt.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also wenn Sie ein Herz für Vorpommern hätten, hätten Sie diesen Auftrag begrüßen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wie steht es denn eigentlich mit der Wissenschaft in Vorpommern? Es ist sehr viel über Stralsund gesagt worden. Na klar, das ist eine wunderschöne Stadt, die sich hervorragend entwickelt hat. Ich sage immer, meine Zweitliebungsstadt im Land nach Neustrelitz ist Greifswald. Warum? Weil Sie da live und in Farbe sehen können, was es ausmacht, wenn Sie es in so einer Stadt schaffen als Landesregierung und alle regierungstragenden Fraktionen bisher, eine Volluniversität zu integrieren, die es geschafft hat, Wissenschaft und Wirtschaft miteinander zu verknüpfen und außeruniversitäre Forschung in diese Stadt zu holen. Wenn Sie durch Greifswald fahren, dann werden Sie sehen, ist das der allergrößte Standortvorteil, den es in Vorpommern überhaupt gibt. Diese Stadt hat sich in den letzten Jahren so grandios entwickelt, dass man nur sagen kann, alle, die daran mitgetan haben, auch in der Greifswalder Kommunalpolitik, denen gebührt unser Dank, und das ist nicht schlechtzureden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich sage Ihnen ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das habe ich überhaupt nicht gesagt, Frau Borchardt. Ich habe gesagt, alle regierungstragenden Fraktionen in den letzten 25 Jahren. Da zählen Sie sogar dazu. Nehmen Sie das doch mal an

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wer stellt denn das infrage? –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und erzählen Sie nicht immer irgendwelche Läuschen, die Ihnen gerade in den Sinn kommen!

Aber überlegen wir doch mal: Welche großen Projekte sind in Greifswald in den letzten zwei Jahrzehnten vorangetrieben worden? Dazu gehört für mich und meine Fraktion auch der Wendelstein. Selbstverständlich gehört der dazu. Milliardeninvestitionen werden da reinfließen insgesamt, es wird dort Spitzenforschung betrieben. Was hören wir von der Fraktion DIE LINKE? Die Abgeordnete Mignon Schwenke verkündet, statt Kernfusion lieber auf erneuerbare Energien setzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Sehr richtig, das ist meine Meinung.)

Für mich sieht Wirtschaftsförderung und Wissenschaftsförderung in Vorpommern anders aus.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Also tun Sie doch erst mal selber alles dafür, dass in Vorpommern die Wirtschaft und die Wissenschaft gefördert werden, und halten Sie uns nicht den Spiegel vor, weil wir können da mit ruhigem Gewissen reinschauen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist nicht mein Niveau, auf dem
ich mit Ihnen diskutiere, Herr Kokert.)

Ich glaube, Sie nicht, meine Damen und Herren von den LINKEN!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich fasse Ihre Verdienste als LINKE für Vorpommern zusammen:

Erstens. Sie stimmen gegen die Verfassung.

Zweitens. Sie waren immer gegen die Schuldenbremse.

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das sind Sie bis heute. Da haben Sie sich nicht einen Millimeter bewegt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

Drittens. Sie arbeiten sogar gegen entscheidende Wirtschaftsstandorte. Die Werft in Wolgast habe ich als Beispiel genannt und den Wendelstein.

Viertens und mein Lieblingsthema: Sie waren damals gegen die A 20,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

was die Lebensader für Vorpommern darstellt.

Wir brauchen von Ihnen keinen Unterricht, wie man sich um Vorpommern kümmert. Das können wir ganz alleine, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nur ganz kurz und wegen der historischen Korrektheit: Herr Holter, Sie haben in Ihrer ersten Rede zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt, die damalige PDS habe sich bei der Verfassung der Stimme enthalten

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war falsch, Herr Müller.)

und Herr Schoenenburg sei einer der Väter dieser Verfassung.

Tatsache ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat eine Verfassungskommission gegeben, die vorbereitet hat. Dort haben sich die Vertreter der LINKEN – der PDS, Pardon, der PDS damals – der Stimme enthalten. Und in der Vorbereitung hat man Ihnen das wohl aufgeschrieben, dass das die Stimmenthaltung der Partei gewesen sei.

Aber dieser Entwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist hier im Landtag diskutiert worden. Der Landtag hat – übrigens in namentlicher Abstimmung, man kann das Abstimmungsverhalten eines jeden Abgeordneten also nachvollziehen – darüber zu entscheiden gehabt, ob dieser Entwurf dem Volk zur Beschlussfassung vorgelegt wird. In dieser Debatte hat Arnold Schoenenburg – damals einer der wesentlichen Persönlichkeiten Ihrer Partei, Parlamentarischer Geschäftsführer –, wie bereits von mir zitiert, ausgeführt, dass seine Fraktion einzelne Punkte dieser Verfassung unterstützt, dass diese Verfassung insgesamt nicht auf der Höhe ihrer Zeit sei und dass seine Fraktion deshalb diese Verfassung ablehnt.

Wenn Sie das, Herr Holter, als Enthaltung bezeichnen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich habe das
in der Rede eben korrigiert, Herr Müller.)

dann kann ich das nicht nachvollziehen. Und wenn Sie sagen,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Sie wollen nicht zuhören.)

dass trotzdem der Herr Schoenenburg einer der Väter dieser Verfassung sei,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da bleibe ich dabei.)

dann kann ich nur sagen: Wenn DIE LINKE oder die PDS, oder wie auch immer die aktuelle Bezeichnung ist, Wert darauf legt, Väter oder Mütter von Dingen zu sein, die nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind, wie Sie selbst so einschätzen, na dann viel Spaß!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließung zur Umset-

zung von Beschlüssen des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Hamburg vom 19. bis 21. April 2015, Drucksache 6/4106.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen
des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee
in Hamburg vom 19. bis 21. April 2015
– Drucksache 6/4106 –**

Das Wort zur Begründung hat die Vizepräsidentin des Landtages Frau Schlupp von der Fraktion

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der CDU!)

der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehöre zwar der CDU an, aber ich denke, mein Redebeitrag soll ein Beitrag der demokratischen Fraktionen sein. Von daher war es nicht unbedingt notwendig, explizit darauf hinzuweisen.

(Udo Pastörs, NPD: Da ist ja egal, wer redet.)

Vor Ihnen liegt auf Drucksache 6/4106 der Entschließungsantrag zur Umsetzung von Beschlüssen des diesjährigen 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee. Mit dem Antrag setzen wir auch in diesem Jahr unsere Tradition fort, dass auf der Grundlage eines gemeinsamen Entschließungsantrages aller demokratischen Fraktionen den Ergebnissen, die im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 19. bis 21. April 2015 erzielt wurden, zugestimmt wird.

Wir widmen uns beim Parlamentsforum Südliche Ostsee grenzüberschreitenden Themen, die alle Partner in der Region ganz praktisch betreffen. In diesem Jahr wurde die Jahreskonferenz erstmalig durch die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg ausgerichtet. Eine vorbereitende Sitzung fand im Kieler Landtag statt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das diesjährige Schwerpunktthema war die Wissenschafts- und Hochschulkooperation im Ostseeraum. Bemerkenswert ist, dass das Parlamentsforum mittlerweile selbst Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden ist. Im Rahmen einer aktuellen Veranstaltung der Universität Rostock und der Quandt-Stiftung wurde am vergangenen Freitag von einem Wissenschaftler ausdrücklich die intensive Arbeit des Landtages auf internationaler Ebene gewürdigt. Wir würden, so die Ausführungen dort, zum einen aktiv mitarbeiten und seien zum anderen bereit, hier Verantwortung zu übernehmen. Ich denke, so ein Kompliment müssen wir auch und gerade in europäisch stürmischen Zeiten annehmen und weitergeben können. Mein besonderer Dank gilt daher der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider für ihre Unterstützung und den Mitgliedern der Delegation unseres Landtages, der Landtagsvizepräsidentin Silke Gajek, den Abgeordneten Dr. André Brie, Detlef Müller, Jochen Schulte und Andreas Texter für die intensive Mitwirkung in Hamburg und Kiel.

Nun komme ich zu den Inhalten der diesjährigen Konferenz. Insbesondere wurden die Aspekte der Studienmobilität und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen im Wissenschaftsbereich beleuchtet. Daneben ging es auch um die intensivere Erforschung des

demografischen Wandels in der Region, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ostseeregion und die Bekämpfung von multiresistenten Keimen. Diese Themen spiegeln sich in der Resolution wider, die Ihnen mit dem Entschließungsantrag vorliegt.

Die Förderung von Wissenschaft grenzüberschreitend zu forcieren, sollte selbstverständlich sein. Eine gut aufgestellte Wissenschaftslandschaft hat positive Auswirkungen in vielerlei Bereichen und wird unseren Bürgerinnen und Bürgern Vorteile bringen. Unsere Resolution setzt da gute Akzente, vor allem für Mecklenburg-Vorpommern.

Um dies zu verdeutlichen, will ich Ihnen beispielhaft einige Aspekte kurz erläutern: Da sind die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, denn durch den Ausbau der Wissenschaftslandschaft entstehen neue Arbeitsplätze in wissenschaftlichen Berufen. Bildung ist zudem eine unerlässliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen durch Wirtschaft und Industrie wird die Unternehmen insbesondere in unserem Bundesland stärken und zu wirtschaftlichem Fortschritt führen.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl.)

Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind insbesondere im Bereich der Gesundheitswirtschaft und der Biotechnologie exzellent aufgestellt. Damit das so bleibt, hält das Parlamentsforum eine stärkere Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft auch auf internationaler Ebene für erforderlich. Dem Parlamentsforum geht es auch darum, junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und den Partnerregionen durch Auslandsaufenthalte während des Studiums besser zu qualifizieren. Studierenden aus anderen Regionen sollte ein Austauschstudium in einer unserer hervorragenden Hochschulen im Land ermöglicht werden. Dies bereichert zum einen den akademischen Diskurs, zum anderen besteht so die Möglichkeit der Fachkräftegewinnung. Angesichts des demografischen Wandels ist das ein wichtiger Aspekt.

Vor dem Hintergrund des teilweise wiederauflebenden Rückgriffs auf nationale Stereotype in Europa sollte außerdem die Entwicklung kultureller Kompetenzen so früh wie möglich gefördert werden.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Unseren Lehrkräften, die wir an den Hochschulen ausbilden, kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Verständnis füreinander und friedliche Kooperation sollten im Mittelpunkt stehen. Dazu passte auch, dass wir im Rahmen des Hamburger Forums die Gedenkstätte Konzentrationslager Neuengamme besucht haben. Für alle, die dort waren, waren der Besuch und die Kranzniederlegung ein ganz besonders emotionaler Moment, sicher auch, weil wir gemeinsam mit den polnischen und russischen Kolleginnen und Kollegen der Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes gedenken konnten.

Sehr geehrte Damen und Herren, schließlich gehen wir in unserer Resolution auf den fortschreitenden demografischen Wandel ein. Die geringe Geburtenrate und der damit verbundene Rückgang der Schulabgängerzahlen einerseits und die altersbedingt hohen Personalabgänge andererseits haben einen hohen Fachkräftebedarf zur Folge. Hier sollte das Potenzial der älteren, erfahrenen Arbeitnehmer mehr denn je genutzt werden. Dazu gehört auch das lebenslange Lernen, mit dem wir uns weiterhin

wissenschaftlich auseinandersetzen sollten. Wir als Landtag haben die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingerichtet.

Die Resolution des diesjährigen Parlamentsforums, die genau auf diesen Aspekt eingeht, ist eine gute Ergänzung zu unserer bisherigen Arbeit im Landtag. Auch in diesem Jahr weist unsere Resolution thematisch einige Schnittstellen zum Gegenstand der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz auf, beispielsweise bei den Themen „Gesundheitswirtschaft“ und „Gesundheitswesen“. Die Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat mir im Vorfeld zum Parlamentsforum signalisiert, dass sie als amtierende Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz dem ausdrücklichen Auftrag aus unserer Resolution gerne nachkommen wird und sie in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz einbringen wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut. –
Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Ich denke, dass es gerade vor diesem Hintergrund selbstverständlich ist, unserer Präsidentin dabei als Landtag den Rücken zu stärken und die Resolution mit einer Entschließung umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat mich außerordentlich gefreut, dass auch in den außenpolitisch unruhigen Zeiten, die wir in Mitteleuropa seit einiger Zeit erleben, tatsächlich alle am Parlamentsforum beteiligten Regionen, auch Kaliningrad, bei der Jahreskonferenz vertreten waren.

(Udo Pastörs, NPD: Sie meinen Königsberg.)

Das war sicherlich nicht selbstverständlich. Wir alle ziehen grenzübergreifend gemeinsam an einem Strang. Das Parlamentsforum stellt so auch eine Plattform des Dialogs dar und leistet damit einen Beitrag zum Zusammenwachsen von Europa. Auch daher sollte der Resolution durch eine Entschließung des Plenums hier bei uns im Land Geltung verschafft werden.

Die Teilnahme an den regionalen Kooperationen, insbesondere im Ostseeraum, und die Mitarbeit in internationalen Gremien ist ein wichtiger Teil unserer Landespolitik, denn dort können wir gemeinsam mit unseren Partnern unsere Kräfte gebündelt einsetzen und so vorhandene Herausforderungen besser meistern. Durch unser ostsee- und europapolitisches Engagement können wir zudem unseren landespolitischen Anliegen eine ganz andere Bühne verschaffen, ob nun in Berlin oder in Brüssel bei den Institutionen der Europäischen Union – Grund genug, der Entschließung zuzustimmen und das Parlamentsforum Südliche Ostsee auch zukünftig aktiv mitzugestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Hamburg setzte sich die Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern aus Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen zusammen, die die Resolution einvernehmlich mitgetragen haben. Die Abgeordneten habe ich bereits genannt. Auch die Landesregierung hat durch ihren Bericht zur Umsetzung der Resolution des letztjährigen Parlamentsforums einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ihre Zustimmung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist unerlässlich dafür, dass die Resolution mit Leben erfüllt wird, dass aus einem Stück Papier konkrete politi-

sche Ansätze erwachsen. Damit können wir den Forderungen aus der Resolution Geltung verschaffen und sie an die verantwortlichen Akteure in Land und Bund sowie in Brüssel richten. Mit Ihrer Zustimmung können wir die zuständigen Ausschüsse beauftragen, anhand der Resolution konkrete Empfehlungen zu erarbeiten.

Ich rufe Sie nun alle dazu auf, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Resolution des Parlamentsforums Südliche Ostsee in guter Tradition mitzutragen und deshalb dem vorliegenden Antrag Ihre Stimme zu geben! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4106. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4106 angenommen von der Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landesweites Konzept zur bedarfsgerechten Befeuerung von Windparks erarbeiten, Drucksache 6/4089.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesweites Konzept zur bedarfsgerechten
Befeuerung von Windparks erarbeiten
– Drucksache 6/4089 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gebe zu, der Antrag würde eigentlich in den Ausschuss gehören, und dass wir jetzt versuchen, das hier im großen Plenum zu diskutieren, ist sicherlich ein sehr spezielles Thema. Aber ich glaube, es interessiert auch viele Menschen in unserem Land. Von daher erhoffe ich mir, dass Sie einiges aus der Debatte mitnehmen können, auch wenn Sie sonst nicht direkt im Ausschuss sitzen. Ich beantrage aber schon mal die Überweisung in den zuständigen Energie- und Verkehrsausschuss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt mit diesem Antrag das Thema „Wie können wir in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt wieder einen dunklen Nachthimmel erleben?“ vor. Das ist ein Wunsch, den ich habe. Es ist viele Jahre her, dass ich den Bundesumweltminister am Rande einer Tagung ansprechen und sagen konnte, Mensch, wir müssen da was tun. Die bedarfsgerechte Befeuerung von Windkraftanlagen wird ein Problem. Kann man nicht einfach die 100 Meter auf 200 Meter Befeuerungspflicht durchsetzen? Damals hieß der Bun-

desumweltminister Jürgen Trittin und er fand nicht, dass das Thema in irgendeiner Weise Relevanz für die Energiewende hat, weil das Einzelfälle sind und das kein großes Problem ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So was!)

Inzwischen wissen wir, Windkraftanlagen, die über 100 Meter hoch sind, müssen ein rotes Gefahrenfeuer blinkend oben auf der Windkraftanlage haben. Sind die Anlagen – das ist inzwischen der Regelfall – über 150 Meter hoch, kommen noch einmal zwei rote Streifen drum herum. Wenn Sie solche Windparks in der Gegend stehen sehen, haben Sie gerade bei Nacht das Gefühl, da steht ein komplettes Gebäude und die Kanten des Gebäudes blinken. Ich kann gut verstehen, dass Menschen das als Belastung empfinden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber jetzt haben wir – wir können nicht alles sofort lösen, auch an anderen Themen sind wir dran – für dieses Thema inzwischen eine technische Lösung. Also jetzt zur technischen Lösung. Es gibt im Moment zwei Systeme, die ich wahrnehme:

Das eine ist ein radargestütztes System. Die Windkraftanlagen oder die Außenkanten eines Windparks werden mit Radartechnik versehen, die sich nicht dreht. Das sieht aus wie große Heizkörper und wird zum Teil auch im Verteidigungsbereich zur Überwachung von Grenzen verwendet. Solche Radarsysteme werden angeschraubt. Die haben eine sehr, sehr geringe Radarstrahlung, die beträgt irgendwie das Doppelte von einem Handy. Das ist nicht wirklich nennenswert.

(Udo Pastörs, NPD: Nee.)

Die sind in der Lage, die umfliegenden Flugkörper zu erkennen und zeitlich ausreichend die bedarfsgerechte Befeuerung in Betrieb zu setzen. Das bedeutet dann praktisch, dass der Windpark meist abgeschaltet bleibt. Nur, wenn sich Rettungshubschrauber – die sind es übrigens in der Regel – oder Polizeihubschrauber in der Luft befinden, dann würde dieser Windpark anfangen zu blinken.

Ein anderes System – das ist jetzt die Firma, mit der wir im Hintergrund versucht haben, Erkenntnisse zu gewinnen – ist ein sogenanntes Passivradar, das ist hochinteressant. Die verwenden ein DVB-T-Signal – das sind Fernsehsender – und können das Echo, das ein Flugzeug in der Luft abgibt, auffangen und durch eine komplizierte Rechenleistung erkennen, wo sich das Fluggerät befindet. Das kann man allerdings nicht bei einer Einzelanlage machen, da braucht man mindestens drei, weil die drei Abschirmungen bilden, die übereinanderliegen. Diese drei Abschirmungen bedeuten, ich kann exakt sagen, wo sich der Flugkörper in der Luft befindet.

(Udo Pastörs, NPD: Was kostet der Spaß?)

Dieses System kostet für einen Windpark, wenn ich sozusagen drei Anlagen damit ausrüsten muss, um das Gesamtsystem hinzubekommen, etwa eine halbe Million Euro, 450.000 Euro – das ist mir gesagt worden.

(Udo Pastörs, NPD: Und die Wartung?)

Wenn ich mit einem Radarsystem arbeite – das ist ein System, was etwas aufwendiger ist –, dann sind das Kos-

ten von etwa 750.000 bis 800.000 Euro im günstigsten Fall. Im günstigsten Fall!

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Das ist natürlich ein Problem. Wir haben im Land etwa 2.000 Windkraftanlagen stehen – danke auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Energieministerium im Hintergrund,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

dass wir Daten bekommen konnten –, es sind insgesamt 1.000 Anlagen, die über 100 Meter hoch sind und die diese Befeuerung haben. Wir haben genau die Koordinaten bekommen.

Jetzt gibt es im Bundesrat die Initiative am 10. Juli, in Zukunft zwingend eine bedarfsgerechte Befeuerung vorzuschreiben. Grundsätzlich unterstützen wir das. Es wird auch eine solche zwingende Regelung geben müssen. Das Problem besteht jetzt im Folgenden: Viele der Windkraftanlagen werden nicht mehr als Windpark neu gebaut, wie wir das zum Beispiel im Landesplanungsrat bei den Offshorewindparks küstennah diskutiert haben und wo wir gesagt haben – und ich denke, das ist aufgenommen worden, das ist auch problemlos finanzierbar –, für diese Offshorewindparks wird es eine bedarfsgerechte Befeuerung geben, sodass die nachts nicht blinken oder leuchten müssen, jedenfalls nicht für den Flugverkehr. Das lässt sich problemlos finanzieren. Für einen Neubau eines Windparks, wo ich 10 oder 15 Anlagen hinstelle, ist das System auch jetzt schon finanzierbar. Ich denke, es wird erste Projekte geben, auch in unserem Bundesland, die versuchen, genau das umzusetzen.

Aber der Regelfall ist ein anderer. Der Regelfall ist, dass einzelne Anlagen hinzugebaut werden. Würden diese einzelnen Anlagen das System alleine bezahlen müssen, nämlich 800.000 Euro – weil es ja nur eine Anlage ist, kann man nur das teure System dafür verwenden –, wäre die Wirtschaftlichkeit dieser Anlage auf keinen Fall mehr darstellbar. Praktisch würden die Anlagen nicht mehr gebaut. Damit würde die zwingend vorgeschriebene bedarfsgerechte Befeuerung dazu führen, dass der Windkraftausbau nicht mehr möglich wäre, weil neue Anlagen nicht bezahlt werden könnten.

Es gibt aber auch ein zweites Problem. Ich nehme mal das Beispiel Altentreptow. Daneben wird ein neuer Windpark gebaut, der wird jetzt herrlich bedarfsgerecht befeuert. Für die Anwohner löst das kein Problem, weil die ganzen restlichen Anlagen nämlich weiter vor sich hin blinken. Deswegen – und deshalb jetzt die Idee des Antrages – brauchen wir ein landesweites System, in dem wir alle Windkraftanlagen in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die bestehen und die zukünftig dazukommen, berücksichtigen, um alle im Land dunkel schalten zu können.

Wir haben also eine konkrete Firma, die ein solches System anbietet, gebeten, das mal auszurechnen.

(Der Abgeordnete Lorenz Caffier bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Sie haben eine Frage?

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Ministers?

(Heinz Müller, SPD: Nee, des Abgeordneten.)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.

Lorenz Caffier, CDU: Ist Ihnen bekannt, dass beide Verfahren noch keine Zulassung vom Luftfahrtsamt haben, sondern dass alle noch in der Erprobung sind und wir hier gerade eine Diskussion über Verfahren machen, die sich noch in der Erprobung befinden?

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das ist mir natürlich bekannt. Auch dem Bundesrat ist das bekannt, aber man macht sich selbstverständlich vorher Gedanken.

(Der Abgeordnete Lorenz Caffier kehrt zu seinem Platz zurück.)

Die Erprobungen sind bei beiden Systemen erfolgreich. Es gibt einen letzten Genehmigungsstempel, der fehlt, vor allem aus dem Verteidigungsministerium.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Man bleibt stehen.)

Dort wird im Moment sehr viel Arbeit reingesteckt, um das hinzubekommen. Aber das ist eine Frage von wenigen Wochen oder Monaten, weil die Systeme laufen, die laufen auch anerkannt. Es ist jetzt nicht so, dass es fachlich noch Fragen gibt im Sinne von „Na, ob das alles funktioniert?“. Aber es wird ein Problem, das ist richtig. Wir müssen jetzt vordenken, um das möglichst kostengünstig für unser gesamtes Land hinzubekommen.

Und jetzt konkret zum Thema: Wir haben also eine Firma befragt, die sagt, wir brauchen, um die 1.000 Anlagen unter den Schirm zu bekommen, für das gesamte Land 70 solcher Systeme und das kostet exakt 32 Millionen Euro. Jetzt braucht man als Finanzministerin nicht sofort zusammenzuzucken und zu sagen, toll, jetzt haben sie wieder eine Idee, wie man das Geld zum Fenster rauschmeißen kann, sondern wir wollen wissen, wie wir das Ganze finanzieren können.

(Lorenz Caffier, CDU: Die Betreiber verdienen doch genug.)

Das bedeutet ...

Ja, Sie sagen gleich: „Die Betreiber verdienen genug.“ Das ist im Einzelfall auch so,

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

aber die Frage ist, wie können wir sie dazu bewegen, Geld abzugeben, was sie nicht abgeben müssen. Für Neuanlagen kriegen wir das hin, das können wir einfach gesetzlich vorschreiben. Für Altanlagen kann man nicht einfach sagen, so, jetzt machen wir mal.

Wir haben also eine Gesamtsumme von 32 Millionen, die müssen wir auf 1.000 aufteilen. Wir brauchen also pro Anlage etwa 32.000 Euro. Und jetzt die Idee: Wir schlagen vor, ein landeseinheitliches System aufzubauen, damit sehr schnell in Vorleistung zu gehen, das heißt, die 32 Millionen in die Hand zu nehmen und sie später zu

refinanzieren inklusive der Zinskosten. Das würde so laufen, dass wir sagen – wir machen das verpflichtend für Neuanlagen, solche Radarsysteme, solche bedarfsgerechte Befeuerung vorzuhalten –, entweder sie lösen es selber, aber das werden viele nicht bezahlen können, oder sie zahlen einen festen Betrag jenseits der 50.000 Euro pro Anlage in diesen Gesamtfonds.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir werden für die Altanlagen ein System entwickeln, wo wir sagen, wir vergeben eine Plakette für alle, die sich an diesem System beteiligen. Da gehe ich davon aus, dass wir uns mit den Branchenverbänden zusammensetzen, die für dieses System mitwerben müssen, die auch ein deutliches Interesse daran haben, denn sie müssen ein Interesse an der Akzeptanz für diese Technologie haben. Wir würden also relativ schnell mit dem System beginnen, würden uns sukzessive das Geld über Neuanlagen zurückholen, aber zum Teil auch von Altanlagen über das Thema „anwohnerfreundliche Windkraftanlage“.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir würden eine Plakette vergeben und uns so das Geld zusammenholen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Kostet zwar ein bisschen, aber das Licht ist aus.)

Ich weiß nicht, was Sie die ganze Zeit lachen. Ich mache es jetzt konkret: Es ist einfach so, dass Bürger in diesem Land, zum Beispiel auch „Freier Horizont“, das als Problem betrachten.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich mache hier einen konkreten Lösungsvorschlag und Sie nolen die ganze Zeit nur rum. Vielleicht haben Sie ja nachher irgendwas Konkretes. Ich vermute das nicht, wie in der Regel.

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also die Idee ist: 32 Millionen sind absolut bezahlbar. Wir müssen dafür durchaus in Vorleistung gehen. Wir können zum Teil auch – darüber haben wir uns öfter unterhalten – über die Gewerbesteuer der Nearshore- oder Offshore-windparks gehen,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

wo ich denke, dass Einvernehmen darüber besteht, dass die mit eingesetzt werden, um auf der anderen Seite – der Tourismus empfindet das durchaus als Nachteil, dass es diese Offshorewindparks geben soll – eine deutliche Entlastung herbeizuführen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wie gesagt, über die Gewerbesteuer können wir etwas in diesen Fonds mit einspeisen. Wir brauchen am Anfang die Summe, die dann sukzessive refinanziert wird.

Ich will auf ein paar Probleme eingehen, die wir nebenbei vielleicht auch noch lösen müssen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und das ist der Abschnitt III. Den können Sie jetzt gerne in der Luft zerreißen, weil wir da nicht am Ende sind, wie wir das darstellen. Ich muss Ihnen das dann leider im zweiten Redeteil genauer erklären. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist so, dass in Deutschland gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV) genau festgelegt ist, dass Windkraftanlagen bei 100 Metern Höhe als Luftfahrthindernis gekennzeichnet werden müssen. Das ist zwingend notwendig, um Sicherheit zu gewährleisten. Und das führt dazu, dass wir das dann auch sehen: tagsüber weiße Lichter, nachts rote Blinklichter, auch bezeichnet als Befeuerung. Wenn man nachts über die Autobahn fährt, muss ich sagen, ist das für mich kein Problem.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Man kann sich gut orientieren, man sieht ein bisschen was rot blinken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: „Ein bisschen was rot blinken“ – wo fährst du denn lang?!)

Ich sehe das als Autofahrer auf der Autobahn ziemlich locker.

(Zuruf aus dem Plenum: Das blinkt so schön.)

Ja, genau.

Aber die Menschen, die in unmittelbarer Nähe solcher befeuerten Windkraftparks leben müssen, haben natürlich vor allen Dingen nachts das große Ärgernis, dass dieses Blinklicht möglicherweise sogar zu Schlafstörungen führen kann. Es ist ein ernst zu nehmendes Argument der Windkraftgegner und eines der Hauptargumente der Windkraftgegner und es gilt meiner Meinung nach, dies auch wirklich ernst zu nehmen. Insofern sind wir aufgefordert, Wege und Möglichkeiten zur Verringerung oder Vermeidung von Belastungen durch die Befeuerung von Windkraftanlagen nicht nur zu diskutieren, sondern auch umzusetzen, um damit die Akzeptanz von Windkraftanlagen zu verbessern.

Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es seit Jahren Forschungen und verschiedene Studien zu diesem Thema und es gibt auch die entsprechenden Pilotvorhaben mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Befeuerung. Das Prinzip ist ganz einfach: Die Befeuerung wird erst dann aktiviert, wenn sich das Luftfahrzeug dem Hindernis in einer bestimmten Nähe, in der Regel drei bis vier Kilometer, nähert. Dann gehen automatisch die Blinklichter an. Berech-

nungen haben ergeben, dass man mit einer bedarfsgerechten Befeuerung – darum geht es hier im Prinzip – den Bedarf der Befeuerung auf circa fünf Prozent reduzieren kann, das heißt, zwischen 90 und 95 Prozent könnte man praktisch die Befeuerung vermeiden.

Mein Kollege Johann-Georg hat klargemacht, dass es unterschiedliche Systeme gibt. Das ist bei technischen Lösungen ja auch völlig normal. Die Systeme, die es gibt, sind aber recht überschaubar, denn es sind im Wesentlichen Radarsysteme. Zum einen ist es das sogenannte Passivradar, entwickelt vom Windparkdienstleister Dirkshof. Dazu gibt es die erste Pilotanlage im Windpark Reußenköge in Schleswig-Holstein, und die funktioniert auch. Das zweite Radarsystem ist das sogenannte Aktivradar, das im Gegensatz zum Passivradar technisch so gelöst wird, dass die Windkraftanlage selbst aktiv Radarwellen aussendet, auch bezeichnet als sogenanntes Primärradar. Dieses System hat ENERTRAG entwickelt. Da gibt es eine Prototypanlage, die auch funktioniert, und zwar in Langenhorn, ebenfalls in Schleswig-Holstein.

Beide Systeme, das stimmt, haben noch nicht die offizielle Zulassung. Aber wir gehen davon aus – da teile ich die Einschätzung von Herrn Jaeger –, dass diese Zulassung in den nächsten Monaten zu erwarten ist. Wichtig ist an der Stelle: Wenn die Zulassung des Systems an sich erfolgt, muss aber unabhängig davon jede einzelne Anlage eine Einzelgenehmigung beantragen. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der hier zu beachten ist.

Es gibt noch ein drittes System, auch ein Radarsystem, das eigentlich die günstigste und billigste Lösung ist. Aber was billig ist, ist oftmals nicht so gut. Das ist die sogenannte Transpondertechnik, entwickelt von ENERCON. Da hat das Flugzeug selbst den Transponder, und von dort aus wird praktisch diese aktive Befeuerung ausgelöst. Dieses System ist nicht sicher, hat große Sicherheitslücken und hat insofern momentan keine Chance zur Genehmigung. Das muss man im Auge haben. Das ist vielleicht zukünftig noch mal ein Thema, jedenfalls nicht aktuell. Ich will damit sagen, dass die Forschung und Technologieentwicklung hier noch nicht am Ende sind.

Meine Damen und Herren, wie ist die Rechtsgrundlage? Auch hier hat mein Vorredner darauf hingewiesen, dass wir inzwischen eine Novelle der Bundesregierung zur AVV beschlossen haben. Das ist schon ein ganz wichtiger Schritt. Ich gehe auch davon aus, dass am 10. Juli der Bundesrat, nach meinen Informationen, dem nicht entgegenstehen wird, dass wir also wirklich in wenigen Tagen durch die Novelle der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen die Rechtsgrundlage haben, damit zukünftig eine bedarfsgerechte Befeuerung ermöglicht wird, das heißt die Warnlichter auch wirklich nur bedarfsgerecht eingesetzt werden.

Diese Rechtsgrundlage ist sehr wichtig, weil ich glaube – Lorenz, du hast dich ja gut platziert hier bei den GRÜNEN, das finde ich ganz interessant – ...

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ganz okay. Ich muss immer sehen, wo du bist.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ja, das sieht gut aus.

Lorenz, ich gehe mal davon aus, dass es, wenn im Bundesrat dann endgültig die Novelle beschlossen sein wird, vielleicht auch zu einer, ich sage jetzt mal, gewissen Beschleunigung der zu erwartenden Endgenehmigung für die Zulassungen kommen wird. Denn ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass die entsprechenden Rechtsgrundlagen vorhanden sein müssen, bevor diese Zulassung erteilt wird. Und die sind in Kürze vorhanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bleibt, ist das Kostenproblem. Wenn ich davon ausgehe, dass die Rechtsgrundlagen und die technischen Grundlagen gegeben sind, komme ich zu den Kosten. In der Tat sind die Anlagen, die wir momentan auf dem Markt haben, teuer. Das ist natürlich noch keine Massenproduktion, es fehlt ein richtiger Wettbewerb. Es ist auch nicht ganz klar, welche Systeme sich letztendlich durchsetzen werden. Wir sind quasi noch ein Stück weit in der Pilotphase. Aber auch ich habe mich natürlich erkundigt, Johann-Georg, was das möglicherweise kostet. Die Aussagen von einem Windparkentwickler: Ein Windpark mit 19 Anlagen kostet zwischen 500.000 und 750.000 je nach System, „airspeX“, das System der Aktivbefeuerung von ENERTRAG, ist deutlich teurer als Passivradar. Aber das heißt nicht unbedingt, dass das, was kostengünstiger ist, auch besser ist.

Insofern ist die Frage, welches der beiden Systeme nicht nur kostengünstiger, sondern auch besser ist, aus meiner Sicht noch eine offene Frage. Aber jeder Windparkbetreiber kann für sich entscheiden, welchen Weg er letztendlich geht. Es gibt viele Windparkbetreiber, die sich für das Aktivradar entscheiden, andere entscheiden sich für das Passivradar. Das zeigt auch, dass es in der Branche selbst logischerweise keine Vorfestlegungen gibt.

Zu dem Problem der Finanzierung gibt es aus meiner Sicht, aus Sicht der SPD-Fraktion, grundsätzlich ein anderes Verständnis als beim Kollegen Johann-Georg Jaeger und bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass diese Systeme als Bestandteil der Windparks direkt finanziert werden von den privaten Windparkentwicklern und auch refinanziert werden über die Erlöse der Windparks. Das kann zugegebenermaßen im Einzelfall bei kleinen Anlagen, bei kleinen Windparks auch zu wirtschaftlichen Problemen führen, bei größeren eher weniger. Darauf hast du hingewiesen. Aber grundsätzlich gehen wir davon aus, dass diese technischen Aktivbefeuerungssysteme Bestandteil des Bauwerks sind, in dem Falle des Windparks, und dementsprechend auch in der Kostenbetrachtung und Refinanzierung einzuordnen sind. Ich komme darauf noch zurück. Diese Frage ist sehr wichtig, weil sich, glaube ich, hier scheinbar ein großer Widerspruch zwischen uns beiden abzeichnet.

Das ist direkt die Überleitung zu der Frage, wie sich die SPD-Fraktion zum Antrag verhalten wird. Ich habe es eben schon angedeutet, die SPD-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen. Sie wird auch einer Überweisung nicht zustimmen. Ich will das im Folgenden begründen, es sind im Wesentlichen vier Gründe.

Zum einen gibt es zum jetzigen Zeitpunkt dermaßen viele offene Fragen bei der aktiven Befeuerung. Die Verfahren

selbst sind noch in der Erprobungsphase, wir haben noch keine offizielle Zulassung. Technologiekostenvergleiche sind zurzeit seriös nicht möglich. Die Rechtsgrundlage ist zwar jetzt da, am 10. Juli, aber ich gehe mal davon aus, dass natürlich dementsprechend auch noch Verwaltungsvorschriften und Umsetzungsvorschriften folgen werden, sodass wir momentan mit dem Zwischenstand noch weitaus mehr offene Fragen zum Rechtsrahmen haben, als wir vielleicht glauben.

Zweites Argument oder besser Gegenargument: Der Antrag fordert ja eine landesweite Planung, eine Koordination, ein landesweites aktives Befeuerungssystem. Ich halte das aus jetziger Sicht für unrealistisch, so wünschenswert es wäre, nicht nur wegen der Finanzen, weil – ich habe es schon gesagt – es logischerweise zukünftig so sein wird, dass jede Anlage eine Einzelgenehmigung beantragen muss. Und ich kann mir nicht vorstellen, bei zukünftig – hoffe ich, zumindest wir beide –, ich sage mal, wir haben jetzt knapp 2.000 Anlagen, vielleicht 3.000 oder 3.500 Anlagen in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir praktisch mit einem landesweiten System diese komplizierte Materie der Einzelgenehmigung von jeder einzelnen aktiven Befeuerungsanlage in einem System zusammenbringen können. Aber das ist eine Fachdiskussion, da gebe ich dir recht, die sollten wir eher im Ausschuss führen. Und für finanzierbar halte ich es momentan sowieso nicht.

Drittens. Es wird gefordert, die Verpflichtung der aktiven Befeuerungsanlagen den Windparkentwicklern praktisch, ich sage jetzt mal, in den Vertrag zu drücken und sie dazu zu zwingen, wohlgemerkt – das habt ihr nicht beantragt – nicht bezogen auf Altanlagen. Ich glaube, das ist auch jedem klar, das wird so nicht funktionieren. Das sind rechtsgültige Baugenehmigungen, da kann man nicht im Nachhinein Leistungen gesetzlich verlangen, zumal sie natürlich entsprechend finanziert werden müssen. Und Verpflichtungen für Altanlagen – ich glaube, da sind wir uns einig – kann es in der Form nicht geben.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber wie wollt ihr das beeinflussen?)

Eine Verpflichtung für Neuanlagen wird in einigen Ländern geprüft. Das ist eine andere Situation. Da ist die Genehmigung noch nicht erteilt, wobei noch offen ist, ob das wirklich rechtlich möglich ist, über die BImSch-Genehmigung letztendlich die Verpflichtung für die aktive Befeuerung festzulegen.

Worauf wir setzen – das beweist die Praxis, aber ich stecke nicht so in der Szene drin wie es bei dir der Fall ist –: Ich habe auch ein paar Gespräche geführt, und meine Gesprächspartner haben gesagt, es ist für sie klar, sie machen das, sie machen es freiwillig. Auch so etwas soll es noch geben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Warum machen sie es freiwillig? Weil sie erkannt haben, ohne das wird es zukünftig noch größere Akzeptanzprobleme geben. Insofern gibt es nach meiner Kenntnis erfreulicherweise ein Umdenken. Es gibt Windparkentwickler, das ist mir bekannt, die haben von sich aus, freiwillig, in ihren Vertrag mit der Kommune reingeschrieben, sie verpflichten sich, wenn der Windpark kommt, für die aktive Befeuerung.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber es gibt keinen
Einigen, der es gemacht hat.)

Ich spreche von Neuanlagen, die jetzt in der Entwicklung sind und die jetzt anstehen, nichts weiter. Und warum soll ich jemanden für die Zukunft verpflichten für Neuanlagen, wenn er jetzt schon freiwillig, von sich aus, mit Unterschrift und Notar und so weiter sagt, jawohl, er wird es machen. Ich bin auch der Meinung, dass wir dieses Thema viel stärker in den Mittelpunkt rücken sollten, um hier praktisch zu einer Art Selbstverpflichtung zu kommen, aber entscheiden muss es letztendlich jeder für sich selbst.

Ich komme jetzt zum letzten Ablehnungsgrund, der ist mir eigentlich am wichtigsten. Im Antrag werden Förderprogramme gefordert, nicht nur für ein landesweites System – dazu habe ich mich schon geäußert –, sondern auch für die Nachrüstung bestehender Anlagen. So habe ich zumindest den Antrag verstanden. Zum einen sind nach meinem Kenntnisstand die Finanzen dafür nicht vorhanden. Ich kenne momentan kein Programm des Landes, das diese Spezialförderung vom Volumen her abbilden könnte. Aber da kann der Einwand kommen, na ja, wir machen Haushaltsberatungen und dann könnte man das irgendwie schaffen. Aber es gibt sehr ernsthafte Bedenken, dass so etwas überhaupt beihilferechtlich zulässig wäre. Man sollte die Bedenken sehr ernst nehmen, weil in dem Falle wirklich der Grundsatz gilt, dass es ein kommerzielles Unternehmen ist. Und insofern wäre natürlich eine EFRE-Förderung auch – ob nun für Alt- oder Neuanlagen – außerordentlich problematisch. Ich sage nicht Ja oder Nein, ich sage: problematisch! Es muss zumindest geprüft werden.

An der Stelle sei eine Wiederholung gestattet: Ich gehe momentan davon aus, dass grundsätzlich jeder Windparkbetreiber seine eigene Finanzierung vom Grunde her realisieren kann. Was machen wir als Land? Nicht, dass der Eindruck entsteht, das wäre uns irgendwie egal. Ich glaube, die Rede hat deutlich gemacht, das Thema ist sehr wichtig. Auch wir als SPD wollen natürlich möglichst schnell möglichst viel aktive Befeuerung.

Wir helfen ganz konkret, indem wir zum Beispiel beim Vorhaben von ENERTRAG, über ein Zielabweichungsverfahren in Lübs im Landkreis Vorpommern-Greifswald schnellstmöglich zu einer weiteren Pilotanlage zu kommen, zu einem Windpark von elf Anlagen, wo genau in dieser Größenordnung das System „airspeX“, nämlich Primärradar, noch mal unter wirtschaftlichen, aber auch unter Sicherheitsaspekten getestet werden soll, unterstützen. Ich hoffe sehr, dass wir als Land, zumindest in der Endphase, wenn alles andere, ich sage jetzt mal, genehmigungsfähig ist, in der Endgenehmigung dieses ZAV genehmigen können. Dann wird ENERTRAG anschließend in das ordentliche Genehmigungsverfahren einsteigen. In dem Falle ist es besonders wichtig, dieses Vorhaben über das ZAV zu beschleunigen und aus der normalen Teilfortschreibung, die ja schon relativ weit ist, ein Stück vorzusehen. Ich finde, das ist ein ganz konkreter Beitrag für eine weitere Entwicklung der aktiven Befeuerung in Mecklenburg-Vorpommern.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, sei mir als Ausschussvorsitzendem gestattet, darauf hinzuweisen, dass wir bereits am 3. Dezember 2014 in der 66. Sitzung sehr ausführlich das Thema im Beisein von Herrn Herholz von ENERTRAG beraten hatten. Wir werden – das ist üblich

und überhaupt keine Besonderheit – natürlich unabhängig von der Ablehnung, die ich heute begründet habe, auch der Überweisung nicht zustimmen und uns selbstverständlich im Ausschuss darauf verständigen können, dass wir im Laufe dieser Legislaturperiode dann einvernehmlich oder auf Wunsch einer Fraktion das Thema noch mal auf die Tagesordnung setzen. Der Kollege Johann-Georg Jaeger hat ja einführend zu seinem Antrag schon deutlich gesagt, es ist zum Teil ein sehr spezifisches Thema, das müssen wir natürlich im Ausschuss vertiefend diskutieren.

Unabhängig davon fand ich es heute sehr wichtig und sehr richtig. Insofern bedanke ich mich auch noch mal beim Antragsteller. Das Thema „aktive Befeuerung“ ist ein zentrales Thema der Akzeptanz. Daher war es richtig und wichtig, dass wir es heute beraten haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist schon wichtig, dass wir, bevor sozusagen schon Fakten auf dem Tisch liegen, darüber diskutieren. Deshalb finde ich es auch völlig in Ordnung, dass wir einen solchen Antrag auf der Tagesordnung haben, bevor dieses Thema anerkannt ist und sozusagen die Genehmigung vorliegt. Eine weitere Vorbemerkung sei mir gestattet: Das Sicherste wäre wahrscheinlich ein Nachtflugverbot über Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dann brauchen wir auch keine Befeuerung mehr.

(Zuruf aus dem Plenum:
Rettungshubschrauber!)

Ja, ja gut, Rettungshubschrauber, das ist schon klar.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war auch mehr eine ketzerische Bemerkung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Gut. Also bitte, meine Herren! Wie gesagt, es war doch mehr eine ketzerische Bemerkung und nicht hundertprozentig ernst gemeint.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber die hat gewirkt.)

Ja, genau.

Es gibt sehr, sehr viele Fragen, Befürchtungen, Vorbehalte und Ablehnungsgründe für den weiteren Ausbau der Windenergie in unserem Land. Die meisten davon kann man sachlich entkräften und viele Probleme sind technisch lösbar. Dazu gehört auch die Abstellung der ununterbrochenen Befeuerung der Windenergieanlagen in der Nacht. Aus meiner Sicht ist es nicht das drängendste Problem, aber es ist ein wichtiges Problem.

Zu mir hat mal jemand ganz sarkastisch gesagt, man könne viel Geld sparen, wenn man im Haus auf das

Lichtanschlüssen verzichte, es sei hell genug durch die blinkenden Windenergieanlagen. Ich denke, solchen Sarkasmus können wir uns sparen. Alle Probleme zur bedarfsgerechten Befeuerung hinsichtlich der technischen Umsetzbarkeit, der Störwirkung und der Akzeptanz vor Ort sind hinreichend bekannt und heute reden wir ja wieder darüber.

Auch meine Fraktion fordert beziehungsweise unterstützt die Forderung, dass neu errichtete Windkraftanlagen immer mit den jeweils neuesten technischen Lösungen ausgestattet werden müssen, natürlich auch, was die Befeuerung betrifft. Dementsprechend können wir den Punkten I und III Ihres Antrages und den Forderungen nach einer verpflichtenden Auflage zur bedarfsgerechten Befeuerung bei Neuanlagen bedenkenlos zustimmen. Auch die Ausführungen zur Herstellung von Synergieeffekten durch Abstimmungen zwischen den Betreibern, gerade von kleineren Windparks, sind auf jeden Fall zu unterstützen.

Allerdings ist meine Frage nicht so richtig kleiner geworden nach Ihrer Einbringungsrede, Herr Kollege Jaeger, ob wir dafür eine zentrale Landesbehörde brauchen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nicht Behörde.)

So richtig überzeugt hat mich das nicht. Das ganze System scheint mir sehr teuer und sehr aufwendig zu sein. Nichtsdestotrotz sind das Vorschläge, über die man diskutieren muss.

Ich habe mich in Vorbereitung darauf auch gefragt, ob es nicht genügt, wenn die Anlagenbauer sowie die Betreiber der Windparks verpflichtet werden, die dafür notwendigen Anforderungen zu erfüllen und die Befeuerung bei der Steuerung des Windparks mit gesteuert wird. Natürlich kostet auch das Geld. Hier könnte ich mir schon ein Anreizprogramm vorstellen. Aber, Sie haben es selber gesagt, das Hauptproblem sind die Altanlagen.

Wir müssen uns der Frage stellen, wie die Anlagenbetreiber davon überzeugt werden können, ohne gesetzliche Vorschrift nochmals in die Aufrüstung zu investieren.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Auflagen erteilen.)

Fakt ist, dass die Anlagen stehen und im Nachhinein, Sie haben es selber gesagt, Herr Kollege Jaeger, lassen sich schlecht neue Bedingungen für die Betreibung vorschreiben. 32 Millionen Euro als Vorleistungen vom Land in die Hand zu nehmen, auch darüber muss man, glaube ich, noch mal reden. Allein diesen Zwang als Standard im Genehmigungsverfahren bei Neuanlagen zu fordern, ist nach meiner Auffassung ohne bundeseinheitliche Regelung schon schwierig genug.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt ein Förderprogramm vor. Das wäre eine Möglichkeit, um einen Anreiz zu geben. Auch darüber muss man reden

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Tja.)

und auch darüber, ob es mit den Beihilfe-Regelungen übereingebracht werden kann. Aber reden sollten wir auf jeden Fall darüber. Wir nehmen jedenfalls nicht die Haltung der CDU ein, die an dieser Stelle ausschließlich der

Wirtschaft die Verantwortung überlässt. Das ist naiv, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU.

(Torsten Renz, CDU: Na, na, na, na!)

Sie spielen sich doch sonst immer als die großen Wirtschaftsverstehere auf, glauben an dieser Stelle aber, dass ein Unternehmen, ohne überhaupt einen Antrieb zu haben, aus dessen Sicht unnötige Investitionen tätigt. Bisher brauchten sie es ja nicht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Was heißt hier „unnötig“?)

Aus ihrer Sicht unnötige, denn bisher sind sie dazu nicht verpflichtet.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Gut,
dass Sie unsere Sicht kennen.)

In anderen Branchen sind Sie deutlich freigiebiger, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion.

Denn trotz des technischen Fortschritts geht es bei der Nachrüstung nicht um Summen, die man einfach vernachlässigen kann. Auch im Hinblick auf die Kostensenkung wären bundeseinheitliche Standards nicht nur zu begrüßen, sondern aus meiner Sicht erforderlich.

Allerdings habe ich auch Zweifel, dass ein Förderprogramm wirklich den entscheidenden Impuls geben wird. Der Fördersatz müsste schon beträchtlich sein, damit sich tatsächlich eine Anreizwirkung entwickelt. Ich kann zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen, wie viel Geld – Sie haben gesagt, 32 Millionen – zusammenkommt. Ob es damit getan wäre, ist heute schlecht abzuschätzen, weil es ja nicht bei den 2.000 Anlagen bleibt. Und die Flugsicherheit muss natürlich zu einhundert Prozent gewährleistet sein, wenn wir nicht doch dahin kommen, ein Nachtflugverbot über Mecklenburg-Vorpommern auszurufen.

Bei dem Ziel sind wir uns auf jeden Fall einig, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nur bin ich, ehrlich gesagt, nicht sicher, ob der vorgeschlagene Weg tatsächlich der richtige ist. Deshalb würde ich es sehr unterstützen, wenn der Antrag in den Energieausschuss überwiesen wird und wir uns dort intensiver damit auseinandersetzen könnten. Dort hätten wir sowohl die Möglichkeit, mit dem Branchenverband über die Vorschläge zu diskutieren, als auch mit der Landesregierung mal durchzurechnen, wie hoch der Mitteleinsatz tatsächlich wäre.

Wir haben gehört, dass die Koalition die Überweisung nicht befürwortet. Wenn wir dann hier abstimmen, beantrage ich die Einzelabstimmung der Ziffern I, II und III. Innerhalb der Ziffer II bitte ich um die Einzelabstimmung der Nummern 1 und 2. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat jetzt der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte Verwunderung ausgelöst bei Frau Dr. Schwenke, dass

ich später spreche. Ich bin einem Ansinnen des Abgeordneten Borchert gern entgegengekommen, der einen wichtigen Arzttermin hat und wegen einer verzögerten Debatte darum bat, ob es möglich wäre zu tauschen. Da mussten wir so lange hin- und hertauschen, bis es wieder in die Arithmetik passt, daher also der jetzige Einsatz.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, ist okay.)

Die Befeuerung von Windenergieanlagen ist – das ist unstreitig, wenn wir Diskussionen führen, die Akzeptanzfragen betreffen – in der Tat, glaube ich, eines der schwierigsten Themen bei der Umsetzung der Energiewende. Frau Dr. Schwenke hatte eben Sorgen, ob es das zentrale Thema sei. Da bin ich mir auch nicht sicher.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich auch nie behauptet.)

Ich glaube, dass Akzeptanz aus vielen Bausteinen besteht und dass das einer ist, der mir selbst bei Leuten, die entspannt mit dem Thema umgehen, immer wieder als wesentlicher Punkt begegnet.

Die Markierung allerdings, und da kommen wir auch nicht drum herum, ist gesetzlich vorgeschrieben, und zwar außerhalb landesrechtlicher Einflussnahmemöglichkeiten. Bei allem Respekt für die Frage, wie viele fliegen eigentlich – die Frage stelle ich mir zuweilen auch –, ist sie sicherlich trotzdem nötig, da wir in der Tat weniger als großes Luftverkehrsland in Schwierigkeiten geraten. Deshalb wäre ja die bedarfsgerechte Befeuerung umso naheliegender, weil es wahrscheinlich selten zu eingeschalteten Beleuchtungen führen würde. Wir haben aber für Rettungshubschrauber und für einige ganz wenige andere Einsatzformen die Situation.

Im Grunde sind Windparks im Übrigen von der Höhe normalerweise mit der Flughöhe eines privaten Urlaubsfliegers nicht zu vergleichen. Sie hatten ja vorhin eine Reise in so einer kleinen Cessna angesprochen. Die dürfen in den Höhen und in den Gebieten gar nicht fliegen, da gibt es entsprechende Flugverbotsbereiche. Das ist aber bei Rettungshubschraubern und Polizeieinsätzen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

vielleicht auch beim Bundesgrenzschutz, zuweilen anders, weil die ja gerade an Stellen sollen, wo möglicherweise der übliche Luftverkehrskorridor nicht verläuft.

Für viele Menschen, das wissen wir, in der Nachbarschaft der Windparks, auch das ist angekommen, sind die rot blinkenden Leuchten durchaus ein echtes Ärgernis. Und ich betone noch mal: Auch Personen, die sich im Zweifel wohlwollender mit dem Windpark in der Nachbarschaft auseinandersetzen, haben an der Stelle regelmäßig einen Kritikpunkt, den sie deutlich anbringen. Wir liegen in der Einschätzung dicht beieinander, dass diese Frage für die Akzeptanz der Bevölkerung erheblich ist. Ich glaube auch, dass wir in der Tat einen wichtigen kleineren Akzeptanz bildenden Punkt ansprechen können. Wir brauchen dabei aber Lösungen, die Notwendigkeit und die Beeinträchtigungen in Einklang zu bringen. Das ist die Herausforderung, das eine mit dem anderen zu verbinden.

Und dass wir die Notwendigkeit sehen, haben wir als Landesregierung im Übrigen versucht, gemeinsam mit dem Landesplanungsbeirat abzubilden. Sie werden im Landesraumentwicklungsprogramm im Programmsatz 15 im Kapitel 5.3, des neuen Entwurfes wohlgeordnet, also das, was künftig gelten soll, folgenden Hinweis finden. Ich zitiere mit der erhofften Erlaubnis der Präsidentin: „Für die Befeuerung von Windenergieanlagen sollen die Möglichkeiten der Abschirmung nach unten, der Sichtweitenreduzierung und der bedarfsgerechten Befeuerung genutzt werden. Tagesbefeuerung soll nicht verwendet werden.“ So weit zum Programmsatz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz so einfach ist es allerdings in der konkreten Umsetzung leider nicht, sowohl so einfach, wie der Antrag es sich erhofft, als auch, wie es zunächst in diesem Programmsatz des LEP-Entwurfes klingt. Und ich behaupte, dass wir das ein bisschen einschätzen können im Energieministerium, weil die Kolleginnen und Kollegen an dem Thema schon sehr lange dran sind. Ich habe mich auch früh bemüht, mit denen, die dort forschen und entwickeln, Kontakt zu bekommen, weil mir bewusst gewesen ist, dass das Thema eine Riesenrolle spielt und es ein Stück weit auf die technischen Innovationen ankommt, die wir erst mal brauchen, damit so was verlässlich und rechtlich sicher umsetzbar ist.

Eine weitere klare gemeinsame Feststellung gehört nach meiner Überzeugung ebenfalls an den Anfang einer solchen Diskussion, jetzt vielleicht eher in die Mitte einer solchen Diskussion: Es bestehen zum jetzigen Zeitpunkt – das ist mehrfach angesprochen – noch keine ausreichenden Voraussetzungen, um die Inhalte Ihres Vorschlages tatsächlich kurzfristig sach- und fachgerecht umzusetzen.

Wie Sie zutreffend angeführt haben und im Beschlussvorschlag ansprechen, befindet sich diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV) noch in der Abstimmungsphase. Das war sie schon, als ich Minister wurde, und das ist sie auch aktuell noch. Das hat auch etwas damit zu tun, dass neben dem Bund einige dort gesondert angesiedelte Behörden und im Übrigen auch 16 Bundesländer jeweils eingebunden werden. Hier geht es also um Ergebnisse – noch nicht abschließend verändert. Nach der bisher geltenden AVV ist das eben nicht ganz so einfach, sondern der neue Entwurf sieht Erleichterungen und Ermöglichkeiten vor.

Die im Entwurf vorgesehenen Änderungen zur Zulassung von solchen bedarfsgerechten Befeuerungen und zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen sind, da sind wir als Land auch immer ganz deutlich vorgeprescht, absolut begrüßenswert. Wir haben das in den entsprechenden Bund-Länder-Abstimmungen ganz früh und ausdrücklich begrüßt und gesagt: Nur los! Ich teile auch die im Beschlussvorschlag vorgesehene Absicht einer schnellen Umsetzung in M-V, insbesondere, da bin ich dicht bei Ihnen, für künftige Anlagen.

Bei allem Verständnis für den Wunsch nach schnellen Lösungen, den ich teile: Technische Lösungen sind zwar entwickelt, aber noch nicht abschließend erprobt. Auch darauf haben Sie hingewiesen, es gibt zwei ernsthaft in der Erprobung befindliche Systeme, aber eben in der Erprobung befindlich und nicht abschließend zugelassen. Keines der beiden ist dauerhaft erprobt, keines hat eine unbefristete, dauerhafte Zulassung. Für eines kenne ich eine vorläufige Zulassung, die aber wiederum weitere

Implikationen nach sich zieht. Und für jemanden, der in etwas investiert, was nur vorläufig zugelassen ist, läuft eben auch das Risiko, dass, wenn die vorläufige Zulassung entfällt, ich das Ding da oben habe und trotzdem umstellen muss, obwohl ich die Investition getätigt habe.

ENERTRAG ist derjenige, von dem ich die vorläufige Zulassung kenne. Der erprobt in Schleswig-Holstein auf einem Windfeld in einem Feldversuch seine neu entwickelte Technik. Die Firma hat im Übrigen vor, bei uns im Land in Vorpommern ein weiteres Pilotvorhaben zur Erprobung der neuen Technologie aufzugreifen, hat da etwas im Blick und wird daran arbeiten. Das zeigt aber auch, das Unternehmen selbst ist immer noch in einer Erprobungs- und Fortentwicklungssituation.

Wenn dieser zweite Testballon bei uns im Land gestartet wird, wird es dadurch auch möglich werden, Technologievergleiche einschließlich Kostengegenüberstellungen vorzunehmen. Daraus werden wir wiederum für die landesweite Ausrollmöglichkeit wichtige Ableitungen treffen können – eine bedeutsame Frage. Deswegen ist ENERTRAG insbesondere in Vorpommern an einem geplanten Vorhaben in einem speziellen Bereich interessiert. Die Abstimmungen, zum Beispiel mit herannahenden Eisenbahnen, scheinen immer noch, aus deren Sicht zumindest, testbedürftig und in der Feinjustierung der Technik auf jeden Fall optimierungsfähig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als weiteren wichtigen Punkt bitte ich bei dieser Diskussion zu beachten, dass mit dem Inkrafttreten der neuen AVV, wenn sie irgendwann endabgestimmt ist, und mit der damit einhergehenden grundsätzlichen Möglichkeit des Einsatzes von solchen bedarfsgesteuerten Befeuerungssystemen an Windenergieanlagen weiterhin – das hat der Abgeordnete Borchert auch schon deutlich angesprochen – für jeden Einzelfall des Einsatzes dieser Technik eine Überprüfung und insbesondere eine Zulassung durch die Deutsche Flugsicherung erforderlich ist, ob die bedarfsgesteuerte Befeuerung an diesem betreffenden Standort, für die sie vorgesehen ist, eingesetzt werden kann. Das ist Inhalt der momentan als Entwurf in der Abstimmung befindlichen AVV. Wenn die Abstimmung irgendwann abgeschlossen ist, wird das Gegenstand sein.

Die bedarfsgesteuerte Befeuerung wird daher nach unserer Einschätzung nur schwerlich projektübergreifend oder gar raum- und landübergreifend eingesetzt werden können, denn das Erfordernis der Einzelfallprüfung macht pauschale Festlegungen für alle eher schwer, sodass so ein Gesamtkonzept,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das war eigentlich die Idee.)

wir machen es für alle, nicht ganz einfach ist. In der Nähe von Flugplätzen, von verschiedenen Kontrollzonen und Verkehrsflughäfen – der Innenminister sprach mich eben an und stellte im Übrigen die Frage, wie das mit unseren digitalen Funksystemen vereinbar ist – wird eine Vielzahl von Einzelfallabwägungen immer wieder erforderlich sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die NSA müssen wir auch noch fragen. –
Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Die haben wir bisher nicht im Blick. Aber ich rege gerne an, auch die AVV-Abstimmung ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die haben uns im Blick, Herr Minister. Die haben uns im Blick.)

Die wissen auch schon, was in der AVV drinsteht, da haben Sie recht.

Eine Reduktion der Nennlichtstromstärke der Nachtkennzeichnung – ebenfalls ein Punkt, den Sie ansprechen – durch den Einsatz von Sichtweitenmessgeräten beim Betrieb von bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnungen auf dem Festland ist auch nach der künftigen Fassung der AVV voraussichtlich unzulässig.

Zudem regen Sie landesweite Schaltsysteme und weitere landesweite Punkte an. Nach Einschätzung der Systeme, die ich bisher kenne – das sind die, die auf herannahende Flugzeuge reagieren und sich einschalten –, werden die vollautomatisiert funktionieren. Wenn ich dann noch ein landesweites Schaltsystem und eine zentrale Steuerung verwende, müssen wir aufpassen, ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nein, das ist nicht die Idee,
kein landesweites Schaltsystem.)

Okay.

... dass wir nicht in sehr kostenträchtige und hochkomplexe Systeme kommen, die wir irgendwann gar nicht mehr beherrscht und umgesetzt kriegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie schlagen weiterhin eine Verpflichtung zur Umstellung von Befeuchtungsanlagen für alte Systeme vor. Wir sind uns einig, nachträgliche Eingriffe in bestehende Genehmigungsanlagen werden schwierig. Wir sind also auf das Freiwilligkeitsprinzip angewiesen.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Ich erinnere mich, wie wir bei dem Freiwilligkeitsprinzip bei Anlagen oder Parks diskutieren, die momentan in den jeweiligen Kommunen leider nicht die Wertschöpfung generieren, die sich die Kommunen berechtigterweise wünschen. Deshalb bin ich vorsichtig optimistisch, dass wir bei so einem Prinzip, wo es immerhin auch um viele Tausend Euro pro Park ginge, die Mehrheit mitgenommen bekommen.

Ich finde es nicht ganz einfach, mir vorzustellen, wie ich in allgemeinen Diskussionen erkläre, dass wir denen, die schon existieren, noch mal 32 Millionen Euro gegeben haben. Auch wenn der Effekt sinnvoll ist, fürchte ich, dass die öffentliche Diskussion an der Stelle nicht ganz einfach umsetzbar wäre. Losgelöst davon bräuchten wir für jeden dieser alten Parks ebenfalls eine entsprechende Genehmigung und müssten jeweils eine Einzelfallprüfung durchführen.

Wir werden, wenn wir eine verpflichtende Regelung für künftige Anlagen vorsehen – jetzt will ich mal auf die gucken, da finde ich das, was der Landesgesetzgeber vielleicht am einfachsten für sich in den Blick nehmen kann –, gleichwohl über Übergangsfristen und über die Frage diskutieren müssen, wie wir mit denen umgehen, die schon projektiert und möglicherweise finanziert haben oder sogar eine Genehmigung haben. In welchem Stadium wollen wir jemanden erfassen und wer darf über-

rascht werden? Und wer ist so weit vom Projektziel entfernt, dass man ihm noch zumuten kann, umzuplanen und im Zweifel umzufinanzieren?

Zum dritten Punkt Ihres Antrages: Sie haben vorhin gesagt, Sie wollen gleich noch darauf zurückkommen, deswegen kann ich sozusagen jetzt nur im Vorgriff darauf schauen, es ist Punkt III, den Sie ansprechen. Die Tageskennzeichnung ausschließlich durch farbliche Flügelkennzeichnung – das ist ein Stück weit die Idee – zuzulassen, muss sich wiederum an der jetzt schon mehrfach zitierten AVV, der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift, messen lassen. Und eben diese AVV sieht sowohl in der aktuell gültigen Fassung als auch in der neuen geplanten Fassung, so wie sie zurzeit im Entwurf vorliegt, vor, dass Tagesfeuer – zu gut Deutsch: weiß blinkendes Blitzlicht an den Anlagen anstatt rot-weißer Markierung an den Flügeln – abhängig von der jeweils konkret vor Ort herrschenden Hindernissituation als Tagesmarkierung genehmigt werden kann, aber eben wieder im Einzelfall genehmigt werden muss, alles Einzelfallentscheidungen.

Nach der AVV ist die Markierung mit Tagesfeuern keine reguläre, aber eben auch keine alternative Möglichkeit. Tagesfeuer einzusetzen, ist von der Hindernissituation abhängig und wird von der Deutschen Flugsicherung in jedem einzelnen Fall gesondert beurteilt. Auch das entscheidet also, so frustrierend das sein muss, andere.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist schwer vereinbar, dass wir landesweit regeln, dass eben nur diese Farbmarkierung Vorrang haben soll oder einzusetzen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag macht auch noch einen Vorschlag zur Förderung der Nachrüstung. Ich habe eben schon Bezug darauf genommen. Ich gucke jetzt gar nicht mal auf die Akzeptanz der Menschen. Da mag man sagen, dann gehen wir mit guten Argumenten auf die Leute zu und erklären ihnen, dass wir ihnen damit auch Gutes tun, wenn die Lichter von bestehenden Parks abgeschaltet werden. Wir sind damit aber im schwersten Beihilfebereich. Wir greifen hier in wettbewerbliche Situationen ein. Wir fördern Unternehmen, die sich im Wettbewerb befinden. Und da ist die Europäische Union momentan sehr sensibel, weil sie den Eindruck hat, dass wir über das EEG durchaus schon manch Gutes tun an der Stelle, und jede Förderung, die obendrauf kommt, bereitet der Kommission erhebliche Bauchschmerzen. Wir würden vermutlich in ein Notifizierungsverfahren eintreten müssen.

Zu guter Letzt müssen wir das Geld auch noch irgendwo herholen. Da wäre der erste Ruf immer, EFRE-Mittel einzusetzen. Das würde uns die EU vermutlich verstellen, weil sie gerade an der Stelle hochsensibel ist und sagt, ihr gebt mit dem EEG Geld rein, dann bitte nicht auch noch mit unserem Geld fördern – losgelöst von der Frage, ob sie uns die Beihilfe überhaupt gestattet. Dann wären wir also bei originärem Landesgeld, was wir einsetzen müssten. Das stelle ich mir momentan angesichts der Verteilungskämpfe, die im Haushalt natürlich berechtigterweise bestehen, nicht ganz einfach vor, auch wenn es – in Anführungszeichen – „nur“ 32 Millionen Euro sind.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da ich momentan mit Herzblut den Breitbandausbau verfolge und sehe, wie schwer wir es auch dort haben, einzelne Beträge zusammentragen, ist jeder einzelne Euro, der uns auf die 2 Milliarden Euro zu führt, schon schwer genug. Vor dem Hintergrund bitte ich um Nachsicht, dass ich mir das momentan nicht ganz einfach vorstellen kann. Ich horche aber gleich gern auf die Einbringung des Punktes III. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und viel Erfolg im weiteren Fortgang!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Seidel von der Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben wieder einen Antrag zu den erneuerbaren Energien. Ich will versuchen, mich mehr oder weniger auf diesen Antrag zu konzentrieren, weil schon sehr viel und auch Richtiges gesagt wurde. Ich will dem nur ein paar Dinge hinzufügen, die auch im Antrag stehen. Und ich glaube, wir können es uns ein bisschen sparen, dass wir Dinge immer wiederholen.

Ich glaube, es ist wirklich richtig, dass Windenergie für die Energiewende unverzichtbar ist. Das haben wir inzwischen auch gelernt und das muss man künftig nicht immer wieder feststellen. Es ist richtig, dass für Mecklenburg-Vorpommern Windenergie die effizienteste Technologie überhaupt ist. Ich staune immer wieder, warum wir nicht weiter technologieorientiert vorgehen. Und es ist sicherlich richtig – das ist ja hier diskutiert worden –, dass die Problematik der blinkenden Lichter von sehr vielen Menschen als störend empfunden wird.

Zurzeit – die Zahl fiel schon – gibt es, glaube ich, im Land ungefähr knapp 2.000 Windenergieanlagen. Wir haben weitere Potenziale, es werden weitere Anlagen dazukommen. Ich glaube, die Zahl wird deutlich steigen. Und ich will an dieser Stelle noch einmal betonen, dass dies nur in einem vernunftorientierten raumordnerischen Abwägungsprozess geschehen kann. Dazu gibt es meines Erachtens keine vernünftige Alternative. Wie schwierig das ist, erleben wir gegenwärtig. Das ist ein Prozess, der es in sich hat, aber den wir durchstehen müssen.

Zum Thema der bedarfsgerechten Befeuern selbst: Es ist verwiesen worden auf die AVV, das heißt auf die Vorschrift, die aussagt, was man tun muss, um Flugverkehre dort zu sichern. Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich glaube, Herr Jaeger, das ist mehr oder weniger ein Verwaltungshandeln, was auch eben durch den Minister zum Ausdruck kam. Wir sollten nicht den Ehrgeiz haben, hier im Plenum darüber zu streiten, ob nun Blitzlichter notwendig sind oder rot-weiße Streifen. Ich glaube, damit überfordern wir uns ein bisschen. Das sind keine politischen Entscheidungen. Wenn die Verwaltung überhaupt kein Ohr dafür hätte und gar nicht dran wäre – aber das ist ja nicht der Fall. Natürlich befassen die sich mit diesen Sachen und es wird entsprechende Umsetzungsregelungen zu den AVV geben. Da bin ich mir ganz sicher. Im Übrigen glaube ich – den 03.12. hat der Minister angekündigt –, dass man dann hier entsprechend handeln wird.

Zu der Geschichte „Wer soll die Kosten tragen?“. Frau Dr. Schwenke, das will ich Ihnen deutlich sagen: Da fühle ich mich sehr im Einklang mit der Wirtschaft dieses Lan-

des, auch mit den Menschen. Ich glaube in der Tat, dass man – das hat Herr Jaeger auch angedeutet – im Falle von Neuanlagen gar kein großes Problem hat. Sicher wird es Kosten geben, aber das wird man dann irgendwie, nach meiner Auffassung, über die sogenannten anerkannten Regeln der Wissenschaft und Technik ins Verfahren einbringen. Dann wird das vorgeschrieben, das haben sie zu leisten und die Kosten müssen sie tragen. Dafür bekommen sie ja auch den dreifachen Strompreis, wenn man das mal vergleicht mit dem Börsenstrompreis. Insofern, glaube ich, wird das geschehen.

Bei den Altanlagen sehe ich das genauso. In vorhandene erteilte Genehmigungen einzugreifen, das sollte man nicht tun. Das ist bisher immer ein Grundsatz gewesen, der sollte beibehalten werden.

Und jetzt hier, Frau Dr. Schwenke, über Förderung zu reden, halte ich für völlig falsch bei der Diskussionslage. Wir kennen keine seriösen Kosten. Wir wissen nicht, wie sich das wirklich auf die Renditen auswirken wird. Wir wissen bloß, dass wir einen Wirtschaftszweig haben, der mit den Renditen oben steht. So, das wissen wir.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich habe weder Ja noch Nein gesagt. Ich habe nur gesagt, wir müssen darüber reden.)

Ja, aber wissen Sie, wenn ich Ihnen das mit Verlaub mal sagen darf: Wenn Sie hier eine große Diskussion über Förderung führen zu dem Thema,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das mache ich doch überhaupt nicht.)

dann gibt es gleich Leute, die die Ohren aufmachen und sagen, oh, wunderbar, dann können wir uns ja entspannt zurücklehnen, dann wird es dort schon Hilfe des Staates geben. Das halte ich für völlig falsch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Herr Jaeger, ich will jetzt mal einen Gedanken loswerden, aber das ist wirklich gut gemeint. Ich glaube, Sie haben gespürt, dass ich Sie als jemanden schätze, der bei der Opposition immer bemüht ist, sachliche Argumente zu finden. Das ist toll, das ist wirklich gut. Ich habe noch mal im Handbuch des Landtages nachgesehen, Sie bezeichnen sich ja selbst als Projektentwickler für erneuerbare Energien.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Ja, dann bekommt das Ganze aber sozusagen einen Anstrich eines Lobbyisten, der ein bisschen sehr weit nach vorne schießt. Wenn so jemand – jetzt nicht falsch verstehen, aber ich will es auch wirklich mal für Zukünftiges sagen – hier fordert, dass eine Förderung für solche Anlagen kommen muss, dann ist das ein bisschen bedenklich. In der Kommune müssten Sie aus dem Saal gehen, wenn über das Thema gesprochen wird, das wissen Sie auch.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Absoluter Schwachsinn!)

Na, das ist kein Schwachsinn. Ich glaube, man muss aufpassen, dass man auch glaubhaft bleibt. Und das wün-

sche ich Ihnen, dass Sie glaubhaft bleiben. Deswegen würde ich mich hier in solchen Fragen ein kleines bisschen zurückhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, ich halte es nicht für richtig, ...

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat
was mit Wirtschaftspartei zu tun.)

Das hat mit Wirtschaftspartei gar nichts zu tun. Das ist soziale Marktwirtschaft, da haben Sie recht.

.... ich halte es für falsch, wenn man die Landesregierung auffordern will, hier heute ein Konzept zur bedarfsgerechten Befeuerung zu erstellen. Das legt die Verantwortung auf die Seite des Staates. Ich halte es auch für falsch – Sie haben das gefordert –, eine Koordinierung über eine landesweite Leitstelle zu machen. Da müssen sich dann Leute, die über das Land bezahlt werden, mit diesen Fragen befassen.

Ich glaube, das ist in der Tat ein Thema, mit dem sich die Projektbetreiber, die Branchenverbände und die Behörden befassen müssen. Die sind dafür zuständig. Insofern halte ich einen politischen Beschluss im Landtag für überflüssig. Hier ist ganz klar das Verwaltungshandeln gefragt. Aber ich bin mir sicher, das wird auch entsprechend getan und hier wird es Regelungen geben.

Ich glaube, daran wird die Energiewende nicht scheitern, falls Sie das wieder sagen wollen. Dieses Argument habe ich jetzt schon ein paar Mal gehört. Heute haben Sie zutreffend gesagt: Wir sind viel weiter vorangekommen, als wir geglaubt hätten – beim Punkt E-Mobilität, glaube ich, war das. Insofern: keine Sorge! Der Drang in diese erneuerbaren Energien ist so gewaltig, nicht zuletzt auch wegen der Renditen, dass wir uns gar keine Sorgen machen müssen über die weitere Entwicklung in diesem Bereich. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Petereit von der Fraktion der NPD.

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Immer mehr Menschen in unserem Land fühlen sich von der steigenden Anzahl der Windkraftanlagen bedrängt. Wir reden hier von einem Millionengeschäft für diesen Energiezweig und wissen alle, dass der zu bezahlende Strom in großen Teilen gar nicht produziert oder genutzt wird. Darüber hinaus genügen weder die Beständigkeit noch die Speicherkapazitäten, um die sogenannte Energiewende tatsächlich umzusetzen.

Daher stehen den Windparkfans breite Ablehnungsfronten gegenüber, welche einen ungehinderten Ausbau der Windenergie stark kritisieren. Die Verschandelung des eigenen Wohnumfeldes bei gleichzeitigem Abfließen der Profite in die Kassen der Konzerne führt zu zusätzlichen starken Unmutsbekundungen. Daher ist es für uns völlig klar, dass in Bezug auf die Befeuerung der Windparks die Konzerne auf eigene Kosten zu handeln haben. Wenn die Gemeinschaft an Lebensqualität einbüßt, damit Konzerne hohe Profite erzielen können, dann sollten diese Unternehmen alles dafür tun, um den Ausbau so erträglich wie möglich zu gestalten.

Wir sprechen uns daher ganz klar gegen die Förderung der Umrüstung beziehungsweise die Förderung der Installation von Alternativen beziehungsweise bedarfsgerechten Befeuerungssystemen aus. Deren Einsatz sollte unseres Erachtens vorgeschrieben werden, um es dann auf Rechnung der Windparkbetreiber zu installieren.

Noch mal: Wir begrüßen das Ansinnen, bedarfsgerecht zu befeuern. Wir stellen uns auch hinter die Forderungen, dass dies auf ein ordentliches Fundament zu stellen ist, was die technische Seite anbelangt. Wir erteilen weiteren Förderprogrammen, gleich welcher Art, jedoch eine klare Absage. Selbst die BRD und deren Bundesländer könnten die bedarfsgerechte Befeuerung per Verordnung oder Gesetz regeln. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eines vorweg: Herr Seidel, Sie haben natürlich ein grundsätzliches Problem des Parlamentarismus angesprochen, dass wir hier Leute haben, die Lehrer und Lehrerinnen sind und über das Thema „Gehälter von Lehrerinnen und Lehrern“ reden müssen und so weiter.

(Torsten Renz, CDU: Nee, diese Vergleiche hinken doch total. Lassen Sie die mal fallen!)

Es geht nicht um Vergleiche. Es geht einfach darum, dass in einem Parlament verschiedenste Leute zusammensitzen, die ihre Erfahrungen aus ihren Bereichen mitbringen, und dass das transparent sein muss, aus welchen Bereichen sie kommen. Deswegen steht das bei mir im Handbuch. Und wenn Sie mir jetzt konkret vorwerfen, das würde für mich sozusagen irgendwas Positives bedeuten, kann ich das deutlich zurückwerfen, weil ich nämlich mit den eigenen Leuten in der Branche darüber hart diskutieren muss, dass ich sage, Leute, das wird euch zugemutet, das müsst ihr auch annehmen. Ihr werdet Geld in die Hand nehmen müssen und wir wollen gucken, wie wir das gemeinsam möglichst kostengünstig organisieren können. Das ist die Idee.

Wir sind uns einig, für Neuanlagen – das wird mehr Geld kosten – muss das gesetzlich durchgesetzt werden, die sind dann verpflichtet. Das Problem – und darauf habe ich überhaupt keine Antwort von Ihnen gehört – ist, wie wir mit 1.000 Bestandsanlagen umgehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, das ist richtig.)

Das Problem ist nicht, dass sich das in fünf Jahren erledigt hat, weil die Anlagen, die letztes Jahr, 2014, in Betrieb gegangen sind, auch noch im Jahr 2044 blinken. Ich wünsche uns allen, dass wir das noch erleben können, aber es ist nicht sicher.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nee.)

Mein Ziel ist es, dass Sie als jemand, der für den Tourismusverband steht, sagen müssten, toll, dass Sie eine Idee

haben, wie wir das gesamte Land dunkel geschaltet bekommen. Wenn wir das immer nur den Leuten vor Ort überlassen, gibt es natürlich die Gemeinden, die sagen, sorry, ihr wollt da jetzt 800.000 Euro ausgeben und das dunkel schalten, uns stört das nicht wirklich, gebt uns 600.000, wir packen das in unser schönes Gemeindezentrum, das wird schick und dann ist das geregelt vor Ort.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wird ja richtig hell.)

Das Problem ist aber, fahren Sie mal aus Rostock raus, dann sehen Sie in 35/40 Kilometern Entfernung die bedarfsgerechte Befeuerung! Wir müssen also alle ein Interesse daran haben, dass wir das grundsätzlich lösen und nicht immer sagen, die einen machen es, die anderen lassen es, na, dann blinkt es eben trotzdem weiter bei uns im Land.

Warum dieser etwas eigenartige Punkt III? Ich will es noch mal deutlich sagen: Herr Minister, ich kann Ihnen gerne einen Genehmigungsbescheid, einen BImSch-Genemigungsbescheid für eine Windkraftanlage mitbringen. Da steht zurzeit drin, dass der Investor beide Möglichkeiten hat. Er kann entweder rot-weiß-rote Flügelspitzen nehmen oder das weiße Gefahrfeuer. Jetzt erkennen wir immer stärker, dass wir das weiß blitzende Gefahrfeuer eigentlich nicht wollen. Das ist auch das Problem, dass das gerade in den Dämmerungsstunden sehr, sehr hell ist. Das stört richtig. Es könnte – deswegen steht das drin und mir hat meine Fachreferentin gesagt, Mensch, das kannst du doch nicht reinschreiben, als Juristin kann ich das nicht verantworten – in einem Genehmigungsbescheid drinstehen, wir als Land Mecklenburg-Vorpommern müssen Ihnen zwar beide Möglichkeiten einräumen, das können Sie frei entscheiden, wir empfehlen Ihnen aber Folgendes: Machen Sie das! Und die meisten würden auf diese Empfehlung sofort positiv reagieren, solange wir das nicht geklärt kriegen.

Ein weiteres Problem, weil es in diesem Antrag steht, ist: Wir wissen jetzt schon, dass das weiß blitzende Gefahrfeuer nicht unter die Regelung der bedarfsgerechten Befeuerung fallen wird. Ich kann es Ihnen technisch nicht erklären, warum, aber es ist so. Dagegen gibt es absolute Widerstände.

Zur Technik noch mal: Es ist von Rudi Borchert richtig angesprochen worden, es gibt die Transponderlösung. Die wäre eigentlich die schickste, funktioniert aber nicht, weil es bestimmte Flugkörper gibt, die so etwas nicht haben müssen. Es wäre volkswirtschaftlich die Frage, was ist billiger: Die rüsten es damit aus oder müssen wir sozusagen alle damit ausrüsten? Das könnte man diskutieren. Da sagt aber die Flugsicherung, sorry, die können auch ausfallen. Und wenn die mit so einem ausgefallenen System auf so einen Windpark zufliegen und da geht das Gefahrfeuer nicht an, dann haben wir genau die Situation, die wir verhindern wollen. Deswegen scheidet das System definitiv aus.

Dann bleibt das Radarsystem. Damit haben wir uns im Energieausschuss beschäftigt. Da gibt es erstens die Befürchtung, es könnte in der Bevölkerung wieder Ängste geben – Radarsystem: Unter militärischen Radaranlagen werden Leute verstrahlt. Es geht nicht darum. Das ist wie beim Abstandhalter im Automobilbereich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber ob man mit diesen Ängsten umgehen kann – keine Ahnung.

Deswegen erscheint mir nach Prüfung aller Systeme dieses Passivradar tatsächlich als das sinnvollste System. Das funktioniert übrigens mit einem Fernsehsender, strahlt keinerlei Signale aus und empfängt ein Echo des Flugzeuges und das direkte Signal – komplizierte Rechnung –, und damit kann man das Flugzeug eindeutig identifizieren.

Wenn der Fernsehsender übrigens ausfällt, dann passiert es nicht etwa, dass die Flugzeuge dann alle da reinraseln, sondern das System empfängt das Sendersignal nicht mehr und dann gehen die Lampen ganz normal an, so, wie es jetzt auch ist. Das ist also relativ einfach zu klären.

Was sollte die Idee eines landeseinheitlichen Systems? Also es geht nicht darum, dass wir jetzt eine Leitwarte haben wollen. Wir wissen, dass jedes dieser 70 Einzelsysteme vor Ort standortgenau und exakt geprüft und geplant werden muss. Wir glauben aber, dass wir durch ein landesweites System, das heißt eine Institution, die das voranbringt – zum Beispiel die Deutsche Flugsicherung übernimmt hoheitliche Aufgaben, das ist privatrechtlich organisiert, das soll sich auch refinanzieren aus den Beiträgen der Windkraftanlagenbetreiber, das soll also nicht generell neue Kosten für das Land verursachen –, eine Kosteneinsparung hinkriegen, die erheblich sein wird. Wir glauben, mit dieser Kosteneinsparung in der Lage zu sein, die Altanlagen dunkel schalten zu können. Das ist eine geniale Idee.

Macht das jeder selbst, kriegen wir diese Kosteneinsparungen nicht hin und die Altanlagen bleiben, weil sie einmal genehmigt sind, dauerhaft am Blinken, und zwar bis zum Jahr 2045, selbst wenn wir es in diesem Jahr klären würden. Das könnten wir mit so einer Geschichte regeln und deswegen, glaube ich, auch wenn es heute abgelehnt und nicht in den Ausschuss überwiesen wird, sollten wir uns dringend im Ausschuss damit beschäftigen, weil wir jetzt ein Zeitfenster haben, kurz bevor die Technologie eingeführt wird, diese Sachen zu klären.

Zum Beihilferecht will ich auch noch etwas sagen. Beihilferechtlich ist das überhaupt kein Problem aus meiner Sicht, weil der Anlagenbetreiber – es geht ja nur um die Bestandsanlagen, wo wir überlegt haben, ob man da irgendwas machen sollte, die sollen ja noch einen Beitrag zusätzlich bezahlen über so einen gewissen moralischen Druck – überhaupt nichts davon hat, wenn er das System einführt. Der verdient dadurch nicht mehr, hat auch wirtschaftlich keinerlei Vorteile davon, dass er jetzt eine bedarfsgerechte Befeuerung macht. Deswegen glaube ich, dass das beihilferechtlich problemlos durchzusetzen ist, weil, wie gesagt, es für ihn nicht eine bessere oder eine schlechtere Position am Markt ist, er braucht es eigentlich nicht. Wir brauchen es für die Anwohner und nicht für die Windkraftanlage. Die dreht sich auch ohne die bedarfsgerechte Befeuerung und verdient ihr Geld.

Ich glaube, wir sollten uns wirklich noch mal intensiv damit beschäftigen. Ich fand es spannend, Ihnen heute eine konkrete Summe nennen zu können. Das war für mich selber spannend in der Recherche. Ich bin davon ausgegangen, dass es weit teurer sein würde, und ich denke, 32 Millionen hören sich finanzierbar an. Wir werden umgekehrt genauso auf die Branche zugehen und

denen das vorlegen und sagen, guckt mal, ob ihr das nicht selber gewuppt kriegt und dass ihr das organisiert bekommt. Aber ich vermute stark, es wird eine gewisse politische Begleitung brauchen, einen gewissen Druck auch von Ihrer Seite. Es gibt genügend Zielabweichungsverfahren, wo man mit Investoren ins Gespräch kommt und sagt, das machen wir, aber umgekehrt erwarten wir von euch, dass ihr einem solchen Branchenkonzept beitrete und dort mitmacht, und dann kriegen wir das am Ende auch wirklich finanziert. Aber wir müssen uns jetzt um das Thema kümmern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 zur Beratung an den Energieausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsantrag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089. Im Rahmen der Debatte ist seitens der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, über die Ziffern des Antrages auf Drucksache 6/4089 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Wer in Ziffer II der Nummer 1 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 1 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer in Ziffer II der Nummer 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Ziffer II die Nummer 2 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und NPD.

Wer der Ziffer III des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer III des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4089 mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Grenzen dicht für Kriminelle – Schengen Abkommen aussetzen und stationäre Grenzkontrollen wieder einführen!, Drucksache 6/4108.

**Antrag der Fraktion der NPD
Grenzen dicht für Kriminelle –
Schengen Abkommen aussetzen und
stationäre Grenzkontrollen wieder einführen!
– Drucksache 6/4108 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „EU erlaubt im Notfall wieder Grenzkontrollen“, so titelte die „Süddeutsche Zeitung“ am 30. Mai 2013. Mit der Einigung der EU-Staaten, des Europaparlaments und der EU-Kommission wurde der Weg frei gemacht für Grenzkontrollen, wenn ein massenhafter Ansturm von Flüchtlingen zu befürchten ist. Das ist der Fall. Das zeigten die Ereignisse, die während des G7-Gipfels in Oberbayern stattfanden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was war denn da los?)

Die Bundespolizei hatte bei den verstärkten Grenzkontrollen alleine, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja?)

3.517 Personen vorläufig festgenommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch!)

Des Weiteren wurden 10.555 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, 237 Drogen- und 151 Urkundendelikte sowie 29 Verstöße gegen das Asylrecht registriert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na so was!)

Zusätzlich wurden 135 offene Haftbefehle vollstreckt und 77 Personen wegen geringer Vergehen vorübergehend in Gewahrsam genommen. Gestohlenes Gut wurde ebenso beschlagnahmt wie Waffen und Drogen. An der Grenze zu Österreich wurden allein an einem Tag 190 größtenteils aus Eritrea stammende Personen aufgegriffen. Auf der Autobahn A 17 holte die Polizei 35 unerlaubt eingereiste Albaner und Mazedonier aus einem Reisebus.

Diese Bilanz ist einmal mehr eine Bestätigung für die von der NPD wiederholt aufgestellte Forderung, die Kontrollen an den deutschen Außengrenzen zu verstärken beziehungsweise zu den altbewährten stationären Grenzkontrollen zurückzukehren. Es wäre Wahnsinn, hier weiterhin zu behaupten, dass Deutschland keine Grenzkontrollen brauche. Wer so etwas sagt, verschließt die Augen vor der Realität.

(Thomas Krüger, SPD: Sie wollen uns abschotten, das ist alles.)

Im Zuge Ihrer Fremdensucht stieg der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen allein in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2014 gegenüber 2013 um über 27 Prozent. Das Innenministerium merkt in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik erschreckenderweise selbst an, dass nur circa 60 Prozent der nicht deutschen Tatverdächtigen ermittelt werden konnten. Weiterhin heißt es hier sehr deutlich,

Zitat, dass „grenzüberschreitende Kriminalität nichtdeutscher Tatverdächtiger erfahrungsgemäß schwieriger und damit seltener aufzuklären ist“. Diese Aussage an sich muss doch schon genügen, um bei Ihnen die Einsicht hervorzurufen, dass Grenzkontrollen nötig sind,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee.)

um die ausufernde Kriminalität im Land einzudämmen.

(Heinz Müller, SPD: Nein.)

Zusätzlich verschärft wird die Situation noch durch die von der Landesregierung hochgejubelte, von der Polizeigewerkschaft hingegen arg kritisierte Polizeireform. Nicht selten brauchen die Beamten von der erhaltenen Meldung über einen Vorfall bis zum Eintreffen am Tatort länger als 30 Minuten.

Im Hinblick auf die Diebstähle von Kraftfahrzeugen, für die es im Osten Europas regelrechte Bestelllisten gibt, äußerte sich der Landesverband M-V des Bundes Deutscher Kriminalbeamter vor einigen Jahren wie folgt, Zitat: „Eine zentrale Bearbeitung der Kfz-Kriminalität findet praktisch nicht statt. Jede Polizeidienststelle kämpft für sich, wo doch mindestens eine landesweite Bearbeitung erforderlich wäre. Auch wenn Politiker, Mitarbeiter der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in Gesprächen mit der Auffassung der Kriminalisten übereinstimmen, dass hier vorrangig bandenmäßig organisierte ausländische Gruppen am Werk sind, tun sie nichts dagegen, da die Gesetzeslage dagegen sprechen würde. Wenn auf Grund von Ermittlungen ... einmal Täter auf frischer Tat ergriffen werden, so werden doch alle einzelnen Aufgriffe so behandelt, als wenn nur jeweils ein Täter handeln würde. Und so werden die Täter aus dem Gewahrsam der Polizei entlassen und oftmals nicht einmal dem Haftrichter vorgeführt.“ Zitatende.

Der Innenminister kündigte öffentlichkeitswirksam an, sich um die gravierenden Probleme in der Grenzregion zu kümmern. Doch mehr als warme Worte waren für die betroffenen Bürger bisher nicht drin. Stattdessen wird an der Reform festgehalten, koste es, was es wolle, und wenn es Hunderte von Millionen Euro sind, die hier die letzten Jahre für Asylanten aufgebracht worden sind und auch weiterhin aufgebracht werden.

Während im Jahr 1972 die Anerkennungsquote für Asylanten noch bei fast 40 Prozent lag, betrug diese im Jahr 2013 nur noch 1,1 Prozent. Da kann man wohl davon ausgehen, dass diejenigen, die hierherkommen, in der Mehrzahl Wirtschaftsflüchtlinge, ja, Asylbetrüger sind. Dies ist eine Tatsache und kann auch nicht mit Gerede von Willkommenskultur und anderen platten Parolen unter den Tisch gekehrt werden. Ohne die wirksamen Grenzkontrollen strömen natürlich auch die Illegalen ins Land und Schleuserbanden verdienen daran Millionen.

Dem Bürger wurde mit dem Wegfall der Grenzkontrollen ein schönes, kunterbuntes Bild – ganz wie im Katalog eines Versicherungskonzerns – präsentiert. Er könne ja nun ungehindert durch Europa reisen, überall arbeiten und so frei sein wie nie zuvor. Die andere Seite, nämlich dass illegale Einwanderer aus allen Teilen der Welt dann seine Heimat überfremden, die Billiglöhner brigadeweise anrücken, um die Löhne zu drücken, das hat man ihm wohlweislich verschwiegen.

Mehrmals wurde seitens der NPD-Fraktion gefordert, die Zollbeamten mit polizeilichen Eilbefugnissen auszustatten, wie es in anderen Bundesländern mit deutschen Außengrenzen der Fall ist. Auch diesen Vorschlag lehnten Sie ab. Der Schweriner Weg gibt Ihnen ja die Richtung vor, komme, was da wolle.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer da wolle.)

Die Situation der hiesigen Bundespolizei stellt sich nach wie vor folgendermaßen dar, Herr Ritter: Die Bundespolizisten dürfen wegen der Sparzwänge auf Streifen- und Kontrollfahrten pro Schicht nicht mehr als 30 Kilometer zurücklegen. Im Bereich der Bundespolizeiinspektion Pasewalk kommen die Beamten wegen der Spardaumenschrauben nicht einmal bis zur polnischen Grenze. Dort aber haben seit der Grenzöffnung Wohnungseinbrüche und Diebstähle eine dramatische Zunahme erfahren.

Für Josef Scheuring, Gewerkschaftsvorsitzender der Bundespolizei, sind die von Staats wegen hervorgerufenen Spritengpässe ein absolutes Unding. Zitat: „Wir stellen heute schon eine erhöhte illegale Migration fest“, erklärte er bereits Anfang August 2011 in einem Beitrag des „NDR Nordmagazins“, um dann richtigerweise weiter auszuführen: Es ist „eine Schande“, dass im reichsten Land Mitteleuropas „nicht genügend Sprit für die Polizei“ vorhanden ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Des Weiteren plagen die Bundespolizei auch im Nordosten arge personelle Probleme. Es ist Ihnen anscheinend egal, dass ausländische Banden Häuser, Firmen und Wohnungen von deutschen Bürgern ausräumen. Landwirten an der Grenze entstehen durch den Diebstahl von Traktoren, Dieselmotoren, Weidezäunen, Radladern und ganzen Ernten immense Schäden. Der eine oder andere von Ihnen, meine Damen und Herren von der Front der Blockdemokraten, verteidigt diese Raubzüge wahrscheinlich auch noch damit, dass in den osteuropäischen Ländern nicht alle über so viel Wohlstand verfügen wie in Deutschland. Doch es kann nicht unsere Aufgabe sein, auch noch sämtliche Probleme in den osteuropäischen Staaten zu lösen, zumal diese durch EU-Millionen beziehungsweise deutsches Steuergeld alimentiert werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Udo Pastörs, NPD: Gut, Tino.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Ach, da ist er persönlich.
Dann lernen wir ihn auch mal kennen.
Er wird so oft zitiert und genannt. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, für alle demokratischen Fraktionen sprechen zu können, wenn ich sage, dass es uns natürlich überhaupt nicht egal ist, was im Grenzgebiet zwischen Mecklenburg-Vorpommern und unseren polnischen Nachbarn passiert. Wir werden ...

(Udo Pastörs, NPD: Wachsam sein.)

Nein, wir werden die Wachsamkeit weiter ausbauen, Herr Pastörs, so, wie wir das in der Vergangenheit getan haben, indem wir,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, keiner hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.)

indem wir gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei, mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie! Vor allen Dingen Sie mit der Gewerkschaft der Polizei!)

mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort im Diskurs sind, Strategien entwickeln.

(Michael Andrejewski, NPD: Mit dem Vopo-Traditionsverein.)

Ich komme im Einzelnen auch noch dazu.

Was die Menschen dort nicht brauchen, was auch die GdP nicht braucht und worauf die GdP herzlich verzichtet,

(Stefan Köster, NPD: Jetzt kommt die Schallplatte wieder!)

das ist eine,

(Stefan Köster, NPD: Die Peter-Ritter-Schallplatte.)

nein, das ist eine Zusammenarbeit mit,

(Stefan Köster, NPD: Für mich hat die schon deutlich einen Sprung.)

das ist eine Zusammenarbeit mit Ihnen, und das wissen Sie ganz genau. Da können Sie noch so oft und so viel Sie wollen hier Gewerkschaftsfunktionäre der Polizei zitieren,

(Stefan Köster, NPD: Einen richtigen Sprung in der Schüssel hat sie, die Schallplatte.)

das wird die Gewerkschafter der Polizei überhaupt nicht überzeugen, dass Sie es mit Ihrer Politik ernst meinen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen alle, dass es um Europa derzeit nicht zum Besten bestellt ist. Neben Griechenland ist es vor allem die Flüchtlings- und Migrationspolitik. Europas bisherige Halbherzigkeit wird die Flüchtlingsproblematik nicht dauerhaft lösen können

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

und auch die Ursachen für Migration von Bürgerkrieg bis Armut nicht beseitigen. Das ist eine Tatsache, vor der keiner hier im Hohen Haus aus den demokratischen Fraktionen die Augen verschließt.

(Stefan Köster, NPD: Dann machen Sie mal das Portemonnaie auf!)

Heute weiß niemand verlässlich, wie das Europa von morgen aussehen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist die reine Katastrophe, euer Europa. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deshalb scheint es wichtig, den europapolitischen Kompass, den europapolitischen Grundkurs im Blick zu halten, und genau das macht auch die NPD-Fraktion aus ihrer Sicht mit dem vorliegenden Antrag, der sich zusammenfassen lässt: Grenzen dicht, Schengen aussetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Sie kann sich dabei – auch das gehört zur Realität –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auf die europakritische AfD-Programmatik oder auch auf bayerische Wünsche im Nachgang des G7-Gipfels berufen.

(Udo Pastörs, NPD: Geld kürzen, wie die Dänen das jetzt machen, das ist auch eine gute Maßnahme. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die NPD-Fraktion könnte aber auch ganz einfach die Wahrheit sagen. Es geht ihr nämlich gar nicht, wie im Antrag umschrieben, um Schengen, es geht ihr um eine Asyl- und Einwanderungspolitik, die zum Ziel hat, niemanden mehr nach Deutschland hineinzulassen.

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn! Das ist doch Blödsinn!)

Sagen Sie es doch offen, Herr Pastörs! Ihnen ist es völlig egal, ob die Leute im Mittelmeer ersaufen, Hauptsache, Sie haben Ihre Ruhe.

(David Petereit, NPD: Da hatten wir einen Antrag. Da haben Sie nicht zugehört, Herr Ritter.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(David Petereit, NPD: Sie sind mitverantwortlich.)

auch wenn die demokratischen Fraktionen sicherlich unterschiedliche Positionen zu Schengen, zu Dublin I und Dublin II und so weiter haben,

(Udo Pastörs, NPD: Ist ja gut, dass man solche Hellseher hat wie den Herrn Ritter. Gedankenleser! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

könnten wir uns vielleicht auf die Position des EU-Kommissionspräsidenten einigen, der sagte, ich zitiere: „Man muss allen den Weg versperren, die Schengen wieder abschaffen wollen. Man klagt Schengen an und man meint Europa.“ Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Es gibt dieses Europa nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Stefan Köster, NPD: Europa ist größer als Sie.)

die vorübergehende Wiedereinführung der Grenzkontrollen ist auch für die Bundesrepublik kein Neuland, insofern geht auch die Forderung der NPD-Fraktion hier völlig an den Realitäten vorbei.

(Udo Pastörs, NPD: Na klar!)

G8-Gipfel 1999 in Köln,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Fußballweltmeisterschaft 2006,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

G8-Gipfel Heiligendamm 2007, NATO-Gipfel 2009, G7-Gipfel 2015 auf Schloss Elmau.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Möglich ist dies im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit ausnahmsweise für einen begrenzten Zeitraum. Die anderen Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission sind zu informieren, die Gründe sind zu erläutern. Da stellt sich die Frage: Was will die NPD mit ihrem Antrag überhaupt? Mit all diesen rechtlichen und praktischen Voraussetzungen, festgelegt im Schengener Grenzkodex oder mit dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau, hat der vorliegende NPD-Antrag nämlich überhaupt nichts zu tun.

(Udo Pastörs, NPD: Die Ungarn machen das schon ganz gut, die Dänen auch. –

Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der Antrag – und das ist das Recht der NPD-Fraktion, das räumen wir ihnen natürlich als Demokraten ein, das ist in unserer Geschäftsordnung so geregelt –,

(Michael Andrejewski, NPD: Wie nett! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der Antrag, das ist das Recht der NPD, ist Ausdruck ihrer europapolitischen Ausrichtung. Und dieser europapolitische Kurs der NPD – und das ist mein, das ist unser gutes Recht, dies so zu benennen –, dieser Kurs ist europafeindlich. Das steckt hinter dem Antrag.

(Michael Andrejewski, NPD:
Der ist nicht deutschfeindlich. –
Stefan Köster, NPD: EU-feindlich.)

Im Dezember 2012 haben wir hier folgenden NPD-Antrag behandeln müssen: „5 Jahre Schengen II – Wir feiern nicht – Grenzkontrollen wieder einführen ...“

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Die Rede war damals von einer ausufernden Grenzriminalität und der Herr Müller hat das ja auch jetzt wieder dargestellt. Der Kollege Saalfeld hat damals für die demokratischen Fraktionen nachvollziehbar dargelegt, dass die nüchternen Zahlen und Statistiken belegen, dass vorübergehende Grenzkontrollen nicht zu rechtfertigen seien.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das glaubt Ihnen bloß keiner.)

Aber mit nüchternen Zahlen und mit Fakten ist NPD-Logik ohnehin kaum vereinbar, Stichpunkt Arbeitnehmerfreizügigkeit 2011, der vermeintlich unvermeidliche Zusammenbruch des europäischen und insbesondere des deutschen Arbeitsmarktes wurde hier beschworen durch die NPD-Fraktion. Nichts davon,

(Udo Pastörs, NPD: Da war nicht von Zusammenbruch die Rede.)

nichts davon ist eingetreten, Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD:
Sie lügen, Sie lügen wissentlich!)

und nach vier Jahren wäre heute Gelegenheit, sich für diese NPD-Panikmache einmal öffentlich zu entschuldigen.

(Heiterkeit bei Michael Andrejewski, NPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2012 hatte die NPD noch die Vorstellung, dass sich Minister Caffier mit seinen Kollegen aus Brandenburg und Sachsen, wenn möglich auch aus Bayern und Berlin, an einen Tisch setzt, um Fragen der Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu beraten. Hierauf verzichtet der vorliegende Antrag. Jetzt geht es sofort in den Bundesrat, direkt zur Bundesregierung und zum Bundesinnenminister und von dort unverzüglich auf die europäische Bühne, denn, so der Antrag, eine Aussetzung des Schengen-Abkommens sei nötiger denn je.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist so.)

Mit der Faktenlage hat dies wiederum nichts zu tun. Die Bilanz der Maßnahmen um den G7-Gipfel, so die Einschätzung der Bundespolizei, lasse derzeit noch keine validen Rückschlüsse über die Qualität des Schutzes der Außengrenzen zu. Auch das Bundesinnenministerium sieht keinen Anlass, die Schengen-Regeln zu ändern,

(Udo Pastörs, NPD: Das wundert uns nicht.)

nur die NPD-Fraktion hier im Schweriner Landtag sieht das so und das wird die Welt erschüttern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ist die Lage in Mecklenburg-Vorpommern?

(Stefan Köster, NPD: Keiner lacht über Ihre Witze, Herr Ritter.)

Innenminister Caffier hat in der aktuellen Debatte um den Schengen-Grenzkodex deutlich gemacht, dass das Sicherheitsniveau an der Grenze in Mecklenburg-Vorpommern bereits sehr hoch ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Fragen
Sie doch mal die Leute, die da wohnen!)

Unser Land habe rechtzeitig auf die Kriminalitätsentwicklung im grenznahen Raum reagiert und seit Längerem eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet, und niemand wird bestreiten, dass diese Maßnahmen ausreichend sind. Die Polizeipräsidien haben den Fahndungs- und Kontrolldruck erhöht. Es gibt eine gemeinsame Dienst Einheit Vorpommern-Greifswald, der Beamte der Polizeiinspektion Anklam, der Bundespolizeiinspektion Pasewalk und des Hauptzollamtes Stralsund angehören.

Mit der polnischen Polizei finden regelmäßig Arbeitstreffen, Besprechungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit oder gemeinsame Übungen und Streifen statt.

(Udo Pastörs, NPD: Auwei!)

Auwei, deutsche und polnische Polizisten, das kann nach Lesart der NPD-Fraktion ja gar nicht gutgehen.

(Udo Pastörs, NPD: Gehts ja auch nicht. Sie sehen es ja, das bringt keinen Erfolg.)

Gegenwärtig wird die Umsetzung des Deutsch-Polnischen Polizeikooperationsvertrages, der am 9. Juli in Kraft tritt, vorbereitet.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist eine Show-Veranstaltung.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles sind Tatsachen, welche die NPD allerdings nicht interessieren. Sie meinen, das sind alles Showveranstaltungen.

(Michael Andrejewski, NPD: So ist das.)

In der Schengen-Debatte 2012 hieß es, die NPD will, ich zitiere, „keine grenzüberschreitenden polizeilichen Schaufensterprojekte, die ohnehin nur Beruhigungsspielen der schlechteren Art darstellen ... Nein, wir gehen auf Nummer sicher und schützen aus eigener Kraft unsere Grenzen ...“ Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es richtig.)

Kamerad Müller marschiert wahrscheinlich jede Nacht

(Udo Pastörs, NPD: So ist es richtig.)

die Grenze hoch und runter und schützt sein deutsches Vaterland.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Jaja, und Sie als Flankenschutz.
Sie sind als Flankenschutz dabei.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Stefan Köster, NPD: Sie sind der Pausenc clown.)

auch dieser Rückgriff auf antieuropäische Kleinstaaterei ergibt sich zwingend aus der europafeindlichen Grundposition der NPD. Ich kann Ihnen allerdings nicht empfehlen, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, die Landesregierung und dann den Innenminister mit dieser Position auf die Bundesebene zu schicken. Sowohl die Faktenlage als auch mein beziehungsweise unser europapolitischer Kompass verlangen eine Ablehnung des vorliegenden Antrages.

(Michael Andrejewski, NPD:
Hoch die Internationale!)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter! Grenzen dicht für Kriminelle und Illegale: Frankreich, Ungarn, Österreich machen es vor. Und wann folgt endlich Deutschland? Ungarn zeigt, wie es geht.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Hier entsteht eine vier Meter hohe Mauer entlang der gesamten Grenze zu Serbien, nicht, um die Bevölkerung im Land einzumauern, Herr Ritter, sondern um illegale Flüchtlinge daran zu hindern, hereinzukommen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Wen wollen sie hindern?)

im Schnellverfahren, ohne große Abstimmung mit Serbien oder der EU, denn, so die ungarische Regierung, bis die EU einmal etwas entscheide, sei es meist schon zu spät.

(Udo Pastörs, NPD: Recht hat er. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ungarn hat damit einmal mehr seinen Ruf als Ordnungszelle in Europa untermauert. Im Januar schon beschloss Bulgarien im Eilverfahren, seinen eigenen, damals 30 Kilometer langen Grenzzaun zur Türkei so schnell wie möglich auf die gesamte Grenze auszuweiten. Anders könne man der Flüchtlingswelle nicht Herr werden, so die Begründung. Bis Ende des Sommers soll der neue Zaun stehen.

Die österreichische Innenministerin Leitner hat angekündigt, alle laufenden Asylverfahren auf Eis zu legen, Zitat: „Österreich ist der Asylexpress Europas, daher sind wir zum Zielland Nummer eins geworden“, begründete die Politikerin diesen Schritt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich denke,
Deutschland?! Sie erzählen doch immer,
Deutschland ist Nummer eins.
Was stimmt denn nun?)

Österreich müsse seine Attraktivität, Herr Ritter, für Asylbewerber senken. Lediglich Abschiebungen werden noch bearbeitet. Zudem wurden alle laufenden Familienzusammenführungen gestoppt.

Frankreich hat das Schengen-Abkommen teilweise ausgesetzt. Anlass sind massiv auftretende Gruppen illegaler Einwanderer aus Nordafrika,

(Udo Pastörs, NPD: So
viel zur juristischen Wahrheit.)

die bei dem Versuch, die Grenzen zu überschreiten, von französischen Polizisten gestoppt werden konnten. Die Grenzbeamten haben die Anweisung, die von Italien nach West- und Mitteleuropa strömenden Afrikaner nicht nach Frankreich zu lassen. Das Ziel der Afrikaner ist Frankreich, wo sie entweder bleiben oder weiter nach Deutschland, England oder in die Schweiz ziehen wollen. Frankreich hat allein in der vergangenen Woche 1.439 Einwanderer aufgehalten. 1.097 seien zurück ins Nachbarland gebracht worden. Doch noch gelingt es den Einwanderern immer wieder, den Bahnweg zum illegalen Grenzübergang zu nutzen.

All diese Maßnahmen werden doch nur ergriffen, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Davon kann hierzulande keine Rede sein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhöhte seine Prognose zur Zahl der zu erwartenden Asylanten bereits auf über 400.000. Das sind doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Sie überfluten unsere Gemeinden und Städte mit Fremden,

(Thomas Krüger, SPD:
Oh ja, die Fluten!)

die dann nach kurzem Aufenthalt Ansprüche stellen. Den meisten von denen ist hier nichts gut genug.

(Thomas Krüger, SPD: Wo
sehen Sie denn die Fluten?!)

Hier helfen auch keine Flüchtlingsgipfel mehr. Hier helfen nur noch geschützte Außengrenzen mit regulären Grenzkontrollen. Die Beendigung des Schengen-Abkommens mag die EU-Diktatur in ihren Grundfesten erschüttern,

(Thomas Krüger, SPD: Was
Diktatur ist, da haben Sie
genaue Vorstellungen. Da haben
Sie seltsame Vorstellungen.)

doch trägt der wirksame Grenzschutz auch dazu bei, den Fortbestand der europäischen Völker zu sichern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Also wenn Sie noch einen Funken Anstand haben, stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4108. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4108 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei keiner Stimmenthaltung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Das ist die Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Eckwerte der Hochschulentwicklung 2016 bis 2020, die Drucksache 6/4104. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4152 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4153 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Eckwerte der Hochschulentwicklung
2016 bis 2020
– Drucksache 6/4104 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der CDU und SPD
– Drucksache 6/4152 –**

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 6/4153 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Wippermann von der SPD-Fraktion.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die uns vorliegenden Eckwerte der Hochschulentwicklung als Teil der Hochschulentwicklungsplanung müssen laut Paragraph 15 Absatz 2 Landeshochschulgesetz dem Landtag zur Zustimmung vorgelegt werden. Im Vorfeld legten die Hochschulen ihre auf fünf Jahre angelegten Entwicklungspläne dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur vor, welches diese Angaben nutzte, um seinerseits in den Eckwerten die wesentlichen Entwicklungslinien der Landeshochschulen festzuschreiben.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Eckwerte werden Grundlage für den Abschluss der Zielvereinbarung zwischen Land und Hochschulen sein.

Der vor uns liegende Antrag zielt auf die Zustimmung des Parlaments zu diesen Eckwerten ab. Unsere Zustimmung entfaltet letztendlich den Auftrag an das Bildungsministerium, mit den Hochschulen die Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen des Planungszeitraumes 2016 bis 2020 aufzunehmen.

Was enthalten die Eckwerte?

1. laut Gesetz den Zeitraum der Planungsperiode
2. die Schwerpunkte, die im Interesse eines landesweit ausgewogenen Grundangebots in Forschung und Lehre vorzuhalten sind
3. das flächenbezogene Ausbauziel nach Hochschulen sowie die Schwerpunkte des Hochschulbaus
4. das Volumen des für alle Hochschulen in Aussicht genommenen Hochschulbudgets

In einer Rückschau werden wir über den Erfüllungsstand der laufenden Zielvereinbarung informiert, in der es heißt, dass laut den vorliegenden Berichten die Hochschulen die Zielvereinbarungen im Wesentlichen erreichen werden.

Besondere Erwähnung finden die Tatsachen, dass die Berufsschullehrerausbildung durch einen Kooperationsvertrag zwischen Neubrandenburg und Rostock wieder aufgenommen wurde und vom Land gefördert wird, es nunmehr sieben Graduiertenkollegs der Deutschen Forschungsgemeinschaft gibt und dass die Einwerbung von Drittmitteln an nahezu allen Hochschulen insgesamt von 95 Millionen Euro 2010 auf 108 Millionen Euro in 2013 gesteigert werden konnte.

Im neuen Planungszeitraum für 2016 bis 2020 werden mehrere europäische Förderprogramme und Programme des Bundes relevant, die Auswirkungen auf die Finanzkulisse unserer Hochschulen haben werden. Eine Übersicht wurde in den Eckwerten dargestellt. Ich erwähne beispielhaft das EU-Rahmenprogramm „Horizonte 2020“, die dritte Finanzierungsphase des Hochschulpakts und natürlich die vollständige Übernahme des BAföG durch den Bund.

Einen breiten Raum im Eckwertepapier nehmen die Ausführungen zum Hochschulfinanzkorridor ein. Es wird

niemandem in diesem Hause entgangen sein, wie kontrovers die Debatten im Zuge der Veröffentlichung des Gutachtens zu den Hochschulfinanzen geführt wurden. Auch wenn immer noch einige in diesem Hause die einvernehmliche Einigung zwischen Landesregierung und Hochschulen über die Bereitstellung der zukünftigen Mittel, die auf der Grundlage der Berechnungen und Ergebnisse des Gutachtens erzielt wurde, nicht wahrhaben wollen, betrachte ich persönlich sie als Ausdruck verlässlicher und zukunfts-fester Finanzpolitik unserer Landesregierung.

Die zukünftige Entwicklung der Finanzen stellt sich wie folgt dar: Der Hochschulfinanzkorridor erfährt eine Steigerung von 350 Millionen Komma noch was in 2016 auf 365 Millionen Euro in 2020. Hierin enthalten sind noch nicht weitere mögliche Aufwüchse, die bei Tarif- und Besoldungssteigerungen über 1,5 Prozent wirksam werden können.

Der Hochschulbaukorridor umfasst von 2012 bis 2020 660 Millionen Euro. Als Beispiele der geplanten Bauvorhaben möchte ich den Neubau der ZMF und die Entwicklung des Campus Ulmenstraße in Rostock, den Neubau der Notaufnahme und des Universitätsrechenzentrums sowie die Entwicklung des Campus Loefflerstraße in Greifswald erwähnen. In Neubrandenburg ist die Grundsanierung bestehender Gebäude geplant. In Stralsund steht der Erweiterungsbau der Bibliothek und in Wismar eine Grundsanierung an sowie ein Ersatzbau in Warnmünde.

Generell werden die Hochschulen auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Land leisten. Hauptaugenmerk wurde auf die mögliche Entwicklung der Studierendenzahlen gelegt. Gerade vor dem Hintergrund einer möglichen finanziellen Förderung durch eine Wohnsitzprämie des Landes sollen die Hochschulen verstärkt bei Studierenden außerhalb der Bundesländer für ein Studium werben. Weiterhin sind Maßnahmen zu treffen, die die Erfolgsquote der Studienabschlüsse erhöhen sollen und die Qualität in Studium, Forschung und wissenschaftlicher Weiterbildung verbessern werden. Des Weiteren werden Schwerpunkte der künftigen Forschung 2016 bis 2020 angeführt und Maßnahmen für Gleichstellung und Inklusion erörtert.

Zu unserem Änderungsantrag möchte ich noch Folgendes sagen: Da hat wohl jemand, der Verfasser wahrscheinlich, das Friedrich Loeffler Institut der Uni Greifswald vergessen, das in Kooperation mit der Uni Greifswald natürlich auch hervorragende Forschungsergebnisse leistet. Wir bitten daher um die Aufnahme dieses Punktes extra in das Eckwertepapier.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, uns liegt ein umfangreiches Papier vor, welches die Rahmenbedingungen unserer Hochschullandschaft für den Planungszeitraum 2016 bis 2020 festlegen soll. Lassen Sie uns darüber bitte sachlich und verantwortungsvoll diskutieren! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Frau Oldenburg von der Fraktion DIE LINKE.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Eckwerte der Hochschulentwicklung sind da, allerdings mit einer dreimonatigen Verspätung, weil der Bildungsminister um eine Verlängerung bat. Es ist sicherlich äußerst knapp und schwierig, in einem Planungszeitraum von vier Jahren rechtzeitig die Eckwerte vorzulegen. Wenn man aber zweimal in einem Planungszeitraum von vier Jahren nicht aus den Ptaschen kommt und die Fristen überschreitet, nämlich 2010 und 2015, dann zweifle ich an den langfristigen Planungen und an der Tiefgründigkeit dieses Vorgehens.

Ich zweifle nicht an den Zeiträumen und ich zweifle nicht an den Fristen, denn beides hat sich die Regierung selbst gesetzt und sie sogar für so entscheidend gehalten, dass sie diese deshalb ins Landeshochschulgesetz geschrieben hat. Dieser zeitliche Rahmen wurde durch die Landesregierung noch kein einziges Mal seit Inkrafttreten der Novelle des Landeshochschulgesetzes eingehalten,

(Regine Lück, DIE LINKE: Erstaunlich.)

und das, obwohl gerade diese Fristen in der damaligen Debatte zur Änderung des Gesetzes noch besonders gepriesen wurden.

Ich zitiere den damaligen hochschulpolitischen Sprecher der SPD: „Ich denke auch, das ist ein Fortschritt im Gesetz, sind für alle Beteiligten Fristen im Gesetz vorgesehen, um zu einer schlüssigen, zügigen und effizienten Hochschulplanung zu kommen. Übrigens darf man sagen, dieses Gesetz beinhaltet implizit auch eine Frist für den Landtag.“ Ende des Zitats.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Wann war das?)

Diese Fristen sind ganz wichtig, um zu einer „schlüssigen, zügigen und effizienten“ Planung zu kommen. Wenn nun diese Fristen jedes Mal überschritten werden, ist die Hochschulplanung schon mal nicht zügig.

Die Einhaltung der Fristen wird aber auch als Bedingung für eine effiziente und schlüssige Hochschulentwicklung angeführt. Als Grund für die Nichteinhaltung der diesjährigen Frist wird der warme BAföG-Regen angeführt. Gerade diese so wesentliche Strukturänderung wäre doch Grund genug, die Verwendung der BAföG-Mittel im Parlament im Zusammenhang mit den Eckwerten zu diskutieren. Aber hier wollte man das Parlament nicht beteiligen. Das hat die Regierung ganz allein entschieden und so an uns allen vorbeigemanagt.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das kommt mir sehr bekannt vor.)

Und nach all diesen Fristüberschreitungen verlangt man heute von uns, die Eckwerte schwuppdiewupp durch den Landtag zu hieven.

(Torsten Renz, CDU: Wie?)

Sie können ja eine Nachfrage stellen, Herr Renz.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dieser Unterrichtung dokumentiert die Landesregierung ihre Vorstellungen zu den wesentlichen Entwicklungslinien der Hochschulen des Landes, und zwar für einen Zeitraum von fünf Jahren.

Der Landesregierung – und der Koalition – ist wahrscheinlich nur an einer zügigen Planung gelegen und deshalb hat sie die Unterrichtung gleich ins Parlament überwiesen, ohne dass der Bildungsausschuss die Möglichkeit hatte, sich mit den Eckwerten zu befassen,

(Regine Lück, DIE LINKE: Oh, oh!)

eben ganz zügig. Würden wir aber diesem Antrag folgen, würden wir uns heute das erste und einzige Mal mit der Hochschulentwicklung der kommenden fünf Jahre in dieser Unterrichtung beschäftigen. Wir hätten eine Debatte, damit die Regierung den Schein wahr, denn sie ist mit den Eckwerten einverstanden und ist mit sich zufrieden. Fünf Jahre Hochschulentwicklung in 120 Minuten, das kann auch nicht das Ziel von SPD und CDU sein. Wir sollen heute in wenigen Minuten die Eckwerte der Hochschulentwicklung durchwinken, damit der von der Landesregierung verursachte Zeitdruck nicht auffällt.

Meine Fraktion fordert die Überweisung des Antrages in den Bildungsausschuss, weil uns an einer schlüssigen und effizienten Hochschulplanung gelegen ist.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr berechtigt.)

Wir haben zahlreiche Nachfragen, auf die wir vor einem Beschluss Antworten erwarten und die ich Ihnen konkret benennen möchte. Wir sind auf Widersprüche gestoßen, die geklärt werden müssen. Wir wollen, dass etwaige Fehler in den Eckwerten behoben werden. Wir wollen, dass fehlende Angaben und fehlende Lösungsstrategien ergänzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, interessiert es Sie gar nicht, welche Zielvereinbarungen aus der vergangenen Planungsperiode erreicht wurden? Lapidar wird in der Unterrichtung beschrieben, dass die Hochschulen die formulierten Ziele im Wesentlichen erreicht haben. Das haben Sie eben auch noch mal angeführt, Frau Wippermann. Diese Äußerung ist keine Analyse, da ist überhaupt kein Weg aufgeführt. Welche sind erreicht, welche sind nicht erreicht? Warum sind sie nicht erreicht worden?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Hätte diese Aussage auch nur irgendein Studierender getätigt, hätte der seinen Seminarschein dafür nicht bekommen. Wir wollen von der Regierung ganz konkrete Ausführungen darüber, welche Zielvereinbarungen erreicht wurden, welche nicht, um damit überhaupt die Grundlage zu haben, neue Zielvereinbarungen abzuschließen, denn nur mit diesem Wissen kann man Entwicklungen beurteilen.

Interessiert es Sie gar nicht, warum das Land nicht die ESF-Gelder für die Landesgraduiertenförderung ersetzt, sondern um 200.000 Euro jährlich kürzt? Wollen Sie nicht wissen, wie sich die Betreuungsverhältnisse an den Hochschulen entwickelt haben, wenn einerseits 600 Stellen abgebaut werden und andererseits wesentlich mehr junge Menschen studieren als im Jahr 2004, dem Zeitpunkt des Beschlusses über den Stellenabbau? Denn die damalige Entscheidung, diese Anzahl von Stellen abzubauen, wurde damit begründet, dass die Studierenden zahlen drastisch zurückgehen würden.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Gegenüber 2005 haben wir momentan 4.000 Studentinnen und Studenten mehr, die sich an den Hochschulen eingeschrieben haben.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4.000 Studierende mehr, Hunderte Stellen weniger, das ist nicht gesund. Darunter leidet die Qualität der Forschung und der Lehre. Dieser Sparzwang hat beispielsweise zur Folge, dass in Greifswald offenbar die Schließung der Bereichsbibliothek Am Schießwall droht und dass an der Universität Rostock Verwaltungsgebühren eingeführt werden sollten, also Studiengebühren durch die Hintertür. Dieser finanzielle Druck führt dazu, dass über 80 Prozent der Beschäftigten an den Universitäten und Fachhochschulen befristet tätig sind,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist skandalös.)

dass die Zahl der Lehramtstudierenden auf niedrigem Niveau gehalten wird und dass die Philosophische Fakultät in Greifswald extrem leidet. Studiengänge wie Baltistik werden zum Auslaufmodell, obwohl gerade Greifswald von kleineren Studiengängen und der hervorragenden Zusammenarbeit mit Instituten anderer Ostseeanrainer profitiert hat.

So verschlechtern sich weiter die Studienbedingungen. Wir fordern in der Unterrichtung Aussagen darüber, wie sich das Verhältnis von wissenschaftlichem Personal und Studierenden in den kommenden Jahren darstellt, um daraus Entwicklungen in der Hochschulpolitik ableiten zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, warum mahnen Sie nicht an, dass die BAföG-Millionen nicht einer Verbesserung der Hochschulfinanzierung dienen, sondern nur dafür verwendet werden, ein bisheriges finanzielles Defizit bei der Ausfinanzierung der Stellenausstattungen der Hochschulen auszugleichen? Das ist doch eine selbstverständliche Aufgabe innerhalb des Landeshaushaltes. BAföG-Mittel sollten ursprünglich Strukturverbesserungen und Profilierungen an den Hochschulen ermöglichen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Wollen Sie gar nicht wissen, wie viele BAföG-Mittel für welchen Zweck im Hochschulbereich genutzt werden? Was fließt in die Großgerätefinanzierung, was in den Hochschulkorridor und welche Mittel in welche Bauvorhaben? Interessiert es Sie gar nicht, wohin circa 6 Millionen aus dem Hochschulfinanzkorridor verschwinden?

In der Unterrichtung wird ausgeführt, dass der Korridor jährlich um 1,5 Prozent steigt. Das passiert aber nicht, wenn man sich diese Übersicht genau ansieht. 6 Millionen gehen flöten und damit haben die Hochschulen keine 1,5-prozentige Erhöhung, und das, obwohl in den Eckwerten seitenlang beschrieben wird, dass selbst diese 1,5 Prozent nicht ausreichen, um den Hochschulkorridor annähernd bedarfsgerecht zu gestalten, sondern dies nur durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel gelang.

Wo sind die 6 Millionen? Selbst, wenn mir jetzt jemand von Ihnen erklärt, wo diese 6 Millionen untergetaucht sind, kann der Landtag keine Unterrichtung beschließen, die einer weiteren Unterrichtung bedarf, in der erklärt wird, wie was zu verstehen ist und wo eventuell was zu finden ist, und überhaupt, wie was gemeint sein könnte. Die hochschulpolitischen Eckwerte lassen sich nicht selbsterklärend

nachlesen und deshalb können sie so nicht beschlossen werden.

Sehr geehrte Abgeordnete der Koalition, wollen Sie gar nicht wissen, mit welchen Hochschulpaktmitteln Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren rechnen kann? Auch dazu findet sich keine Aussage in der Unterrichtung. Beschrieben wird lediglich der Idealfall von 194 Millionen Euro, wenn denn die von der Kultusministerkonferenz prognostizierten Studienanfängerzahlen idealerweise erreicht werden würden. Das geschieht aber nicht, denn seit 2012 nimmt die Anzahl der Studentinnen und Studenten in Mecklenburg-Vorpommern ab.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Die Frage ist, warum.)

In der Unterrichtung fehlt diese Prognose und es fehlt die Berechnung der Bundesmittel entsprechend der Anzahl der Studenten. Welche finanziellen Mittel werden nicht an Mecklenburg-Vorpommern gezahlt?

Sehr geehrte Damen und Herren, über Fußnoten ist schon der eine oder andere gestolpert. In dieser Unterrichtung wird in einer Fußnote eine Beurteilung der Qualität der Studienbedingungen versteckt. Dort, wo normalerweise Quellenangaben stehen, steht hier, dass Mecklenburg-Vorpommern der Spitzenreiter bei den Studienabbrechern ist. Jeder dritte Studierende bricht in unserem Land sein Studium ab. Und es wird nicht einmal versucht zu erklären, warum Mecklenburg-Vorpommern so deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Stattdessen wird in der Unterrichtung der Eindruck erweckt, dass eine Verbesserung der Erfolgsquote zulasten der Qualität der Ausbildung gehen würde. Übersetzt heißt dies, dass die Regierung meint, dass die hohe Quote der Abbrecher berechtigt ist, weil die Studierenden einfach nicht klug genug sind.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Genau, sie sind zu dumm.)

Für diese Unterstellung jedoch bleibt das Eckwertepapier jede Erklärung schuldig. Stattdessen versteckt sich das Land hinter einem vagen Vorhaben, gemeinsam mit den Hochschulen zu untersuchen, mit welchen Maßnahmen die Anzahl der Studierenden, die erfolgreich ihr Studium beenden, erhöht werden kann. Wann? Wie? Wer macht da mit?

Fakt ist, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Studienbedingungen nicht so gut sind, wie das Eckwertepapier Glauben schenken möchte. Das Zentrum für Hochschulentwicklung hat sein Ranking für 2015 und 2016 vor Kurzem veröffentlicht. Daraus geht zum Beispiel hervor, dass die Uni Rostock im Fachbereich Medizin durch die Studierenden insgesamt sehr schlecht beurteilt und in die Schlussgruppe eingruppiert wurde. Dort ist sie aber nicht allein, sondern trifft auf das Studium der Mathematik beider Universitäten in unserem Land.

Und welchen Platz nehmen die Lehramtsstudiengänge ein? Das kann eigentlich egal sein, denn warum sollten wir darüber nachdenken, existiert doch nicht einmal eine Lehrerbedarfsprognose, auf die sich die Unterrichtung zur Hochschulpolitik stützen könnte, und das, obwohl sie doch so wichtig ist, dass die Koalition in der Begründung zum Gesetzentwurf des Lehrerbildungsgesetzes 2011 betont, ich zitiere: „Die Lehrerbedarfsplanung ist Grundlage für die Verhandlungen mit den Hochschulen über Zielvereinbarungen und die Abstimmung der Hochschul-

kapazitäten“, die mindestens den „Landesbedarf“ abdecken müssen. Ende des Zitats.

Und? Liegt Ihnen eine Lehrerbedarfsprognose vor?

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist diese wichtige Information für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer irgendwo in den Eckwerten zu finden, die nun wiederum die Grundlage für die Zielvereinbarungen sind?

Die Koalition verabschiedet heute Eckpunkte zur Hochschulpolitik der kommenden fünf Jahre, ohne ermessen zu können, ob sich ihre Pläne an den tatsächlichen Bedarfen und der notwendigen Schwerpunktsetzung vorbeientwickelt. Keine Lehrerbedarfsprognose, aber Aussagen über die Lehramtsausbildung. Aber vielleicht sind aus Sicht der Regierung überhaupt Prognosen sinnlos, wenn sie doch in den Eckwerten ratzfatz mal die Weltbevölkerung um 255 Millionen Menschen schrumpfen lässt. Ein Blick auf den Weltbevölkerungszähler hätte genügt, um festzustellen, dass derzeit auf der Erde nicht knapp 7 Milliarden Menschen leben, wie die Unterrichtung angibt, sondern 7,25 Milliarden Menschen. Wenn die Regierung schon bei derartigen Zahlenrecherchen so oberflächlich agiert, dann nähren sich meine Zweifel an den inhaltlichen Ausführungen.

(Marc Reinhardt, CDU: So,
Simone, nun komm zum Punkt!)

Sehr geehrte Damen und Herren, auf den zweiten Punkt des Antrages möchte ich mit Auszügen der Pressemitteilung der Hochschulgruppe der Jusos an der Universität Rostock von Freitag vergangener Woche reagieren. Ich zitiere: „Neben der gestrigen gescheiterten Wiederwahl, wurde jüngst die von Schareck vorgeschlagene Einführung einer Verwaltungskostenpauschale für Studierende mit überwältigender Mehrheit vom Senat der Universität abgelehnt. Daneben ist die Umverteilung von Forschungsgeldern aus Drittmittel-Programmpauschalen in den Bereich der Verwaltung am universitätsinternen Widerstand, insbesondere aus den Fachbereichen der angewandten Wissenschaften, gescheitert. ... Darüber hinaus wird innerhalb der Universitätsgremien die Rolle Scharecks in den Verhandlungen mit dem Bildungsministerium rund um den Bericht des Landesrechnungshofes und die Verteilung der sogenannten BAföG-Millionen immer offener in Frage gestellt. „Für uns passt es nicht zusammen, dass noch im März von Schareck per Pressemitteilung behauptet wird, die Universität sei mit der Einigung mit dem Bildungsministerium für die nächsten Jahre auskömmlich finanziert, um nur Wochen später plötzlich Studierende mit Verwaltungsgebühren und Forschende mit der Umverteilung ihrer eingeworbenen Forschungsgelder zur Kasse zu bitten. Entweder war er sich der wahren finanziellen Lage der Universität in den Verhandlungen mit dem Bildungsministerium nicht bewusst oder er hat die Universitätsgremien und die Öffentlichkeit bewusst getäuscht. Beides ist absolut inakzeptabel.“ Ende des Zitats.

Wir werden heute weder die Eckwerte im Galopp durchwinken noch uns der Lobhudelei des zweiten Antragspunktes anschließen. Beides ist für uns absolut inakzeptabel.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Und das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, der wird uns jetzt aber erzählen, wo der Verantwortliche wohnt.)

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass die Eckpunkte ein Vierteljahr später hier dem Parlament vorliegen. Das liegt aber nicht an dem Bildungsminister, sondern daran, dass die CDU-Fraktion darum gebeten hatte und es dementsprechend hier so im Parlament beschlossen worden ist. Grund war, dass damals der Bericht des Landesrechnungshofes zur Diskussion stand, ob die Hochschulen ausreichend finanziert sind und die BAföG-Millionen vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Wir wollten den Hochschulen die Möglichkeit geben, dieses in ihre Arbeit mit einfließen zu lassen und zu sagen, ob es bei den Eckwerten entsprechend berücksichtigt wird.

In Paragraph 15 Absatz 2 Landeshochschulgesetz ist geregelt, dass die Eckwerte aufzustellen sind und dem Parlament dann hier zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Der Bildungsminister legt sie hier vor. Aus diesen Eckwerten sollen die Zielvereinbarungen abgeschlossen werden. Meine Fraktion ist sich sicher, dass diese Eckwerte, die mit den Hochschulen abgestimmt worden sind und aus meiner Sicht entsprechend so gebilligt wurden von den Hochschulen, dem entsprechen, was wir für die nächsten fünf Jahre hier in Mecklenburg-Vorpommern für die Hochschulen brauchen.

Es wurde noch eine kleine Änderung hier eingebracht. Frau Wippermann hat schon gesagt, dass im Bereich der Forschung in Kooperation mit dem Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, dem Friedrich-Loeffler-Institut, an der Uni Greifswald große Fortschritte gemacht wurden und diese Kooperation abgeschlossen ist. Dies solle hier entsprechend noch aufgenommen werden. Das haben wir mit diesem Antrag unterlegt, sodass wir diese Unterrichtung jederzeit beschließen können, weil sie aus unserer Sicht die Eckpunkte ausreichend belegt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber aus unserer Sicht nicht.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Liskow, Herr Saalfeld möchte eine Frage stellen. Lassen Sie dies zu?

Egbert Liskow, CDU: Bitte, Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Liskow! Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Da Sie gerade zu den Änderungsanträgen sprechen, frage ich Sie: Wie stehen Sie denn zum Änderungsantrag der GRÜNEN?

Egbert Liskow, CDU: Oh, Herr Saalfeld, darauf wäre ich jetzt gleich gekommen. Sie haben in Ihrem Änderungsantrag gefordert, dass die Reduzierung der Personalausstattung auf keinen Fall weiter erfolgen soll und dass darüber hinaus Personaleinsparungen ausgenommen werden sollen. Sie wissen, dass es ein Personalentwicklungskonzept gibt, welches die Hochschulen mittragen. Ich denke, dass wir aus dieser Entwicklung nicht raus können und aus diesem Konzept nicht rauskommen,

sodass ich davon ausgehe, dass wir dem Antrag so nicht zustimmen können.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Lassen Sie eine weitere Nachfrage zu?

Egbert Liskow, CDU: Ja, bitte.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Herr Liskow.

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Änderungsantrag anders lautet, nämlich ...

Vizepräsidentin Silke Gajek: Bitte, Herr Saalfeld, Frage! Bitte eine Frage formulieren!

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut.

(Torsten Renz, CDU: Das muss doch mal geändert werden in der Geschäftsordnung.)

Herr Liskow, haben Sie gesehen, dass der Antrag der GRÜNEN explizit fordert, nach 2017 keine Personaleinsparungen mehr vorzunehmen, nämlich nach Ablauf des Personalkonzeptes? Das heißt, Sie sind bereits nach dem Personalkonzept und brauchen keine Sorge zu haben, dass man das frühzeitig verlassen müsse.

Egbert Liskow, CDU: Also ich habe nicht gesehen, dass in den Eckpunkten vorgesehen ist, dass wir nach 2017 weitere Personaleinsparungen machen werden, die sind hier auch nicht geregelt in den Eckpunkten, sodass der Antrag aus meiner Sicht nicht notwendig ist und wir eben das denn auch ablehnen können.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja noch eine andere Aussage.)

Ja, Herr Saalfeld, damit haben wir Ihren Antrag hier auch gleich noch entsprechend mitbehandelt. Sie hätten auch keine Angst zu haben brauchen, ich wäre darauf eingegangen. Natürlich haben Sie jetzt eine speziellere Antwort gekriegt.

Ich denke, dass die Eckpunkte, die hier vorgelegt wurden durch den Bildungsminister, von den Fraktionen der SPD und CDU auch so mitgetragen werden und wir davon ausgehen können, dass wir entsprechende Zielvereinbarungen mit den Universitäten und Hochschulen genau, punktgenau abschließen können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Gut, danke, Herr Liskow.

Und jetzt kann Herr Saalfeld ans Rednerpult. Sie haben das Wort. Herr Saalfeld ist von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst lassen Sie mich meine Verwunderung ausdrücken, dass zu einer Unterrichtung der Landesregierung die Landesregierung bisher schweigt. Ich hoffe, das ändert sich noch im Verlaufe der Aussprache.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ja, definitiv.)

Dann möchte ich beginnen mit dem Zitat eines Satzes aus der Unterrichtung. Sie finden den Satz auf Seite 31, und der heißt: „Von der Politikwissenschaft an beiden Universitätsstandorten erwartet das Land Beiträge zur Weiterentwicklung der politischen Kultur und der Festigung demokratischen Geistes.“ Zitatende.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, das brauchen wir auch hier.)

Und das, was die Landesregierung hier von den politikwissenschaftlichen Instituten fordert, wünschte ich mir von der Landesregierung und der Koalition selbst, nämlich dass, wenn hier eine Unterrichtung, die nur alle fünf Jahre vorliegt und die die Hochschulplanung der nächsten fünf Jahre festschreibt, diese nicht durchs Parlament gepeitscht wird, sondern dass hier auch der entsprechende Raum gegeben wird,

(Egbert Liskow, CDU: Wer peitscht denn?)

um das fach- und sachgerecht in den Fachausschüssen zu beraten.

(Beifall Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen können Sie nicht etwas von anderen verlangen, was Sie selbst nicht bereit sind einzuhalten. Also ich finde, das ist relativ demaskierend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf eine weitere Posse eingehen, die Frau Oldenburg schon angesprochen hat, nämlich die Forderung der Jusos nach dem Rücktritt des Rektors der Universität Rostock. Wir haben erfahren, aus welchen Gründen die Jusos gefordert haben, dass Herr Professor Schareck zurücktreten solle:

1. weil er schlecht verhandelt habe beziehungsweise weil die BAföG-Mittel überhaupt nicht ausreichen, um die vielen Probleme an der Hochschule Rostock zu lösen,
2. weil er im Nachgang versucht hat, das Geld bei den Studierenden einzutreiben über Verwaltungsgebühren,
3. weil er versucht hat, die Overheadpauschalen einzubehalten und das Geld bei den Wissenschaftlern einzutreiben,
4. weil er sich auch nicht sehr glücklich verhalten hat, was die Vergabe der Ehrenpromotion für Edward Snowden anbelangt.

Nun müssen wir uns natürlich auch mal ehrlich machen und sagen, wer steckt denn eigentlich hinter diesen vier Punkten: doch nicht der Rektor der Universität Rostock, sondern der Bildungsminister.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?!)

Der Bildungsminister ist doch dafür verantwortlich, dass die BAföG-Mittel nicht reichen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Jetzt können Sie sich sicher sein,
dass der Minister noch mal spricht.)

Der Bildungsminister macht doch den Druck auf die Hochschulen so groß, dass sie jetzt versuchen, alle Reserven zusammenzukratzen, nämlich die Verwaltungsgebühren und auch noch die Overheadpauschalen. Auch der Bildungsminister hat sich sehr despektierlich in die Entscheidung der Universität Rostock reingehangen, wie es mit der Ehrenpromotion für Edward Snowden ausgehen solle.

(Egbert Liskow, CDU: Das wäre
auch eine Frechheit gewesen.)

Das heißt, wenn die Jusos jemanden zum Rücktritt auffordern sollten, dann doch ihren Bildungsminister und nicht den Rektor der Universität Rostock.

(Beifall vonseiten
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Das stand
direkt im Drehbuch, dass die jetzt klatschen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe weiter entlang der Unterrichtung, die uns hier heute vorliegt. Wir finden eine ganz interessante Tabelle auf der Seite 37 oder der ersten Seite der Anlage. Da fehlt Geld. Frau Oldenburg hat es schon angesprochen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Da fehlt noch mehr Geld.)

Wir müssen einfach feststellen, dass der Textteil der Unterrichtung nicht mit dem tabellarischen Teil zusammenpasst. Im Textteil wird zum Beispiel davon gesprochen, dass man im Doppelhaushalt des Landes 2014/2015 17 Millionen Euro zusätzlich eingestellt habe. Ich finde sie einfach nicht im tabellarischen Teil. Vielleicht können Sie das noch mal klarstellen, Herr Minister Brodtkorb, so Sie heute das Wort ergreifen. Ich habe mir das noch mal unter die Tabelle geschrieben: Auch wenn man die 2 Millionen Euro abzieht, die die Hochschulen durch das Ab liefern ihrer Stellenäquivalente realisieren

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Einsparen!)

und einsparen müssen, hat man das zwar von 2013 auf 2014 sichergestellt, nicht diese 17 Millionen, sondern die erste Scheibe, das sind 8,5 Millionen. Aber von 2014 auf 2015 fehlen 6,4 Millionen Euro, auch wenn man diese 2 Millionen gegenrechnet. Die fehlen einfach. Ich dachte mir, man schreibt es fort und es steht dann im Hochschulplan 2016/17, aber nein. Dort finden wir nur die 9 Millionen Euro zusätzlich, die über die BAföG-Mittel in die Grundfinanzierung kommen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Irgendwo sind meines Erachtens die 6,4 Millionen auf der Strecke geblieben. Vielleicht können Sie noch mal darstellen, wo das Geld ist, denn, wie gesagt, vorne im Textteil sagen Sie 17 Millionen Euro, hinten in den Tabellen finde ich sie nicht.

Diese Geschichte ist dahin gehend etwas delikat, weil Sie sich vielleicht noch daran erinnern können, dass Ende 2013 ein großer Streit über die Presse ausgetragen wurde, was diese 17 Millionen Euro anbelangt. Da gibt es Pressemitteilungen des Bildungsministeriums, wo groß verkündet wird: „Land erhöht Hochschuletats um 17 Millionen Euro zusätzlich“. Und dann gibt es eine gemeinsame Erklärung der Universitäten Rostock und Greifswald zur

Hochschulfinanzierung vom November 2013, die noch mal unmissverständlich darlegt, dass das keine zusätzlichen Mittel sind. Dann gibt es noch mal eine Pressemitteilung des Bildungsministers, doch, das sind zusätzliche Mittel. Und nun müssen wir unterm Strich feststellen, na ja, irgendwie sind die Mittel dann doch auf der Strecke geblieben.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, unter dem Strich müssen wir feststellen:

Erstens. Die Hochschulfinanzen in diesem Land sind noch lange nicht im grünen Bereich.

Zweitens. Die Hochschulfinanzen sind chaotisch aufgestellt, weil sie nicht transparent und nachvollziehbar in der Unterrichtung des Landes niedergelegt sind.

Deswegen schließe ich mich der Meinung von Frau Oldenburg an, dass diese Unterrichtung und dieses Erklärte heute nicht beschlussreif sind. Man kann dem nicht zustimmen. Ich hoffe, dass sie in den entsprechenden Fachausschuss überwiesen werden, um hier noch eine entsprechende Qualifizierung zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf weitere Punkte eingehen. Es geht mir noch um einen weiteren Punkt, und zwar die Hochschulpaktmittel. Die Hochschulpaktmittel werden in der Tat hier in dieser Unterrichtung noch nicht angesprochen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
194 Millionen Euro.)

Da könnte man sagen, gut, das wurden sie, glaube ich, beim letzten Mal auch nicht, weil sie erst in den Zielvereinbarungen so richtig fix gemacht wurden. Aber es war nicht nur so, dass die Hochschulen nach der großen Vereinbarung zwischen Bildungsministerium und Hochschulleitungen zu den BAföG-Mitteln versucht haben, die Verwaltungsgebühren und die Overheadpauschalen zusammenzukratzen und wie in Greifswald noch Studiengänge zu schließen, sondern dass jetzt angeblich auch noch große Umwälzungen in den Hochschulpaktmitteln anstehen sollen. Das habe ich mir sagen lassen. Denn offensichtlich fehlt bei den Medizinen jetzt Geld. Die Hochschulmedizinen scheinen offensichtlich nicht weiter auskömmlich finanziert zu sein, trotz der zusätzlichen BAföG-Millionen. Deswegen hat Herr Brodtkorb – ich weiß nicht, aus welcher Laune heraus – den Medizinen 5 Millionen Euro versprochen, die jetzt von den Hochschulen aus dem nicht medizinischen Bereich abgezogen werden sollen.

Das finde ich famos: Erst bekommen sie 9 Millionen Euro. Da gibt es ein großes Feuerwerk, dass man sich geeinigt hat. Und wenige Wochen später werden wieder 5 Millionen abgezogen. Und dann kommt der Minister um die Ecke und legt einen Plan vor, wie diese 5 Millionen Euro für die Hochschulen im nicht medizinischen Bereich in Teilen kompensiert werden können. Da zieht einem dann doch schon die Socken aus, wenn man sich diese Rechnung anschaut. Da wird zum Beispiel dagegengerechnet, dass zusätzliche Mittel vom Bund für übermäßig zusätzliche Studierende überwiesen werden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Also weil die Hochschulen mehr Studenten aufgenommen haben, als eigentlich vereinbart waren, kriegen sie noch

mal Geld von den Hochschulen, und das könnte man ja – diese 5 Millionen, die in die Medizin gehen – nehmen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hochschulen hatten echte Aufwendungen. Deswegen kriegen sie diese zusätzlichen Mittel vom Bund. Das sind echte Studenten, die dahinterstehen, die auch nicht nur im medizinischen Bereich, sondern, ganz im Gegenteil, im nicht medizinischen Bereich aufgenommen wurden. Und so geht das dann weiter. Ich bin etwas irritiert und schockiert, dass, na, von einer Halbwertszeit kann man gar nicht mehr sprechen, aber dass der Bestand dieser Einigung noch nicht mal zwei, drei Monate lang war. Das bringt mich schon zum Nachdenken, mit welcher Seriosität hier das Bildungsministerium eigentlich zu Werke geht.

Ich möchte Sie auch fragen, Herr Bildungsminister: Wo ist denn eigentlich diese Vereinbarung schriftlich fixiert zwischen Hochschulleitung und Bildungsministerium? Ist es tatsächlich nur diese nicht selbsterklärende Tabelle, die Sie uns auch im Finanzausschuss vorgeworfen haben? Die hat überhaupt keinen Erklärungsteil, sie ist nicht selbsterklärend und kann vor allem nicht als Vereinbarung angesehen werden, weil sie völlig intransparent ist und nicht aus sich heraus nachvollziehbar ist. Also: Wo sind die Vereinbarungen niedergeschrieben, die Sie in Hasenwinkel getroffen haben? Hier in der Unterrichtung offensichtlich nicht, weil zum Beispiel die Hochschulpaktmittel da völlig rausgenommen sind, weil da diese 6 Millionen teilweise fehlen. Also ich bin wirklich irritiert.

(Marc Reinhardt, CDU: Das wundert mich nicht.)

Und, Frau Wippermann, verwechseln Sie das jetzt nicht mit Häme! Das ist einfach Kritik an der Landesregierung.

(Egbert Liskow, CDU: Aber Sie wissen doch, dass wir für die Hochschulplanung jetzt irgendwo fertig werden müssen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch mal insgesamt auf diesen irren Doppelbeschluss aus dem Jahr 2005/2006 zu sprechen kommen. Sie erinnern sich vielleicht, 2005 hat das Land beschlossen, wir bauen 20 Prozent der Stellen ab.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

2006 hat das Land beschlossen, wir behalten aber die gleich vielen Studienanfänger, weil wir kriegen ja Geld aus dem Hochschulpakt vom Bund. Und das hat nicht funktioniert, weil die Mittel aus dem Hochschulpakt die Stellenreduzierungen bei Weitem nicht kompensiert haben. Deswegen müssen wir uns schon heute fragen: Reicht das Geld aus für das, was die Hochschulen momentan leisten?

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, nämlich die sogenannte Gegenfinanzierung vom Hochschulpakt. Auf der Seite 13 der entsprechenden Unterrichtung, die uns vorliegt, finden Sie einen ganz famosen Satz, und der heißt, den möchte ich zitieren: „Die Gegenfinanzierungen bestreiten die Länder aus den jährlichen Zuwächsen gegenüber dem Basisjahr 2005.“ Das heißt: Die Landesregierung möchte die Gegenfinanzierung für den Hochschulpakt aus der Tarifsteigerung et cetera bezahlen, also entgegenstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht sollte ich noch mal das Prinzip erklären: Der Hochschulpakt ist dafür da, dass zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Die Länder haben sich verpflichtet, dass sie das Geld, was vom Bund kommt, noch mal eins zu eins dagegenstellen. So, und da sagt Herr Brodkorb: Na ja, nee, ich nehme einfach das, was ich so an Tarifsteigerungen jährlich drauflege, und rechne das als Gegenfinanzierung an.

Ja, aber das müsste er doch sowieso bezahlen, das hat doch nichts mit der Schaffung zusätzlicher Studienplätze zu tun. Das heißt: Unser Land, unsere Hochschulen kriegen momentan nur die Hälfte des Geldes für die Studienplätze, die sie zu schaffen haben. Ich finde das skandalös. Und das findet übrigens auch Eckhardt Rehberg skandalös. Er hat sich ja schon mehrfach durch Pressemitteilungen dazu positioniert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das soll auch noch,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Rehberg schon wieder! Einen Tag
Diessel, den anderen Tag Rehberg.
Was ist denn da los in der Union?! –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

das soll auch noch heute hier in diesem Erklären in Recht und Gesetz gegossen werden, dieser Zustand. Ich finde das skandalös.

Und wie gesagt, Frau Wippermann, das ist keine Häme, das ist Kritik an der Landesregierung.

Ich weiß nicht, wie wir hier mit unseren Hochschulen umgehen. Ich bin wirklich schockiert.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oooch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lehrbedarfsprognose liegt momentan nicht vor. Das heißt, eigentlich können auch die Zielvereinbarungen nicht abgeschlossen werden. Ich habe beim Bildungsministerium angefragt. Sie sollen am Ende des Jahres 2015 fertig sein, also pünktlich wahrscheinlich, nachdem man die Zielvereinbarungen abgeschlossen hat. Aber, wie Frau Oldenburg schon dargelegt hat, die sollen ja als Voraussetzung zur Abschließung der Zielvereinbarung schon vorliegen, damit man mit den Hochschulen überhaupt solide verhandeln kann und entsprechende Pläne fassen kann. Also, wie gesagt, auch hier Chaos in den Hochschulfinanzen. Die Hochschulfinanzen sind schon lange und noch lange nicht im grünen Bereich.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Müssen die
unbedingt in den grünen Bereich?
Das wollen wir gar nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen zunächst für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass der Minister noch das Wort ergreift. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Herr Saalfeld, die Hochschulen
sollen nicht in den grünen
Bereich, die sollen in
den schwarzen Bereich.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, und jetzt hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Herr Brodkorb, bitte.

Minister Mathias Brodkorb: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, das Land liegt in Schutt und Asche, nur die Hochschulleitungen haben es nicht gemerkt,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie mit den Verhandlungsergebnissen, die wir gemeinsam erzielt haben, ganz zufrieden sind

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Sie sind überhaupt nicht zufrieden.)

und wir ein einvernehmliches Ergebnis haben.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Jusos finden das auch.)

Ich würde gerne die Fragen, die hier gestellt wurden, beantworten, damit am Ende nicht die Behauptung aufgestellt wird, es würden die Fragen nicht geklärt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Der Spatz in der Hand ist besser
als die Taube auf dem Dach.)

In der Sache erspare ich es uns allen, die Eckwerte noch einmal ausführlich darzustellen, das habe ich schon in einer der letzten Landtagssitzungen in einer Grundsatzrede getan.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut, sehr gut.)

Zunächst: Frau Oldenburg, wahrscheinlich haben Sie es nicht so gemeint, aber man könnte Ihren Beitrag so interpretiert haben, als hätte es hier den Vorwurf gegeben, wir hätten Fristen dergestalt nicht eingehalten, dass wir uns nicht an das Gesetz gehalten haben.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das habe ich nicht gesagt.)

Ich habe ja gesagt, Sie werden es wahrscheinlich nicht so gemeint haben, aber man hätte es so verstehen können.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee, nee,
wenn man zugehört hätte! – Heiterkeit bei
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde gerne noch mal ...

Deswegen hat der liebe Gott ja den Konjunktiv II erfunden,

(Heiterkeit bei Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach, der liebe Gott war das?)

den ich gerade gebrauche.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte deswegen noch mal deutlich darstellen, dass die Regierung eine solche Abweichung von den vorgesehenen Fristen nur mit,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

eine solche Abweichung nur mit Billigung des Parlaments vornehmen kann. Der Abgeordnete Herr Liskow hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass eine sehr maßgebliche Fraktion in diesem Hause uns darum gebeten hat, und das, glaube ich, auch aus gutem Grund. Denn hätten wir Ihnen Eckwerte präsentiert, ohne die Finanzen darzustellen, dann hätten Sie genau dies kritisiert.

Zweitens. Frau Oldenburg, Sie möchten gerne wissen, wie viele Mittel HSP es denn sein werden. Das werden wir wissen, wenn wir im Jahr 2024 sind.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, aber die Prognose fehlt.)

Deswegen ist die einzige valide Annahme oder Aussage, die wir Ihnen im Moment geben können, genau die, die in den Eckwerten steht, weil das die Prognoserechnungen sind, die im Rahmen der GWK aufgestellt wurden. Da gibt es für andere Länder andere Prognoserechnungen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber
die haben wir ja jetzt schon nicht mehr.)

Und die Frage, wie viel Geld es am Ende sein wird, können wir Ihnen nicht beantworten,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tja!)

weil die Frage, wie viel Geld es sein wird, wird immer in Abhängigkeit von der unmittelbaren Studierendenzahl bestimmt. Ich bedauere, dass es so ist. Aber es ist eine für mich unlösbare Aufgabe, verbindlich in die Zukunft zu sehen und das zu bestimmen. Wenn das für die Linksfraktion hilfreich ist, stellen wir auch gerne diese Tabelle der GWK zur Verfügung, die Berechnungsgrundlage ist. Aber das ist das einzige verlässliche Dokument.

Hätten Sie gerne diskutiert oder sich informiert über Betreuungsrelationen an den Hochschulen? Da empfehle ich die Lektüre des Landesrechnungshofberichtes und des ifo-Gutachtens. Diese Daten liegen Ihnen seit Monaten vor.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Es geht
doch nicht um Zusätzliches. Es geht
um den Inhalt dieser Unterrichtung.)

Dann gab es, so habe ich das interpretiert, eine Beschwerde darüber, dass wir noch nicht ausführlich über den Finanzkorridor gesprochen haben im Bildungsausschuss. Dankenswerterweise hat Herr Saalfeld darauf hingewiesen, dass der Finanzausschuss mich gebeten hatte, die Dinge darzustellen, auch die Unterlagen zu übergeben. Der Bildungsausschuss hätte selbstverständlich dasselbe tun können und ich wäre selbstverständlich gekommen. Dann ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber auch nur
auf Antrag der GRÜNEN!)

Ja, Herr Saalfeld, dagegen ist doch nichts zu sagen, wenn Sie das beantragen und wir dem dann nachkommen.

(Zurufe von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann weiß ich nicht, Herr Saalfeld, wo Sie anrufen. Sie sollten aber an der richtigen Stelle anrufen, nämlich am besten dann bei mir,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Um Gottes willen!)

wenn Sie Informationen aus meinem Hause haben möchten. Die Auskunft, dass die Lehrbedarfsprognose erst am Ende des Jahres vorliegen wird, ist falsch.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist aus Ihrem Haus!)

Noch mal: Wen auch immer Sie anrufen, rufen Sie mich an!

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich habe ein Auskunftersuchen
bei Ihnen offiziell gestellt.)

Ist aber nicht aktuell.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da steht bestimmt „bis spätestens“, da steht mit Sicherheit nicht „Ende des Jahres“, sondern „spätestens“.

Ich darf Ihnen sagen, die Lehrbedarfsprognose ist fertig.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, aber ...)

Sie muss im Übrigen nur fertig sein zu dem Zeitpunkt, wenn die Zielvereinbarungen verhandelt werden. Frau Abgeordnete Oldenburg hat zu Recht zitiert aus dem Lehrerbildungsgesetz, dass sie die Grundlage der Zielvereinbarungen sind, nicht der Eckwerte. Wir diskutieren heute über die Eckwerte.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ja, aber die Zielvereinbarungen
leiten sich aus den Eckwerten ab.)

Diese Lehrbedarfsprognose liegt vor, sie wird in einem letzten Stadium überarbeitet. Ich schließe es nicht aus, dass sie noch im Juli dem Bildungsausschuss zur Kenntnis gegeben werden kann.

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Es kann aber auch sein, dass es erst nach der Sommerpause passiert,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber sie ist vom Datenkorsett her fertig.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Also sie ist fertig, allerdings
ist sie noch nicht fertig, also halbfertig!)

Insofern haben wir die entsprechenden Angaben, die wir brauchen für die Zielvereinbarungsverhandlungen. Dann hätte sich der Punkt vielleicht auch erledigt.

Noch ein Punkt zum HSP-Programm: Da haben Sie gesagt, es hätte die Medizin zu wenig Geld erhalten, dann hätte ich mir eine Notfinanzierung ausgedacht über den

Hochschulpakt und jetzt in den Hochschulen mir was weggenommen. Ich finde, es sind immer diese Spekulationen und Verschwörungstheorien, die eine sachliche Debatte hier im Hause wirklich erschweren. Gehen Sie doch bitte einfach zu beiden Dekanen der Medizinen und fragen Sie sie – das ist ein Vorschlag –, ob sie es selbst als ungerecht empfinden, dass die Medizin bis zu dieser Legislaturperiode aus dem Hochschulpakt noch nie profitiert hat,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, weil Sie auch noch
keine zusätzlichen Studienplätze
geschaffen haben.)

noch nie,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das war doch das Ziel des
Hochschulpaktes, Studienplätze schaffen.)

noch nie profitiert hat, obwohl der Hochschulpakt dazu da ist. Sie müssten das mal genau lesen, was im Hochschulpakt in der Vereinbarung steht, dass der Hochschulpakt dazu dient, Studienplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Und die Medizin ist expressis verbis erwähnt. Das ist die einzige Fächergruppe, die in der Hochschulpaktvereinbarung erwähnt wird.

Ich sage Ihnen ganz einfach: Auch die Medizin trägt durch ihre Studierendenzahlen zum Hochschulpakt bei. Deswegen ist es ungerecht, die Medizin aus dem Hochschulpakt außen vor zu lassen. So einfach ist das. Deswegen ist jetzt die Medizin Bestandteil dieser Förderung wie alle anderen Bereiche auch.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Brodkorb, Herr Saalfeld möchte eine Frage stellen.

Minister Mathias Brodkorb: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Bitte, Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wieso brauchten denn die Medizinen zusätzliches Geld, wenn Sie im März verkündet haben, dass die Hochschulen die strategische Handlungsfähigkeit – so Ihre Worte –, die strategische Handlungsfähigkeit bis 2020 gesichert haben?

Minister Mathias Brodkorb: Verstehe ich nicht. Herr Saalfeld, die strategische Handlungsfähigkeit wäre auch ohne den Hochschulpakt gesichert. Jetzt bekommen wir durch den Hochschulpakt mehr Geld und dann möchte ich, dass alle was davon abbekommen.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Eine Nachfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Und deswegen versuchen Sie gerade, die bestehende Vereinbarung über die Hochschulpaktmittel mit den Hochschulen im nicht medizinischen Bereich, die bis zum Jahr 2018 läuft, aufzukündigen?

Minister Mathias Brodkorb: Werter Abgeordneter Saalfeld, da ist nichts aufgekündigt worden, sondern die Rek-

toren haben im Einvernehmen mit dem Ministerium ein neues Tableau erörtert und sich auch darauf vereinbart. Dafür gibt es zahlreiche Zeugen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!
Welche Zeugen zum Beispiel?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Lassen Sie noch eine weitere Nachfrage zu?

Minister Mathias Brodkorb: Ja, selbstverständlich.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Minister!

Wie sieht denn dieses neue Tableau aus? Wie sehen die neuen Zahlen aus? Wie werden die Hochschulpaktmittel in Zukunft verteilt?

Minister Mathias Brodkorb: Es gibt im Wesentlichen zwei Änderungen. Das eine ist, dass die Studierenden der Medizin einbezogen werden. Das Zweite ist, dass die Studierenden der HMT doppelt gewichtet werden, weil dort teilweise im Einzelunterricht die Ausbildung sehr viel teurer ist als in gängigen Studiengängen und insofern eine Einfachgewichtung bei der HMT aus meiner Sicht nicht angemessen war. Dann sind aus den Studierenden im ersten Hochschulsemester entsprechende Quotenanteile gebildet worden und es hat sich eine Quotenanteilsverschiebung ergeben. Das ist alles.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und was für Geld steckt dahinter, welche Summe?

Minister Mathias Brodkorb: Ja, diese Quoten werden angewendet im Idealmodell beispielsweise auf die Summen, die hier in diesem Papier stehen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie wollen mir nicht antworten!

Minister Mathias Brodkorb: Ja, doch. Sie haben diese 194 Millionen, wenn ich mich recht entsinne, und daraus können Sie bestimmte Quoten ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
So gehts ja hier auch nicht! –
Zuruf aus dem Plenum: Frau Präsidentin!)

Wenn Sie bestimmte Quoten auf die 194 Millionen anwenden, haben Sie den Gesamtbetrag, über den eine Hochschule voraussichtlich maximal verfügen kann.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wieder haben Sie mir nicht geantwortet. Ich will wissen, welche Summe hier umgeschichtet wurde.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Was ist denn hier los?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Saalfeld, bitte keine Zwiesgespräche! Gibt es jetzt noch eine Frage Ihrerseits?

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn er sie zulässt.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Wie bitte?

Minister Mathias Brodkorb: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Selbstverständlich. Von daher haben Sie jetzt noch mal das Wort für eine Frage.

(Torsten Renz, CDU: Nein, das ist gelebte Debatte.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Minister!

Welche konkreten Summen werden vom nicht medizinischen Bereich bisher in den medizinischen Bereich umgeschichtet? Also welche Mittel gehen dann möglicherweise den Hochschulen jetzt, ich sage mal, verloren?

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Mathias Brodkorb: Ich verstehe, Herr Abgeordneter Saalfeld, die Frage nicht, weil wir jetzt mit dem Hochschulpakt III ein neues System haben, in das der Hochschulpakt II integriert wird. Durch die zusätzlichen Mittel, die da bereitgestellt werden, haben wir auch die Möglichkeit, der Medizin zu helfen.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das heißt, das gilt alles erst ab 2018?

Minister Mathias Brodkorb: Nein, der Hochschulpakt II auf Bundesebene ist ebenfalls aufgehoben worden in einer Fortschreibung des Hochschulpaktes III. Genauso müssen wir das auch machen, wenn wir die Logik des Bundes nachvollziehen wollen. Das sind sich überlagernde Zahlungsströme aufgrund der Studierendenzahlen. Das ist nun mal so. Technisch ist das nun mal so. Was soll ich sagen? Auch wenn Ihnen das nicht gefällt, das ist so.

(Egbert Liskow, CDU: Er denkt immer, es geht ab 2018!)

So, dann würde ich jetzt bei den Punkten weitermachen.

Also es gab kein Finanzloch in der Medizin, sondern ich fand es richtig, dass die Medizinen wie alle anderen Hochschulbereiche am Hochschulpakt partizipieren, weil sie dazu beitragen.

Und dann ist die Frage, die, glaube ich, auch Herr Saalfeld gestellt hat: Wie ist denn das jetzt mit den Finanzen, wo soll das jetzt geregelt werden? Da würde ich einen Blick in das Hochschulgesetz empfehlen, Paragraph 15 Absatz 3. Die Einzelbudgets der Hochschulen sind zu spezifizieren in den Zielvereinbarungen, nicht in den Eckwerten. Wir haben Ihnen hier mit den Eckwerten sogar mehr gegeben aufgrund der Debatte, die wir hatten, als eigentlich erforderlich wäre. Wir haben einerseits das Gesamtbudget ausgewiesen und hinten dann eine Detailrechnung für alle Hochschulen.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber festzuschreiben ist das in der Zielvereinbarung.

Diese Daten, die Sie hier in den Eckwerten haben, sind beispielsweise nur auf Basis dieser 1,5 Prozent kalkuliert. Insofern bilden sie auch noch nicht exakt die Tarifentwicklung ab. Das müssen wir in der Haushaltsaufstellung und im Haushaltsvollzug machen.

Insofern hoffe ich, dass ich alle Ihre Fragen beantwortet habe, und würde gerne noch mal zum Antrag der GRÜNEN

kommen. Ich persönlich kann dem Parlament nur empfehlen, ihn abzulehnen, und zwar damit nicht der Eindruck entsteht, dass hier jemals etwas anderes beabsichtigt worden wäre mit den Eckwerten als das,

(Heiterkeit bei Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was Sie in Ihrem Antrag stehen haben, aus folgendem Grund: Da kann man auf Seite 5 in den Eckwerten nachlesen, wo explizit davon gesprochen wird, bis wann das Abbaukonzept bei den Stellen gilt,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, und was ist danach?)

nämlich bis 2017 und danach nicht mehr. Es ist selbstverständlich, dass es dann nicht fortgesetzt wird,

(Heiterkeit und Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

was Sie beispielsweise, Herr Saalfeld, auf den Seiten 34 und 35 sehen können, wenn Sie wollen, wenn Sie mal aufschlagen. Das können wir an der Universität in Greifswald machen. Da sehen Sie nämlich, dass von 2018 zu 2019/2020 die Tarifsteigerungen zu 1,5 Prozent stattfinden und in den Jahren 2016 und 2017 nicht, weil es da noch einen Stellenabbau gibt. Das heißt, Sie sehen aus diesem Finanztableau, dass die gesamte Rechnung darauf basiert, dass es keinen Stellenabbau gibt ab 2017.

Das ist auch Grundlage aller Berechnungen gewesen, die ich im Finanzausschuss vorgestellt habe. Es ist exakt nachgewiesen, wie viele Stellen abgebaut werden und bis wann. Das sind offizielle Dokumente. Und es gibt eine ganz klare Zusage gegenüber den Hochschulen. Insofern bedarf es keiner zusätzlichen Zusicherung, es sei denn, man möchte den Eindruck erwecken, es wäre vielleicht vorher nicht der Fall gewesen. Aus meiner Sicht ergibt sich in den Dokumenten ausdrücklich, dass es so ist, dass nach 2017 oder in der Periode bis 2020 kein weiterer Stellenabbau geplant ist. Dadurch, dass ich das hier noch mal offiziell zu Protokoll gegeben habe,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

gilt das hiermit und der Antrag wäre damit aus meiner Sicht überflüssig. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt noch mal die Abgeordnete Frau Wippermann von der SPD-Fraktion.

Susann Wippermann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Schöne ist, wenn ich nach dem Minister spreche, kann ich mich immer recht kurzfassen,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist gut.)

weil er schon das meiste an Fragen beantwortet hat, die in den Raum gestellt wurden.

Und, Herr Saalfeld, auch wenn Sie Ihren Redebeitrag dieses Mal ohne die Häme, die ich vorher angemahnt hatte,

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

durchgeführt haben, dadurch wird der Inhalt aber immer noch nicht besser.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Der Unterrichtung!)

Wir leisten uns in unserem Bundesland sechs Hochschulen –

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eigentlich sind es sieben zusammen mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei, Rechtspflege in Güstrow – und wir machen das gern. Unsere Hochschulen erbringen Leistungen in Forschung und Lehre, sind Stätte der Wissenschaft und Künste und sie sind fest in den Regionen verankert, in denen sie wirken.

(Egbert Liskow, CDU: Das stimmt.)

Sie besitzen für unser Land Ausstrahlkraft in die ganze Welt. Die Hochschulleitungen nehmen ihre Aufgabe verantwortungsvoll wahr und führen ihre Hochschulen als erfolgreiche Managerinnen und Manager. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten engagiert in ihren Fachbereichen. Wir als Land wollen sie dabei tatkräftig unterstützen.

Der Herr Minister Brodkorb hat nun umfänglich zu den Finanzausstattungen Stellung genommen. Dazu kann ich nur sagen, natürlich können wir immer mehr Geld geben. Niemand wird Nein sagen, wenn man ein solches Angebot erhält. Aber was wir hier im Schloss nicht haben, ist ein Goldesel im Keller, Herr Saalfeld –

(Egbert Liskow, CDU: Oh!)

ich jedenfalls habe noch keinen gesehen –, der uns immer wieder fortwährend neues Geld nachliefert. Es tut uns leid, irgendwo sind auch unsere Kapazitäten begrenzt. Aber das, was wir geben können, das geben wir natürlich gern.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber vielleicht können wir damit anfangen, das
versprochene Geld wenigstens auszusahlen.
Wo sind denn die 6 Millionen? –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nach meiner Meinung sind unsere Hochschulen finanziell gut ausgestattet und auch auskömmlich. Sie kennen jetzt ihren wirtschaftlichen Handlungsspielraum über mehrere Jahre hinweg und wir haben ihnen dadurch eine verlässliche Grundlage für die weitere Entwicklung ihrer Einrichtung an die Hand gegeben. Aus Gesprächen weiß ich persönlich, dass die Hochschulen darüber alles andere als unglücklich sind.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir bleibt daher nur übrig, im Namen meiner Fraktion um den Startschuss zur Aufnahme der Verhandlungen für

die Zielvereinbarungen zu ersuchen, und ich bitte um Annahme unserer Anträge. Warum der Antrag der Bündnisgrünen abgelehnt werden sollte, hat der Minister hinreichend begründet. – Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat noch mal der Minister Brodkorb. Bitte.

(Egbert Liskow, CDU:
Der jetzt noch mal?!)

Minister Mathias Brodkorb: Frau Präsidentin, ich bedauere zutiefst, ich habe die Beantwortung einer Frage vergessen, einer relevanten.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass angeblich 6 Millionen Euro im Tableau der Haushalte 2014 und 2015 verschwunden sind. Ich nehme an, dass Sie zu dem Ergebnis kommen, wo auch immer Sie das glauben ausgerechnet zu haben. Ich kann mir das nur so erklären, dass Sie, ...

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Excel!)

Nee.

... dass Sie eine falsche Bezugsgröße wählen. Die Haushaltserhöhungsdaten, die wir vor zwei Jahren veröffentlicht haben, bezogen sich auf die damalige Mittelfristige Finanzplanung. In Haushaltsgesetzgebungsprozessen sagt man, man gibt 19 Millionen Euro mehr, dann bezieht sich das immer auf die Mittelfristige Finanzplanung. Sie können nicht die neuen Haushaltswerte miteinander vergleichen und daraus die 19 Millionen rekonstruieren, weil die eine andere Bezugsgröße haben, nämlich die Mittelfristige Finanzplanung. Ich bin mir ziemlich sicher, dass dies am Ende die Quelle der Missverständnisse ist.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Seite 6 in der Unterrichtung, Seite 6!)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Saalfeld.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zwei Punkte, dann will ich es dabei belassen:

Erstens. Der Minister ist immer noch eine Antwort schuldig geblieben, nämlich: Wie viele Hochschulpaktmittel werden noch in der laufenden Hochschulpaktphase bis zum Jahr 2018 umgewidmet beziehungsweise umgebucht aus dem nicht medizinischen Bereich in den medizinischen Bereich?

(Egbert Liskow, CDU: Das hat
er doch gesagt, da kann
er nichts sagen.)

Das hat er nicht gesagt. Er hat nur gesagt, auf Grundlage welcher Berechnungsgrößen er das machen will,

(Egbert Liskow, CDU: Er hat gesagt, er kann es nicht sagen, weil es immer jedes Jahr berechnet wird. – Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glocke der Vizepräsidentin)

aber er hat nicht gesagt, welche Summen.

Mir ist zugetragen worden, es sind 5,14 Millionen Euro. Das ist kein Pappenstiel, wenn man sich vorher gerade darauf verständigt hat, dass 9 Millionen Euro an die Hochschulen in die Grundfinanzierung zusätzlich fließen sollen, und jetzt auf einmal 5 Millionen wieder hinten rausfließen. Das finde ich schon eine wichtige Frage.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dann werde ich das durch eine kleine Anfrage klären oder durch die Befassung im Finanzausschuss oder wie auch immer. Aber um die Antwort wird er sicherlich nicht drum herumkommen.

(Egbert Liskow, CDU: Will er ja auch nicht.)

Aber dass er sich drum herumdrücken möchte, zeigt schon, dass es ihm sehr unangenehm ist.

(Egbert Liskow, CDU: Er hat doch versucht, es zu erklären, aber wenn Sie es nicht verstehen.)

Der zweite Punkt: Mit der Mittelfristigen Finanzplanung hat das Fehlen von Geldern überhaupt nichts zu tun, wenn ich Istwerte der Hochschulplanung beziehungsweise des Haushalts vergleiche oder wenn ich nicht Istwerte vergleiche, sondern die Planwerte.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das hat mit der Mittelfristigen Finanzplanung nichts zu tun.

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist doch hier abgebildet.)

Und wenn er jetzt sagt, wir kriegen 17 Millionen Euro mehr, zusätzlich, als vorher eingeplant, dann hatten die Rektoren recht, als sie eine gemeinsame Erklärung abgegeben haben und gesagt haben, wir kriegen de facto gar nicht 17 Millionen Euro mehr, es sind reine Verrechnungsgrößen. Dann ist es so.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber, quod erat demonstrandum, dann wissen wir zwei Jahre danach, die Rektoren hatten recht, es gibt nicht mehr Geld. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf aus dem Plenum: Oha!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4104 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass wir den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4152

sowie den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4153 im Falle der Überweisung des Antrages auch an den Bildungsausschuss überweisen? – Da sehe ich jetzt keinen Widerspruch. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und bei keiner Stimmenthaltung.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4152 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Gut. Danke. Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Wie hat jetzt die NPD gestimmt? Wir müssen noch mal wiederholen oder haben Sie sich eben nicht beteiligt? –

(Tino Müller, NPD: Zugestimmt! –
Egbert Liskow, CDU: Zugestimmt, sagt er.)

Gut, habe ich nicht gesehen. Dann verkünde ich jetzt das Abstimmungsergebnis. Dann ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/4152 einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4153 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4153 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der NPD.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4104 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Und die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4104 mit den soeben beschlossenen Änderungen angemeldet.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Angenommen.)

Herr Liskow, wir sind in der Abstimmung und ich bitte um Ruhe.

Angenommen, Entschuldigung. Das kommt nämlich dabei raus, Entschuldigung.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD:
Nee, nee, nee, das war vorher. –
Torsten Renz, CDU: Das war nicht die Ursache.)

Ich wiederhole das noch mal für das Protokoll.

Das stört, wenn immer jemand redet und man sich hier konzentriert und das gerne ordentlich zu Protokoll geben will.

Also noch einmal: Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/4104 mit den soeben

beschlossenen Änderungen angenommen, bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU und der Fraktion der NPD, bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volksentscheid – kurze Wege zum Wahllokal, Drucksache 6/4095.

**Antrag der Fraktionen DIE LINKE
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Volksentscheid – kurze Wege zum Wahllokal
– Drucksache 6/4095 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete,

(Jochen Schulte, SPD: Der? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Die!)

die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

(Torsten Renz, CDU: Was machen
wir bloß nach dem September? –
Marc Reinhardt, CDU: Wir haben
dann keine Themen mehr.)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landesverband Mehr Demokratie e. V. stellte kürzlich in seinem Bericht über Volksbegehren fest, dass Mecklenburg-Vorpommern mit 26 eingeleiteten direktdemokratischen Verfahren auf Landesebene zwischen 1994 und 2014 zu den Spitzenreitern unter den Bundesländern gehört. Dass es trotzdem 20 Jahre dauerte, ehe ein Volksbegehren erfolgreich war, macht deutlich, dass die 120.000 geforderten Unterschriften eine nur schwer zu nehmende Hürde darstellen.

Das eigentliche Problem in Mecklenburg-Vorpommern ist jedoch nicht das Unterschriftenquorum beim Volksbegehren, sondern das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid. Hier muss der Antrag nicht nur eine Mehrheit erhalten, sondern es müssen 33,3 Prozent der Stimmberechtigten zustimmen.

(Torsten Renz, CDU: Bis jetzt stimmt alles.)

Der Erfolg eines Volksentscheids hängt somit maßgeblich von der Abstimmungsbeteiligung ab.

In keinem anderen Bundesland ist das geforderte Zustimmungsquorum höher. Wir alle wissen, 33,3 Prozent entsprechen in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 450.000 Wahlberechtigten. Nur zum Vergleich: SPD und CDU hatten bei der Landtagswahl 2011 zusammen 399.220 Wähler.

(Torsten Renz, CDU: Können Sie
Ihre Stimmenanzahl noch mal sagen?)

Bedenklich ist das auch, weil zum Beispiel bei Personenvoten keine vergleichbare Legitimation gefordert wird. So gewannen Erwin Sellering und Lorenz Caffier ihre Direktmandate 2011 sowie Roland Methling die Wahl zum Rostocker Oberbürgermeister jeweils mit den Stimmen von etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten.

(Torsten Renz, CDU: Da standen aber
noch mehrere Leute zur Auswahl. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Bei Kenntnis all dieser Rahmenbedingungen kommt hinzu, dass sich die Koalitionsfraktionen nicht in der Pflicht sehen, unabhängig vom Inhalt der zu entscheidenden Frage für die Teilnahme an dem Volksentscheid im September zu werben – eine aus unserer Sicht zutiefst undemokratische Haltung, die von einer Gleichgültigkeit gegenüber Instrumenten der direkten Demokratie zeugt.

(Torsten Renz, CDU: Warum haben Sie die
Anträge nicht schon vor zwei Jahren gestellt?)

Um das alles nun auch noch rund zu machen, konnten wir den Medien in den letzten Wochen entnehmen, dass es eine Reduzierung der Wahllokale in den Städten und Gemeinden geben wird.

(Marc Reinhardt, CDU:
Kommunale Selbstverwaltung.)

Mit dieser Reduzierung, und da beißt die Maus keinen Faden ab, wird die Teilnahme der Wählerinnen und Wähler an den Wahlen weiter erschwert. Jetzt wird es vermutlich keine konkreten Zahlen geben, wie sich eine solche Reduzierung der Wahllokale auf eine Wahl- oder Abstimmungsbeteiligung auswirkt.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Klar dürfte jedoch sein, dass sie sich nicht erhöhen wird. Schaut man sich das ganze Prozedere an, drängt sich der Eindruck auf, man möchte den Volksentscheid unbedingt scheitern lassen.

(Andreas Butzki, SPD: Ach so?!)

Daraus haben die Koalitionsfraktionen auch keinen Hehl gemacht.

(Marc Reinhardt, CDU: Wir ziehen rum
und führen die Leute in die Wahllokale.)

Meine Damen und Herren, es ist Ihr gutes Recht, zum Anliegen des Volksentscheids eine andere Meinung zu haben und sich deshalb zu wünschen, dass er keinen Erfolg hat. Es kann als gute Demokraten aber nicht Ihr Anliegen sein, durch Erschwerung des Zugangs zu dieser Abstimmung für eine niedrige Beteiligung zu sorgen. Das wirft ein schlechtes Licht auf Sie und auch auf die Regierung.

Nun werden Sie sicherlich – und es gab ja auch schon die Zwischenrufe – gleich mit dem Argument kommen: Das geht uns nichts an, die Einteilung/Errichtung der Wahllokale oder Wahlbereiche, wie es richtig heißt, ist Sache der Kommunen selbst. Das ist deren Angelegenheit und da haben weder wir noch die Regierung sich einzumischen. Das ist sicherlich richtig und wird von uns auch nicht bestritten.

(Heinz Müller, SPD: Ha, ha!)

Dann, meine Damen und Herren, muss man aber auch den Verdacht jeglicher Einflussnahme ausräumen. Dabei denke ich an die Information der Landeswahlleiterin, wonach eine Reduzierung der Wahllokale rechtlich möglich sei. Die Landeswahlleiterin wird von der Regierung bestellt, der gleichen Regierung, die das Gesetz erlassen hat, das am 6. September durch den Volksentscheid zurückgedreht werden soll. Nach unserer Kenntnis ist es

das erste Mal, dass die Landeswahlleiterin eine derartige Empfehlung ausspricht.

Wie kommt sie zu dieser zumindest sehr fragwürdigen Maßnahme? Das meine ich nicht nur im Hinblick auf den politischen Hintergrund, sondern auch auf den rechtlichen. Wie kommt sie zu der Ansicht, die Reduzierung sei rechtlich möglich? Das Volksabstimmungsgesetz verweist hierzu in das Kommunalwahlgesetz. Das gibt es ja nun schon einige Zeit nicht mehr. Gut, wie wir gestern festgestellt haben, stört die Koalition dieses fehler- oder lückenhafte Volksabstimmungsgesetz nicht wirklich. Wir können uns ja einfach vorstellen, der Verweis ginge ins Landes- und Kommunalwahlgesetz und weiter in die Landes- und Kommunalwahlordnung. Die Landes- und Kommunalwahlordnung sagt insofern, dass ein Wahlbereich bei Kommunal- oder Landtagswahlen nicht mehr als 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner aufweisen soll. Ausnahmen sind Direktwahlen von Bürgermeistern oder Landräten. Dann soll eine Vergrößerung der Wahlbereiche auf bis zu 5.000 Einwohner möglich sein, wenn die Wege zu den Wahlräumen nicht oder nur unwesentlich verlängert werden.

Die Landeswahlleiterin meint nun, dass diese Ausnahme auch für den Volksentscheid gelten soll, da es sich in beiden Fällen um die Abstimmung eines Einzelfalls handelt. Diese Argumentation ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Sehe ich mir zum Beispiel die Landtagswahlen an, wird die Erststimme direkt, also auch als Einzelfall wie bei einer Bürgermeisterwahl vergeben. Die Zweitstimme ist dann wieder kein Einzelfall. Damit würde bei Landtagswahlen lediglich wegen des Grundsatzes der einheitlichen Wahlbezirke keine Unterscheidung vorgenommen werden. Das wäre mir erstens neu und zweitens überhaupt nicht vermittelbar, warum man Erst- und Zweitstimme anhand des Merkmals „Einzelfall“ qualitativ unterscheiden wollte.

Meine Damen und Herren, das Einzelfallmerkmal ist aus unserer Sicht glatter Unfug. Fakt ist, beim Volksentscheid wird über ein landesweites Gesetz abgestimmt. Damit sind auch die Regelungen einer landesweiten Wahl anzuwenden. Man mag ja einwenden, dass das Volksabstimmungsgesetz in das Kommunalwahlgesetz und nicht in das Landeswahlgesetz verwiesen hat und noch verweist. Für mich stellt es sich aber so dar, dass, wenn ein Gesetz durch Volksentscheid zur Abstimmung steht, hierfür auch die Regelungen einer Landtagswahl gelten müssen. Jedenfalls ist es so: Wenn Wahlen und Abstimmungen nach der Verfassung gleichgestellt sind, müssen sie auch entsprechend behandelt werden. Darüber hinaus gibt es aber noch die Bedingung, dass sich die Wege nicht oder nur unwesentlich verlängern. Da stellt sich die Frage: Was ist wesentlich oder unwesentlich?

Ich habe Kenntnis von einem Schreiben des Amtes Ludwigslust-Land, wo man einräumt, dass sich für 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Wege zum Wahllokal von einem auf fünf Kilometer erhöhen werden. Das wurde dann als unwesentlich angesehen. Meine Damen und Herren, für ein Fünftel der Bevölkerung vervünfachen sich die Wege zum Wahllokal – eine Steigerung um 400 Prozent! Wenn das „unwesentlich“ sein soll, frage ich mich, ab wann wir überhaupt von „wesentlich“ reden dürfen. Ich halte es also nicht nur für bedenklich, dass die Landeswahlleiterin überhaupt eine Empfehlung gibt, sie gibt darüber hinaus auch eine nach unserer Ansicht falsche Empfehlung.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch! Das ist kein Vorwurf an die Kommunen, weil sie die Zahl der Wahllokale reduzieren.

(Heiterkeit bei Minister Lorenz Caffier)

Die Kommunen haben begrenzte Möglichkeiten. Der Termin ist direkt nach der Sommerpause und damit sehr problematisch. Aus Sicht der Kommunen habe ich natürlich Verständnis dafür, wenn sie versuchen, die Geschichte „Volksentscheid“ auf kleiner Flamme zu kochen, ich habe jedoch kein Verständnis dafür, wenn sie von der Landesebene auch noch dazu ermuntert werden. Wenn wir es mit der direkten Demokratie ernst nehmen und sie in der Verfassung verankern, dann müssen wir ihr auch die Chance geben, erfolgreich sein zu können. Es kann nicht sein, dass ein Zustimmungsquorum von einem Drittel der Wahlberechtigten gefordert und dann nichts unternommen wird, um die Abstimmungsbeteiligung zu erhöhen, ja sogar bewusst in Kauf genommen wird, dass sie sinkt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns von dieser Stelle aus die Kommunen dazu ermuntern, eine faire Anzahl von Wahllokalen einzurichten! Zeigen Sie, dass direkte Demokratie in diesem Hause ernst genommen wird! Zeigen Sie, dass auch Sie großes Interesse an einer Wahlbeteiligung haben!

(Torsten Renz, CDU: Ich gehe auch hin.)

Abschließend ein Gedanke, der mir bei der Debatte zu unserer Großen Anfrage gekommen ist. Herr Prachtl hat in seiner ureigenen Art bildlich und emotional auf der Festveranstaltung den Geist der Verfassungsdiskussion dargestellt. Dieser Geist war getragen von dem Kampf um die besten Argumente, der Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen, immer mit dem Ringen um eine breite und lebhafte Diskussion unter Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger.

Demokratie, meine Damen und Herren, muss man lernen, täglich und nicht nur alle fünf Jahre! – Ich bedanke mich und freue mich auf die anschließende Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Herr Caffier steht ja schon da, der Minister für Inneres und Sport. Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Frau Borchardt, ich bin zum einen enttäuscht über Ihre Ausführungen und zum anderen halte ich sie zum Teil für eine Frechheit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eine Gefühlsschwankung in einer Rede.)

Ich weise mit aller Entschiedenheit Ihre unterschwellige Anschuldigung gegenüber der Landeswahlleiterin, die eine

unabhängige Behörde ist und selbstständig arbeitet, zurück. Ihre Argumentation, sie wurde ja von der Landesregierung ernannt, die hinkt nun wirklich. Meines Wissens werden die Richter von der Justizministerin ernannt. Wollen Sie infrage stellen, dass Richter unabhängig handeln?

(Heinz Müller, SPD: Wenn es ihr in den Kram passt, dann tut sie auch das. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Also Sie bauen hier ein Gerüst auf, das finde ich in der Tat schon unerhört von Ihnen!

Zum einen fordern gerade Sie von der Fraktion DIE LINKE zu Recht keinen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Was Sie hier fordern, ist ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung! Auch die Unterstellung gegenüber der Landesregierung, dass wir kein Interesse an einem Volksentscheid oder einer Wahl haben, ist vollkommen daneben. Egal welche Ausführung von Wahlen wir im Land haben, ich glaube, alle Demokraten sind sich darüber einig, dass wir ein großes Interesse an einer hohen Wahlbeteiligung haben. Das ist doch vollkommen unstrittig und gilt für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gleichermaßen. Wie der jeweilige Wähler entscheidet, das ist diesem immer noch selbst überlassen. Aber hier einen Popanz aufzubauen, nur weil eine Landeswahlleiterin Anfang Mai auf der gesetzlichen Grundlage eine Information an alle Landkreise und kreisfreien Städte herausgegeben hat – wofür sie keine Genehmigung beim Minister, beim Abteilungsleiter oder beim Staatssekretär einholen muss, weil sie eine unabhängige Behörde ist –, das halte ich, mit Verlaub gesagt, für eine Frechheit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist es auch.)

Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen Antrag vorgelegt. Eingangs wusste ich nicht genau, weshalb Sie die 20 Prozent von Erwin SELLERING beziehungsweise mir erwähnten – die Oberbürgermeisterin in Schwerin hat es nicht mal auf 10 Prozent gebracht, da sind wir immer noch etwas besser –, aber das waren ja Zahlenspiele, die konnte man nicht genau nachvollziehen. Sie wollen im Endeffekt über die organisatorischen Rahmenbedingungen für den Volksentscheid reden. Die Adressaten dieses Appells sind die für die Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung Verantwortlichen. Gegen Appelle, liebe Kollegin Borchardt, ist im Grunde nichts einzuwenden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na siehste!)

dennoch halte ich das Vorgehen der Oppositionsfraktionen zumindest für fragwürdig.

Es wird zunächst erst mal eine Pressemeldung ohne große Recherche in einen Antrag gegossen und dem Landtag präsentiert. Der Öffentlichkeit wird suggeriert, dass die Abstimmung möglicherweise irgendwo im Land versteckt torpediert wird. Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass wir versuchen, diese Abstimmung zu torpedieren? Wie kommen Sie darauf, dass die vielen an dem Volksentscheid Beteiligten im Land sich nicht für bestmögliche organisatorische Rahmenbedingungen einsetzen? Genau darüber reden Sie ja in Ihrem Antrag. Wie kommen Sie auf diese Feststellung, dass die Kommunen sich nicht ordnungsgemäß auf diesen Volksentscheid vorbereiten?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das möchte ich auch mal wissen.)

Das erklären Sie bitte hier den Abgeordneten, dass sie dies nicht tun!

Dieses pauschale Misstrauen, was Sie hier vorführen, ist aus meiner Sicht ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich vor Ort engagieren, die sich einbringen, die im Ehrenamt bereit sind, die organisieren –

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

ob es der örtliche Wahlleiter, ob es die Wahlhelfer und die vielen Freiwilligen sind, die immer wieder dazu beitragen, dass solche Wahlen stattfinden können –, die stellen Sie infrage.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig, Herr Minister.)

Deswegen halte ich, ich habe es eingangs gesagt, Ihre Ausführungen für eine Frechheit. Tut mir leid, das sage ich selten, aber in dem Fall ist es so.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das kann man auch mal sagen. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Oh!)

Ich finde, hier überziehen Sie mit Ihrem Vorgehen und Ihren Anschuldigungen maßlos.

Meine Damen und Herren, wenn mit Halbwissen hantiert wird, wird es oftmals nicht nur gefährlich, sondern hin und wieder auch verwirrend. Das können wir gerade tagtäglich abends im Fernsehen in der Griechenlanddebatte verfolgen. Das ist aber auch beim Verfahren zum Volksentscheid nicht anders. Insofern geben Sie uns natürlich die Möglichkeit, die Unklarheiten noch mal darzulegen.

Zuallererst ist festzuhalten, dass nach den Bestimmungen des Volksabstimmungsrechts für die organisatorische Vorbereitung eines Volksentscheids die kommunalwahlrechtlichen Regelungen heranzuziehen sind. Darauf haben Sie schon verwiesen. Für die Einteilung der Gemeindewahlbezirke sind die Gemeindevahlleitungen verantwortlich, nicht die Landesregierung, nicht das Innenministerium, nicht der Landtag, sondern die Gemeindevahlleiter teilen die Wahlbezirke ein. Die sind unabhängig und keinerlei Weisungen meines Hauses oder von anderen unterworfen. Sie entscheiden selbstständig, sie orientieren sich aber an den Vorgaben für Kommunalwahlen. Dabei kann die Regelung herangezogen werden, die auch für Bürgermeister- oder Landratswahlen gilt. Demzufolge sind Wahlbezirke mit bis zu 5.000 Einwohnern möglich.

Es gibt wieder zwei Ausnahmen. Wenn am 6. September in einer Gemeinde zusätzlich eine Bürgermeisterwahl oder ein Bürgerentscheid stattfindet, sind – sind! – kleinere Wahlbezirke festzulegen. Zweitens. Wenn die Wege zu einer Wahlurne zu lang werden, können die betroffenen Wahlbezirke nicht zusammengelegt werden. Hierfür werden sowohl die durchschnittlichen als auch die größten Distanzen, die die Bürger auf dem Weg zu den Abstimmungsräumen zurücklegen müssen, miteinander verglichen. Das alles ist nach meiner Auffassung ein transpa-

rentes Verfahren. Die Entscheidungen der Gemeindewahlleitungen vor Ort können anhand dieser Kriterien nachvollzogen oder auch infrage gestellt oder anders festgelegt werden.

Wie gesagt, diese Regelungen gelten auch für die Bürgermeister- und die Landratswahlen. Das sind Vorschriften, die sich bisher immer bewährt haben, die jedes Jahr in unterschiedlichen Ebenen mehrfach zur Anwendung kommen, ohne dass bisher irgendjemand in dieser Frage ein Demokratiedefizit vermutet hat. In absolut keiner Weise wird der Volksentscheid deswegen, wie hier ansatzweise suggeriert, gegenüber anderen Wahlen schlechtergestellt. Es ist nur die rechtliche Grundlage, über die wir reden.

Wer mit der Organisation und der Durchführung nicht einverstanden ist, kann den Volksentscheid, liebe Frau Borchardt, hinterher selbstverständlich anfechten und gegebenenfalls auch vor dem Landesverfassungsgericht klagen. Die Erfolgsaussichten dafür dürften jedoch denkbar schlecht sein. Eine Überprüfung durch die Greifswalder Richter vor der Abstimmung ist im Übrigen aus Sicht meines Hauses nicht möglich. Die Landeswahlleiterin vertritt in dieser Frage die gleiche Auffassung.

Meine Damen und Herren, die Antragsteller werden gewiss argumentieren, dass es sich bei dem Volksentscheid um eine landesweite Abstimmung handelt und deshalb die Regelungen für die Landtagswahlen heranzuziehen sind, wie Sie ja schon ausführten. Das ist aber in der Tat zu kurz gedacht. Für die Landesregierung und die unabhängige Landeswahlleitung stehen andere Argumente im Vordergrund. So wird nach Paragraf 20 des Volksabstimmungsgesetzes der Volksentscheid in den Gemeinden durchgeführt. Außerdem ist der Umstand entscheidend, dass der Volksentscheid mit einer Stimme je Wähler und der einfach auszuzählenden Ja-Nein-Entscheidung erfolgt. Damit ähnelt der Volksentscheid von Anfang an viel eher einer Bürgermeister- oder Landratswahl als einer Landtagswahl, denn da haben Sie unterschiedliche Systematiken. Bei dem Bürgermeister kreuzen Sie auch nur an: Müller, Meier, Schulze.

Die Wahlvorstände können an einem Abend viel mehr Stimmzettel auszählen als bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr. Alles in allem handelt es sich um ein nachvollziehbares und transparentes Verfahren. Niemand wird in irgendeiner Form benachteiligt und schon gar nicht versuchen diejenigen, die solche Wahlen vorbereiten, zu tricksen, sondern es gibt dafür einen klaren Rechtsspielraum.

Am 6. September wird ein ordnungsgemäßer Volksentscheid durchgeführt, auf dessen Ergebnis wir alle gleichermaßen mit Spannung blicken. Wir sollten uns bis dahin auf die Inhalte und das Werben für die jeweilige Position konzentrieren. Das ist auch vollkommen in Ordnung. Wir sollten für eine hohe Beteiligung sorgen. Störfeuer, die die Menschen verunsichern und die Fakten verdrehen, sollten in dieser Frage außen vor bleiben. Bei dem Volksentscheid, da sollten wir uns alle einig sein, geht es um ein wichtiges, um ein demokratisches Element. Dem entsprechend sollten wir mit der notwendigen Ernsthaftigkeit diskutieren, und nicht mit Unterstellungen oder Halbwissen wie in diesem Antrag. Insofern bitte ich Sie in der Frage um eine sachliche Diskussion.

Ich kann Ihren Antrag in der Form nicht mittragen, weil das, wie ausgeführt, hier sachlich auf der Grundlage

geltenden Rechts erfolgt. Noch mal, ich kann das, was Sie gegenüber der Landeswahlleiterin unterschwellig geäußert haben, auf gar keinen Fall, auch als Dienstherr nicht, akzeptieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt von der CDU-Fraktion.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Woche haben wir uns bereits – wir haben es gehört – mehrmals mit dem Thema Gerichtsstruktureform oder auch Volksentscheid beschäftigt, nun ein drittes Mal. Wenn wir uns die Parlamentsdatenbank angucken, befinden sich dort inzwischen 15 Dokumente zum Gegenstand Gerichtsstruktureform und sogar 17 Dokumente zum Thema Volksbegehren. Und die Opposition, denke ich mal, wird nicht müde werden, uns hier noch mehrfach damit zu behelligen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, behelligen ist das?!)

Nun also noch dieser Antrag der Opposition. Der Landtag soll an die für die Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung Verantwortlichen appellieren. Wir sollen uns demnach dafür einsetzen, dass bestmögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ich finde es schade, dass den Zuständigen auf kommunaler Ebene dies nicht zugebraut wird, so, wie es der Minister auch schon gesagt hat. Ich gehe davon aus, dass sich die Gemeindewahlleiter ihrer großen Verantwortung bewusst sind. Sie und die ehrenamtlichen Wahlhelfer sind enorm wichtig und erweisen unserer Demokratie einen großen Dienst. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion bei allen Beteiligten recht herzlich bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Sehr gut.

Umso trauriger finde ich es, dass LINKE und GRÜNE dies offensichtlich nicht zu würdigen wissen. Durch die Hintertür erheben sie nämlich den Vorwurf, die Verantwortlichen würden nicht von allein für die bestmöglichen Rahmenbedingungen sorgen und der Appell des Landtages sei dafür notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, anstatt diesen inhaltlich sehr leeren Antrag einzubringen, sollten Sie das ehrenamtliche Engagement der Wahlhelfer wertschätzen und fördern und nicht deren Einsatzbereitschaft in Misskredit bringen. Die Gemeindewahlleitungen werden ihr Möglichstes tun, um die Wege zu den Wahllokalen kurz zu halten. In einem Flächenland ist es jedoch nicht immer einfach, genügend Wahlhelfer zu finden. Somit wäre es auch für die Zukunft sinnvoller, wenn wir von den demokratischen Fraktionen alle gemeinsam um Wahlhelfer werben. Dadurch würden wir die Demokratie in unserem Land entscheidend stärken.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, toll!)

Das Land tut bereits sein Möglichstes für den reibungslosen Ablauf des Volksentscheids. Nach den Paragraphen 17 und 25

des Volksabstimmungsgesetzes werden den Gemeindebehörden sowohl die Kosten für die Bekanntmachung des Begehrens als auch die Kosten für den Entscheid erstattet. Den Gemeinden entstehen also keine zusätzlichen Kosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem Antrag wird auf die Anzahl der Wahllokale eingegangen. Die Landeswahlleiterin wies bereits darauf hin, dass nach dem Volksabstimmungsrecht die kommunalwahlrechtlichen Regelungen gelten. Der Minister hat bereits darauf hingewiesen, deshalb kann ich das ein wenig abkürzen und wir können zu einem praktischen Beispiel kommen, an dem mir sehr gelegen ist, zum Beispiel zu der Ankündigung der Stadt Schwerin: Bei der Landtagswahl hat es noch 62 Wahllokale gegeben, jetzt sind es wahrscheinlich um die 35 Wahllokale für den Volksentscheid. Als Begründung gibt die Stadt an, dass es das Problem langer Wege in Schwerin auch bei verringerter Zahl der Wahllokale nicht gebe.

Vielleicht sprechen Sie zuerst mal mit Ihrer Parteikollegin, der Oberbürgermeisterin von Schwerin, oder noch besser, Sie nehmen Ihren Antrag heute mit und geben ihn den beiden Stadtvertretern Herrn Holter und Herrn Foerster. Sie sollten sich vielleicht an der Stelle, wo der Antrag hingehört, das ist nämlich die Stadtvertretung in Schwerin, erst mal dafür einsetzen, dass man dort erneut mit 65 Wahllokalen an den Start geht, und hier nicht so einen Wischiwaschi-Antrag vorlegen, der völlig aus der Reihe fällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn am 6. September dieses Jahres jedoch eine weitere Wahl stattfindet, darf der Wahlbezirk nicht mehr als 2.500 Einwohner beinhalten. Der Volksentscheid wird somit behandelt wie jede andere Wahl, für die die kommunalwahlrechtlichen Regelungen anzuwenden sind. Von einer Schlechterstellung kann somit keine Rede sein. Ferner werden sich engagierte Bürger bestimmt nicht durch einen anderen Standort ihres Wahllokals von der Partizipation abbringen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder Bürger kann also, wenn er will, an dem Volksentscheid teilnehmen. Die Landeswahlleiterin als überparteiliches, unabhängiges und zudem höchstes Wahlorgan unseres Landes hat in ihrer Pressemitteilung die rechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt.

Da die kommunalwahlrechtlichen Regelungen gemäß dem Volksabstimmungsrecht zum Zuge kommen, werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir als CDU-Fraktion vertrauen den Verantwortlichen auf kommunaler Ebene, die gewiss selbstständig für die bestmöglichen Bedingungen sorgen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Schön vorgelesen.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die demokratische Opposition hat hier im Landtag bekanntlich immer wieder auf die Bedeutung des ersten Volksentscheids für dieses Bundesland hingewiesen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das stimmt.)

Wir haben immer wieder gefordert, dass die Bürgerinnen und Bürger bei einem Volksentscheid umfassend informiert werden, denn gerade bei einem so komplexen Vorgang wie Zustimmung oder Ablehnung zu einem Gesetzentwurf muss es im Interesse aller Demokraten liegen, dass Bürgerinnen und Bürger sich umfassend informieren und bewusst entscheiden können.

Wer – und das tun meines Wissens zumindest verbal alle demokratischen Fraktionen und Parteien – für eine hohe Wahl- und Abstimmungsbeteiligung wirbt – der Innenminister hat das gerade noch einmal getan –, der muss auch dazu beitragen, dass dies in der Praxis ermöglicht wird. Dazu gehört nicht nur eine, wie bereits ausgeführt, umfassende und ausgewogene Information zum Abstimmungsgegenstand, dazu gehören auch, Bürger und Bürgerinnen zur Stimmabgabe zu motivieren, aktiv dafür zu werben und die Hürden für eine Teilnahme am Volksentscheid so niedrig wie möglich zu gestalten.

Die Reduzierung auf eine Veröffentlichung im Amtsblatt, so, wie gestern vom Innenminister erklärt, reicht da bei Weitem nicht aus. Die Haltung, die ich hinter einer derartigen Position vermute, erweckt eher den Eindruck, dass Sie vielmehr auf eine geringe Abstimmungsbeteiligung setzen und auf diese Art und Weise hoffen – und das will ich hier auch ganz klar sagen –, mit Ihrer verfehlten Gerichtsstrukturreform dadurch davonzukommen, dass sich nicht genügend Bürgerinnen und Bürger am Volksentscheid beteiligen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist eine böswillige Vermutung.)

Vermutungen, glaube ich, darf ich hier äußern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Auch böswillig.)

Jetzt will ich an dieser Stelle einmal auf das eingehen, was hier teilweise gesagt worden ist, vorgehalten worden ist, in den Antrag hineininterpretiert worden ist.

Ich glaube, und das ist der erste Punkt, dass wir hier mehrfach deutlich gemacht haben – Herr Reinhardt hat ja sogar die Drucksachen in der Datenbank der Landtagsverwaltung gezählt –,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Zählen lassen.)

dass wir immer wieder deutlich gemacht haben, dass es durchaus Anhaltspunkte gibt. Das fing seinerzeit bei der Umdeutung der ersten Volksinitiative an, das setzte sich fort bei der Frage, wie sollen denn Bürgerinnen und Bürger informiert werden, das fand seinen Eingang in die Frage, inwieweit denn die Position der Minderheitenfraktionen, also der Oppositionsfraktionen, in das Amtsblatt aufgenommen wird. All das haben Sie abgelehnt. Überall an diesen Punkten haben Sie, zumindest für mich, den Eindruck erweckt, dass Sie kein Interesse an einer umfassenden Information haben, dass Sie nicht daran interessiert sind, dass Bürgerinnen und Bürger umfassend motiviert werden sollen, an diesem Volksentscheid teilzunehmen oder sich über einen komplexen Gesetzentwurf zu informieren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist übrigens, sehr geehrte Damen und Herren, der nächste Punkt. Und, Herr Caffier, damit ich da nicht missinterpretiert werde,

(Minister Lorenz Caffier: Nein.)

ich unterstelle niemandem auf der Gemeindeebene, dass er oder sie nicht ordnungsgemäß diese Volksabstimmung durchführen will. Das tue ich definitiv nicht, sondern da habe ich volles Vertrauen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir auch. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da bin ich ja beruhigt.)

Ich will an dieser Stelle auch sagen, ich bin sehr sicher, dass das ordnungsgemäß ablaufen wird, aber ich sage gleichzeitig, neben der rechtlichen Dimension, über die man sich ja möglicherweise juristisch streiten kann, ist es die Interpretation, ob die Landesgesetzgebung Grundlage ist oder möglicherweise das Heranziehen der Bestimmungen aus dem Kommunalwahlgesetz – es ist ja inzwischen ein Landes- und Kommunalwahlgesetz –, ob das rechtlich in Ordnung ist oder nicht, die Frage kann und vermag ich hier gar nicht zu beurteilen. Aber wenn das rechtlich angefochten wird, der Innenminister hat das richtigerweise gesagt, dann soll ein Gericht darüber entscheiden. Darum geht es hier nicht. Es geht in diesem Antrag um eine politische Dimension,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah!)

und da kann ich nicht nachvollziehen, was Herr Reinhardt – er ist leider jetzt nicht da – vorhin gesagt hat, als er sich auf Schwerin bezogen hat. Wenn ich Wahllokale reduziere, und es deutet sich an, dass dieses in Größenordnungen in diesem Land zum 6. September geschehen wird, dann muss ich davon ausgehen, dass die Wege weiter sind, dass Bürgerinnen und Bürger einfach einen weiteren Weg zum Wahllokal haben und damit eine größere Distanz zurücklegen müssen. Mir kann doch keiner erzählen, dass das nicht dazu führt, dass Menschen, die zweifeln, ob sie hingehen wollen oder nicht, sich dann davon abhalten lassen. Natürlich ist das ein Hinderungsgrund für jemanden, wenn er daran teilnehmen will, und ich bitte, das einfach zur Kenntnis zu nehmen!

Vor dem Hintergrund haben wir einen Antrag formuliert, der Appellcharakter hat. Nämlich bei dieser politischen Dimension geht es darum, wie dicht will ich das Netz machen, das Netz der Wahllokale, um es Bürgerinnen und Bürgern einfach zu machen, an dieser Volksentscheid teilzunehmen. Das ist unsere Philosophie. Und das, Herr Innenminister, entscheiden Kommunen übrigens sehr unterschiedlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Ich kann mich gut daran erinnern, dass aufgrund einer Kleinen Anfrage der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund der CDU-Bürgermeister Alexander Badrow klar und deutlich gesagt hat, selbstverständlich bieten wir die 60 Wahllokale an, die in Stralsund bei jeder Kommunalwahl angeboten werden, und zwar aus einem Grund: Es ist politisch wichtig, das anzubieten, damit eine umfassende Beteiligung an diesem Volksentscheid gefördert wird. Aber es gibt zig Standorte ...

(Torsten Renz, CDU: Was sagen
Sie denn zu Schwerin?)

Da kommt die Frage: Was sagen Sie denn zu Schwerin? Ich halte das, Herr Renz, für eine falsche Entscheidung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach!)

wenn sie denn hier so getroffen worden ist. Ich halte das in jeder Gemeinde für die falsche Entscheidung. Und dieses Hilfsargument – ich sage das sehr bewusst –, man müsse das tun, weil man nicht darauf zurückgreifen könne, genügend Wahlhelfer akquirieren zu können, da bin ich in der Tat gerne bereit, dafür zu werben, dass das auch von unserer Seite wieder entsprechend unterstützt wird. Ich sage aber gleichzeitig, das kann doch nicht das Argument sein, weshalb ich auf die Hälfte der Wahllokale verzichte. Das ist aus meiner Sicht die falsche politische Entscheidung, das falsche politische Signal,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Kommunale Selbstverwaltung.)

und es kommt in der Öffentlichkeit auch so an, als sei dieser Volksentscheid gar nicht so wichtig. Man könne ja da auf die Hälfte verzichten.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber das entscheiden doch die.
Das entscheidet doch der Landtag nicht.)

Ich will noch einen weiteren Punkt benennen, ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wie bitte?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich konnte das, Herr Liskow, leider hier vorne nicht verstehen. Ich habe die herzliche Bitte, dann eine Frage zu stellen. Die lasse ich gerne zu und antworte Ihnen. Aber das war mir jetzt an dieser Stelle zu weit entfernt.

... das ist mir wichtig an dieser Stelle: Die Diskussion, die bis jetzt geführt worden ist, ist auf der rechtlichen Ebene geführt worden. Mein Interesse bei diesem gemeinsamen Antrag von LINKEN und GRÜNEN ist: Mit welchem Selbstverständnis begibt sich denn dieser Landtag in seiner letzten Sitzung vor dem Volksentscheid in diese Auseinandersetzung? Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, dafür zu appellieren, dass möglichst viele Wahllokale aufrechterhalten werden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Für meine Begriffe hätte das schon früher viel offensiver über eine umfassende Information, über Werbung et cetera, die ganz neutral gestaltet werden kann, geschehen müssen. Jetzt hängt es sogar an den Wahllokalen.

Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, wir würden der Demokratie einen Bärendienst erweisen, wenn dieses Signal nicht von diesem Landtag ausgeht. Und der Antrag ist in der Tat – Herr Reinhardt hat ihn als inhaltsleer beschrieben –, ich sage, der ist so einfach und oberflächlich, da müsste wirklich jeder Demokrat in diesem Haus tatsächlich zustimmen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den hätte sogar
Herr Reinhardt verstehen müssen.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Drese von der SPD-Fraktion.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag soll ein vermeintliches Problem thematisiert werden, das es gar nicht gibt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die Betonung liegt auf „vermeintlich“.)

Der mit dem Antrag geforderte Appell des Landtags an alle für die Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung Verantwortlichen ist überflüssig. Noch mehr: Er unterstellt, die vor Ort in den Kommunen Verantwortlichen bedürften einer gesonderten Aufforderung durch den Landtag.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Wenn man die Diskussionen in den letzten Wochen betrachtet, konnte man den Eindruck gewinnen, dass von mancher Seite so getan wurde, als wollten die Gemeinden, die in Mecklenburg-Vorpommern seit 25 Jahren für einen ordnungsgemäßen Wahlablauf Sorge tragen, für die Teilnahme an dem Volksentscheid Hürden errichten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja. Aberwitzig!)

Sehr geehrte Damen und Herren, nach den Bestimmungen des Volksabstimmungsgesetzes sind für die organisatorische Vorbereitung eines Volksentscheids die kommunalwahlrechtlichen Regelungen heranzuziehen. Bezogen auf den Zuschnitt der Wahl beziehungsweise die Stimmbezirke und damit die Zahl der Wahl- beziehungsweise Abstimmungsräume richtet sich die zulässige Größe eines Wahlbezirks nach der Art der Wahl. Für allgemeine Kommunalwahlen soll ein Wahlbezirk nicht mehr als 2.500 Einwohner aufweisen.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir alles schon dreimal gehört.)

Für den Fall, dass ausschließlich eine Bürgermeister- oder Landratswahl durchgeführt wird, ist dagegen eine Wahlbezirksgröße von bis zu 5.000 Einwohnern grundsätzlich möglich. Diese Regelung kann auch für den am 6. September stattfindenden Volksentscheid herangezogen werden. Bei einem Volksentscheid und einer Bürgermeisterwahl handelt es sich um eine einzelne Abstimmung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Nur wenn an diesem Tag in einer Gemeinde weitere Abstimmungen, wie zum Beispiel eine Bürgermeisterwahl oder etwa ein Bürgerentscheid, stattfinden, sind solche größeren Wahlbezirke bereits aus diesem Grund ausgeschlossen.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Drese!

Stefanie Drese, SPD: Ja.

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Suhr, glaube ich, möchte eine Frage stellen. Lassen Sie das zu?

Stefanie Drese, SPD: Nein.

(Beifall Rainer Albrecht, SPD)

Hinzu kommt ein Weiteres: Zusätzliche Bedingung für die Vergrößerung der Wahlbezirke ist, dass dadurch der Weg zu den Wahlräumen für die Wahlberechtigten nicht oder nur unwesentlich verlängert wird. Die Gemeindevahlleitungen entscheiden eigenständig und wie in den vergangenen 25 Jahren verantwortungsbewusst anhand dieser Kriterien,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

wie viele Wahlbezirke und damit auch Abstimmungsräume für die Durchführung des Volksentscheids erforderlich sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Schwerin zum Beispiel.)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch Folgendes klarstellen, damit kein falscher Eindruck entsteht: Die Kosten des Volksentscheids trägt das Land. Es erstattet den Ämtern, amtsfreien Gemeinden, kreisfreien Städten und Landkreisen die durch die Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids entstandenen notwendigen Ausgaben. Tatsache ist, jede und jeder Abstimmungsberechtigte, die oder der am Volksentscheid teilnehmen und abstimmen will, darf und kann selbstverständlich abstimmen, und wer abstimmen will, wird auch abstimmen. Entscheidend für eine Beteiligung an der Abstimmung ist der Abstimmungsgegenstand und nicht die Größe des Wahlbezirks.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete ... Herr Andrejewski?

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Nein.)

Dann ist das Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum wiederholten Mal versuchen sich LINKE und GRÜNE hier im Landtag mit fremden Federn zu schmücken. Der Volksentscheid gegen die Gerichtsstrukturreform eignet sich erstklassig für dieses makabre Spiel der Politik. Vor dem Hintergrund einer hohen Beteiligung am Volksentscheid sollen bestmögliche organisatorische Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Als Ablenkungsmanöver wird ein Streit um die Zahl der Wahllokale entfacht. Niemand soll mehr darüber nachdenken, wer eigentlich die Axt an die Wurzel der dritten Gewalt gelegt hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Boah! Was für ein Bild!)

Dabei sind es nicht nur die Parlamentarier der SPD und CDU, die mit den absonderlichsten Strukturereformen die begleitenden Rahmenpläne für das Ausbluten unserer Heimat ersinnen, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja. Boah!)

auch LINKE und GRÜNE gehören seit Jahren und seit jeher zu den Gegnern altbewährter Strukturen. Während

sich die Schweriner GRÜNEN in öffentlichen Debatten bürgernah geben, sprechen sich die Brandenburger Kollegen deutlich für das Gegenteil, für eine Kreisreform, aus. Die innenpolitische Sprecherin Nonnemacher vertritt die Ansicht, dass es dem Bürger letztendlich egal sei, wo verwaltet wird. Landkreise von mindestens 150.000 Einwohnern sind dort ein Wunsch der GRÜNEN. Andernorts formulierte man es noch eindeutiger: In Baden-Württemberg schlugen die GRÜNEN vor Jahren einen 3-Stufen-Plan für eine Justizstrukturreform vor. Unter anderem wurde gefordert, die 17 Landgerichte auf 12 sowie die 108 Amtsgerichte auf 44 zu reduzieren.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch mal was!)

Woran orientieren sich solche Vorschläge zur Reduzierung in der Regel? Richtig, an den zuvor in einem ersten Schritt geänderten Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte, in Mecklenburg und Vorpommern erstmals initiiert von Rot-Rot, wir erinnern uns. Die eigentliche Erfindung stammte nicht einzig von SPD und CDU,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

sondern auch von der Linkspartei, der damaligen PDS. In Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner SPD wurde mit dem Gesetz über die Funktional- und Strukturreform 2006 ein bedeutender Grundstein für die aktuelle Kahlschlagpolitik gelegt, denn niemand kann ernsthaft behaupten, Gerichtsstrukturreform, Polizeistrukturreform und Kreisgebietsreform stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang.

2002 brachte Gottfried Timm

(Udo Pastörs, NPD: Gottfried!)

die Einigkeit zwischen SPD und PDS, heute durch CDU und GRÜNE ergänzt, auf den Punkt. Zitat: „Wenn dieses Land seine Entwicklungspotenziale erschließen will, kann es sich die Schwerfälligkeit und Kleinteiligkeit der Verwaltung, wie sie derzeit existiert, nicht mehr leisten.“ Zitatende. Hierbei wird das Wort „Verwaltung“ bis heute als Synonym für Landkreise, Polizei und Gerichte verwendet.

Es ist ein Hohn, hier in Scheingefechten ein ausschlaggebendes Verhältnis zwischen der Anzahl von Wahllokalen und den Beteiligungen am Volksentscheid zu konstruieren, aber um Ausreden sind Sie ja nicht verlegen. Dann wird der Schwarze Peter eben den Bürgern im Land und ihrem fehlenden Willen zur demokratischen Teilhabe zugeschrieben, so auch geschehen in Ueckermünde. Am Protestzug gegen die Schließung des Amtsgerichts im Dezember 2014 war die Bürgerbeteiligung überschaubar. Dabei lag der Grund auf der Hand: Nur wenige hatten Lust, sich mit den eigentlich Verantwortlichen für die Gerichtsschließung Seite an Seite zu stellen. Ein ehrenamtlicher Betreuer spottete am Mikrofon über den anwesenden Patrick Dahlemann und seine Phrase der gelebten Demokratie,

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

mit der er zuvor versuchte, seine politische Einstellung zu rechtfertigen: „Politiker sollten ihre Entscheidung für ihre Wähler und nicht für ihre Parteien treffen“, so der Betreuer.

(Udo Pastörs, NPD: Ein
Möchtegern-Dandy ist das.)

Dem SPD-Mann Dahlemann versiegten daraufhin die Worte.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Heinz Müller, SPD: Das kann ich
mir gar nicht vorstellen.)

Wir halten fest, die Menschen aus Mecklenburg und Vorpommern würden sich aus freien Stücken zahlreich am Volksentscheid beteiligen, unabhängig von der Entfernung zum Wahllokal. Entscheidend ist das Gefühl, ernst genommen zu werden, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

und die Aussicht, mit der abgegebenen Stimme Veränderungen herbeiführen zu können.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Solange die rot-schwarz-grüne Einheitspartei die Fäden zieht, verhindern Lügen und Betrug notwendige Veränderungen im Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

In diesen Zeiten können kurze Wege zum Wahllokal nicht schaden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tolle Rede.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Ersten möchte ich feststellen – Herr Reinhardt ist zwar nicht mehr da –,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch
bezeichnend, dass der nicht mehr da ist.)

Wischwaschi-Anträge, na ja, also die Anträge, die wir teilweise von der CDU und der SPD beziehungsweise umgedreht vorgelegt bekommen, die die Regierung unterstützen, zum Jagen tragen und so weiter,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, na, na! –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wo keine konkreten Festlegungen enthalten sind, ich weiß nicht, wo da der Unterschied sein sollte.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber gut, darüber kann man sich ja streiten, ne?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, nicht wirklich.)

Die Hauptsache ist, man stellt die Ministerinnen und Minister in ein gutes Licht und sagt, man hat ja etwas getan,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben
wir ja auch! Haben wir ja auch!)

ihre Anträge brauchen wir nicht und so weiter. Das kennen wir alles,

(Udo Pastörs, NPD: Aus eigener Erfahrung.)

das ist das Spiel, keine Frage. Aber viel ernster ist, dass wir, sowohl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch meine Fraktion, Sie seit Monaten bitten, den Volksentscheid als das zu werten, was er ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wird er ja auch.)

nämlich ein hohes demokratisches Recht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, das machen wir doch auch!)

und ebenso das Volksbegehren. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als wir die Erste Lesung des Volksbegehrens hier im Landtag hatten – Herr Müller hat damals für seine Fraktion gesprochen –, dass es keine Würdigung dieses ersten erfolgreichen Volksbegehrens war.

(Tino Müller, NPD: Heinz Müller. –
Udo Pastörs, NPD: Herr Senator.)

Erst der dritte ...

Na, von Ihnen reden wir doch gar nicht. Also das können wir ganz kurz machen, ne?

(Heiterkeit und Zurufe vonseiten
der Fraktion der NPD)

Das wissen Sie doch, Herr Müller, Sie sind außer Konkurrenz hier. Das ist doch alles.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Tino Müller, NPD: Ja, das ist ja klar.)

Also erst mein Fraktionsvorsitzender hat dieses Volksbegehren, das erfolgreiche Volksbegehren gewürdigt

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so? Ich fand die
Rede von Herrn Müller auch nicht schlecht. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

als dritter Redner,

(Glocke der Vizepräsidentin)

als dritter Redner. Dann haben wir Sie gebeten beziehungsweise aufgefordert, gemeinsam für den Volksentscheid zu werben: Abgelehnt mit ganz konkreten Aussagen, von Ihnen abgelehnt, weil das muss man nicht.

Der Anlass war damals, dass wir gesagt haben, egal, wie man inhaltlich zu diesem Volksentscheid steht, aber die Anerkennung des demokratischen Rechts und dafür zu werben,

(Udo Pastörs, NPD: Jedes
zweite Wort ist „demokratisch“.)

dass die Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen, das ist doch das Mindeste, der kleinste Konsens, auf den man sich hier verständigen sollte, und nicht ständig das Gejammer darüber, dass es immer weniger Wahlbeteiligung gibt, wir aber die Bürgerinnen und Bürger kaum ermutigen, mit diesen Instrumenten sehr selbstbewusst umzugehen.

Herr Caffier, Ihre Vorwürfe weise ich zurück, weil wir uns, denke ich, natürlich sehr, sehr vorsichtig ausgedrückt

haben. Aber der Beigeschmack bleibt, das sage ich ganz offen. Der Beigeschmack bleibt auch deshalb, weil Sie gestern im Zusammenhang mit dem Volksabstimmungsgesetz nach wie vor keine Bedarfe für Änderungen gesehen haben.

Das Dilemma ist doch dieses Volksabstimmungsgesetz, das sich nach wie vor a) auf ein Gesetz bezieht, was gar nicht mehr vorhanden ist, und b) diese Auseinandersetzung, ob denn ein Volksentscheid, wo über ein Landesgesetz entschieden wird – also das dann hier im Land gültig ist, egal jetzt, ob dieses oder zukünftig ein anderes –, zu werten ist als Kommunalwahl, Bürgermeisterwahl oder Landtagswahl. Das sind doch die ganzen Fragen, die man innerhalb der Änderung des Volksabstimmungsgesetzes einfach mal auf die Tagesordnung nehmen muss! Aber Sie haben gestern keinen Bedarf gesehen.

Das haben Sie vor vier Jahren in der 5. Wahlperiode schon mal ganz anders gesehen. Mich würde interessieren, wie denn damals die Prüfung des im Koalitionsvertrag festgelegten Auftrags, das Volksabstimmungsgesetz hinsichtlich seiner Aktualisierung zu prüfen, ausgegangen ist, zu welcher Entscheidung Sie gekommen sind. Hier im Landtag haben Sie gesagt, es besteht Bedarf, es besteht Änderungsbedarf, wir werden ein neues Gesetz vorlegen. Wir haben es immer noch nicht, die Widersprüche sind nach wie vor da!

Ich will auch ganz deutlich sagen, egal in welcher Gemeinde und ob das ein Bürgermeister der LINKEN, der CDU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festlegt, die Entscheidung selber, Wahllokale zu reduzieren, halten wir für falsch. Wenn man dann Zahlen aus einer großen Stadt nennt – Rostock von 134 auf 49, Schwerin wurde auch gesagt –, aber keine Zahlen aus dem ländlichen Raum,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

muss ich sagen, dort ist doch das große Problem.

Nein, Ihre Redner haben überhaupt keine Zahlen genannt, obwohl die ja teilweise auch bekannt sind. Das Problem ist doch der ländliche Raum, wo wir deutlich machen müssen, fünf Kilometer, um zum Wahllokal zu kommen, sind für die Bürgerinnen und Bürger eine andere Hürde als ein Kilometer.

Dann will ich noch etwas zu den Ehrenamtlichen sagen. Wenn Sie es richtig verfolgt haben, es gibt ja eine Internetseite www.volksentscheid-mv.de, dort wird damit geworben, dass sich auch die Initiatorinnen und Initiatoren des Volksbegehrens sehr wohl als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer melden. Ich habe mich auch in meiner Gemeinde gemeldet und Sie können es ebenfalls alle tun. Also wir werden dafür werben, dass das abgesichert ist, keine Frage. Dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Vergangenheit die Wahlen, Abstimmungen und was es alles gibt, immer ordentlich und mit hohem Engagement vorbereitet haben, hat hier niemand infrage gestellt. Das weise ich ausdrücklich zurück.

Unser Appell ist, und das ist ein politischer Appell, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass die Wege zu den Wahllokalen nicht noch weiter erschwert werden, nicht mehr. Das ist einzig und allein der Sinn unseres Antrages und ich weiß nicht, wenn man sich Ihre Reden hier anhört, warum man dem nicht zustimmen kann. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Borchardt.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4095. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Und die Gegenprobe. – Danke. Die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4095 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU und keiner Stimmenthaltung.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Finanziellen Aderlass unserer Heimat beenden – Ausgabengerechte Ausstattung der Kommunen sichern, Drucksache 6/4109.

**Antrag der Fraktion der NPD
Finanziellen Aderlass unserer
Heimat beenden – Ausgabengerechte
Ausstattung der Kommunen sichern
– Drucksache 6/4109 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Nicht nur Griechenland ist de facto zahlungsunfähig, sondern auch immer mehr Kommunen im Land stehen vor dem finanziellen Aus. Ihre sogenannte Kreisgebietsreform, Herr Innenminister Caffier, ist ein Rohrkrepierer, ebenso wie die Polizeistrukturereform.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und das, was wir eben gehört haben, wird sich dem anschließen.

Allein um die Altschulden zwischen den alten und neuen Landkreisen ist ein erbitterter Streit entbrannt. So sollen zum Beispiel die Amts- und Gemeindeverwaltungen des Landkreises Vorpommern-Greifswald 27 Millionen Euro Altschulden ihrer Vorläufer eintreiben. Der Innenminister hat das so angeordnet. Jetzt werden Sie sagen: Ja, auf der Grundlage des Landkreisneuordnungsgesetzes und auf der Grundlage eines Urteils des Verwaltungsgerichts. Richtig. De facto bedeutet dies jedoch, nur als Beispiel aufgeführt, allein für Wolgast 1,3 Millionen Euro, die die Verwaltung gar nicht zahlen kann, weil sie so gut wie kein Geld mehr hat. Während sich im Bund besonders die SPD- und CDU-Regierung als Retter von Griechenland aufspielt und absehbar ist, dass dies dem deutschen Steuerzahler mindestens 80 Milliarden Euro Totalverlust bringen wird, erzählt die Landesregierung den Kommunen, dass sie gefälligst selbst sehen sollen, wo sie bleiben.

Meine Damen und Herren, Ihre Jubelmeldungen über weniger Arbeitslose in M-V und die Hinweise aus dem Finanzministerium, dass die Steuergelder sprudeln, sind reine Augenwischerei. Schon längst weigern sich Bürgermeister, zukünftig auch nur einen Cent an das Land zu zahlen. Die Bürgermeister fordern, was wir als NPD hier in diesem sogenannten Hohen Hause immer und

immer wieder eingefordert haben: die kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen und im Rahmen eines vernünftigen Finanzausgleichsgesetzes für eine bessere Mittelausstattung zu sorgen.

Es war hier an dieser Stelle, als beim Gesetzgebungsverfahren des letzten FAGs der Senator Müller von der SPD großsprecherisch auftrat und in Richtung Gemeinden äußerte,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

diese sollten ihre Spielräume besser nutzen und ihre kommunalen Aufgaben dadurch erfüllen, dass sie Abgaben leisten und an der Steuerschraube drehen. An der Steuerschraube drehen, das heißt also, überdenken, wo man denn noch etwas herausquetschen kann. Gemeint war natürlich, dem Bürger kräftig die Grundsteuer B zu erhöhen, was ja auch geschehen ist, und den Gewerbetreibenden mit einer kräftigen Gewerbesteuererhöhung auf den Pelz zu rücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber nicht nur in diesem Bereich betrügen Sie den kleinen Mann, sondern ganz besonders auch durch die bisher noch gar nicht objektiv erfassten Belastungen, die durch die von Ihnen geförderte und gewollte Überfremdung unseres Landes ausgelöst werden.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, wo ist die denn?! Gucken Sie doch mal ins Land!)

100.000 Fremde aus der ganzen Welt versammeln sich in Deutschland und entreichern zusehends die Gemeinden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Entreichern!)

Länder und Städte unserer Nation, so auch hier in Mecklenburg-Vorpommern. Bereichern tun sich all jene Überfremdungslobbyisten und besonders DIE LINKE, die SPD und die GRÜNEN.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE: Aaah!)

Da werden Posten geschaffen, gut dotierte Posten, als Integrationsbeauftragter,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sozialarbeiter, Psychologe, Sozialpsychologe, Dolmetscher und so weiter. Wir haben es ja heute Morgen in der Fragestunde gehört.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf aus dem Plenum: Psychologe?!)

Psychologe, ja, für Fremde, die nicht selten mit unlauteren Absichten hier in unser Land strömen.

(Jörg Heydorn, SPD: So wie Sie. So wie Sie. –
Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Zurverfügungstellung von Wohnraum für Asylantenheime ist ein Millionengeschäft. Da tummeln sich dann wieder die Gutmenschen und schachern um die Staatsgelder, die ja reichlich fließen zur Unterbringung und Betreuung der Eindringlinge. Der Steuerzahler finanziert, die

Überfremdungsmafia kassiert. Auch dieses Problem trifft die Gemeinden vor Ort mit voller Härte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – David Petereit, NPD: So ist es.)

Einige Schlagzeilen aus den letzten Wochen und Monaten aus Ihren eigenen Systemmedien seien denn hier auch noch zitiert. Die „Schweriner Volkszeitung“ schrieb: „Die Gemeinden sind wirtschaftlich am Ende“. Die „Ostsee-Zeitung“ vom 12.05. dieses Jahres schrieb nicht, was passiert, wenn Griechenland pleite ist, sondern sie titelte, Zitat: „Kein Geld in der Kasse: Was passiert, wenn eine deutsche „Kommune pleite ist?“. Die „Ostsee-Zeitung“ vom 25.06. dieses Jahres: „Post vom Innenminister: Bürgermeister sauer“. Die Empfehlung aus dem Innenministerium an die Gemeinde Lüssow lautete ganz einfach: „Steuern erhöhen und auf die Doppik vertrauen.“ Das waren die Worte von Innenminister Caffier. „Da stimmt was mit dem System nicht“, wird ein parteiloser Bürgermeister in der „Ostsee-Zeitung“ zitiert.

Sie müssen sich mit dem finanziellen Aderlass und den Verhältnissen, die dann nicht selten in zwei Kilometern Umkreis um diese Beglückungsheime stattfinden, abfinden.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, weil der Braune sich da rumtreibt! – Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Durch eine höhere Grundsteuer B und mit allgemeinen Gebührenerhöhungen wird den Einheimischen noch das Letzte abgepresst werden müssen, um das bezahlen zu können. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, besonders von der SPD und den GRÜNEN,

Recht hat er, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ihr Parteienstaat ist auf hohem Niveau pleite, noch nicht zahlungsunfähig, aber pleite. Mit den jetzigen Wirtschaftsdaten erfüllen Sie längst nicht einmal mehr die EU-Kriterien für die Eurowährung. Und das, was bisher von Ihnen zu diesem Thema gesagt wurde, basiert auf einer Unkenntnis der zukünftigen Kosten, die auch durch das ungehemmte Her einlassen von Fremden aus der ganzen Welt entstehen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie sind nicht in der Landesregierung.)

Sie haben bei der Verabschiedung des FAGs die nationaldemokratische Fraktion massiv beschimpft, verunglimpft, sind nicht auf unsere seinerzeitigen Sachargumente und Warnungen eingegangen

schulden offensichtlich unserer eigenen Bevölkerung keine Treue mehr. Sie sind nicht bereit, Schaden vom Volke abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren. Die Bewahrung einer gewissen wirtschaftlichen Unabhängigkeit unserer Menschen hier im Lande interessiert Sie einen feuchten Dreck. „Fremdwohl“ heißt die Devise und das Eigenwohl unserer Menschen ist vollkommen aus Ihrem Blickwinkel verschwunden. Die Anzahl der Anträge zu diesem Thema sprechen hier eine ganz deutliche Sprache.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

und haben sich frei nach Ihrem Schweriner Modell lächerlich gemacht. Die Tatsachen beweisen dies. Nun kommt eine neue Kostenpeitsche auf den Steuerzahler zu. Ich rede von den Kosten für die Unterbringung sogenannter Asylanten und Flüchtlingszuwanderer, wie sie genannt werden. Es vergeht keine Stunde, in der Sie hier nicht mit Drohungen und einer heuchlerischen Moralkeule die Menschen in unserem Land zwingen wollen, widerstandslos eine erneute Überfremdungswelle über sich ergehen zu lassen. Die Kosten für dieses aus unserer Sicht verantwortungslose Vorgehen bürden Sie selbstverständlich nicht sich selber auf – Sie nehmen nicht einen auf –, sondern dem Steuerzahler.

Wenn Sie in der Flüchtlings- und Asylpolitik so weitermachen und kriminelle und auch abgelehnte Asylanten sowie sich unberechtigt in der BRD aufhaltende Menschen nicht abschieben, wenn Sie weiterhin gleichzeitig den Eindruck erwecken, dass wir Deutschen eine Pflicht hätten, die Probleme der Welt in Deutschland oder Europa lösen zu müssen, wird es einen Aufstand geben. Wenn Sie weiterhin der Auffassung sind, dass die Gemeinden vor Ort die Gebühren für Kindergärten erhöhen müssen und andere Sozialleistungen gestrichen werden sollen, dann sagen Sie das hier noch deutlicher als bisher! Wenn Sie auch der Auffassung sind, dass die Fremden weiterhin relativ bessergestellt werden sollen als die einheimische Bevölkerung von M-V,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

In der Praxis läuft das so:

dann sagen Sie es hier an dieser Stelle, wie Sie es schon immer wieder gesagt haben, ganz deutlich nochmals!

Erstens. Der Bund weist Fremde zu.

Zweitens. Das Land verteilt auf die Kreise und Kommunen. Die Kommunen wissen nicht mehr weiter. Die Kommunen vor Ort sind überfordert, nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch und wohnungswirtschaftlich.

Wir von der NPD sagen genau das Gegenteil: Nicht die Fremden haben im Mittelpunkt der Fürsorge des Staates zu stehen, sondern die Deutschen als Staatsvolk und ganz besonders die deutschen Familien mit Kindern. Sorgen Sie also für eine vernünftige Finanzausstattung der Kommunen vor Ort für Deutsche und stärken Sie damit das wirtschaftliche und kulturelle Leben der einheimischen Bevölkerung vor Ort! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Drittens. Der Bund verspricht den Ländern Hilfe. Die Länder versprechen den Kommunen Hilfe und den Schwarzen Peter haben die Gemeinden vor Ort. Die müssen mit all den Problemen fertigwerden, die ihnen aufgezungen werden, auch von Ihnen hier.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Sie wollen das so, wir von der NPD nicht.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Unsere Landsleute vor Ort wollen jedoch keine Asylantenheime in ihrer Nachbarschaft, das ist ein Faktum.

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

(Stefan Köster, NPD: Das Wattebäuschchen.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es fällt einem natürlich schwer zu einem Antrag zu sprechen, der eigentlich von der Überschrift her von Kommunal финанzen handeln sollte, den aber Herr Pastörs, weil er offensichtlich zu den Kommunal финанzen nichts zu sagen hat, wieder in sein Lieblingsthema umdeuten musste, nämlich die Hetze gegen die Schwächsten der Schwachen, gegen die, die hier Hilfe suchen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind Fakten! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich muss sagen, Herr Pastörs, ich habe es Ihnen auch schon mehrfach gesagt, ich finde es einfach menschlich erbärmlich, wenn man so viel Angst vor hilfeschuchenden Menschen hat wie Sie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Stefan Köster, NPD: Wir haben eine
Verantwortung gegenüber den
nachfolgenden Generationen.)

Ich meine, es ist natürlich die Vorgehensweise der NPD, nach unten, nach den Schwachen zu treten und nach oben zu buckeln. Das sieht man ja an Ihren hierarchischen Strukturen, denen Sie gerne nachhängen. Es ist einfach nicht das Modell, auf dem man eine friedliche, freundliche und solidarische Gemeinschaft aufbauen kann. Deswegen ist es natürlich ganz gut, dass der demokratische Block, wie Sie ihn immer so schön nennen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Ja, danke, dass Sie das übernehmen.)

so breit ist und wir auch heute diesen Antrag ablehnen werden.

Ich muss, bevor ich dann doch auf Ihren Antrag eingehe, zwei Begriffe zurückweisen, nämlich die Begriffe der „Eindringlinge“ und der „Asylanten“. Sie gehören einfach nicht in dieses Haus, sie gehören auch nicht in diese Gesellschaft, diese Begrifflichkeiten,

(Zurufe von Tino Müller, NPD,
und David Petereit, NPD)

weil sie nicht zutreffend sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und, wie gesagt, ich finde, es sagt viel mehr über Sie aus als vermeintlich über die Personen, die Sie hier, glaube ich, beschreiben wollen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

denn Sie haben eine paranoide, schon fast an eine Paranoia grenzende Angst vor den Schwächsten der Schwachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das müssen Sie sich einfach noch mal vor Augen führen. Vielleicht kann man ja hier oder da auch mal mit der Hilfe

einer dritten Person, die sich darauf professionalisiert hat, Fortschritte erreichen,

(Stefan Köster, NPD: Sprechen Sie
da aus Erfahrung, Herr Saalfeld?
Jahrzehntelange Erfahrung.)

aber ich habe diese Hoffnung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da ist Hopfen und Malz verloren!)

aber ich habe diese Hoffnung, ehrlich gesagt, persönlich schon aufgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf diesen Antrag hat das Parlament, ich sage mal,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nicht unbedingt gewartet.)

nicht unbedingt gewartet. Ich habe mal gezählt. Wir haben uns mit dem Thema Kommunal финанzen in dieser Legislatur allein elf Mal befasst und Ihre Beiträge waren nicht wirklich substanziell.

(Udo Pastörs, NPD: Nee, aber Ihre! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jetzt kommen Sie daher und glauben, uns damit beglücken zu können. Es sind natürlich hier im demokratischen Spektrum bereits alle Positionen abgedeckt. Natürlich gibt es Fraktionen, die sagen, wir brauchen mehr Geld für die Kommunen. Natürlich gibt es Fraktionen, die sagen, wir haben einen guten Weg gewählt,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

indem wir jetzt in Abstimmung mit den Kommunen erst mal einen Gutachter beauftragt haben, der uns eine entsprechende Grundlage liefern wird, auf der wir 2018 eine novellierte Form vorlegen werden. Aber auf Ihre Position haben wir nun wirklich nicht gewartet, weil es dieser nicht bedarf. Sie ist entbehrlich.

Ich muss auch sagen, offensichtlich hat die NPD eine sehr lange Signalleitung, denn spätestens seit dem Dezember 2013 ist Ihnen ja bekannt, dass das FAG erst 2018 neu novelliert in Kraft tritt.

(Udo Pastörs, NPD: Deswegen habe ich
gesagt, dass es schneller geschehen
muss, dass es vorgezogen werden soll.)

Jetzt frage ich mich natürlich, warum Sie nach gut anderthalb Jahren daherkommen und in Ihrem dritten Punkt fordern, dass das alles viel zu spät ist.

(Stefan Köster, NPD: Auch die größten
Probleme können größer werden. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie, die NPD, braucht offensichtlich vom Informations-
eingang bis zur Antragstellung anderthalb Jahre.

(Heiterkeit bei Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Der nächste Antrag
kommt 2018, aber dann in der
außerparlamentarischen Opposition.)

Also das ist leider nicht rekordverdächtig, aber es zeigt doch, wie intensiv oder beziehungsweise nicht intensiv diese Fraktion der NPD arbeitet, was sie mit den Steuergeldern anfängt..., also betreibt:

(Udo Pastörs, NPD: Langsam, langsam, Herr Saalfeld!)

offensichtlich keine parlamentarische Arbeit. Aber das ist, denke ich, auch noch mal ein Beispiel dafür, dass Sie an parlamentarischer Arbeit überhaupt kein Interesse haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Natürlich nicht!)

Da möchte ich noch ein weiteres Beispiel anfügen: Wir haben ja die sogenannten Kommunalfinanzberichte des Landesrechnungshofes, die wir alljährlich im Finanzausschuss beraten. Und jetzt raten Sie mal, von wem zu diesen Kommunalfinanzberichten niemals Anträge kommen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lassen Sie mich raten! Die NPD-Fraktion? Ah! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Tja, was meinen Sie denn?
Warum sollen die denn kommen?)

Von der NPD.

(Martina Tegtmeier, SPD: Auch im Sozialausschuss kommen ja keine Anträge.)

Alle Fraktionen stellen im Normalfall, also eigentlich immer, Anträge zu den Kommunalfinanzberichten.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind doch ein heuchlerischer Bub.)

Und die NPD, die jetzt hier suggeriert, dass sie die Interessen der Kommunen vertritt, versagt natürlich immer an den Stellen, wo man wirklich etwas ändern könnte.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:
Das ist Quatsch.)

Deswegen sind Sie überhaupt nicht glaubwürdig,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

wenn Sie sozusagen hier vorne rumturnen, Politik simulieren und den Eindruck vermitteln wollen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie seien die Statthalter der Kommunen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz das Gegenteil ist der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man dann in den Text einsteigt, in den wenigen Text, stellt man schnell fest, dass Sie ja auch kaum Konzepte präsentieren, die bleiben Sie schuldig.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Darauf kommt es ja auch gar nicht an.)

Ja, natürlich. Sie haben offensichtlich auch kein Interesse daran, aber Sie vermitteln hier den falschen Eindruck, als ob Sie die Konzepte haben.

Ich habe Ihnen jetzt auch noch mal ganz genau zugehört, Herr Pastörs – es fällt mir schwer, aber da muss man durch als Abgeordneter, wenn man gegen Sie reden muss –,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ich habe genau zugehört, ob Sie irgendwie und irgendwann mal in Ihrer Rede vortragen, wie Sie den Kommunen denn konkret helfen wollen. Ich bin nur über eine Phrase von Ihnen zu dem Thema gestolpert: Sie sagten, man müsse ein vernünftiges FAG mit einer besseren Finanzierung vorlegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Super!)

Ja, aber halleluja! Das ist ja nun ein echt starkes Konzept!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Voll geistreich!)

Also was soll das? Das ist wirklich substanzlos und deswegen fällt es natürlich auch den demokratischen Fraktionen heute wieder sehr einfach, diesen Antrag abzulehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Es fällt Ihnen sehr einfach, ja, ja.)

Das fällt uns sehr einfach, diesen Antrag abzulehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Das war auch sehr einfach.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man darf einfach mal gespannt sein, welche Vorschläge die NPD bei der anstehenden Überprüfung des FAGs 2016 einbringen wird. Sie haben ja bereits 2013 auch keine Änderungsanträge eingebracht. Sie arbeiten da überhaupt nicht.

Was heißt denn, wie gesagt, einen höheren Anteil? Davon sprechen Sie ja. Einen höheren Anteil von den Steuereinnahmen sollen die Kommunen bekommen. Was sind denn Ihre konkreten Vorschläge? Darüber schweigt Ihr Antrag. Es sind alles Luftblasen, die Sie aneinanderreihen, die nichts mit der Realität zu tun haben und deswegen auch nicht beschlussfähig wären, wären im Falle, dass man überhaupt ernsthaft darüber nachdenken würde.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, das wars dann schon.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung wird ja auch aufgefordert, eine Novellierung vorzulegen, ohne dass, wie gesagt, die NPD sagt, wo die Reise hingehen soll. Das wäre doch aber eigentlich der Mindestanspruch an eine Fraktion,

(Stefan Köster, NPD: Jetzt hören Sie doch auf mit Ihrem Schmierentheater hier! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

dass sie das konkretisieren kann. Eine Novellierung ist doch kein Selbstzweck, also müssen Sie das doch irgendwie mit den vielen Referenten, die Ihnen die öffentliche Hand bezahlt, die Sie auf Kosten der Steuerzahler,

(Udo Pastörs, NPD: Sie nicht?!)

wie Sie das immer so schön ausdrücken, auf Kosten der Steuerzahler beschäftigen, erarbeiten. Was machen Sie da eigentlich? Also möglicherweise versuchen Sie ja selbst, Ihre finanzielle Misere aufzuarbeiten mit Ihren Referenten. Wir wissen ja, die NPD musste schon Mitarbeiter entlassen, weil sie in einer Finanzkrise steckt. In der Hinsicht ist es natürlich auch unglaublich, wenn eine Partei, die selbst in der Finanzkrise steckt, uns darüber belehren möchte, wie man anderen Institutionen hilft, die ebenfalls in der Finanzkrise stecken.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von vorne bis hinten, egal, von welcher Seite man sich diesem Antrag nähert, es ist einfach nur inhaltlich, menschlich alles sehr erbärmlich,

(David Petereit, NPD: Schön alles durcheinandergerührt.)

aber auch nicht wirklich greifbar.

(Stefan Köster, NPD: So ein Schwachsinn! So ein Schwachsinn!)

Ich glaube, das ist auch Ihre Strategie, dass man Sie nicht greifen kann, denn immer dann, wenn Sie konkreter werden, laufen Sie Gefahr, vor dem Verfassungsgericht irgendwann mal verboten zu werden.

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir werden ihn aus den genannten Gründen ablehnen beziehungsweise, sage ich mal, ist er ja nicht das Papier wert, auf dem er gedruckt ist.

(Stefan Köster, NPD:
Die Floskel haben Sie aber
auch schon hundertmal gesagt.)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mache ich es kurz – wir wollen ja auch nicht allzu viel Zeit darauf verschwenden –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gute Rede, Herr Kollege.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Saalfeld, es hilft Ihnen nicht weiter, sich hier in Phrasen zu ergen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
war eine tolle Rede, die
Herr Saalfeld gehalten hat.)

Ich würde Ihnen empfehlen, vielleicht beim nächsten Multikultitreffen der GRÜNEN als Conférencier aufzutreten. Da bekämen Sie dann vielleicht auch noch Beifall

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat er hier auch
gekiekt. Haben Sie das gar nicht mitgekniekt?
Hat er hier auch immer gekniekt.)

von dem einen oder anderen NPD-Mitglied, das sich mitleidvoll daran ergötzt. Was Sie hier konkret losgelassen haben, mit keinem Wort auf meine Argumente und Forderungen eingegangen sind,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was für
Argumente?! Was für Argumente denn?!)

das ist ja schon,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der hat
Sie doch so gnadenlos seziert,
da kam doch nichts.)

das ist schon sehr, sehr schwach. Aber wahrscheinlich waren Sie sehr überrascht, waren Sie sehr überrascht, in welche Stoßrichtung dann meine Argumentation ging,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was für eine Argumentation denn?)

und Sie haben sich festgebissen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Oha! Oha! Die Stoßrichtung!)

an diesen zwei, drei Forderungen, die wir haben.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte aber im Gegensatz zu Ihnen dann doch kurz auf Ihr Geschwafel eingehen.

Erstens: Angst vor Hilfesuchenden. Sie verwechseln Angst mit Verantwortungsgefühl für das Eigene.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Martina Tegtmeier, SPD: Oooh!)

Das müssen Sie sich mal hinter die Ohren schreiben, vielleicht lernen Sie das noch. Das ist der erste Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Das Zweite ist: Sie sollten sich mal unterrichten und über die Bedeutung des Begriffs von „Eindringlingen“ nachdenken.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
ja gar nicht so schwierig, oder was?)

Ist gar nicht so schwierig. Da muss man gucken, was das bedeutet,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich weiß genau,
was Sie meinen. Ich weiß genau, was
Sie meinen, Herr Pastörs.)

und dann werden Sie sehr schnell feststellen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das, was Sie meinen,
verstehen wir schon.)

dass das, was zum Beispiel hier in Deutschland und besonders in Frankreich, in Ungarn und in Bulgarien passiert, dass das ein Penetrieren fremder Menschen ohne Erlaubnis nach Zentraleuropa ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber das Wort „penetrieren“
ist hier falsch.)

und das sind, das ist ganz klar, das sind Eindringlinge. Sie sind unerwünscht in Europa, die meisten von ihnen, weil sie meistens,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Nein, sie sind willkommen. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

weil sie meistens, was die Asylanträge angeht, Asylbe-träger sind, zu über 95 Prozent.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind nicht nur unerwünscht, sie sind auch hier über-haupt nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar,

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die brauchen wir hier ganz einfach nicht. Das ist Belastung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dieses
ekelhafte Gehetze! Hören Sie doch mal
damit auf! Hören Sie doch mal auf mit
diesem ekelhaften Gehetze, Herr Pastörs! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

das ist Entreichung

(allgemeine Unruhe – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

und keine Bereicherung.

(Beifall Tino Müller, NPD)

Das zu Ihren kleinen inhaltslosen Argumenten, wie Sie sie ankündigten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott,
Sie haben doch keine Argumente!
Sie hetzen doch bloß!)

Und dann schauen wir in die Praxis: Von 28 EU-Staaten sagt ganz klar die Mehrheit, wir wollen diese Leute unter den Bedingungen nicht haben. Bums, Ende, aus!

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Seit gestern sagen – sehr vernünftig an sich – die Dänen, wollen wir mal gucken. Wir werden denen mal so ein klei-nes bisschen die Finanzmittel abschneiden, denn wir wol-len die nicht mehr in dieser Zahl aufnehmen. Klare Positi-on der Regierung, die wird jetzt sehr schnell umgesetzt.

Die Ungarn sagen, was ihr mit uns hier für ein Spiel treibt, ihr Zentraleuropäer,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

das machen wir nicht mit. Wir bauen keinen antifaschisti-schen Schutzwall, wie das die LINKEN mal getan haben – niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten, der alte Ulbricht, Stalinist –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Noch nicht
mal das können Sie! Nicht
mal das können Sie!)

sondern die Ungarn machen das zu Recht, weil diese Ein-dringlinge sich zu Zehntausenden in dieses Land hinein ergießen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin,
zu welchem Thema redet der Patient hier?)

und Zentraleuropa überhaupt nicht hilft bei den Proble-men an der Peripherie.

Deswegen ist dieser Antrag, rein präventiv, hochaktuell bei den Kommunen vor Ort, die mit den Problemen, wie sie jetzt schon da sind, nicht fertigwerden und weil die Menschen in den Kommunen ganz einfach keine Asylan-tenheime in ihrer Nachbarschaft wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen Moment.

Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Faktum.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Pastörs, einen klei-nen Moment bitte!

Udo Pastörs, NPD: Bitte, gnädige Frau.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich habe mir gerade den Antrag der Fraktion der NPD vorgenommen und habe weder in Ihrem Antragstext noch in der Begründung irgend-etwas von dem gelesen, was Sie jetzt hier ausführen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Udo Pastörs, NPD: Na ja, ich ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Von daher bitte ich darum, dass Sie jetzt zu Ihrem Antrag sprechen.

Udo Pastörs, NPD: Dann komme ich zu meinem Antrag, sehr gut. Also wenn Sie die Begründung lesen – lesen kön-nen Sie ja offensichtlich,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Besser als Sie, Herr Pastörs. –
Zuruf aus dem Plenum: Oooh!)

wenn Ihnen auch das Interpretieren ein bisschen Schwie-rigkeiten macht –,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

aber unser Antrag, der sagt ganz klar, er bezieht sich auf die Historie des letzten Finanzausgleichsgesetzes, wo Sie

sich mal bemühen sollten, was ich dazu gesagt habe und wir hier im Plenum dazu geredet haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee. – Zurufe von Stefanie Drese, SPD, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Dieses letzte Machwerk ist von uns sehr früh als das entlarvt worden, als das es sich herausgestellt hat, nämlich hier lässt man die Gemeinden vor Ort auf Kosten der Sanierung eines Landeshaushalts verhungern, um ohne Nettokreditaufnahme zu glänzen. Das haben wir damals kritisiert, nicht mitgemacht, bekämpft, und das werden wir auch in Zukunft tun. Davon lassen wir uns auch nicht von irgendwelchen Vertretern einer Regenbogenpartei abhalten, Herr Saalfeld. Das können Sie sich hinter die Ohren schreiben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da fehlen die Argumente. Da fehlen immer noch die Argumente. – Zurufe von Stefanie Drese, SPD, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir fordern, ist, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie nicht nur ihren Pflichtaufgaben nachkommen können, sondern dass Sie die kommunale Selbstverwaltung, die der Herr Senator Müller von der SPD ja immer so vor sich herträgt, ziemlich deutlich,

(Heiterkeit und Zuruf von Tino Müller, NPD)

dass Sie dann auch,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie sich hier lächerlich über den Kollegen, oder was?! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

dass Sie das dann auch ...

Vielleicht mache ich mich auch lächerlich über den Herrn.

... vielleicht mit Leben erfüllen, indem Sie nicht doppelzünftig formulieren, sich hier hinstellen, die Kugel des Landtages spielen und in den Kommunalparlamenten die Kugel der Kommunalparlamente.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Kugel denn?)

Denken Sie mal nach, wie Sie sich verhalten haben bei der Kreisumlage, bei den ständigen Erhöhungen! Sie reden mit gespaltenen Zunge, Herr Müller,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

und das merken die Leute draußen. Deswegen sind wir hier am rechten Fleck

(Heinz Müller, SPD: Ganz rechts.)

mit der rechten Partei, um Ihnen die Argumente einer legalen nationalen Opposition

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich habe bislang kein einziges Argument gehört.)

näherzubringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kein einziges Argument sagen Sie hier vorne!)

Also tun Sie was für die Gemeinden,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Tun Sie auch was für die Gemeinden und setzen Sie sich hin!)

ziehen Sie die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes vor und dann bekommen Sie auch unsere Zustimmung!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Thema verfehlt! Sechs, setzen!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4109. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/4109 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Polizeihunde nicht mehr auf Demonstrationen einsetzen, Drucksache 6/4093.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Polizeihunde nicht mehr auf
Demonstrationen einsetzen
– Drucksache 6/4093 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

(Stefan Köster, NPD: Herr Caffier, bringen Sie die Schäferhunde in Stellung! – Udo Pastörs, NPD: Herr Müller hat mir mal erzählt, er hat einen Schäferhund, einen reinrassigen, hat er gesagt. Er legt Wert auf Rasse. – Stefan Köster, NPD: Blondi. – Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man merkt, dass die NPD offensichtlich genug mit sich selbst zu tun hat. Ich sage mal so, ein gutes Selbstgespräch setzt einen klugen Gesprächspartner voraus. Ich glaube, Ihre Selbstgespräche dürften ziemlich ernüchternd sein, aber das müssen Sie selbst wissen.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind jetzt bei einem neuen Thema, auch wenn es schwerfällt, jetzt fließend dazu überzugehen, aber so ist es.

(Udo Pastörs, NPD: Es ist, wie es ist.)

Es geht um die Polizeihunde. Sie haben hierzu sicherlich auch aus der Presse schon einiges vernommen. Sie wissen auch, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Zukunft Polizeihunde nicht mehr auf Demonstrationen einsetzen lassen möchte.

Der Antrag „Polizeihunde nicht mehr auf Demonstrationen einsetzen“ hat eine längere Vorgeschichte, und die beginnt bei dem Polizeieinsatz am 8. Mai 2014 in Demmin, wo mehrere Teilnehmer einer Gegendemonstration ihrer Darstellung nach von Polizeihunden angegriffen

(Udo Pastörs, NPD: Angebellt wurden.)

und verletzt wurden.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir komischerweise nicht, weil wir keine Polizisten angreifen.)

An der Landesregierung mag dies zwar möglicherweise vorbeigegangen sein. Sie sagt ja immer: Wieso? Es liegen keine Anzeigen vor. Aber nicht jede Verletzung wird auch angezeigt, das wissen Sie.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Kopfverletzungen gibts auch.)

Allerdings, wenn man mal über die Presse der letzten Monate hinwegschaut, ist es eben nicht so, dass es überhaupt keine Fälle gibt, bei denen Polizeihunde Demonstranten und Gegendemonstranten angreifen, sondern es ist leider immer wieder trauriger Normalfall.

(Michael Andrejewski, NPD: Dann halten Sie mal Ihre Chaoten zurück!)

Bei einer Demonstration gegen die Abschiebung eines dreißigjährigen Somaliers am 10. April 2014 in Göttingen wurden einem Bericht der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen“ zufolge mindestens zwei Demonstranten von Polizeihunden gebissen. Am 1. Mai 2014 wurde ein Gegendemonstrant, ein Demonstrant gegen eine NPD-Kundgebung, in Duisburg von einem Polizeihund attackiert und gebissen.

(Udo Pastörs, NPD: Oooh!)

Er wurde, so die „Rheinische Post“, mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.

(Udo Pastörs, NPD: Dann soll er die Polizisten in Ruhe lassen, dann beißt der Polizeihund auch nicht.)

Bei Gegendemonstrationen gegen drei Kundgebungen der rechtsextremen Partei DIE RECHTE in Dortmund wurde mindestens ein Demonstrant von einem Polizeihund in den Arm gebissen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Die „Ruhr Nachrichten“ vom 21. Dezember 2014 berichten, die Hundeführer hätten Schwierigkeiten gehabt, den Hund von dem Verletzten zu trennen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nur ein überblickartiger Auszug aus der Presselage des vergan-

genen Jahres. Ich möchte auch auf einen Artikel in der OZ vom 21.03.2015 verweisen, wo Herr Michael Ebert, Chef der Rostocker Polizei, gesagt hat – zwar in einem anderen Zusammenhang, ich sage das gleich noch mal, aber der Vollständigkeit halber möchte ich Ihnen das hier vortragen –, Zitat: „Aber auch Hunde sind nicht ganz verlässlich.“ Er meinte in diesem Fall Spürhunde, weil es damals um die Verfolgung des Täters Herrn John, Ralf John, des Gewaltverbrechers, ging. Da hatten die Hunde ja möglicherweise an falschen Stellen angeschlagen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

obwohl der Herr John schon an ganz anderer Stelle, nämlich in Berlin war.

(Udo Pastörs, NPD: Sie haben den auch nicht gefunden, Herr Saalfeld, nicht wahr?)

Aber dieses Zitat ist deswegen wichtig, weil es noch mal darauf hinweist, dass Polizeihunde nicht zu 100 Prozent kontrolliert werden können.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Leider geht aus den drei Presseberichten nicht hervor, ob die Polizeihunde auf Befehl ihres Hundeführers oder aus eigenem Antrieb zugebissen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Hundeführer geben keine Befehle, die geben Kommandos.)

Das ist aber für die Bewertung ihres Einsatzes und die rechtliche Bewertung ganz entscheidend.

Nach dem Leitfaden 371 zur Eigensicherung im Polizeidienst darf zwar ein Polizeihund auch ohne Beißkorb geführt werden, damit sich der jeweilige Beamte effektiv vor gegen ihn gerichtete Angriffe schützen kann, dabei hat der Beamte aber die im Verkehr erforderliche Sorgfalt zu beachten. Die beschreibt das Oberlandesgericht Hamm aus haftungsrechtlicher Sicht wie folgt, und das trage ich gerne hier vor – das wissen übrigens unsere Beamten auch, aber ich will darauf eingehen, wie schwierig das dann in der Praxis ist –, Zitat anfang: „Darf der Beamte den Hund ... ohne Beißkorb führen, muß er ihn soweit beherrschen, daß der Hund nicht willkürlich zubeißen kann. Denn nicht der Hund, sondern der Beamte als Hundeführer muß darüber entscheiden, ob in der konkreten Situation ein tatsächlicher Angriff vorliegt und ob der Hund ihn, den Beamten, durch Zubeißen schützen darf oder nicht. Der Beamte genügt der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt deshalb nur, wenn er sicherstellt, daß er, der Beamte, die Situation beherrscht und nicht der Hund.“ Zitatende.

Ich halte das in der Realität für sehr schwierig,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie haben auch viel Ahnung von der Sache.)

und deshalb weist jetzt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hin, dass das in Teilen von Demonstrationen, wo ja das Versammlungsrecht verwirklicht wird, problematisch ist.

Auf den Demonstrationen, die ich beobachtet habe, wirkten die eingesetzten Hunde durchaus aggressiv. Ich kann da von einem persönlichen Fall sprechen.

(Heiterkeit und Zuruf
von Manfred Dachner, SPD)

Ich bin mit meinem Landtagsabgeordnetenausweis an einer Polizeisperre vorbeigegangen, und da gab es zwei Möglichkeiten:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

einen Meter am Hund vorbei oder so ein bisschen drum herum, an einem Geländer vorbei. Da sagten mir die freundlichen Beamten, die wirklich sehr freundlich waren: Gehen Sie bitte mal dahinten rum, nicht so nah am Hund vorbei.

(Manfred Dachner, SPD:
Ja, warum wohl,
Herr Saalfeld? Warum wohl? –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Na ja, ich glaube, ich sah jetzt nicht so gefährlich aus

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD)

und ich wollte auch die Polizisten nicht angreifen, aber wenn selbst die Hundeführer schon empfehlen, doch den Abstand größer zu halten, dann glaube ich,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

dass diesen Beamten ganz klar ist, dass eben die hundertprozentige Kontrolle nicht möglich ist.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Dass dieser Eindruck nicht täuscht, ja, sogar gewollt ist, Herr Dachner, habe ich dem Artikel „Schnüffler am Werk“ in der Ausgabe 8/2007 des Magazins „Deutsche Polizei“ entnommen. Den möchte ich Ihnen natürlich nicht vorenthalten. Darin heißt es – und hören Sie sich das bitte genau an –, der Polizeihund sei für Sicherheit im Vorfeld polizeilicher Lagen und Ermittlungserfolge in der Repression längst unverzichtbar. Zitat anfang: „Sein enormes Wahrnehmungsvermögen und die daraus resultierende Unberechenbarkeit für unser Gegenüber, machen den Polizeihund zu einem schlecht kalkulierbaren ‚Gegner‘.“ Jetzt steht ein Zitat im Zitat: „Nicht der Förster, sondern die Angst vor dem Förster hütet den Wald“ – dies kann auch auf den Polizeihund umgelegt werden.“ Zitatende.

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD:
Wir haben gar keine Förster im Einsatz.)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Unkalkulierbarkeit ist durchaus Einsatzmittel,

(Michael Silkeit, CDU: Wer
lesen kann, ist klar im Vorteil.)

und das ist zumindest dann problematisch,

(Udo Pastörs, NPD:
Vermittelte Unkalkulierbarkeit.)

wenn Grundrechte sichergestellt werden sollen. Deswegen fordern wir, dass in Zukunft bei Versammlungen Hunde hier nicht mehr eingesetzt werden sollten.

(Michael Andrejewski, NPD: Am
besten auch keine Polizeibeamten. –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Vor der Einreichung unseres Antrages hat sich meine Fraktion, vertreten durch Herrn Suhr, bei der Polizeihundeschule in Klinken über die Ausbildung von Polizeihunden informiert. Leider gab es da terminliche Probleme, sonst wäre ich gerne mitgekommen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh wei! Da hätten Sie
aber einen großen Bogen machen müssen.)

Polizeihunde, die auf Demonstrationen eingesetzt werden, absolvieren, wie gesagt, vorher eine Schutzhundausbildung. Davon hat sich die CDU sicherlich auch in Kenntnis gesetzt beziehungsweise sich dessen versichert. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf Gehorsamsübungen gelegt. Die Hunde lernen unter anderem, auf ein Kommando des Hundeführers oder der Hundeführerin den für eine Störung im Sinne des Polizeirechts Verantwortlichen zu packen – nicht zu beißen, sondern zu packen. Deswegen hat man hinterher selten Spuren. Das wusste ich vorher auch nicht, aber das beantwortet möglicherweise die Frage, warum der eine oder andere das dann eben nicht zur Anzeige bringt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit und Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Die Hunde verbeißen sich also nicht, sie fassen lediglich fest mit den Zähnen zu und lassen auf ein Kommando des Hundeführers auch wieder von dem sogenannten Störer ab.

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

In bestimmten Situationen dürfen die Hunde aber auch ohne ein Kommando des Hundeführers – und jetzt hören Sie zu! –, in bestimmten Situationen dürfen die Hunde aber auch ohne ein Kommando des Hundeführers zufassen, und zwar, wenn der Störer angreift oder flieht, in diesen zwei Fällen. Das ist bei strafrechtlichen Ermittlungen problematisch, aber bei Demonstrationen erst recht.

Bei Demonstrationen haben wir es in erster Linie mit Menschen zu tun, die ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja,
die beißen auch selten.)

und nicht mit Straftätern. Weil die Hundeführer aber nicht in jedem Augenblick eine absolute Kontrolle über die Polizeihunde ausüben können, werden die Demonstranten durch den Einsatz der Polizeihunde einem unkalkulierbaren Verletzungsrisiko ausgesetzt. Das ist angesichts des hohen Stellenwertes der Versammlungsfreiheit in unserem Verfassungsgefüge unseres Erachtens nicht hinnehmbar. Daher fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung auf, Polizeihunde nicht mehr auf Versammlungen im Sinne des Artikels 8 Grundgesetz einzusetzen, und nur darauf möchte ich die heutige Diskussion begrenzen.

Das, was Herr Silkeit öffentlich verkündet hat, nämlich dass die GRÜNEN alle Polizeihunde abschaffen wollen, stimmt einfach nicht. Wir wollen sie nur

(Michael Andrejewski, NPD:
Den Wölfen vorwerfen.)

bei Demonstrationen nicht mehr einsetzen. Wir brauchen weiterhin Spürhunde, wir brauchen auch weiterhin bei gefährlichen Lagen entsprechende Diensthunde. Es geht uns um Demonstrationen und niemand hat über etwas anderes gesprochen. Herr Silkeit, vielleicht können Sie das hier vorne auch noch mal klarstellen.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Für den Einsatz von Polizeihunden auf Demonstrationen wird unter anderem auch von Herrn Silkeit in seiner Pressemitteilung vom 19.03.2015 angeführt, dass ein Polizeihund eine ganze Einsatzgruppe ersetzen könne und deswegen so wertvoll sei. Polizeihunde sollten aber unserer Meinung nach nicht als Sparmaßnahme, sondern nur für solche Aufgaben eingesetzt werden,

(Heiterkeit und Zuruf
von Wolfgang Waldmüller, CDU)

für die sie besonders gut geeignet sind.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Landespolizei auf Demonstrationen personell so gut aufzustellen, dass sie nicht mehr darauf angewiesen ist, Polizeihunde einzusetzen.

Die Landesregierung war im Übrigen auf Drucksache 6/3126 nicht in der Lage, eine Antwort auf die Frage zu geben, in welchen Fällen Bürgerinnen und Bürger in den letzten zehn Jahren durch Bisse von Diensthunden der Landespolizei verletzt wurden, und zwar nicht, weil das nicht zur Anzeige gebracht wurde, sondern weil keine Statistik geführt wird, so die Antwort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Landesregierungen in anderen Bundesländern sind sehr wohl dazu in der Lage, zum Beispiel in Berlin. Dort haben die PIRATEN einfach gefragt: Was gibt es für Fälle? Da wurden die Fälle aufgelistet, weil die entsprechende Statistik geführt wird. Wann, wie oft und unter welchen Umständen ein Diensthund zubeißt, ist aber für uns und, ich denke, auch für alle anderen ein wichtiges Kriterium für seine Verwendbarkeit im Polizeidienst. Wir fordern die Landesregierung daher dazu auf, Bissverletzungen von Bürgerinnen und Bürgern durch Polizeihunde in Zukunft statistisch zu erfassen und auszuwerten sowie die betreffenden Hunde, wenn trotz einer zusätzlichen Ausbildung keine Verhaltensänderung eintritt, nicht weiter im Polizeidienst zu verwenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme damit zum Schluss und freue mich auf die Aussprache. Ich hoffe, dass es eine sachliche Debatte wird mit wenig Schaum vor dem Mund

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und auch nicht mit falschen Behauptungen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU:
Da kann man nicht einfach dazu reden.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Saalfeld, es fällt schon schwer, bei solchen Ausführungen zuzuhören.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, wirklich.)

Wenn Sie Tiere streicheln wollen, streicheln Sie nicht die Diensthunde, dann gehen Sie in den Streichelzoo oder wohin auch immer.

(Burkhard Lenz, CDU: Oder zum Wolf. –
Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktion der CDU)

Wir reden immer noch über Diensthunde.

(Zurufe von Tino Müller, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Ihr Antrag lautet: „Polizeihunde nicht mehr auf Demonstrationen einsetzen“. Auf den Inhalt möchte ich nicht weiter eingehen, weil nicht sehr viel dazu auszuführen ist. Aber jede Fraktion entscheidet für sich selbst, was sie aufsetzt, und warum sollen sich frei gewählte Abgeordnete nicht auch blamieren dürfen.

(Heiterkeit bei Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist es eine Möglichkeit, im Rahmen des Parlaments die wertvolle Arbeit der Diensthundegruppen, der Polizistinnen und Polizisten, die diese Aufgabe wahrnehmen, noch mal darzustellen, und zwar sachlich darzustellen.

Herr Suhr, Ihre Parteichefin Frau Müller erklärte in einem Interview im März im Zusammenhang mit dem Einsatz von Polizeidiensthunden, Hunde dürften grundsätzlich, ich zitiere, „nicht als Waffen missbraucht werden“, Zitatende.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Jochen Schulte, SPD: Also nicht schmeißen! –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Nicht schmeißen!)

Damit bezog sie sich direkt auf einen Beschluss Ihrer Landespartei.

Liebe Kollegen, lieber Herr Saalfeld, ist das wirklich Ihr Niveau, auf dem Sie diskutieren? Hunde werden als Waffen missbraucht? Ich bin dankbar, dass Sie diese Formulierung nicht wieder aufgegriffen haben, aber Ihr gesamter Antrag, wenn ich es mal genau nehme, ist in diesem Sinne formuliert.

Die Diensthunde sind und bleiben ein unverzichtbarer Bestandteil der Polizeiarbeit in unserem Land, aber auch in den

anderen Bundesländern. Gerade bei Demonstrationen sind die Vierbeiner wichtige Begleiter für unsere Beamten. Oberstes Ziel des Polizeieinsatzes bei Versammlungen ist der Schutz der Versammlung, der friedlichen Teilnehmer

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

und der unbeteiligten Bürger.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es.)

Leider – darauf habe ich gestern beziehungsweise vorgestern schon im Rahmen der Aktuellen Stunde hingewiesen – gibt es bei uns immer wieder Chaoten, Radikale und Extremisten, die Demonstrationen vor allem als Einladung für Gewaltausbrüche verstehen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das bezweifelt doch der Antrag nicht, oder?!)

Mit den Polizeihunden verfügen aber die Einsatzkräfte über ein effektives Mittel, Aggressionen und tätliche Übergriffe einzudämmen und zu unterbinden.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Angst zu schüren.)

Daher bin ich als Innenminister unter keinen Umständen bereit, auf den Einsatz der Polizeihunde zu verzichten, dies nicht zuletzt auch zum Schutz von Polizisten, den Sie vorgestern alle eingefordert haben, die bei den gewaltsamen Ausschreitungen oft genug selbst großen Gefahren ausgesetzt sind. Deswegen weise ich Ihre Forderung entschieden zurück.

In diesem Zusammenhang finde ich die Behauptung, dass Demonstranten durch den Einsatz von Diensthunden einem unkalkulierbaren Verletzungsrisiko ausgesetzt werden, geradezu unerhört.

Erstens. Uns ist kein einziger Fall – jetzt rede ich als Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern – bekannt, in dem Demonstranten Bissverletzungen durch Polizeihunde erlitten haben. Möglicherweise haben sie sich abends vor Wut in den Arm gebissen, das kann sein,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, genau. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

aber sie haben keine Bissverletzungen von Polizeihunden während Demonstrationen in Mecklenburg-Vorpommern erlitten.

(Michael Andrejewski, NPD: Die beißen
sich wahrscheinlich gegenseitig.)

Im Beschluss des GRÜNEN-Landesparteitages,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist ja Quatsch, dass sich Demonstranten
selbst beißen! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

im Beschluss ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Herr Caffier, einen Moment!

Also, Herr Saalfeld, hier jemandem einen Vogel zu zeigen, das ist ja wohl wirklich ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Entschuldigung.)

Also ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

Jetzt können Sie weitermachen, Herr Caffier.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr human. Sehr
human. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Minister Lorenz Caffier: Wir haben ja heute einen Tierantrag, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Im Beschluss des GRÜNEN-Landesparteitages wurde explizit auf den Polizeieinsatz am 8. Mai in Demmin Bezug genommen, bei dem mehrere Demonstranten gebissen worden sein sollen. Wir haben intensiv recherchiert und alles aufgearbeitet. Ergebnis: Die erhobenen Vorwürfe konnten nicht bestätigt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Die sind sehr vorsichtig.)

Es liegen keine Anzeigen vor, egal ob vom Beißen oder vom Greifen,

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

es liegen trotzdem keine vor, und insofern bleibe ich dabei: Ich kann Ihren Vorurteilen hier nicht folgen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Eine statistische Erfassung dieser nicht erfolgten oder nicht zur Anzeige gebrachten Bissverletzungen macht dann auch wenig Sinn.

Zweitens. Die GRÜNEN-Landtagsfraktion – Herr Saalfeld, Sie haben darauf verwiesen – war erst in der Landespolizeihundeschule in Klinken.

Kollege Suhr, sagen Sie mir, ist Ihnen dort irgendwo ein unkalkulierbares Risiko begegnet oder sind Sie da gebissen worden?

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich darf ja nicht antworten, Herr Minister.)

Der Eindruck vor Ort war jedenfalls, dass Sie sehr beeindruckt von der Leistungsfähigkeit und dem Gehorsam der Polizeihunde waren.

(Udo Pastörs, NPD: Das heucheln
die vor, um dann anzuklagen.)

Was war da los, und vor allem, warum haben Sie den Eindruck schon wieder verdrängt?

Drittens. Die Diensthundeführer haben nicht nur über die Leine eine direkte Verbindung zu den Hunden. Sowohl Mensch als auch Tier werden lange – darauf haben Sie verwiesen, Herr Saalfeld – und kontinuierlich aus- und fortgebildet. Zwölf Wochen dauert allein der Grundlehrgang. Zudem müssen die Diensthundeführer jährlich mindestens an 18 Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen und einen entsprechenden Leistungsnachweis erbringen.

Die Polizeihunde hören aufs Wort, nicht nur sprichwörtlich, sondern tatsächlich.

Es stimmt eben gerade nicht, wenn Sie suggerieren, dass Polizeihunde in bestimmten Situationen selbst entscheiden, ob sie zubeißen oder nicht. Die Entscheidung über die unmittelbare Anwendung von Zwang wird in jedem Fall durch einen Polizeibeamten getroffen. Sollte ein Polizeihund die geforderten Leistungen nicht mehr erbringen und die regelmäßigen Prüfungen nicht bestehen und wenn absehbar ist, dass er sie auch künftig nicht bestehen wird, wird er natürlich – darauf haben Sie gerade verwiesen – nicht mehr eingesetzt.

Fazit: Es gibt keine Bissverletzungen bei Demonstranten, der Hund gehorcht dem Hundeführer in jeder Situation, beide werden regelmäßig fortgebildet und geprüft und die GRÜNEN-Landtagsfraktion konnte sich vor Ort selbst von der guten Ausbildung überzeugen. Also was soll der Antrag?

Meine Damen und Herren, amüsant finde ich insbesondere den zweiten Punkt des Antrages: Die Polizei sei „persönlich so gut auszustatten, dass sie nicht mehr darauf angewiesen ist, auf Versammlungen Diensthunde einzusetzen“. Zunächst einmal geht es nicht darum, Personal einzusparen. Das habe ich Ihnen, glaube ich, bereits verdeutlicht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Aber wenn die GRÜNEN statt der Polizeihunde lieber mehr Polizisten einsetzen möchten: Bitte stellen Sie doch einen Antrag in den Haushaltsberatungen des Landes

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich bin ja mal
sehr gespannt, was vom
Innenminister kommt, Herr Caffier.)

für 300 neue Stellen in der Landespolizei und erklären Sie auch gleich, wie Sie die finanzieren!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie wäre es, wenn Sie sich auch für diesen Antrag zuvor einen Parteitagsbeschluss holen? Am besten motten wir dann gleich noch die Dienstfahrzeuge ein, schließlich dürften die in Ihrer Diktion ein unkalkulierbares Verkehrsrisk sein, die Umwelt verpesten sie auch noch. Ich schätze, wenn wir noch 2.000 zusätzliche Polizisten einstellen, brauchen wir die Fahrzeuge nicht mehr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollten doch einen sachbezogenen
Beitrag halten, oder?)

Ganz im Ernst, angesichts der Haltung, die gerade Ihre Fraktion immer wieder gegenüber den Polizisten an den Tag legt, ist dieser Vorschlag, dieser Antrag blanker Hohn.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Also nur, weil er von uns kommt, oder
wegen des Themas, Herr Caffier?)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag der GRÜNEN dient vor allem dazu, die eigene polizeifeindliche Klientel und die Pseudotierschützer in Ihren Reihen zu bedienen. Das kann ich nicht verhindern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Udo Pastörs, NPD –
Vincent Kokert, CDU: Kollege Schwarz!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort ...

(Jochen Schulte, SPD: Der ist
konzentriert, der schläft nicht.)

Gibt es irgendwelche Probleme?

(Vincent Kokert, CDU: Nein, ich habe mir
nur Sorgen gemacht, Frau Präsidentin.
Deswegen habe ich ihn ... –
Udo Pastörs, NPD: Geweckt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD)

Darf ich denn jetzt feststellen, dass hier oben alles in Ordnung ist? Wenn irgendwas passieren wird, werde ich mich auch persönlich darum kümmern, und wenn die Besorgnisse von unserem Fraktionsvorsitzenden beseitigt sind, dann können wir wieder in die Debatte einsteigen.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Herrn Müller.

(Udo Pastörs, NPD: Der hat ja einen
Schäferhund. Jetzt kommt Sachkenntnis.)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hunde werden seit alters her von Menschen für die unterschiedlichsten Zwecke benutzt und finden auch vielfältig Verwendung in der Polizei.

(Udo Pastörs, NPD: Benutzt oder genutzt?)

Das ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern so, das ist in allen Bundesländern so, und das ist auch in den, soweit ich weiß, meisten Ländern oder gar allen Ländern Europas und in vielen Ländern der Welt so. Aber schauen wir nach Deutschland: Hier werden Polizeihunde von allen Länderpolizeien und auch von der Bundespolizei gehalten. Ich habe mich mal ein bisschen schlaugemacht und ganz spezifisch in einem Bundesland geguckt. Sie ahnen es, Herr Suhr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Baden-Württemberg, Herr Müller, oder?)

Ja!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Sie haben es getroffen, Herr Suhr, Baden-Württemberg.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das war jetzt aber
auch schwierig! Unvorhersehbar. –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich heute vermisst die ganze Zeit.)

Ja, der Kollege Ritter kündigt mir an, zukünftig nicht mehr ohne KAG-Antrag zu gehen, ich gehe nicht mehr ohne Baden-Württemberg-Vergleich.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da werden Sie ganz berechenbar. –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

In Baden-Württemberg gibt es 360 bis 380 Polizeihunde,

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.
Befindet sich im engen Austausch
mit Mecklenburg-Vorpommern.)

die leisten dort, wie ich das den Mitteilungen der baden-württembergischen Polizei entnehme, sehr gute Dienste. Spannend fand ich allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Baden-Württemberg gibt es bei der Polizei nicht nur Hunde, sondern auch Pferde.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Auch Pferde!)

Ich habe mich gefragt, wozu die eigentlich da sind.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die können übrigens auch beißen. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Besitzer von ein paar Pferden kann ich Ihnen sagen, für Fährtenuche, Spurensuche oder Drogensuche sind die nicht geeignet. Ich frage mich also,

(Vincent Kokert, CDU: Können wir
die Nandus nicht auch noch für
was gebrauchen, Herr Müller?)

wozu die Polizei in Baden-Württemberg wohl Pferde benötigt.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Polizei“ ist das Stichwort, Herr Müller.)

Aber wir wollen nicht weiter über Baden-Württemberg sprechen, sondern über Mecklenburg-Vorpommern. Meine Vorredner haben es schon ausgeführt. Ich bin Herrn Saalfeld in gewisser Weise dankbar, dass er seinen eigenen Antrag sehr konzentriert hat auf eine Verwendung.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Hunde werden in der Polizei für die unterschiedlichsten Dinge eingesetzt. Viele davon sind absolut unstrittig, wie etwa der Fährtenhund,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber – und damit, meine Damen und Herren, haben offenkundig einige ein Problem – Hunde sind auch, wie es das Sicherheits- und Ordnungsgesetz sagt, Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Sie sind damit nach dem Gesetz keine Waffe, wie etwa der Schlagstock, sie sind aber Hilfsmittel der körperlichen Gewalt.

(Dr. Ursula Karowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das wollen wir ja ändern.)

Von meinen Vorrednern ist schon darauf verwiesen worden, dass diese Hunde und auch die Hundeführer einer umfassenden Aus- und permanenten Weiterbildung unterliegen. Was noch niemand erwähnt hat, Herr Minister – ich finde das eigentlich einen sehr wichtigen Aspekt und das weiß wahrscheinlich auch hier nicht jeder –: Diese Hunde leben bei ihren Hundeführern. Das heißt, auch außerhalb

des Dienstes gibt es den absoluten Kontakt zwischen Hund und Hundeführer, was natürlich zu einer sehr nahen Bindung der beiden zueinander führt. Und ganz nebenbei, wenn die Hunde irgendwann einmal als polizeidienstuntauglich ausgesondert werden, verbleiben sie bei ihren Hundeführern. Die kriegen dann ein paar Euro Futtergeld dafür und das ist auch vollkommen in Ordnung.

(Vincent Kokert, CDU: Das hat erst Innenminister
Caffier durchgesetzt. Das gab es vorher nicht. –
Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Das führt aber dazu, dass die Bindung von Hundeführer und Hund eine sehr enge ist, und das ist beim Einsatz natürlich sehr wichtig. Dieser Hund ist absolut darauf ausgerichtet, diesem Herrn oder dieser Herrin zu gehorchen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich es für vertretbar, ich halte es sogar für sinnvoll und notwendig, Schutzhunde bei gewalttätigen Auseinandersetzungen einzusetzen, etwa zur Verteidigung von Absperrungen und bei besonderen Gewaltauseinandersetzungen, ich sage mal als Beispiel, mit Hooligans, die versuchen, ganze Stadtteile platzzumachen.

Nun, Herr Saalfeld, haben Sie Ihren Antrag ja auf die ganz besondere Situation der Demonstration, also einer Versammlung nach Artikel 8 Grundgesetz, zugespitzt.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Richtig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns darüber einig sind, dass der Einsatz von Schutzhunden – und ich betone hier, mit der gebotenen Sorgfalt, sachgerecht und, wie das für die Polizei immer geboten ist, natürlich unter Beachtung des Gebotes der Verhältnismäßigkeit – in anderen Situationen sinnvoll, notwendig und rechtmäßig sein soll, dann frage ich mich allerdings, warum wir davon ausgehen, dass bei Demonstrationen rechtswidrige Zustände, Gewalt und Ähnliches, nicht geschehen und warum wir den Einsatz von Hunden bei Demonstrationen komplett ausschließen sollten. Das erschließt sich mir nicht, Herr Saalfeld.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Weil sie die
Teilnehmer abschrecken,
ihr Grundrecht zu verwirklichen.)

Sie gehen von Beispielen aus, in denen Sie die Guten sind und der Einsatz von Hunden von daher natürlich schlecht. Ich gehe davon aus, dass Straftaten auch im Zusammenhang mit Demonstrationen stattfinden. Das sind nicht immer nur Demonstrationen gegen die Nazis, es können auch ganz andere Demonstrationen sein, und da kann es sehr wohl zu Auseinandersetzungen kommen, in denen der Einsatz eines Schutzhundes notwendig und sinnvoll ist. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir der Polizei dieses Instrument nicht nehmen.

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich nicht!
Das fällt uns doch gar nicht ein.)

Ich betone noch einmal, wir gehen selbstverständlich davon aus, dass sie dieses Instrument wie alle ihre anderen Instrumente verantwortungsbewusst und verhältnismäßig einsetzt, aber ihr dieses Instrument komplett zu nehmen, das fänden wir dann unverhältnismäßig und unvernünftig.

Ich frage mich auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir dies heute täten – coniunctivus irrealis –, wenn wir dies heute täten,

(Rainer Albrecht, SPD: Täten!)

was hätten wir dann nach der Sommerpause als nächsten Antrag auf der Tagesordnung. Welches Hilfsmittel der Polizei wollen wir ihr dann nehmen?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Weg wollen wir nicht gehen.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ein Letztes: Ihre Ziffer 2.

Herr Saalfeld, schauen Sie mal genau in Ihre Formulierung! Nach Ihrer Formulierung sieht es nämlich so aus, als sei der Personalzustand der Polizei so erbärmlich, dass sie auf den Einsatz von Hunden angewiesen ist.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat Herr Silkeit geschrieben.)

Na, wenn das im Moment so ist, dann können wir ihnen dieses Instrument ja nicht nehmen!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dass die GRÜNEN nach mehr Polizei rufen und nach mehr Stellen bei der Polizei, ist ja etwas ganz Neues.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bei Demonstrationen.)

Ich persönlich halte das für den billigen Versuch, sich hier bei Polizisten anzubiedern.

(Heiterkeit und Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles in allem, dieser Antrag ist wenig sinnvoll. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns gestern Abend mit einem nahen Verwandten des Hundes beschäftigt

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Canis lupus. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und in diesem Zusammenhang mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen eine Versachlichung der Debatte beschlossen. Ich würde mir das auch bei diesem Thema wünschen, bin mir aber nicht ganz sicher, ob ich selbst einen Beitrag dazu leisten kann. Mein Redebeitrag wird es dann am Ende zeigen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich fürchte nicht, so, wie das anmoderiert ist.)

Herr Suhr, meine Anmerkungen lassen sich zunächst in drei Punkten zusammenfassen.

Erstens. Der Anlass und das Anliegen des vorliegenden Antrages sind bekannt und zum Teil auch verständlich, denn alle die, die selbst vor Ort waren im Demonstrationsgeschehen – in dem Kessel unten an der Peene, der auch laut Einschätzung der Polizei keiner war, sondern irgendetwas anderes –,

(Tino Müller, NPD: Die faschistischen Kessel.)

werden bestätigen können, dass es durchaus das eine oder andere gab, worüber man diskutieren muss.

(David Petereit, NPD: Gib ihm
doch mal einen Taschentuch!)

Zweitens werden die im Antrag vorgeschlagenen Lösungen der Problematik letztendlich nicht gerecht oder sind zumindest etwas missverständlich formuliert. Würden nämlich die Diensthunde durch Personal ersetzt, dürfte sich die Statistik zu Bissverletzungen grundsätzlich erübrigen haben.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist nicht sicher. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Drittens, ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, wieso denn? Wenn sie weiterhin eingesetzt
werden, braucht man trotzdem eine Statistik.)

Ja.

drittens beantrage ich eine Überweisung des Antrages in den Innenausschuss. Dies scheint mir der geeignete Ort zu sein für eine vertiefte sachliche und fachliche Debatte.

(Vincent Kokert, CDU: Unbedingt.)

Dort sollten wir das Problem „Diensthunde und Versammlungsrecht“ nicht allein auf mögliche Bissverletzungen reduzieren, so schlimm jeder Einzelfall ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fast auf den Tag genau vor einem Jahr, nämlich am 4. Juli 2014, haben die demokratischen Fraktionen dieses Landtages den gemeinsamen Antrag „Demonstrationskultur für Demokratie und Toleranz“ debattiert und angenommen.

(David Petereit, NPD: Ja, toll!)

Von Diensthunden ist dort nicht die Rede, dafür aber von einer polizeilichen Anwendung des Versammlungsrechts mit besonderem Augenmaß und einer notwendigen Differenzierung polizeilicher Einsatzmaßnahmen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wischiwaschi! –
David Petereit, NPD: Gute und
schlechte Demokraten.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag setzt zunächst, das wissen wir und das haben wir gehört, einen Beschluss der Bündnisgrünen-Landesdelegiertenkonferenz vom 21. März um. Hintergrund ist das be-

reits erwähnte konkrete Demonstrationsgeschehen am 8. Mai 2014 in Demmin.

Der Innenausschuss des Landtages hat sich hiermit am 19. Juni letzten Jahres umfänglich befasst. Grundlage war ein Bericht des Innenministeriums über den Polizeieinsatz, welcher, wir erinnern uns, interessanterweise von der SPD-Fraktion eingefordert wurde.

(Heinz Müller, SPD:
Das kann ja mal sein.)

Eine öffentliche Beratung, wie von meiner Fraktion gefordert, wurde aber von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Ich habe in der damaligen Beratung viel Interessantes erfahren und komme kurz darauf zurück. Schaut man sich aber das 60-seitige Wortprotokoll unter dem Aspekt „Polizeihunde“ an, dann machen der Bericht des Ministers, die Fragen der Abgeordneten, die Antworten der Polizeiführer und so weiter eines deutlich: Diensthunde der Polizei und ihr Einsatz in Mecklenburg-Vorpommern waren bisher kein sonderliches Thema im Innenausschuss. Schon aus diesem Grunde befürworte ich eine Antragsüberweisung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war erstaunt und gleichzeitig auch etwas erleichtert, als der oberste Polizist unseres Landes, also der Inspekteur der Polizei, zu Protokoll gab, dass er nun auch kein Hundefachmann sei und nicht wisse, wie die Hundeführer mit der Hundeleine umgehen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Der Innenminister seinerseits wusste zu berichten, dass sich die Hunde durch Versammlungsteilnehmer bedrängt fühlten. Vielleicht lag das ja wiederum daran, dass man im Vorfeld bei Versammlungsteilnehmern einen Zahnschutz sichergestellt hatte. Nun gut.

Sowohl im vorliegenden Antrag als auch in den Gegenpositionen, etwa der GdP Mecklenburg-Vorpommern oder des Kollegen Silkeit, wird ein direkter Zusammenhang zwischen Polizeipersonalstärke und Diensthunden hergestellt – also von der GdP und vom Kollegen Silkeit, nicht etwa vom Kollegen Saalfeld oder anderen. „Ein guter Diensthund ersetzt mehrere Kollegen“,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

so der GdP-Landeschef Schumacher. Und der Kollege Silkeit führt aus: „Gerade bei Demonstrationen ersetzt ein Polizeihund eine ganze Einsatzgruppe“, Zitatende. Die Finanzministerin müsste bei diesen Aussagen geradezu in Freudentränen zerfließen: Die Lösung des Personalproblems der Polizei liegt bei den Polizeihunden begraben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine abschließende Bemerkung, mit der ich noch einmal sachlich für eine Überweisung in den Innenausschuss werben möchte: Der Kollege Kokert hat nach seinem Besuch der Diensthundeschule der Polizei gefordert, darüber zu diskutieren,

wie die Arbeit der Diensthundeführer attraktiver gestaltet werden könne.

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Dafür bietet sich der Innenausschuss idealerweise an, lieber Kollege Kokert.

(Vincent Kokert, CDU: Aber nicht
mit dem Überweisen des Antrages.
Damit könnt ihr euch in der
Selbstbefassung beschäftigen.)

Die Entschädigung eines Diensthundeführers im Monat für die Haltung und Pflege des Diensthundes ist ein mögliches Problem. Ein anderes ist sicherlich die Ausbildungssituation. Hier geht es dann neben dem Schutzhund auch um den Spürhund Rauschgift, den Spürhund Sprengstoff oder die Ausbildung des Spürhundes Fährte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund bundesweit verbindlicher Standards der Aus- und Fortbildung im Diensthundewesen stellen sich schließlich vor dem Hintergrund von Anschaffungs-, Ausbildungs- und Unterhaltungskosten eines Diensthundes nicht zuletzt auch Fragen der länderübergreifenden Kooperation oder der Zusammenarbeit in diesen Bereichen. Sie sehen also, es gäbe eine Reihe von interessanten Fragen zu diskutieren.

Gut, lieber Kollege Kokert, wenn Sie den Antrag nicht überweisen können, dann, das versichern wir Ihnen, werden wir dieses Thema im Rahmen der Selbstbefassung in einer der nächsten Sitzungen des Innenausschusses behandeln. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie bei dieser Beratung begrüßen könnte, damit Sie uns Ihre Erfahrungen aus dem Besuch der Polizeihundeschule mitteilen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Mein lieber Herr Saalfeld!

(Manfred Dachner, SPD: „Lieber“
kann man weglassen, nicht?)

Ach nee, doch.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So kurz vor dem Sommerfest wollen wir doch noch mal harmonisch sein.

(Vincent Kokert, CDU: Das muss
bei dem Thema nicht sein.)

Herr Saalfeld, ich habe Ihnen vorhin in der mir eigentlich nicht eigenen Art – für das Zwischenquatschen sind andere zuständig –,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in der mir also nicht eigenen Art zugerufen: „Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.“ Ich hätte es eigentlich im Sinne von Frau Oldenburg ergänzen sollen: „Wer das, was er liest, auch versteht, ist klar im Vorteil.“

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ist klar. Aaah! – Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also Sie haben die deutsche Polizei fehlerfrei zitiert, das kann ich Ihnen hier attestieren – Lesen somit „Eins“. Verstanden haben Sie gar nichts!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihr großes Problem. Der Verfasser hat versucht, Ihnen auf leicht ironische Art und Weise zu erklären, worin die deeskalierende Wirkung eines Polizeihundes besteht.

Ja, Herr Saalfeld, da ging es Ihnen so wie mit unserer Presseerklärung. Dort haben wir nämlich nur gesagt, die GRÜNEN zeichnen ein falsches Bild von Diensthunden und der Verzicht auf Diensthunde geht an der Realität vorbei. Herr Saalfeld plänkelt gleich los und unterstellt mir, ich hätte Ihnen in dieser Presseerklärung – denn wir müssen ja eine vorkramen, die ein Jahr alt ist – wiederum unterstellt, Sie wollten die Diensthunde komplett abschaffen.

Lesen Sie es mal, versuchen Sie es mal mit Chronologie, Herr Saalfeld!

(Vincent Kokert, CDU: Das ist sicher
ein bisschen überambitioniert.)

Auch da helfe ich Ihnen gerne noch mal über die Straße. Sie sind zwar noch nicht so alt,

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

aber vielleicht nehmen Sie die Hilfe eines Lebensälteren in dieser Situation mal an.

(Heinz Müller, SPD: Aber wenn man jemandem
über die Straße hilft, der gar nicht rüber will?!)

Ja, das ist das Problem, lieber Heinz Müller, das ist das Problem.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber die Pressemitteilung von 2015 liegt jetzt
nicht ein Jahr zurück, Herr Silkeit.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nach dem Besuch Ihres Fraktionsvorsitzenden an der Diensthundeschule in Klinken – und für Herrn Saalfeld wiederhole ich das noch mal, Klinken, nicht Klink, wie Sie in Ihrer Presseerklärung geschrieben haben, das liegt ein bisschen zu weit auseinander –, nach diesem Besuch hatte ich doch für einen kurzen, einen wirklich kurzen Moment angenommen, Sie wären in Ihrer Fraktion Manns oder Frau genug, um einen eingeschlagenen, nachweislich falschen Kurs einmal wenigstens, nur ein einziges Mal, zu korrigieren. Aber na ja, gut, ich kommentiere das jetzt nicht weiter.

Sie haben im Mai dieselbe Führung und dieselbe Präsentation erfahren wie mein Fraktionsvorsitzender und ich vor 14 Tagen, somit hätten Sie schon nach wenigen Minuten feststellen müssen, welchen Unsinn Sie gemeinsam mit Ihrer GRÜNEN-Jugend auf Ihrem Parteitag verzapft haben. Aber nein, wie ich hier schon mehrmals erklärte, GRÜNE machen keine Fehler, GRÜNE irren sich nie, GRÜNE bleiben stets und ständig ihrer Linie der eigenen Unfehlbarkeit treu.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Insofern wundert es niemanden mehr, dass Sie nach Polizeihubschraubern, Maschinenpistolen, Dienstpistolen und Dienstkraftfahrzeugen eine weitere Sau durchs Dorf treiben und Ihre sicherheitspolitische Geisterfahrt fortsetzen. Das können Sie auch in einer Presseerklärung der CDU so nachlesen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Jetzt kommst du aber vom Weg ab, du.)

Jetzt sollen also die Diensthunde der Landespolizei daran glauben. Dass es sich bei dem Einsatz von Diensthunden anlässlich von Demonstrationen nur um einen Einstieg handelt, wissen Sie genauso wie ich. Was kommt als Nächstes? Sind im nächsten Jahr vielleicht die Rauschgift Hunde Stein des Anstoßes?

(Vincent Kokert, CDU: Na, die
werden ja erst süchtig gemacht
mit Rauschgift, damit sie das finden.)

Bei der von Ihnen wiederbelebten Hanfdiskussion würde mich das nun gar nicht mehr wundern.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber vielleicht verlegen Sie sich zur Abwechslung auf andere Führungs- und Einsatzmittel. Wir hätten da noch ein paar: Wasserwerfer, Reizgassprühgeräte pp.

In einem Punkt bin ich mir aber absolut sicher: Sie bleiben Ihrer Linie treu und werden sich wieder selbst toppen, Herr Saalfeld. Sollte der vorliegende Antrag aber lediglich Ihr Verhältnis zur Polizei verdeutlichen, dann wäre er absolut entbehrlich. Die Menschen in unserem Land wie auch die Polizistinnen und Polizisten wissen, was Sie von Ihnen, dem Staat oder gar staatlicher Kontrolle halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da die Bündnisgrünen an keiner Stelle auf die wirklichen Hintergründe ihres Antrages eingehen, möchte ich es gerne an dieser Stelle nachholen. Im „Nordkurier“ erschien am 4. April 2015 ein sehr lesenswertes Interview unter der Überschrift „Ronja Thiede ist die Ungehorsame“. Die 23-jährige Studentin Ronja Thiede ist Mitglied im Landesvorstand der GRÜNEN und war Antragstellerin des vorliegenden Antrages auf dem Landesparteitag der GRÜNEN. Wenn Sie gestatten, werde ich gerne auszugsweise aus diesem Interview zitieren.

(Vincent Kokert, CDU: Sie hat ja alles
belegt, was da gesagt worden ist.)

Och, ich könnte es kurz machen: Selbststeller nannte man das früher.

Frage der Journalistin: „Da haben Leute versucht, über die Absperrung zu kommen, die verschiedene Demonstranten-

gruppen voneinander trennen sollte. Sind Sie auch darüber geklettert?“ Antwort: „Ja, aber auf friedliche Weise.“

(Heiterkeit vonseiten der
Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und NPD)

Frage der Journalistin: „Sie bringen in Ihrem Antrag die Begründung, dass Hunde nicht als Waffen genutzt werden dürfen. Wenn Hunde eine Waffe sind, stellen wir uns mal ein blankes Messer vor. Warum läuft man in ein blankes Messer?“ Antwort: „Die Hunde kamen erst später ... Erst waren da nur Polizisten. Das war nicht ins blanke Messer laufen. Wir haben dann ja ... gestoppt.“

Frage der Journalistin: „Sind Menschen, die eine Demonstration verlassen, um über eine Polizeiabspernung zu klettern, überhaupt noch Demonstranten?“ – Die Frau hat übrigens offensichtlich Vorbildung, juristische. – Antwort: „Das sind Leute, die ihren Protest ausdrücken wollen, indem sie sich für Demokratie einsetzen wollen.“

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

„Da ist ziviler Ungehorsam meiner Meinung nach eine legitime Art und Weise, das auszudrücken.“

Vorletzte Frage der Journalistin: „Was wäre, wenn Sie, als Gegendemonstranten, mit den Demonstranten, also der NPD, zusammentreffen würden, nachdem Sie eine Abspernung überwunden haben?“

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Antwort: „Wir wollen uns nur davor setzen. Nicht mit denen zusammentreffen.“

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Frage der Journalistin: „Aber Sie haben die Polizei-Barrikade überwunden. Dann wäre ja keiner mehr zwischen Ihnen“ und der NPD. Antwort: „Doch, die Polizei begleitet ja die Demonstranten.“

Letzte Frage: Dann wollten Sie also auch noch „nach der Überwindung der Polizei-Barrikade“ durch die „Polizei geschützt werden?“ Antwort:

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

„Ja. So wie die NPD auch von der Polizei geschützt wird.“

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich empfehle Ihnen wirklich, lesen Sie dieses Interview in Gänze,

(Vincent Kokert, CDU: Deswegen
haben wir jetzt diesen Antrag?!)

zeigt es doch wirklich einmal eindrücklich, mit welcher Geisteshaltung die Kolleginnen und Kollegen der Polizei tagtäglich bei Demonstrationen zu tun haben können,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nicht zwingend müssen, aber können.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ziviler Ungehorsam wird mit Demokratie gleichgesetzt und über alle, über jegliche rechtsstaatlichen Regeln erhoben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Polizeiliche Abspernungen werden überwunden und das wird mit zivilem Ungehorsam entschuldigt. Das heißt, kurz und knapp übersetzt, der gute Zweck heiligt alle Mittel.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nicht schlimme Mittel.)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun.

Aber das Interview lässt noch weiter gehende Schlussfolgerungen zu. Was wäre passiert, wenn die Einsatzleitung nicht die Diensthunde zum Schutz der Beamtinnen und Beamten eingesetzt hätte? Wäre dann diese Polizeikette überrannt worden?

(Stefan Köster, NPD:
Ja, wahrscheinlich.)

Hätte man billigend in Kauf genommen, dass Polizistinnen und Polizisten verletzt werden? Meine persönliche Meinung ist, Ronja und ihre Freunde hätten die Abspernung überrannt, denn sie haben ja erst gestoppt, als sie der Hunde ansichtig wurden.

Was mich aber geradezu wütend macht, ist das völlig fehlende Unrechtsbewusstsein des Mitgliedes eines GRÜNEN-Landesvorstands, nämlich unseres GRÜNEN-Landesvorstands hier in Mecklenburg-Vorpommern. Da werden Ordnungswidrigkeiten und Straftaten – über die reden wir hier nämlich gerade – öffentlich eingeräumt und gleichzeitig werden Ursache und Wirkung miteinander verwechselt. Jetzt sind mit einem Mal die Diensthunde der Landespolizei am eigenen Fehlverhalten schuld.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
An ihrem eigenen?)

Und das, Entschuldigung, ist nicht mehr jugendlicher Leichtsinn, das ist ein Erziehungsdefizit, liebe Frau Oldenburg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die Diensthunde sind, und das sagt sogar Ronja Thiede, erst dann zum Einsatz gekommen, als polizeiliche Abspernungen überwunden wurden. Das kann man in dem Interview wunderbar nachlesen. Damit wurde der Schutz der Versammlung infrage gestellt. Das ist nämlich Sinn und Zweck einer polizeilichen Abspernung.

Ich darf Ihnen gerne die versammlungsrechtlichen Straf- und Bußgeldvorschriften zitieren. Ich beschränke mich nur auf diese, weil die Strafrechtler hier ein bisschen auseinandergehen und es durchaus auch Auffassungen gibt, die sagen, das Überwinden polizeilicher Abspernungsmaßnahmen kann auch schon Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sein. Aber wir bleiben einfach nur im Versammlungsrecht, das reicht völlig aus.

Paragraf 21: „Wer in der Absicht, nichtverbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt“

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Och! Och!)

„oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe“ und so weiter „bestraft.“ Lesen Sie nach!

Paragraf 22: „Wer bei einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug dem Leiter oder einem Ordner in der rechtmäßigen Ausübung seiner Ordnungsbefugnisse mit Gewalt oder Drohung mit Gewalt Widerstand leistet oder ihn während der rechtmäßigen Ausübung seiner Ordnungsbefugnisse tätlich angreift, wird mit Freiheitsstrafe ... bestraft.“

Herr Saalfeld, es wird nicht besser, wenn man Gesetze ignoriert!

Diensthunde sind auch keine Waffen, wie auf den Seiten der GRÜNEN immer wieder gerne behauptet wird. Wie häufig im Leben passen Bauchgefühl und Rechtslage wieder einmal nicht zusammen. Aber auch hier helfe ich Ihnen gerne aus.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir fangen beim unmittelbaren Zwang an, Herr Saalfeld. Unmittelbarer Zwang ist die Einwirkung auf Personen oder Sachen durch körperliche Gewalt – merken Sie sich die Wörter „körperliche Gewalt“! –, ihre Hilfsmittel und durch Waffen. Körperliche Gewalt ist jede unmittelbare körperliche Einwirkung auf Personen oder Sachen. Und jetzt kommen wir zu der entscheidenden Stelle: Hilfsmittel der körperlichen Gewalt sind insbesondere Fesseln, Wasserwerfer, technische Sperren, Diensthunde, Dienstperde und Dienstfahrzeuge.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das haben wir doch alles
schon mal festgestellt.)

Nee, Herr Dr. Nieszery, das haben wir nicht festgestellt, und wenn, dann wiederhole ich das hier noch mal, das ist auch nicht weiter schlimm. Das ist ja für Herrn Saalfeld, der braucht das.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Waffen sind die dienstlich zugelassenen Hieb- und Schutzwaffen, Reizstoffe und Explosivmittel.

Und weil wir gerade bei den Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt waren, wir sollten doch das Thema Pferdestaffel noch mal diskutieren, das hat einen gewissen Charme.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der Traum von der Kavallerie, ne?)

Ja, der ist noch nicht ausgeträumt, Herr Dr. Nieszery.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Aber nicht als Fährtenpferd!)

Die Verhältnismäßigkeit der Zwanganwendung wird durch den Widerstand des Adressaten bestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zum Grundgesetz. Ich habe mal die Reihenfolge geändert, normalerweise fängt man ja immer da an und leitet daraus ab. Wir enden also jetzt mit dem Grundgesetz.

Dem Diensthund wird auch keine Entscheidung im Sinne des Artikels 8 überlassen, wie die Bündnisgrünen in ihrem Antrag behaupten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Was, der Hund soll entscheiden?!)

Ja, der nimmt mit einem Mal Rechte nach dem Grundgesetz wahr und soll da entscheiden – laut Antrag der GRÜNEN. Die Erklärung, warum er das nicht tun kann, ist relativ einfach. Wer Polizeibeamte angreift, kann sich nicht auf den Artikel 8 berufen,

(Vincent Kokert, CDU: Nein.)

denn er handelt nicht friedlich. Entscheidend sind diese zwei Wörtchen: nicht friedlich. Aber auch bei unfriedlichen Handlungen übt der Hund kein Ermessen aus,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Der Hund übt kein Ermessen aus! Das ist gut.)

das ist wunderbar erklärt worden. Das hat Herr Müller erklärt, das hat der Innenminister erklärt. Er handelt immer und in jedem Fall auf Weisung des Diensthundeführers. Der Mensch behält die Kontrolle.

Herr Suhr, davon konnten Sie sich ja nun live überzeugen. Ich nenne nur mal das Beispiel Scheintäter, und nicht die Stelle, wo sich der Hund in den Arm des Scheintäters verbeißt, sondern die Stelle, wo der Diensthundeführer was macht? Er gibt ein Kommando, der Hund bleibt vor dem Scheintäter stehen und verbellt ihn, Herr Suhr, obwohl er hätte zuschnappen können, weil er ganz dicht dran war,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

aber er hat es nicht gemacht.

Dieselbe Vorführung haben Sie genossen, und mir fällt da wirklich auf – das passiert ja nun nicht zum ersten Mal –, Sie sind irgendwo präsent, lassen sich informieren und schicken dann Herrn Saalfeld ins Rennen,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

so nach der Devise: „Mach du mal, was brauchst du ...“

(allgemeine Heiterkeit und Unruhe –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ja, ja, ja, ja, ja, ja.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Hat er kein eigenes Ermessen? –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Das kommentiere ich jetzt nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Hat Herr Suhr
Herrn Saalfeld auch an der Leine? –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben gar keine Leine. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, immer daran denken, ich stehe zwischen Ihnen und dem Sommerfest! Ich mache es jetzt kurz, es sind nur noch ...

(Zuruf aus dem Plenum)

Ja, ich muss auch mal die Zeit nutzen. Gestern Abend haben es andere gemacht, heute mache ich das mal.

(Stefanie Drese, SPD: Das Ermessen ist inzwischen auf null reduziert.)

Die Unterstellung, Diensthunde der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern hätten während des Einsatzes in Demmin unschuldige Demonstranten gebissen, empfinden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei als die größte Frechheit. Diese Behauptung der GRÜNEN wurde durch nichts und niemanden bewiesen. Und wieder einmal läuft das nach dem Prinzip, lieber eine starke Behauptung als ein schwacher Beweis.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wo hast du denn den Spruch her?)

Auch das haben Sie ja nicht das erste Mal von mir zu hören bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle wissen um die Allgegenwärtigkeit der sozialen Netzwerke. Jeder, und ich betone es noch einmal, jeder Hundebiss, und sei er noch so klein gewesen, wäre hundertprozentig dokumentiert worden.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Und wenn Frau Thiede behauptet, die Gebissenen hätten Angst vor Repressalien gehabt, dann kann ich nur lachen. Ich kann mich gut an ungerechtfertigte Dienstaufsichtsbeschwerden der Bündnisgrünen erinnern. Ihr Aufschrei wäre riesig gewesen, ne, Frau Berger?! Hören Sie also auf, mit Unterstellungen zu arbeiten! Versuchen Sie es zur Abwechslung mal mit Sachlichkeit!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer Einschätzung des Leiters der Diensthundeschule schließen, ich zitiere: ...

(Vincent Kokert, CDU: Schon zu Ende jetzt?)

Ja, ich bin gleich fertig,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

aber jetzt sollten Sie noch mal zuhören, das ist lehrreich für alle.

... „Ein Polizeibeamter mit Diensthund ist in den Augen der meisten Bürger“, außer den GRÜNEN, „der am höchsten eingeschätzte Sicherheitsgarant. Trotz des technischen Fortschritts ist der Diensthund kein Rudiment vergangener Zeiten. Auf Grund seiner vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten als Schutz- und Spezialhund besitzt er einen hohen Einsatzwert, der nach wie vor durch Technik nicht ersetzt werden kann. Der Polizeidiensthund ist aufgrund seiner hohen Leistungsfähigkeit oftmals dem Menschen überlegen“, außer vielleicht einer Pferdestaffel.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber den Vorschlag sollten wir dann, lieber Kollege Ritter,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich würde vorschlagen, mich in Baden-
Württemberg mal zu informieren.)

im Rahmen der Selbstbefassung im Innenausschuss auch noch mal diskutieren. Ich rege einfach mal die Diskussion an. Ende meiner Ausführungen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man könnte es sich einfach machen, aber die Ablehnung des Antrages allein mit einer vermutlich grünen Nähe zum randalierenden Straßenmob und einer daraus resultierenden Neigung zum wehrlosen Polizisten zu begründen, wäre zwar zutreffend, aber in der Argumentation nicht ausreichend. Nach einem tiefer gehenden Blick auf die verwertbare Substanz des Beschlussvorschlages fällt die Entscheidung umso leichter.

Mit Ihrer Anfrage 6/3126, „Verletzungen durch Diensthunde der Landespolizei“, offenbarten Sie das erste Mal Ihr Expertenwissen auf dem Gebiet der polizeilichen Diensthundeausbildung. So wurde nach Diensthunden für besondere Einsatzlagen gefragt, obwohl diese gar nicht auf Demonstrationen eingesetzt werden. Um das eigene Unvermögen zu vertuschen, beschwerten Sie sich im Nachgang über die Verschwiegenheit im Innenministerium.

Unter Punkt 2 des heute vorliegenden Antrages heißt es, die Landesregierung soll „die Polizei des Landes ... personell so gut“ ausstatten, „dass sie nicht mehr darauf angewiesen ist, auf Versammlungen Diensthunde einzusetzen“.

(Udo Pastörs, NPD: Ein Lacher!)

Ganz im Ernst: Es ist vergebens, eine Landesregierung, die beim Stichwort „Polizei“ sofort an Entlassungen denkt, aufzufordern, die Personaldecke aufzustocken.

Ebenso scheinen Sie nicht verstanden zu haben, dass ein Polizist und ein Diensthund völlig verschiedene Aufgaben übernehmen und der eine den anderen nicht ersetzen kann. Der Diensthund, egal ob Schutz-, Spür- oder Fährtenhund, ist den Menschen in vielerlei Hinsicht überlegen. Er hat einen besonders stark ausgeprägten Geruchs- und Gehörsinn. Er ist schnell und vor allem besitzt er eine durchgängige Abwehrbereitschaft. Für einen Polizisten kann Unaufmerksamkeit im falschen Moment auf einer Demonstration zwischen Hunderten links-grünen Chaoten schwere gesundheitliche Schäden zur Folge haben. Einen unaufmerksamen Diensthund werden Sie in aller Regel nicht erleben.

Was haben Sie also dagegen, wenn ein Diensthund mit seinem erhöhten Wahrnehmungsvermögen den Kollegen vor Ort Rückhalt in gefährlichen Situationen gibt? In der Begründung führen Sie ein unkalkulierbares Verletzungsrisiko für die Demonstranten an, dabei ist doch niemand gezwungen, Polizisten anzugreifen oder gegen Polizeisperren anzurennen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Die Entscheidung darüber, ob im Rahmen einer Versammlung unmittelbarer Zwang angewendet wird, wird nicht dem Diensthund überlassen, wie Sie es fälschlicherweise in Ihrer Begründung darstellen. Nein, der Angreifer entscheidet aus freien Stücken darüber, ob er den Diensthund und seinen Hundeführer angreift. Die Verteidigung der eigenen körperlichen Unversehrtheit ist eine daraus resultierende vorhersehbare Folge.

Weiter beschwerten sich die GRÜNEN über Aktionen von Diensthunden, die nicht durch Kommandos angeordnet wurden. Zitat: „In bestimmten Situationen dürfen die Hunde aber auch ohne ... Kommando ... des Hundeführers zufassen, und zwar, wenn der ‚Störer‘ angreift oder flieht.“ Zitatende. Richtig, und das ist auch gut so.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das sind nämlich genau die Situationen, in denen es um Leib und Leben der Beamten geht,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in denen die Chaoten nur noch rotsehen und völlig enthemmt auf die Polizisten losstürmen. Diensthunde werden genau aus diesem Grund eingesetzt, um das Leben des Polizeibeamten zu schützen und das Verletzungsrisiko zu minimieren.

Wir haben es in der Aktuelle Stunde bereits gehört: Polizisten sind in vielerlei Hinsicht zu Prügelknaben der Nation geworden. Die Ursache dafür liegt im besonderen Maße auch in Landtagsdebatten wie dieser. Wir danken den GRÜNEN für diese Offenheit und hoffen, dass der Antrag allen Polizisten im Land die Augen öffnet. Erst die Demonstrationen in Rostock und Demmin und die damit verbundenen Ausschreitungen, dann eine kleine Anfrage und heute der entsprechende Antrag: Die autonomen Steinwerfer im Land dürften ganz besonders angetan sein von der parlamentarischen Kümmerkompetenz der GRÜNEN.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Selbstverständlich stellen wir uns auf die Seite der Polizisten im Land.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Wir wollen höchstmögliche Sicherheit in jedem Einsatz. Der Antrag der GRÜNEN ist in jeglicher Hinsicht abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Suhr.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der war ja in der Hundeschule. – Vincent Kokert, CDU: Staatlich geprüfter Pudelführer.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal zwei Vorbemerkungen machen, weil die GRÜNEN-Fraktion in diesem Parlament immer in dem Moment erzittert, wenn das Wort „Baden-Württemberg“ fällt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Was hat unser Ministerpräsident möglicherweise wieder alles angestellt, um das, was wir hier fordern, zu unterlaufen? Heute waren es die Dienstpferde –

(Heinz Müller, SPD: Ja, das war eine interessante Idee.)

war eine interessante Idee.

Ich habe gehört, aber vielleicht können Sie das bestätigen oder auch widerlegen – ich bin noch nicht so lange in diesem Parlament, deshalb sage ich nur, ich habe es gehört, und Hörensagen ist ja immer so eine Sache –, ich habe gehört, auch das Land Mecklenburg-Vorpommern stand schon mal vor dieser Entscheidung. Da gab es aber mit anderen Bundesländern Abstimmungen hinsichtlich der Frage, wie man das am besten aufteilen könnte, und dann haben Sie sich doch für die Polizeihubschrauber entschieden.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war, glaube ich, nach all dem, was ich in dem Zusammenhang so weiß, keine gute Entscheidung. Insofern kann ich Ihnen nur raten, vielleicht doch noch mal mit Winfried Kretschmann Kontakt aufzunehmen, um mal die Erfahrungen, auch zu Dienstpferden, auszutauschen – Baden-Württemberg hat da so einige.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die haben Hubschrauber und Pferde.)

Meine zweite Bemerkung, weil ich die Befürchtungen des Innenministers zerstreuen möchte, der vorhin gesagt hat, ich war in der Diensthundeschule. Das ist nicht an Ihnen vorbeigegangen. Wir haben ja, wie das immer so ist, wenn wir öffentliche Einrichtungen des Landes besuchen, eine intensive Begleitung durch das zuständige Ministerium erfahren. Das finde ich an der Stelle auch sehr gut.

(Vincent Kokert, CDU: Sonst hätten Sie ja gar nicht hingefunden, Herr Suhr.)

In der Tat – ich hörte Vincent Kokert –, ich habe da nicht hingefunden. Wir sind einen Umweg gefahren.

(Vincent Kokert, CDU: Mit dem Fahrrad ist das auch schwierig.)

Ich habe gehört, Sie hatten ähnliche Probleme trotz Dienstauto mit Navigator. Aber darum geht es gar nicht, sondern es ging ja darum, dass die Befürchtung war, ich könnte gebissen worden sein an der Stelle.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Minister Caffier hatte gesagt, Sie sind nicht gebissen worden.)

Ich bin nicht gebissen worden, ich will das ausdrücklich betonen. Ich bin weder von Hunden gebissen worden noch von den begleitenden Mitarbeitern des Innenministeriums, schon gar nicht von Herrn Silkeit. Der war gar nicht da. Aber die größte Befürchtung hätte ich, wenn Herr Silkeit da gewesen wäre. Bei den Hunden hatte ich in der Tat überhaupt keine Befürchtungen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Vincent Kokert, CDU: Sehr inhalts-
reich, was Sie da erzählen.)

Das hat wirklich, und das meine ich jetzt sehr ernst, das
hat wirklich zur Erkenntnis beigetragen.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Aber, Herr Caffier, Ihnen werden Ihre Mitarbeiter und Mit-
arbeiterinnen auch nicht verschwiegen haben, dass wir vor
Ort natürlich die Diskussion zu der Frage geführt haben:
Ist es sinnvoll, Diensthunde bei Demonstrationen einzu-
setzen? Und ich muss Ihnen sagen – das werden Ihnen
Ihre Mitarbeiter sicherlich richtig wiedergegeben haben –,
das, was dort vorgetragen worden ist, hat uns in der Tat
nicht überzeugt. Es war ein sehr interessanter Besuch,

(Egbert Liskow, CDU: Das war mir vorher schon
klar, dass Sie das nicht überzeugt. – Heiterkeit
und Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

aber von der Argumentation her hat sich mir nach wie vor
nicht erschlossen, warum Hunde bei Demonstrationen
eingesetzt werden müssen.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Sehr geehrte Damen und Herren, immer dann, wenn sich
die GRÜNEN-Fraktion auf das sicherheitspolitische Ter-
rain begibt,

(Vincent Kokert, CDU:
Dann gehts in die Hose. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

gibt es inzwischen so etwas, lieber Herr Kokert, wie einen
Silkeit-Effekt, heute auch, oder Reflex, einen Silkeit-Reflex,
der geht dann einfach so:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Man nimmt mal zur Kenntnis, was machen die GRÜNEN
an Forderungen auf, dann geht man her und sagt, oh, das
ist vielleicht schwierig, sich damit auseinanderzusetzen,
dann überhöhen wir das noch mal und behaupten irgend-
was, was gar nicht der Realität entspricht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das haben wir jetzt zweimal erlebt. Das erste Mal war es
seinerzeit bei der Kennzeichnung von Polizisten, wo es
um eine Nummernkennzeichnung ging. Da wurde die
Mär erzählt – federführend auch von Herrn Silkeit –, wir
wollten die Klarnamen haben, damit man die sofort iden-
tifizieren könnte.

(Beifall und Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Mitnichten ist es so! Mitnichten ist es so!

Jetzt sind Sie hergegangen und haben gesagt, na ja, jetzt
wollen sie die Diensthunde abschaffen.

(allgemeine Unruhe)

Jetzt wollen sie die Diensthunde abschaffen.

(Zuruf aus dem Plenum:
Das wollen Sie doch auch!)

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, sagte er hier noch.

(Vincent Kokert, CDU: Eigentlich
wollen Sie das auch, Herr Suhr.)

Jetzt will ich mal aus einer Presseerklärung vom 19.03. zitie-
ren: „Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Landtags-
fraktion, Michael Silkeit, hat Forderungen der GRÜNEN
nach einem Verbot von Hundestaffeln bei Polizeieinsätzen
zurückgewiesen.“

(Vincent Kokert, CDU:
Das ist ja auch richtig.)

Ich kann nur eins erklären: Entweder geben Sie uns fal-
sche Pressemitteilungen und führen uns da irgendwie in
die Irre, das glaube ich aber nicht,

(Vincent Kokert, CDU: Die schicken
wir nur Ihnen, damit Sie sich ärgern.)

aber dort haben Sie es erklärt. Dann haben Sie gesagt,
na das war damals, das war damals.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Vor drei Monaten.)

Dann ist es auch so – das ist übrigens ebenfalls so ein
sicherheitspolitischer Reflex –, wenn wir irgendwo eine
Landesbehörde besuchen, die etwas mit Sicherheitspoli-
tik zu tun hat, folgt die CDU auf dem Fuße. Wir könnten
ihr ja das Wasser abgraben. Große Befürchtung!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Dann haben Sie eine Terminankündigung gemacht:

(Glocke der Vizepräsidentin)

17.06., wörtlich: „Hintergrund für den Besuch ist unter
anderem die Forderung der GRÜNEN, die Diensthunde
abzuschaffen.“ Mitnichten ist es so! Mitnichten ist es so!

Ihr Reflex ist immer, das zu überziehen, in der Öffentlich-
keit den Eindruck zu hinterlassen oder den Versuch zu
machen, den Eindruck zu hinterlassen, dass wir irgend-
welche Dinge fordern können. Wobei unsere Ausein-
andersetzungen – nehmen Sie das einfach mal zur Kennt-
nis! – differenzierter sind an der Stelle. Genau deshalb
haben wir auch die Hundeschule besucht

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben in der
Öffentlichkeit ein paar auf die Ohren
gekriegt und jetzt hauen Sie zurück.)

und uns davon überzeugt, dass der Einsatz von Dienst-
hunden, etwa im Bereich von Drogen, etwa im Bereich,
wenn es darum geht, Menschen zu suchen, nach Tätern
zu fahnden und so weiter und so fort, sinnvoll ist. Ich
habe an keiner Stelle irgendetwas anderes gesagt, und
der Kollege Saalfeld übrigens auch nicht.

(Vincent Kokert, CDU: Na,
dafür würde ich meine Hand
nicht ins Feuer legen.)

Doch, lieber Vincent Kokert, dafür kann ich meine Hand ins Feuer legen. Da passt überhaupt kein Blatt zwischen meine Position, die von Johannes Saalfeld oder die eines anderen aus der Fraktion.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren – mit etwas weniger Süffisanz –, wir waren, finde ich, schon weiter in der Debatte. Wir waren schon weiter,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer denn?)

Herr Ritter hat darauf aufmerksam gemacht. Wir waren schon weiter vor einem Jahr,

(Vincent Kokert, CDU: Mit wem Sie weiter waren?!)

wo es darum ging, zu einer gemeinsamen Vereinbarung zu kommen, die wir, Gott sei Dank, auch mit CDU-Zustimmung getroffen haben. Die Polizeiführung war da, der Innenminister war da, der Ministerpräsident war da, um nach Demmin 2014 herzugehen und zu sagen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie waren doch nicht in Demmin.)

wie kann der Rahmen sein –

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und das war der Kern dessen, worüber wir uns unterhalten haben –, wie kann der Rahmen sein, Demonstrationen gegen rechts so auszugestalten,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

dass Menschen ermutigt werden, daran teilzunehmen.

(Michael Silkeit, CDU: Aber
nicht bei Straftaten, Herr Suhr.)

Nein, nicht bei Straftaten, das ist auch nicht die Forderung, Herr Silkeit,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU und
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

das ist auch nicht die Forderung der GRÜNEN-Fraktion,

(Glocke der Vizepräsidentin)

sondern es ging darum, den Rahmen von Demonstrationen nach Demmin 2014 so zu gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger und für meine Begriffe auch junge Leute dort hingehen und ihr demokratisches Demonstrationsrecht wahrnehmen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wurde
das 2015 behindert durch Hunde?)

Das ist der zentrale Punkt und da ist in der Tat ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wurde das 2015
behindert durch den Einsatz der Hunde?)

Wir haben nicht über Hundestaffeln geredet, Herr Nieszery, in dem Zusammenhang.

(allgemeine Unruhe)

2015 haben wir mit dieser Vereinbarung, wie ich finde, nicht nur am 1. Mai und am 8. Mai in Neubrandenburg und Demmin, sondern auch vorher bei den Gegendemonstrationen zu MVgida wirklich zum allergrößten Teil sehr, sehr positive Erfahrungen gemacht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Rolle
spielt dabei die Hundestaffel der Polizei?)

Welche Rolle spielt die Hundestaffel an dieser Stelle?

(Vincent Kokert, CDU: Eine sehr
gute, finde ich, eine sehr dezente.)

Das, worauf Johannes Saalfeld gerade versucht hat, aufmerksam zu machen – was ja bei der Kommentarlage, die Sie hier angewandt haben, schwierig war –, war: Sie müssen schlicht und ergreifend davon ausgehen, dass Menschen, die sich entscheiden, zu einer Demonstration gegen den Rechtsextremismus, gegen Rechtsextreme zu gehen, einen gewissen Respekt, manche vielleicht sogar Angst vor Hunden haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Genau dieses haben wir in unserem Antrag zum Thema gemacht,

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

und darüber können Sie lachen, das können Sie ins Lächerliche ziehen,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

das können Sie ins Lächerliche ziehen, das ist schlicht und ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, bitte! Herr Suhr, einen kleinen Moment, bitte!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Sie haben gar kein Interesse, dass wir diese Debatte hier ruhig zu Ende bringen, und möchten auch nicht zum Sommerfest. Ich kann gern für eine halbe Stunde unterbrechen, damit wir hier alle wieder friedlich werden.

(Beifall Tino Müller, NPD)

Wenn das aber nicht der Fall sein sollte, dann bitte ich doch, dass Sie jetzt hier so weit,

(Udo Pastörs, NPD: Zum Ende
kommen, sagen Sie es doch!)

dass Sie hier so weit Disziplin wahren, dass die Rede von Herrn Suhr ordnungsgemäß zu Ende gebracht werden kann.

Und Ihre Zwischenrufe, Herr Pastörs, die brauche ich nun wirklich nicht.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also ich wiederhole noch einmal: Das können Sie hier ins Lächer-

liche ziehen, Fakt ist, dass junge Menschen, dass Demokraten, die zu einer Demonstration gehen wollen, mindestens Respekt oder möglicherweise auch Angst haben können, und das ist der Hintergrund dieses Antrages.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Kam es denn zu Übergriffen 2015?)

Wer Demmin 2014 erlebt hat, der muss sich nicht wundern, wenn solche Eindrücke entstehen können. Deshalb ist der Hintergrund unseres Antrages, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Menschen ihr Demonstrationsrecht angstfrei wahrnehmen können.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Uns ist in der Tat – und die Argumentation fand ich sehr erstaunlich – seinerzeit gesagt worden, der zentrale Grund für den Hundeeinsatz auch bei Demonstrationen ist, Polizeikräfte damit zu ersetzen. Dazu haben Sie Punkt 2 vorliegen, wo wir einen konkreten Vorschlag machen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich bin sehr gespannt, Herr Innenminister, wie diese Auseinandersetzung um die Ausstattung der Polizei vonseiten des Innenministeriums in die Haushaltsberatungen der Jahre 2016/2017 eingeführt wird. Da sagen Sie, macht ihr doch Vorschläge. Ich bin gespannt auf die Vorschläge des Innenministeriums. Wenn Sie Punkt 2 lesen, richtig lesen, dann sehen Sie uns da an Ihrer Seite. Aber da bin ich mal gespannt, ob von Ihrer Seite entsprechende Vorschläge kommen, sehr geehrte Damen und Herren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4093 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4093. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/4093 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, den 3. Juli 2015 um 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen, und ich hoffe, dass wir uns dann alle einigermmaßen friedlich beim Sommerfest wiedertreffen.

Schluss: 18.27 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Hikmat Al-Sabty, Katharina Feike, Detlef Lindner, Erwin Sellering, Karen Stramm und Dr. Fritz Tack.